

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

KLEMENS VON KLEMPERER
Naturrecht und der deutsche Widerstand
gegen den Nationalsozialismus

LEW BESYMENSKI
Geheimmission in Stalins Auftrag? David Kandelaki und die
sowjetisch-deutschen Beziehungen Mitte der dreißiger Jahre

DAN DINER
Rationalisierung und Methode.
Zu einem neuen Erklärungsversuch der „Endlösung“

LEO HAUPTS
Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953

DOKUMENTATION
Eine Lehrstunde in Machtpolitik. Die Vereinigten Staaten
und ihre Partner am Vorabend der NATO-Gründung
(Cees Wiebes und Bert Zeeman)

LITERATUR
Essays von Gian Enrico Rusconi,
Hermann von der Dunk, Alan S. Milward

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Walter Bußmann,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Hans Woller
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19, Tel. 12 68 80, FAX 123 17 27

40. Jahrgang

Heft 3

Juli 1992

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Klemens von Klemperer* Naturrecht und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Frage des deutschen „Sonderwegs“ 323
- Lew Besymenski* Geheimmission in Stalins Auftrag? David Kandelaki und die sowjetisch-deutschen Beziehungen Mitte der dreißiger Jahre 339
- Dan Diner* Rationalisierung und Methode. Zu einem neuen Erklärungsversuch der „Endlösung“ 359
- Leo Hupps* Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953 383

DOKUMENTATION

- Cees Wiebes und Bert Zeeman* Eine Lehrstunde in Machtpolitik. Die Vereinigten Staaten und ihre Partner am Vorabend der NATO-Gründung 413

LITERATUR

Essays von Gian Enrico Rusconi, Hermann von der
Dunk, Alan S. Milward 425

ABSTRACTS 467

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 1992 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Annette Werner.

Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

KLEMENS VON KLEMPERER

NATURRECHT UND DER DEUTSCHE WIDERSTAND
GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS

Ein Beitrag zur Frage des deutschen „Sonderwegs“

... Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist, leider! nie die Frage.
(Mephistopheles in *Faust I*)

Hoffnung:
Nun begeg' ich meinen Braven,
Die sich in der Nacht versammelt,
Um zu schweigen, nicht zu schlafen,
Und das schöne Wort der Freiheit
Wird gelispelt und gestammelt,
Bis in ungewohnter Neuheit
Wir an unsrer Tempel Stufen
Wieder neu entzückt es rufen:
Freiheit! Freiheit!

(Aus Goethes *Des Epimenides Erwachen*, zitiert im ersten
Flugblatt der „Weißen Rose“ vom Sommer/Herbst 1942).

Hugo Grotius war es, der sich zu der Behauptung verstieg, daß das Naturrecht auch dann seine Gültigkeit behalten würde, wenn Gott nicht existierte. Das Naturrecht wäre demzufolge ähnlich unantastbar wie Gott. Es kann sich auf eine eindrucksvolle Tradition berufen, die in der Antike ihre Wurzeln und in christlichem sowie in aufklärerischem Rechtsdenken seinen Niederschlag gefunden hat; gleichwohl eignete ihm stets eine gewisse Ambivalenz. Es wurde weitgehend als höchste Instanz aller Rechtsprechung – allem positiven Paragraphenwerk überlegen – angerufen. Dennoch blieb es ungeschriebenes Recht und letzten Endes unerforschlich. So konnte es zur Rechtfertigung konservativer Positionen wie auch revolutionärer Forderungen beansprucht werden und hat sowohl den Verteidigern als auch den Gegnern der Sklaverei als Argument gedient¹. In der Neuzeit, das heißt im Laufe der

¹ Hier ist ein kleines, aber bedeutendes Buch über das Naturrecht anzuführen, von dem ich unter den vielen anderen Abhandlungen über dieses Thema am meisten gelernt habe: A. P. d'Entrèves, *Natural Law. An Introduction to Legal Philosophy*, London 1951.

Konsolidierung der modernen Nationalstaaten, ist die Berufung auf das Naturrecht immer mehr in Frage gestellt und von dem Rekurs auf positive Rechtsnormen verdrängt worden. Besonders im deutschen Bereich entfernte sich die öffentliche Rechtsauffassung unter dem Einfluß des Luthertums, der Romantik und des Historismus immer mehr von den allgemein-menschlichen Werten naturrechtlichen Gedankengutes, die sich mehr im westeuropäischen Denken eingebürgert hatten, zur Betonung des Besonderen im deutschen National- und Staatswesen. So kam es zu dem von Ernst Troeltsch besprochenen „Sonderweg“ des deutschen Geistes, der, vorwiegend im Zeichen der deutschen Romantik, seine Entfremdung von der universalen Tradition des Naturrechtes und der Humanität und von dem europäischen Westen bedeutete².

Es soll hier nun die Frage untersucht werden, inwieweit trotz alledem der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus sich berufen sah, auf das Naturrecht zurückzukommen, um von daher sein Denken und Handeln zu rechtfertigen. Theodor Heuss hat am 10. Jahrestag des Staatsstreichs gegen Hitler vom 20. Juli 1944 die „Grenzsituation der sittlichen Entscheidungen“³ hervorgehoben, die in extremer Lage die Infragestellung positiver gesetzlicher Normen und die Auflehnung gegen sie erlaubt. Es ist die Lage, in der, wie Schillers Stauffacher es formuliert, „der Gedrückte nirgends Recht kann finden, wenn unerträglich wird die Last“. In diesem extremen Fall ist dann der Widerstand gegen das Gesetz frei vom Stigma des Ungesetzlichen; er ist übergesetzlich und empfängt seine Rechtfertigung von höherer Instanz. Besonders in solcher extremen Lage, die auch richtig als „Staatsnotstand“ bezeichnet worden ist⁴, kommt das Naturrecht zu seinem Recht.

Dabei ist zu beachten, daß das Wirken des Naturrechts nicht auf seine theoretische Erfassung beschränkt ist. Wenn Gott überhaupt existiert, so ist er auch der Gott für jene, die nichts von ihm wissen oder wissen wollen. Ähnlich, wenn es ein Naturrecht gibt, so gilt es auch für diejenigen, die sich seiner nicht bewußt sind. Sprachen nicht die „Founding Fathers“ der amerikanischen Republik in aller Gutgläubigkeit von Wahrheiten, die „selbstverständlich“ („self-evident“) sind, die also, ähnlich einem Naturereignis, allgemein wirksam und aller Welt zugänglich sind? Das Naturrecht ist, wenn nicht ein ausdrücklicher Leitsatz, so wie es ein Leitsatz für die Stoiker, die Kirchenväter und die Scholastiker, für die Unterzeichner der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und die Revolutionäre von 1789 war, so doch „ein Gesetz letzter Zuflucht“⁵. Als solches ist es allgemeingültig – ein „unwandelbares Gesetz des Himmels“ (Antigone) – und offenbart sich dem „Gedrückten“ spontan.

² Siehe Ernst Troeltsch, Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik, in: Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturphilosophische Aufsätze und Reden, hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1925, S. 3–27.

³ Theodor Heuss, Zur 10. Wiederkehr des 20. Juli, in: Vollmacht des Gewissens, hrsg. von Europäische Publikation e. V., Frankfurt a. M./Berlin 1960, I, S. 538, 545.

⁴ Oberstaatsanwalt Hölper, München, in: Ebenda, S. 29.

⁵ „The law of the last resort“, vgl. Sir Ernest Barker, Natural Law and the American Revolution, in: Traditions of Civility, Cambridge 1948, S. 313.

Ein eindeutiger Fall spontaner Besinnung auf höheres Recht in einer Notstandslage war der Arbeiteraufstand in der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Juni 1953. Die Arbeiter, die damals in Berlin und in den anderen Industriezentren Ostdeutschlands auf die Straße gingen, hatten keinerlei Erfahrung mit rechtsstaatlicher oder demokratischer Ordnung; sie kannten nur totalitären Druck der einen – nationalsozialistischen – oder der anderen – kommunistischen – Spielart. Von der Naturrechtslehre hatten sie bestimmt nichts gehört. Aber dann kam es zu jener, sicher auch von konkreten wirtschaftlichen und sozialen Mißständen ausgelösten Streikwelle, die in ein ganz elementares Verlangen nach Gedankenfreiheit und die Berufung auf Menschenrechte mündete. In dieser extremen Lage kam es also zu einem Durchbruch naturrechtlicher Normen, und plötzlich besannen sich die Tausende von Arbeitern auf der Berliner Leipzigerstraße auf die Bedeutung der schönen Worte der dritten Strophe des Deutschlandlieds: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.“

Die Motivation für das Widerstehen im Dritten Reich war natürlich unterschiedlich. Mit dem Hinweis auf die Dimension der sogenannten „Resistenz“, das heißt Verweigerung zur Rettung institutioneller Belange, kann sie bestimmt nicht abgetan werden. Sicher war dieser wertfreie Widerstand allzu lange, besonders in den Kreisen der Militärs und des höheren Beamtentums, ein wesentlicher Faktor in deren eigentümlicher Schwebelage zwischen Widerstand und Anpassung, und war für „die Schwäche des Anfangs“⁶ verantwortlich. Ohne Zweifel war dafür zum Teil jene „Maskerade des Bösen“ verantwortlich, mit deren Hilfe der Nationalsozialismus, wie Dietrich Bonhoeffer sich ausdrückte, alle ethischen Begriffe „durcheinander gewirbelt“ hatte, so daß das Böse „in der Gestalt des Lichts, der Wohltat, des geschichtlich Notwendigen, des sozial Gerechten“⁷ erscheinen konnte. Dennoch kamen früher oder später substantielle Motive ins Spiel. Oft war es – so im Falle des Generalobersten Werner von Fritsch – Stolz und Treue den Standesgenossen gegenüber, oft war es Empörung über die Ausrottungspolitik des Dritten Reichs, oft war es religiöser Glaube, die zum Entschluß führten, in den Widerstand zu gehen.

Wir können jedoch nicht umhin, auf die vorwiegend obrigkeitliche Haltung gerade jener Kreise zu verweisen, die in der Lage und daher dazu berufen waren, die Leitung eines Widerstandes zu übernehmen. Zweifellos hat das Defizit naturrechtlicher Normen im deutschen Geistesleben sich auch auf die Wertbegriffe des deutschen Widerstands ausgewirkt. Zweifellos geht es auch auf die lutheranische Tradition zurück, daß infolge der Betonung des augustinischen Gegensatzes zwischen den zwei Reichen, der *civitas dei* und der *civitas terrena*, das Naturrecht als Bindeglied zwischen Gott und Mensch zurücktrat. Gottes Wort offenbarte sich demgemäß weniger auf dem Wege des Rechts als der Gnade. Dabei ist daran zu erinnern, daß Luthers „Zwei-Reiche-Lehre“ im deutschen Raum eine besonders einseitige Rezeption gefunden hat, die die weltliche Obrigkeit mit verbindlicher Autorität bestellte und darüber hinaus noch die besondere,

⁶ Pater Max Pribilla, in: Vollmacht des Gewissens, I, S. 21 f.

⁷ Dietrich Bonhoeffer, Nach zehn Jahren, in: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, hrsg. von Eberhard Bethge, München 1964, S. 10.

deutsche Sendung des Reformators betonte. Die Berufung auf eine „ewige, Moral und Recht gemeinsam begründende rationale und gottgesetzte Ordnung“ (Troeltsch)⁸ wurde daher auch im deutschen Widerstand weitgehend, besonders innerhalb der älteren Generation der traditionellen Führungsschichten, von einer Berufung auf spezifisch deutsche National- und Staatstugenden verdrängt. Als Gegenmodell zum Nationalsozialismus waren diese aber letzten Endes unvergleichlich weniger geeignet, ein unterschiedenes Mandat zum Widerstehen zu bieten, zum Teil weil der Widerstand damit auch ein Vokabular benutzte, das dem des Nationalsozialismus täuschend ähnlich war.

So erklärte noch Anfang 1938 Generaloberst Ludwig Beck seinem Oberquartiermeister Franz Halder, der ihn kurz nach der Fritsch-Krise zum Handeln drängte, daß Meuterei und Revolution Worte seien, die es im Lexikon des deutschen Soldaten nicht gebe⁹. Ähnlich stand es auch um das Beamtentum und die anderen Oberschichten des Reiches. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, ein ehemaliger Marineoffizier, gestand seinem jungen Mitarbeiter Gottfried von Nostitz: „Unser einer darf das Schiff nicht verlassen. Unser Volk braucht uns heute mehr denn je, selbst wenn wir oft nur Soldaten auf einem verlorenen Posten sind.“¹⁰ Sogar die „Matriarchin der Verschwörung“, Ruth von Kleist-Retzow, die durch ihre familiären Beziehungen zu ihrem pommerschen Nachbarn Ewald von Kleist-Schmenzin, zu Fabian von Schlabrendorff und Henning von Treschkow und durch ihre Freundschaft zu Dietrich Bonhoeffer und Eberhard Bethge *nolens volens* in die Welt der Verschwörer hineingezogen wurde¹¹, und die innerhalb von drei Tagen den Tod zweier Enkel an der russischen Front zu beklagen hatte, blieb selbst in ihrer Trauer vaterländischen Denkweisen verhaftet: „Eine neue Zugehörigkeit zu dem furchtbaren Geschehen ist in mir wach geworden [...] Man will irgendwie nicht ausgeschlossen sein von dem, was als unerbittliches Schicksal und Schuld über uns gekommen ist. Gehören wir nicht mit hinein in diese Verflochtenheit und müßten wir nicht auch dort, wo sie ausgefochten wird – ohne abzuwägen – unsere geistlichen Kräfte einsetzen? Würden wir nicht zielsicherer unseren Weg fortsetzen, wenn wir dieser letzten Berührung nicht ausweichen?“¹²

Dies sind nur einige wenige Beispiele einer „Grenzsituation“, die eine sittliche Entscheidung erforderte. Es muß auffallen, daß in keinem dieser Fälle die Wahrnehmung offensichtlichen Unrechts und die Trauer über die dem Unrechtsstaat geopfert Jugend eine Rückbesinnung auf allgemein menschliche Normen auslöste. Universale, Moral und Recht bestimmende Leitbilder hatten in der Geschichte der deutschen Bildung wenig Geltung. So suchte man allzu rasch Zuflucht in der Mystik des Vaterlandes, des-

⁸ Troeltsch, *Naturrecht*, S. 7.

⁹ Zitiert u. a. in Erich Kosthorst, *Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug*, Bonn 1955, S. 52.

¹⁰ Gottfried von Nostitz, *Eidesstattliche Erklärung*, Stuttgart, vom 6. 4. 1948, in: Privatsammlung Mariane von Nostitz, München.

¹¹ Siehe die Biographie Ruth von Kleists: Jane Pejsa, *Matriarch of Conspiracy. Ruth von Kleist (1867–1945)*, Minneapolis 1991.

¹² Brief Ruth von Kleist-Retzow an Eberhard Bethge vom 14. 8. 1941, in: Eberhard Bethge (Hrsg.), *Dietrich Bonhoeffer. Theologe – Christ – Zeitgenosse*, München 1967, S. 792.

sen Ethos, so hoffte man, sich gegen das Nazi-Rowdytum behaupten würde. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß im deutschen Fall die sittliche Entscheidung in der „Grenz-situation“, anfänglich jedenfalls, vorwiegend eine zwischen Vaterland und Unrechtherrschaft war. Man hoffte also und diente, solange dies überhaupt möglich war. Man berief sich auf Vorbilder in der deutschen Vergangenheit, so besonders auf die Staats- und Verwaltungskunst des Freiherrn vom Stein, anstatt auf Leitsätze der Moralthologie oder Staatswissenschaft. Man zog es vor, das „ewige Deutschland“ zu bemühen, anstatt ein allgemeines, naturrechtliches Menschheitsideal.

Trotz alledem wäre es jedoch verfehlt, das Naturrecht als bewußten Leitsatz in deutschen Widerstandskreisen pauschal abzuschreiben. Adam von Trott zum Beispiel steckte es sozusagen im Blut. Es ist hier daran zu erinnern, daß er mütterlicherseits von John Jay, dem ersten Chief Justice der Vereinigten Staaten, abstammte. Die Mutter, besonders stolz auf diese puritanische Abstammung, erinnerte Adam dann auch eigens daran: „Both of us have inherited, apart from our good German blood, something of the fighters against slavery in America.“¹³ Wiederum setzte der dreiundzwanzigjährige Adam seinem alten Vater, dem ehemaligen königlich-preussischen Kultusminister, auseinander, daß er in einer Frage „verantwortlicher Staatsführung“ nicht mit ihm übereinstimmen könne; es war die Frage der „positiven Rechte des Einzelnen und der Masse“, die unbedingt „heilig gehalten“ werden mußten: „Der Dienst an den Rechten des Einzelnen, – des ‚Menschen‘, wie die Naturrechtler sagen – im Zusammenhang und im Konflikt mit all den äußerlichen Ordnungen und Hindernissen ist mir ungleich wichtiger als der Dienst am ‚Staat‘ (der zur Willkür geworden ist) . . .“¹⁴

Dieser Brief war von Oxford aus geschrieben, wo Adam damals das zweite Jahr als Rhodes-Stipendiat absolvierte. Auf jeden Fall ist die Annahme gerechtfertigt, daß die „angelsächsische Verbindung“ dem jungen Trott dazu verholfen hat, dem naturrechtlichen Denken gegenüber eine gewisse Offenheit zu bewahren.

Auch Trotts Freund Helmuth James von Moltke war mit dem Angelsachsenum verbunden. Sein Großvater auf mütterlicher Seite, Sir James Rose Innes, war ein bedeutender südafrikanischer Jurist und zuletzt Oberster Richter der Union; weiter führten Helmuths eigene Rechtsstudien und besonders sein Interesse für internationales Recht ihn immer wieder nach England, das ihm, genau wie Trott, zu einer zweiten Heimat wurde. Der „Triumph des Bösen“, wie er es wiederholt nannte¹⁵, das sich zu Hause ausgebreitet hatte, drängte ihn, auch in der Kriegszeit eine Verbindung mit seinen

¹³ Dieser Brief, nota bene, war auf englisch geschrieben; Brief Eleonore von Trott an Adam von Trott zu Solz vom 16. 8. 1930, in: Privatsammlung Dr. Clarita von Trott zu Solz, Berlin, Briefe von den Eltern.

¹⁴ Diese Überlegung, so erklärte er auch dem Vater, gebiete ihm, „einstweilen mit dem autoritären Nationalsozialismus keinerlei Bündnisse ein[z]ugehen“; Brief Adam von Trott an seinen Vater vom 13. 2. 1933, in: Clarita von Trott zu Solz, Adam von Trott zu Solz. Eine erste Materialsammlung, Reinbek 1958, S. 46 f.

¹⁵ Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke, Berlin, vom 31. 5. 1940, in: Helmuth James von Moltke, Briefe an Freya 1939–1945, hrsg. von Beate Ruhm von Oppen, München 1988, S. 142; Brief an Peter Yorck von Wartenburg vom 7. 7. 1940, in: Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 481.

Freunden in England aufrechtzuerhalten – ganz einfach „for sanity's sake“, wie man auf englisch zu sagen pflegt. So schrieb er im April 1942 von Schweden aus an seinen englischen Freund und Mentor Lionel Curtis: „Wir haben nur dann Aussicht, unser Volk dazubringen, diese Schreckensherrschaft schließlich zu stürzen, wenn wir ihm ein Bild jenseits der schrecklichen, hoffnungslosen nächsten Zukunft zeigen können [...] Für uns ist Europa nach dem Krieg weniger eine Frage von Grenzen und Soldaten [...] Europa nach dem Krieg ist die Frage: Wie kann das Bild des Menschen in den Herzen unserer Mitbürger wiederhergestellt werden?“¹⁶

Sonst setzte naturrechtliches Denken sich immer noch und immer wieder in den Kreisen der im Kaiserreich allgemein stigmatisierten sogenannten „vaterlandslosen Gesellen“ durch. Innerhalb des Katholizismus wirkte vor allem die Tradition der Scholastik nach. Thomas von Aquin hatte das Naturrecht als die Anteilnahme der vernunftmäßigen Geschöpfe am Ewigen Gesetz definiert, ist es doch „nichts anderes als der Abglanz des göttlichen Lichts in uns“¹⁷. Wenn dagegen ein menschliches Recht vom Naturrecht abweicht, so kann es als nichts anderes als eine „Entartung“ des Rechts¹⁸ betrachtet werden. Ein tyrannisches Regime ist somit unrechtmäßig. Auflehnung gegen ein solches Regime ist kein Aufruhr, denn es ist der Tyrann, der sich des Aufruhrs schuldig macht¹⁹. So setzte auch Papst Pius XI. für die von der Tyrannei im Dritten Reich bedrohten deutschen Katholiken mit seiner scharfen Verurteilung des Nationalsozialismus den Ton in der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom 14. März 1937, in der er sich in einem langem Abschnitt ausführlich mit der „Anerkennung des Naturrechts“ befaßte²⁰. „Vom Finger des Schöpfers selbst in die Tafeln des Menschenherzens geschrieben“ (Röm. 2, 14 f.), so führte er aus, verleiht das Naturrecht dem gläubigen Menschen ein „unverlierbares Recht“, seinen Glauben zu bekennen und in den ihm gemäßen Formen zu bekennen. Gesetze, die das Bekenntnis und die Betätigung dieses Glaubens unterdrücken oder erschweren, stehen infolgedessen im Widerspruch zum Naturgesetz: dabei obliegt es der Kirche, als „berufene Hüterin und Auslegerin des göttlichen Naturrechts“ zu dienen²¹. Demgemäß konnten die Katholiken im Widerstand ohne weiteres ihre Opposition – gegen den Nationalsozialismus ebenso wie auch gegen den Bolschewismus – mit Berufung auf das „natürliche und göttliche Recht“ begründen; denn positives Recht, welches gegen Naturrecht und Gottes Gebot verstößt, ist „Unrecht“²². Also waren die Kirchen „verpflichtet“, wie Pater Alfred Delp SJ betonte, das „*ius nativum*“ der Kreatur sowie

¹⁶ Brief von Moltke an Lionel Curtis, Stockholm, vom 18. 4. 1942, in: Freya von Moltke/Michael Balfour/Julian Frisby, Helmuth James von Moltke 1907–1945. Anwalt der Zukunft, Stuttgart 1975, S. 185.

¹⁷ St Thomas Aquinas, Summa Theologiae, New York/London 1963, 1a2ae., quae. 91, art. 2.

¹⁸ „Legis corruptio“, in: Ebenda, quae. 95, art. 2.

¹⁹ Ebenda, 2a2ae., quae. 42, art. 2.

²⁰ Simon Hirt (Hrsg.), Mit brennender Sorge. Das päpstliche Rundschreiben gegen den Nationalsozialismus und seine Folgen in Deutschland, Freiburg i. Br. 1946.

²¹ Ebenda, S. 16 f.

²² Paulus van Husen, zitiert in van Roon, Kreisauer Kreis, S. 197.

„die durch die Offenbarungsordnung über die naturrechtlichen Gegebenheiten hinausgehenden positiven göttlichen Gesetze und Wirklichkeiten“ zu erhalten²³. „Wer soll überhaupt noch für Naturrecht und Gottesgebote eintreten, wenn nicht die kirchliche Führung?“, fragte Delps Ordensbruder Pater Augustin Rösch SJ²⁴, seit 1935 Provinzial der Oberdeutschen Provinz der Gesellschaft Jesu und wie Delp auch zum Kreisauer Kreis gehörend. Er ist von Eugen Gerstenmaier als „der stärkste Mann des Katholizismus in Deutschland“ bezeichnet worden²⁵, und als solcher hat er im Namen der „ewigen, unumstößlichen Gesetze Gottes“²⁶ den Kampf mit der nationalsozialistischen Kirchenpolitik, aber nicht nur mit der Kirchenpolitik, aufgenommen.

Auch in den Reihen des linken Widerstandes war die Bezugnahme auf das Naturrecht ein regelrechtes Motiv²⁷, wenngleich hier der Akzent auf den übernationalen Menschenrechten lag. Ganz unzweideutig drückte Julius Leber, Sozialdemokrat und in den letzten Kriegsjahren Mitglied des Kreisauer Kreises um Moltke, seine Stellung aus, als er sich vom Untersuchungsgefängnis in einem Brief an seine Frau Annedore auf „Menschlichkeit und Gerechtigkeit“ bezog²⁸. Der Glaube daran begleitete ihn durch die Zeit des Leidens und Kampfes. Allerdings ist zu beachten, daß das Naturrechtsverständnis der Linken sich ganz und gar von den theologischen Voraussetzungen der Scholastiker gelöst hatte. Von ihrer Perspektive aus hatte wohl Grotius mit der anfangs angeführten Behauptung recht, daß das Naturrecht seine Gültigkeit behalten würde, auch wenn Gott nicht existierte. Dem Naturrecht waren also keine göttlichen Gesetze mehr übergeordnet. An die Stelle der Offenbarungsordnung trat nun der Rationalismus der Aufklärung als Wegweiser.

Mit alledem ist das Thema des Verhältnisses des deutschen Widerstands zur Naturrechtsfrage keineswegs erschöpft; ganz im Gegenteil. Im Kreis der sogenannten „Jungen“, wie Ulrich von Hassell die Gruppe um Helmuth James von Moltke²⁹ nannte, im

²³ Diese Formulierung findet sich in den Unterlagen zu den Vorbesprechungen vom 2. 8. 1942 für die zweite Tagung des Kreisauer Kreises (16.–18. 10. 1942) und geht auf den Einfluß Pater Delps zurück; Alfred Delp, *Gesammelte Schriften*, hrsg. von Roman Bleistein Frankfurt a. M. 1985, IV, S. 401 f.; siehe auch Roman Bleistein (Hrsg.), *Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus*. Aus dem Nachlaß von Lothar König S. J., Frankfurt a. M. 1987, S. 184 ff.

²⁴ Denkschrift Röschs, München, ca. vom 20. 6. 1941, in: Augustin Rösch, *Kampf gegen den Nationalsozialismus*, hrsg. von Roman Bleistein, Frankfurt a. M. 1985, S. 77.

²⁵ Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke, Berlin, vom 9. 4. 1943, in: Moltke, *Briefe an Freya*, S. 468.

²⁶ Augustin Rösch, Bericht für die Fuldaer Bischofskonferenz vom 14. 8. 1943, in: Rösch, *Kampf*, S. 214. Zu diesen Gesetzen, so führte er aus, gehörten die „naturgesetzlichen“ Rechte auf Schutz des privaten Eigentums, auf Schutz von Wahrheit und Ehre, auf persönliche Freiheit und auf das Leben; Entwurf eines gemeinsamen Hirtenworts, Fulda, 15. 11. 1941, in: Ebenda, S. 127 ff.

²⁷ Siehe Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), *Erkämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer*, Berlin 1958.

²⁸ Brief Julius Leber an Annedore Leber, Lübeck, vom 27. 7. 1933, in: Dorothea Beck, Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983, S. 257.

²⁹ Ulrich von Hassell, *Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Aufzeichnungen vom Anderen Deutsch-*

Gegensatz zu den „Alten“ um Generaloberst Ludwig Beck, machte man sich über das Naturrecht ernsthaft Gedanken. Vor allem stand natürlich bei Dietrich Bonhoeffer diese Frage im Mittelpunkt seiner theologischen Erwägungen. Diese „Notlage“, wie Bonhoeffer sich ausdrückte, in der sie sich befanden und der sie sich voll bewußt waren, schickte sie auf die Suche nach einem Mandat zum Widerstehen.

In dem schon zitierten Brief Moltkes vom April 1942, in dem er von Schweden aus seinen Freund in England, Lionel Curtis, von dem Ausmaß der „Tyrannei“, des „Terrors“, des „Zerfalls aller Werte“ im Dritten Reich ins Bild setzte, begründete er auch seine Haltung dem NS-Regime gegenüber: „Vielleicht erinnern Sie sich, daß ich in Gesprächen vor dem Kriege der Meinung war, daß der Glaube an Gott nicht wesentlich sei, um dahin zu kommen, wo wir jetzt sind. Heute weiß ich, daß ich Unrecht hatte, ganz und gar Unrecht. Sie wissen, daß ich die Nazis vom ersten Tag an bekämpft habe, aber der Grad von Gefährdung und Opferbereitschaft, der heute von uns verlangt wird und vielleicht morgen von uns verlangt werden wird, setzt mehr als gute ethische Prinzipien voraus, besonders da wir wissen, daß der Erfolg unseres Kampfes wahrscheinlich den totalen Zusammenbruch unserer nationalen Einheit bedeuten wird. Aber wir sind bereit, dem ins Gesicht zu sehen.“³⁰

Mehr als „gute ethische Prinzipien“, das heißt „Glaube an Gott“. Moltke, in einem Christian-Science-Haus aufgewachsen und selbst lutheranisch getauft und konfirmiert, war eher ein Agnostiker, jedenfalls bis er sich im Laufe des Krieges einer „Wandlung“ bewußt wurde, die er „einer tieferen Erkenntnis christlicher Grundsätze“ zuschrieb³¹. Ähnlich drückte Adam von Trott sich aus, als er um dieselbe Zeit seinem jüngeren Bruder Heinrich die „Gefahr“ vor Augen hielt, das „Christliche“ und das „Natürliche“ „kurzschlüssig“ zu vermengen oder gar zu verwechseln³².

So war für Moltke wie für Trott das Naturrecht doch nicht das rechte Gegenmodell zur Schreckensherrschaft im Vaterland, und so mußten sie sich letzten Endes auch von ihrem angelsächsischen Hintergrund absetzen, insbesondere eben von ihrer positiven Einstellung zur Naturrechtslehre. Dabei müssen wir uns daran erinnern, daß diese sie nicht auf dem Wege der Scholastik, sondern ihrer weltlichen Spielart erreichte, in der das Göttliche sozusagen überflüssig geworden war. Dazu aber war die „Not“ zu groß. Ähnliche Überlegungen stellte auch Hans-Bernd von Haeften an, indem er eine „immanente Sinnverwirklichung in der Geschichte“ verwarf: „Das Erleben der Zeitgeschichte mit ihrem namenlosen Leiden, Grauen und Entsetzen“, so schrieb er im November 1942, „macht es uns Heutigen besonders schwer, in der Geschichte eine göttliche Fügung und Führung zu sehen“. Nicht „menschliche Anstrengung“, nicht

land, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 347; er bezeichnete – den ihm „wenig sympathischen“ – Moltke als den „angelsächsisch-pazifistischen Generalstabschef“ der Gruppe.

³⁰ Moltke/Balfour/Frisby, Helmuth James von Moltke, S. 176.

³¹ Brief von Moltke an Freya von Moltke, Berlin, vom 11. 10. 1941, in: Moltke, Briefe an Freya, S. 300.

³² Brief Adam von Trott an Heinrich von Trott vom 28. 9. 1941, in: Privatsammlung Dr. Clarita von Trott zu Solz, Berlin.

„der erkennende Verstand“ könnten den „Heilsplan“ Gottes entziffern, denn sie können nur „eine schauerliche Anhäufung von Unheil, Unsinn und Unrecht in der Geschichte“ wahrnehmen³³. Ebenso kam Moltke, ein sonst eher nüchterner und undramatischer Mensch, zur „Erkenntnis der Sinnlosigkeit alles Handelns“³⁴. Nicht daß diese Gedankengänge Moltke und seine Freunde zu einem Fatalismus oder gar Zynismus führten, sondern ganz im Gegenteil zur Tat. Die Erkenntnis, daß das, was er tue, „sinnlos“ sei, so führte Moltke weiter aus, hindere ihn nicht, es zu tun, weil er „viel fester“ davon überzeugt sei, daß „nur das“, was man in der Erkenntnis der Sinnlosigkeit allen Handelns täte, „überhaupt einen Sinn“ hätte³⁵. Doch sollte nunmehr die Rechtfertigung des Handelns auf der Ebene des Glaubens gefunden werden. Ganz in diesem Sinn sprach auch Dietrich Bonhoeffer vom „verantwortlichen Handeln“³⁶: „Nicht das Beliebige, sondern das Rechte tun und wagen, nicht im Möglichen schweben, das Wirkliche tapfer ergreifen, nicht in der Flucht der Gedanken, allein in der Tat ist die Freiheit. Tritt aus ängstlichem Zögern heraus in den Sturm des Geschehens, nur von Gottes Gebot und deinem Glauben getragen, und die Freiheit wird deinen Geist jauchzend empfangen.“³⁷

Nicht überraschend war eine systematische Auseinandersetzung mit der Naturrechtsfrage Dietrich Bonhoeffer vorbehalten. Sie findet sich in seiner unvollendeten *Ethik*, an der er seit 1939 arbeitete und die er als seine „Lebensaufgabe“³⁸ betrachtete. Dieses Werk beginnt mit einem monumentalen Satz: „Das Wissen um Gut und Böse scheint das Ziel aller ethischen Besinnung zu sein. Die christliche Ethik hat ihre erste Aufgabe darin, dieses Wissen aufzuheben.“³⁹ Damit machte Bonhoeffer eine ganz grundlegende Aussage über das Verhältnis zwischen den zwei Bereichen, dem weltlichen und dem sakralen. Hier schloß er sich den bahnbrechenden Gedankengängen des großen Schweizer Theologen Karl Barth an. Barth, der Vater der sogenannten „dialektischen Theologie“, hatte den Generalangriff gegen die „liberale Theologie“ an der Berliner Universität um die Jahrhundertwende geführt. Jene Theologie lehrte, daß die zwei Bereiche miteinander in Verbindung stehen und christliche Leitbilder diese Welt durchdringen und dieser wiederum den Zugang zur göttlichen Gnadenwelt eröffnen sollten. Darauf antwortete Barth mit donnernden Worten: „Gottes Wille ist keine bessere Fortsetzung *unseres* Willens. Er steht unserem Willen gegenüber als ein gänzlich anderer.“⁴⁰ Bonhoeffer selbst sah die Schwäche der „liberalen Theologie“ darin, „daß

³³ Brief Hans-Bernd von Haefen an Pfarrer Herbert Krimm, Berlin, vom 14. 11. 1942, in: Barbara von Haefen, *Aus unseren Briefen 1931–1944*, Maschinschrift, o. O., o. D., S. 146 f.

³⁴ Brief von Moltke an Freya von Moltke, Berlin, vom 11. 10. 1941, in: Moltke, *Briefe an Freya*, S. 300.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Dietrich Bonhoeffer, *Ethik*, München 1975, S. 249.

³⁷ Ebenda, S. 5.

³⁸ Bethge, Bonhoeffer, S. 804.

³⁹ Bonhoeffer, *Ethik*, S. 19.

⁴⁰ *Totaliter aliter*; Karl Barth, *Das Wort Gottes und die Theologie*, München 1924, S. 15; ähnlich war auch Trott zu der Einsicht gekommen, daß das Reich der zweiten Bitte des Vaterunsers keinen „Idealzustand“ darstelle, sondern das Hineinwirken in die natürliche Welt „einer total anderen Macht“;

sie der Welt das Recht einräumte, Christus seinen Platz in ihr zuzuweisen.⁴¹ So folgte er: „Das Ende der Geschichte ist nicht die Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden, sondern die tiefste Kluft zwischen Christenheit und Welt.“⁴²

Und weiter: „Nicht von der Welt zu Gott, sondern von Gott zur Welt geht der Weg Jesu Christi und daher der Weg alles christlichen Denkens [. . .]. Daher gibt es auch für die Kirche kein anderes Verhältnis zur Welt als durch Jesus Christus; d. h. nicht von einem Naturrecht, Vernunftrecht, allgemeinem Menschenrecht aus, sondern *allein* vom Evangelium von Jesus Christus aus ergibt sich das richtige Verhältnis der Kirche zur Welt.“⁴³

Dabei ist es aber bemerkenswert, daß Bonhoeffer im Text der *Ethik* die Naturrechtsfrage einer sorgfältigen Abwägung unterwarf⁴⁴. Erst einmal befaßte er sich eingehend mit der Revolution in der europäischen Neuzeit, wobei er auf einen wesentlichen Unterschied zwischen der amerikanischen und der französischen verwies. Die letztere bedeutete „das Signal des modernen Abendlandes“ und den Triumph der *ratio*, die bei all ihrer Betonung der Menschenwürde und Menschenrechte doch am Ende zur „Selbsterstörung des Menschen“ führen mußte. Am Ende des Weges, der mit der französischen Revolution beschritten wurde, stand also der Nihilismus und die „*abendländische Gottlosigkeit*“. Nicht einmal die „Sonderentwicklung“ in den angelsächsischen Ländern und insbesondere der Spiritualismus der amerikanischen „Founding Fathers“, die, wie Bonhoeffer betonte, „um die Erbsünde und um die Bosheit des menschlichen Herzens wußten“, konnte sie vor „schweren Säkularisationserscheinungen“ schützen. Ähnlich der späteren „liberalen Theologie“ war es auch hier eine Frage der „mangelnden Unterscheidung“ der zwei Reiche, des Staates und der Kirche. So jedenfalls erklärte sich Bonhoeffer das Aufkommen des „spezifisch abendländischen Nichts“, d. h. „die höchste Entfaltung aller widergöttlichen Kräfte“ in der westlichen Welt.

Dennoch mußte Bonhoeffer in Hinsicht auf die „Jahre der Bedrängnis alles Christlichen“⁴⁵ sich die Frage seines Verhaltens diesem „Nichts“ gegenüber stellen. Genügte in diesem Fall der Appell an die „Vernunft“, an das „geschriebene Recht“, an „Bildung

Brief Adam von Trott an Heinrich von Trott, Berlin, vom 6. 7. 1942, in: Privatsammlung Dr. Clarita von Trott zu Solz, Berlin.

⁴¹ Brief Dietrich Bonhoeffer an Eberhard Bethge, [Tegel], 8. 6. 1944, in: Bonhoeffer, *Widerstand und Ergebung*, S. 160f. Es muß hier auch darauf hingewiesen werden, daß gewisse Formen des „liberalen“ Protestantismus sowie der sozial orientierte Protestantismus (das „social gospel“), dem Bonhoeffer in Union Theological Seminary in New York City zuerst 1930/31 begegnete, ihm wohl relativ harmlos – wenn auch vollständig untheologisch – erschienen. Dagegen mußte er in den „Deutschen Christen“, welche die Rassenlehre des Nationalsozialismus in das Evangelium glaubten hineinlesen zu können, und denen er im Kirchenkampf gegenüberstand, eine extreme und höchst gefährliche Abart des „liberalen“ Protestantismus sehen.

⁴² Dietrich Bonhoeffer, *Gesammelte Schriften*, Bd. I, hrsg. von Eberhard Bethge, München 1965, S. 110.

⁴³ Bonhoeffer, *Ethik*, S. 378f.

⁴⁴ Siehe, auch für die folgenden Gedankengänge und Zitate in diesem Paragraph, das Kapitel „Erbe und Verfall“, in: Ebenda, S. 94ff.

⁴⁵ Siehe, auch für die folgenden Zitate in diesem Absatz, den Anfang des Kapitels „Kirche und Welt“, in: Ebenda, S. 59f.

und Humanität, an „Freiheit, Toleranz und Menschenrechte“ – an „alle diese Begriffe, die noch bis vor kurzem als Kampfpapieren gegen die Kirche, gegen das Christentum, gegen Jesus Christus selbst gedient hatten“ –, um der neuen Barbarei Einhalt zu gebieten? So glaubte er zumindest eine „Bundesgenossenschaft“ der genannten Begriffe mit dem bedrängten Christentum feststellen zu können, die mehr als eine bloße Kampf- oder Zweckgemeinschaft, eine „Rückkehr zum Ursprung“ bedeutete. Eine „Rückkehr“ in diesem Sinne war sicher bei Moltke und Trott, wie auch bei dem sozialistischen Kreisauer Theo Haubach, vorgegangen.

Die Richtschnur für Bonhoeffers Widerstand war und blieb letzten Endes Martin Luther, unerachtet der Tatsache, daß sich Bonhoeffer der „Verkrustung des Luthertums“⁴⁶, besonders im deutschen Raum, deutlich bewußt war⁴⁷. Gewiß war die „Zwei-Reiche-Lehre“ ein Grundpfeiler in Bonhoeffers theologischer Sicht; aber er konnte sich nicht der fraglosen obrigkeitlichen Folgerung, die den deutschen Geist und die deutsche Politik so entscheidend geprägt hatte, anschließen⁴⁸.

Gleich in den ersten Monaten des NS-Regimes hatte er Thesen zur Haltung der Kirche in der Judenfrage entworfen, in denen er die „unbedingte“ Verpflichtung der Kirche den Opfern gegenüber betonte und soweit ging, zu erörtern, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern „dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“⁴⁹. Damit allerdings sollte Bonhoeffer, wie sich herausstellte, in der Kirche ziemlich alleine stehen.

In der Rechenschaft, die Bonhoeffer Ende 1942 für seine Freunde über die vergangenen zehn Jahre der Schreckensherrschaft ablegte, ging er auch auf die Frage des sprichwörtlichen deutschen Mangels an „Zivilcourage“ ein. So verständlich eine solche Haltung im Lichte der deutschen Geschichte auch war, so lief sie doch auf eine Verkenning der Welt hinaus und wurde allzu leicht „zum Bösen“ mißbraucht. Was den Deut-

⁴⁶ Hermann Kunst, *Evangelischer Glaube und politische Verantwortung. Martin Luther als politischer Berater seiner Landesherrn und seine Teilnahme an den Fragen des öffentlichen Lebens*, Stuttgart 1976, S. 400.

⁴⁷ Auch sein Freund und Mitstreiter im Widerstand, der theologisch gut bewanderte Hans-Bernd von Haefen, hatte zwischen Luther und dem Luthertum zu unterscheiden gewußt: „In der Tat hat die Resignation des Luthertums (nicht Luthers), daß die Welt nun einmal des Teufels sei, ganz wesentlich dazu beigetragen, die Welt erst recht des Teufels werden zu lassen“; Brief Haefen an Pfarrer Krimm, Berlin, vom Mai 1941, in: Haefen, *Aus unseren Briefen*, S. 118. Die Freundschaft zwischen Bonhoeffer und Haefen geht auf die Zeit zurück, als sie zusammen Konfirmandenunterricht in der Grunewaldkirche nahmen.

⁴⁸ Siehe Kunst, *Evangelischer Glaube*, S. 400ff., der aufgrund seiner Untersuchung von Luthers Verhältnis zu seinen Landesherrn, den Grafen von Mansfeld und Kurfürsten von Sachsen, zu dem Schluß kam, daß der Reformator keineswegs unbedingt „leidenden Gehorsam“, sondern, wenn nötig, „leidendem Ungehorsam“ das Wort redete: „Der Staat und seine besondere Gesetzlichkeit finden ihre Grenze nicht nur da, wo Glaube, Gottesdienst und Kirche beginnen, sondern auch da, wo die Gerechtigkeit und die Ordnung menschlichen Zusammenlebens verletzt werden. Das gilt nicht nur für den sozialen Bereich, sondern für alle Gebiete menschlichen Lebens. Das Gebot des Evangeliums bedeutet eine unübersteigbare Schranke auch für den Staat und alle seine Repräsentanten. Wo diese Schranke überschritten wird, hat der Widerstand einzusetzen.“

⁴⁹ Dietrich Bonhoeffer, „Die Kirche vor der Judenfrage“, in: *Gesammelte Schriften*, hrsg. von Eberhard Bethge, Bd. II, München 1965, S. 48.

schen fehlte, war die „Notwendigkeit der freien, verantwortlichen Tat“: „Die Deutschen fangen erst heute an zu entdecken, was freie Verantwortung heißt. Sie beruht auf einem Gott, der das freie Glaubenswagnis verantwortlicher Tat fordert und der dem, der darüber ein Sünder wird, Vergebung und Trost zuspricht.“⁵⁰

Die augustinisch-lutheranische „Zwei-Reiche-Lehre“ also bedeutete keineswegs eine Verpflichtung zur Enthaltsamkeit des Christen in den Dingen dieser Welt und zu fraglosem Gehorsam der weltlichen Obrigkeit gegenüber. Ganz im Gegenteil, der Ruf nach „freier, verantwortlicher Tat“ bringt ihn in diese Welt zurück auf dem Wege des Heilsplans des christlichen Gottes, in dem der handelnde Mensch sich der Gnade Gottes überläßt. Bonhoeffers Verstrickung in den „weltlichen Sektor“ gab ihm, wie er selbst zugab, „zu denken“⁵¹, und er wies auch bestimmt nicht leichten Herzens die Mahnung seines Schwagers Hans von Dohnanyi von sich, daß „wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen“ (Matth. 26,52). Letzten Endes fand er seinen Weg ins Märtyrertum als ein Sünder, der als solcher vor Gott steht und sich als solcher Gott anvertraut. In der Tiefe seiner und seines Volkes Not beschwor er die Majestät Gottes und bekräftigte so das Drama von Sünde und Vergebung.

Sicher liegt ein gewisses Paradox darin, daß gerade die Wahrnehmung des „gänzlich anderen“, gänzlich jenseitigen Gottes dessen Rückkehr in das Diesseits ermöglichte. Sein Ringen um den verborgenen Gott (*deus absconditus*) – auch Haefen schrieb über die „Verborgenheit“ des göttlichen Wachstums⁵² – verstärkte in ihm das Bewußtsein der Menschwerdung dieses Gottes. So war es die Wiederentdeckung Luthers, die es Bonhoeffer erlaubte, seinen Weg in den Widerstand zu rechtfertigen. Damit hat er auch stellvertretend, wenn nicht führend, für die vielen anderen im Widerstand die „Sinnlosigkeit allen Handelns“, von der Moltke doch sprach, als Herausforderung angenommen, die nicht mit einer verführerischen Ideologie und dem „Triumph des Bösen“ fürliebnahm, sondern sich auch dagegen auflehnte und zugleich den Weg zu dem „freien Glaubenswagnis verantwortlicher Tat“ wies. Damit zeichnete Bonhoeffer die Umrisse einer „Theologie der Krise.“

Nun wäre es ganz verfehlt, eine starre Schematik in Bonhoeffers Theologie hineinlesen zu wollen. Nichts war ihm fremder, war doch seine Ablehnung des Nationalsozialismus unter anderem in seiner Kritik an jeglichem ideologischen System begründet, das den unerforschlichen Plan Gottes vorwegnehmen wollte⁵³. Er war kein Systematiker; er war ein ständig Suchender. Dies erklärt auch, warum Bonhoeffer in seinem Denken das Naturrecht nie aus dem Blick verliert. Ob dies darauf zurückzuführen ist, daß er um die Jahreswende 1940/41 bei den Benediktinern im Kloster Ettal Schutz fand und dort in einen Austausch mit katholischem theologischen Denken trat? Jedenfalls war es in Ettal, wie uns Bonhoeffers Freund und Biograph Eberhard Bethge bezeugt,

⁵⁰ Bonhoeffer, *Nach zehn Jahren*, S. 12f.

⁵¹ Brief Dietrich Bonhoeffer an Eberhard Bethge vom 25. 6. 1942, in: Bonhoeffer, *Gesammelte Schriften*, Bd. II, S. 246.

⁵² Brief Haefen an Pfarrer Krimm vom 14. 11. 1942, in: Haefen, *Aus unseren Briefen*.

⁵³ Siehe in dieser Beziehung Bonhoeffer, *Ethik*, S. 248f.

wo er bei der Arbeit an seiner *Ethik* das Kapitel über „Das natürliche Leben“ entwarf⁵⁴. Dort finden wir den folgenden Satz: „Die Rechte des natürlichen Lebens sind der Abglanz der Schöpfungsherrlichkeit Gottes mitten in der gefallenen Welt.“⁵⁵ Hatte nicht schon Thomas von Aquin das Naturrecht als den „Abglanz des göttlichen Lichts in uns“ beschrieben? Also war die Dialektik, mit der Bonhoeffer die *Ethik* einleitete, doch nicht so streng, wie sie auf den ersten Blick hin erscheinen mochte. Bethge zufolge bahnte Bonhoeffer den Weg „für eine auf protestantischem Boden so seltene Wiederentdeckung einer Theologie des ‚Natürlichen‘“⁵⁶. Er setzte es wieder in seinen ihm gebührenden Platz ein, das heißt, bestimmt nicht autonom oder souverän, sondern dem Evangelium von Jesus Christus untergeordnet: „Es muß[. . .] der Begriff des Natürlichen vom Evangelium her wieder gewonnen werden.“⁵⁷

Die thomistische Einstellung zur Auflehnung gegen ein tyrannisches Regime fand auch ganz eindeutig in der studentischen Widerstandsgruppe der „Weißen Rose“ um die Geschwister Scholl ihren Niederschlag. Hans und Sophie Scholl stammten aus einer protestantischen Familie. Doch beschäftigten sie sich eingehend mit zeitgenössischem katholischem Schrifttum – so den Werken von Georges Bernanos, Alois Dempf, Romano Guardini, Jacques Maritain – und fanden in München in Karl Muth, dem bedeutenden katholischen Publizisten und Herausgeber der im Juli 1941 verbotenen Zeitschrift *Hochland*, einen väterlichen Freund, der sie wiederum in Verbindung mit seinem Kreis oppositioneller katholischer Intellektueller brachte. Auch übernahm Hans die Aufgabe der Katalogisierung von Muths Bibliothek, in der er Gelegenheit hatte, der Frage der ethischen und religiösen Rechtfertigung des Widerstandes nachzugehen. Jedenfalls wurde der Studentengruppe auf diesen Wegen naturrechtliches Denken zugänglich⁵⁸. Das erste Flugblatt der „Weißen Rose“ setzte sich dann auch mit der spartanischen Gesetzgebung des Lykurgus auseinander und stellte dessen unmenschlichem Staatsgesetz die „Grundfesten des Naturrechts und der Sittlichkeit“⁵⁹ gegenüber. Diese also gaben den Scholls und ihren Freunden das Mandat zum Aufruf zum Widerstand.

Nicht zuletzt ist es auch von Bedeutung, daß Claus von Stauffenberg und seine Freunde in der Frage des Tyrannenmordes sich auf die theoretische Dimension des Arguments bezogen. In einem Zwiegespräch mit Axel von dem Bussche, das im November 1943 in der Ausweichstelle des Ersatzheeres in Düppel bei Berlin stattfand, „dozierte“ Stauffenberg, daß die Katholiken in dieser Beziehung es „leichter“ hätten, wobei er zugestand, daß auch Luther sich über das Widerstandsrecht geäußert hätte. Bussche wiederum, der mit dieser Formulierung nicht zufrieden war, entgegnete ganz

⁵⁴ Bethge (Hrsg.), Bonhoeffer, S. 807 f.

⁵⁵ Bonhoeffer, *Ethik*, S. 161.

⁵⁶ Bethge (Hrsg.), Bonhoeffer, S. 807 f.

⁵⁷ Bonhoeffer, *Ethik*, S. 153.

⁵⁸ Zu alledem siehe Inge Jens (Hrsg.), Hans Scholl, Sophie Scholl, Briefe und Aufzeichnungen, Frankfurt/M. 1984.

⁵⁹ Inge Scholl, *Die weiße Rose*, Frankfurt/M. 1955, S. 121 f.

entschieden, daß die lutheranische Religion es erlaube, verrückte Tyrannen zu erschließen und daß jegliche Vorbehalte dagegen ohnehin „nicht mehr wesentlich“ seien⁶⁰.

Es bleibt nun, auf die These von Ernst Troeltsch bezüglich des deutschen „Sonderwegs“ in der Naturrechtsfrage zurückzukommen. Es soll hier zunächst an den Unterschied zwischen der theoretischen Bestimmung und dem davon unabhängigen Wirken, das heißt der „self-evidence“, des Naturrechts erinnert werden. Was erstere angeht, so ist zu wiederholen, daß sie überall in der westlichen Welt im Zeitalter des modernen Nationalstaates hinter dem Prärogativ des positiven, verbrieften Rechts zurückgetreten ist. Davon abgesehen, haben wir im Laufe unserer Untersuchung des Zusammenhanges zwischen Naturrecht und Widerstand in Deutschland selbst ein ganzes Spektrum von Einstellungen feststellen können. Die ältere Generation der traditionellen Führungsschichten hat sich von obrigkeitlicher Gesinnung nur schwer trennen können und hat sich allzu lange („die Schwäche des Anfangs“!) auf deutsche National- und Staatstugenden berufen. Dagegen war in allen anderen Fällen eine ausdrückliche Auseinandersetzung mit der Naturrechtsfrage festzustellen. Die ehemaligen und nun erneut verfolgten „Reichsfeinde“ brauchten nur auf ihre jeweilige eigene Tradition, sei es die scholastische oder die sozialistische, zurückzugreifen. Die „Jungen“ wiederum, so besonders Moltke und Trott, bewegten sich zwischen einer herkömmlichen, zum Teil an der angelsächsischen Kultur orientierten, Bejahung der Menschenwürde und Menschenrechte und einer in der Bedrängnis der Zeit neugewonnenen christlichen Gläubigkeit, welche jene sehr wohl überhöhte, aber keineswegs verneinte. Sogar im Falle Bonhoeffers haben wir beobachten können, daß die Unterscheidung zwischen Jenseits und Diesseits oder, wie er sie zu bezeichnen pflegte, zwischen „Letztem“ und „Vorletztem“⁶¹, das „Vorletzte“ keineswegs entwertete, sondern heiligte. So konnte sich die dialektische Theologie Bonhoeffers, wenn sie auch meilenweit von der „liberalen“ Theologie seiner Lehrer an der Berliner theologischen Fakultät entfernt war, schließlich doch in die Tradition der Scholastik einreihen. Wohl bejahte er Menschen- und Naturrechte, doch gibt es sie, dies betonte er, „nur von Christus her, d. h. aus Glauben“⁶². Als solche aber gelten sie in der Welt und sind so ein Antrieb zur „freien, verantwortlichen Tat“. Im Falle Bonhoeffers sowie besonders in dem der Studenten um die Geschwister Scholl spielte dann auch ihr Verständnis der thomistischen Naturrechtslehre eine wichtige Rolle; so war es ihre ökumenische Perspektive, die sie in ihrer Tat bekräftigte.

Es mag der List der Geschichte zuzuschreiben sein, daß eine ähnliche Auseinandersetzung mit einer so erhabenen Frage, wie dem Gelten des Naturrechts, außerhalb der Reichsgrenzen in den Widerstandskreisen der besetzten Gebiete nicht stattfand⁶³. Ob

⁶⁰ Die Information über dieses Zwiegespräch verdanke ich Peter Hoffmann, der sie wiederum einem Interview mit Axel von dem Bussche vom 19. Juli 1984 entnahm.

⁶¹ Ebenda, S. 128 ff.; Bethge, Bonhoeffer, S. 807.

⁶² Bonhoeffer, Ethik, S. 383.

⁶³ Siehe Documents on the History of European Integration, Bd. I Continental Plans for European Integration, hrsg. von Walter Lippens, Berlin/New York 1985.

das wohl mit dem sprichwörtlich theoretischen Hang der Deutschen zusammenhängt? Sicher aber fanden sich die deutschen Widerständler dank jener „Maskerade des Bösen“, die, wie Bonhoeffer schrieb, alle ethischen Begriffe „durcheinander gewirbelt“ hatte, einem Nichts gegenüber und sahen sich gezwungen, ihre Stellung *de novo* zu bestimmen. Daher auch die vielen grundsätzlichen Denkschriften, die in den Kreisen des deutschen Widerstands verfaßt wurden. In den besetzten Gebieten bot die Auflehnung gegen die Fremdherrschaft den verschiedensten Gruppen einen gemeinsamen Nenner, und so brauchte man nicht auf das Naturrecht zu rekurrieren. „*La grandeur nationale*“ ging ganz selbstverständlich in die „*Droits de l'Homme*“ und das „*Droit des Peuples*“ über⁶⁴. Das erklärt, warum die Naturrechtsfrage in Deutschland mehr als anderwärts auf der Tagesordnung stand.

Es kommt hinzu, daß auch jenseits aller theoretischen Erwägungen das Naturrecht als höheres Recht auf das Denken und Handeln des deutschen Widerstands entscheidend eingewirkt hat. Luthers Aufschrei „aus tiefster Not“ hallte auch im Widerstand wider. Es war die „Grenzsituation“ – Bonhoeffer schrieb von einem „Grenzfall“⁶⁵ –, die dem Widerstand den Auftrag zum Handeln gab. In seinem Schlußwort vor dem Volksgerichtshof betonte auch Professor Kurt Huber, der Mentor der studentischen Widerstandsgruppe der „Weissen Rose“, daß es „für alle äußere Legalität“ eine „letzte Grenze“ geben müsse, soweit sie ein „ungeschriebenes Recht, das ‚im gesunden Volksempfinden‘ noch immer lebendig war“, verletze⁶⁶. So war es denn auch das „ewige ethische Gesetz“, welches Carl Goerdeler – wie auch seinen Mitverschwörern – die Berechtigung gab, an die Grenze des Verrats zu gehen, um die Ehre des Vaterlandes zu retten⁶⁷. Jedenfalls können wir sagen, wenn auch mit einiger Vorsicht, daß der deutsche Widerstand unter dem Eindruck des Schocks seiner Notlage dabei war, den von Troeltsch angesprochenen „Sonderweg“ in den allgemeinen europäischen Weg zurückzuführen. Dies meinte Helmuth James von Moltke, als er an seinen englischen Freund Lionel Curtis schrieb, daß es sein dringendes Anliegen sei, „die Verbindung mit der großen Welt“ herzustellen⁶⁸.

Also hat der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus auch Mephistopheles' Behauptung, daß vom Rechte, das mit uns geboren, „nie die Frage“ sei, Lügen gestraft.

⁶⁴ Vgl. Libération-Sud: Our task: beyond the nation, vom 1. 9. 1943, in: Ebenda, S. 308–311.

⁶⁵ Brief Dietrich Bonhoeffer an Eberhard Bethge vom 18. 2. 1943, in: Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung, S. 70.

⁶⁶ Kurt Huber, Schlußwort des Angeklagten, in: Du hast mich heimgesucht bei Nacht. Abschiedsbriefe und Aufzeichnungen des Widerstandes 1933–1945, hrsg. von Helmut Gollwitzer/et al., München/Hamburg 1964, S. 110 f. Siehe auch das erste Flugblatt der „Weissen Rose“, das sich mit der spartanischen Gesetzgebung des Lykurgus auseinandersetzte und dessen unmenschlichem Staatsgesetz die „Grundfesten des Naturrechts und der Sittlichkeit“ gegenüberstellte; Inge Scholl, Die weisse Rose, Frankfurt a. M./Hamburg 1955, S. 121 f.

⁶⁷ Carl Goerdeler paraphrasiert in A. P. Young, The 'X' Documents, London 1974, S. 203.

⁶⁸ Brief von Moltke an Lionel Curtis, London, vom 12. 7. 1935, in: Lionel Curtis Nachlaß, Fasz. 28, Bodleian Library, Oxford University.

LEW BESYMENSKI

GEHEIMMISSION IN STALINS AUFTRAG?

David Kandelaki und die sowjetisch-deutschen Beziehungen
Mitte der dreißiger Jahre

In der westlichen Literatur über die sowjetisch-deutschen Beziehungen seit dem Machtantritt Hitlers taucht seit Jahrzehnten immer wieder der Name von David Kandelaki auf, der von 1934 bis 1937 in Berlin als Leiter der Handelsvertretung der UdSSR fungierte¹. Dagegen sparten sowjetische Darstellungen dieser Epoche die Tätigkeit und den Namen Kandelakis in auffälliger Weise aus. Ganz abgesehen davon, daß die einschlägigen Archive lange Zeit kaum zugänglich waren², zog es die sowjetische Geschichtsschreibung vor, „brenzlige“ Fragen nach Möglichkeit zu umgehen. Kandelakis Aufenthalt in Berlin war eine solche „brenzlige“ Frage insofern, als sich damit aus der Sicht mancher westlicher Autoren ein zentrales ideologisches Thema verband: Nämlich die Annahme, Kandelakis Tätigkeit in Deutschland könne als „Vorbeginn“ des Umschwungs in den sowjetisch-deutschen Beziehungen gewertet werden, wie er sich dann 1939 vollzog³.

¹ Vgl. Karlheinz Niclaus, *Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung*, Bonn 1966; Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934*, Berlin 1970; Bianka Pietrow, *Stalinismus, Sicherheit, Offensive*, Kassel/Melsungen 1983; Johann W. Brügel (Hrsg.), *Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa*, Wien 1973; Gustav Hilger, *Wir und der Kreml*, Frankfurt/M. 1959; Sven Allard, *Stalin und Hitler*, Bern 1974.

² Für die Freigabe der hier vorgestellten Akten bedanke ich mich herzlich bei der Historisch-Dokumentarischen Hauptverwaltung des Außenministeriums der Russischen Föderation und für die Bearbeitung der Akten bei Herrn Nikolai A. Abramow.

³ Ein besonderer Fall dieser „ideologisierten“ Interpretation stellt die Erwähnung Kandelakis bei Walter Krivitsky dar, dessen Enthüllungen über eine deutsch-sowjetische Annäherung in den Jahren 1935–37 erstmalig in der *Saturday Evening Post* vom 29. 4. 1939, dann in seinem Buch „*In Stalin's Secret Service*“, New York 1939, erschienen. Walter Krivitsky (eigentlich Samuel Ginsburg) war einer der wenigen Überläufer der dreißiger Jahre, deren Zeugnisse in den westlichen Medien aktiv ausgebaut wurden, obwohl sie sogar beim britischen Foreign Service kritisch aufgenommen wurden (Public Record Office, FO 371/23697, S. 76–84, S. 343 ff.). Krivitsky gehörte zuerst dem militärischen Nachrichtendienst (GRU) an und wurde 1934 durch den Nachrichtendienst des NKWD (INO) übernommen, wo er zur Ausbildung für illegale Auslandstätigkeit abkommandiert war, was ihn von der Außenwelt isolierte. Folglich konnte er kaum so breite Information über interne Angelegenheiten der INO und GRU besitzen, wie er in seinen Schriften den Anschein erweckt. Das gilt auch für seine Interpretation des „Falles“ Kandelaki.

I.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten war bekanntlich auch mit einer grundlegenden Veränderung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion verbunden. Seit die UdSSR 1922 mit dem Vertrag von Rapallo ihren bis dahin größten Erfolg auf dem schwierigen Weg vom revolutionären Romantizismus zum pragmatischen Realismus gefeiert hatte, war die Außenpolitik im Prinzip dieser von Lenin und Georgi Tschitscherin eröffneten Linie gefolgt. Das Ergebnis war eine ganze Reihe sowjetisch-deutscher Verträge, insbesondere das Freundschafts- und Neutralitätsabkommen von 1926 (Berliner Vertrag), dessen Verlängerungsprotokoll von 1931 und die regelmäßigen Handels- und Kreditabkommen. Darüber hinaus hatte die Sowjetunion mit dem durch den Versailler Vertrag in seiner Verteidigungs- und Rüstungspolitik stark eingeschränkten Deutschen Reich zahlreiche geheime Vereinbarungen über militärische Zusammenarbeit geschlossen, aus der auch die Rote Armee Vorteile zog.

Die Nachricht von Hitlers Kanzlerschaft wurde in Moskau deshalb nicht nur aus grundsätzlichen ideologischen, sondern auch aus machtpolitischen Gründen mit größter Sorge aufgenommen. Für die sowjetische Diplomatie war dadurch die mit großer Mühe aufgebaute Machtbalance in Europa, in der die sowjetisch-deutschen Beziehungen als Gegengewicht zu den monopolistischen Ansprüchen Frankreichs und Englands dienten, in Gefahr geraten. Auch im Hinblick auf das gespannte Verhältnis Moskaus zu Warschau waren die guten sowjetisch-deutschen Beziehungen von Nutzen. Gleichwohl wirkten der ideologische Gegensatz zum Nationalsozialismus und Hitlers außenpolitische Ausfälle, die schlechthin die Existenz der Sowjetunion in Frage stellten, ganz besonders beunruhigend.

Wenn die Sowjetunion dennoch versuchte, die rapide Verschlechterung ihrer Beziehungen mit Deutschland in Grenzen zu halten, so nicht zuletzt aus wirtschaftspolitischen Überlegungen. Denn nach dem 17. Parteitag der KPdSU Anfang 1934 begann im Rahmen des zweiten Fünfjahresplans die Politik der forcierten Kollektivierung und Industrialisierung, die ohne westliche Unterstützung kaum durchzuhalten war. Entsprechend hatte der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Maxim Litwinow, auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in London im Juni 1933 das Interesse der UdSSR bekundet, Industriegüter im Wert von einer Milliarde Dollar zu importieren, ohne allerdings bei den Westmächten auf großes Interesse zu stoßen⁴. Insofern mußten die seit langem florierenden Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland ihre vorrangige Bedeutung behalten – ungeachtet der dramatischen Abkühlung der politischen Beziehungen.

Das war die Lage, in der David Wladimirowitsch Kandelaki, zuvor kurzzeitig Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Stockholm, 1934 in Berlin eintraf. Politische Erfahrung hatte der einer georgischen Adelsfamilie entstammende Mittdreißiger vor

⁴ „Vnesnaja politika SSSR“ („Außenpolitik der UdSSR“), Bd. 3, S. 633.

allem in seiner langjährigen Tätigkeit als Volkskommissar für Volksaufklärung in Georgien gesammelt; 1938 sollte ihn, nach kurzer Amtszeit als stellvertretender Volkskommissar für Außenhandel, das übliche Schicksal sowjetischer Diplomaten und Außenhandelsmitarbeiter jener Jahre ereilen: Kandelaki wurde verhaftet und am 29. Juli 1938 hingerichtet, seine Familie verbannt⁵.

II.

Bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten hatten sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland insgesamt äußerst positiv entwickelt⁶. So war die Sowjetunion bereits 1931 der größte auswärtige Abnehmer der deutschen Maschinenindustrie, und 1932 gingen nicht weniger als 43 Prozent des gesamten deutschen Maschinenexports in die UdSSR. Während die Sowjetunion 1931 Waren im Werte von 566,5 Millionen Rubel nach Deutschland verkaufte, lag das deutsche Exportvolumen in die UdSSR bei 1798,6 Millionen Rubel. Vier Jahre später waren die entsprechenden Ziffern jedoch drastisch gesunken: auf 95,1 bzw. 289,3 Millionen Rubel. Deutschlands Versuche, die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR wiederzubeleben, waren von dem außerordentlichen Interesse an sowjetischen Rohstofflieferungen bestimmt. Umgekehrt war die Sowjetunion durchaus an einem wieder steigenden Import deutscher Industriearüstung und moderner Technologien interessiert, unter anderem zur eigenen Rüstungsproduktion.

Vereinbarungen zur Wiederbelebung des sowjetisch-deutschen Handels wurden 1934, 1935 und 1936 unterzeichnet⁷. Leiter der sowjetischen Delegation war jeweils David Kandelaki. Selbstverständlich konnten bei diesen Verhandlungen auch Probleme allgemeinpolitischer Natur angesprochen werden, insbesondere das Problem der auf Eis liegenden politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Tatsächlich hat Kandelaki solche „Nebengespräche“ geführt, was später zu vielfältigen Spekulationen und Verdächtigungen Anlaß geben sollte.

Ein erstes Treffen Kandelakis mit Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht fand in einem Brief Erwähnung, den Sergei A. Bessonow am 6. Februar 1935 an den Volkskommissar Litwinow richtete. Danach waren Fragen einer politischen Annäherung zwischen der Sowjetunion und Deutschland bei diesem Treffen nicht zur Sprache gekommen. Allerdings wies Bessonow am Schluß seines Schreibens darauf hin, daß Kandelaki bis zu diesem Zeitpunkt Moskau noch nicht über sein Gespräch mit Schacht in-

⁵ Angaben nach einer Auskunft des Instituts für Marxismus-Leninismus in Tiflis v. 26.2. 1991, des Obersten Gerichts der UdSSR v. 7. 4. 1988 (Nr. 4/H/06803/56) und nach schriftlicher Auskunft der Tochter Kandelakis gegenüber dem Verfasser.

⁶ Die folgenden Angaben nach: Die Handelsbeziehungen der UdSSR mit den kapitalistischen Staaten, Moskau 1938, S. 139.

⁷ Am 24. Dezember 1936 wurde das Abkommen vom 29. April 1936 mit einigen Änderungen für das Jahr 1937 verlängert.

formiert hatte, was darauf hindeuten mag, daß an eine mündliche Unterrichtung gedacht war, und was eine Erklärung dafür bieten könnte, daß keine Aufzeichnungen Kandelakis über dieses Gespräch existieren⁸.

Am 14. Januar 1935 schrieb der sowjetische Botschafter in Berlin, Jakow Suriz, an Litwinow: „Ein Ihnen bekannter deutscher Freund hat uns berichtet, daß bestimmte Kreise der Reichswehr, die Schacht nahestehen und deren Bedeutung zugenommen hat, auf einer Aussöhnung und einer Vereinbarung mit uns bestehen. Nach seinen Worten hat unsere Bereitschaft, die wirtschaftlichen Beziehungen fortzusetzen, dort tiefen Eindruck gemacht. Er fragte mich, welche Garantien außerhalb des Ostpaktes uns befriedigen würden [. . .]. Neben der Unterzeichnung eines Kreditabkommens zählt er zu den vorrangigen Aufgaben die Einstellung der Pressekampagnen auf beiden Seiten und die Aufnahme kultureller Beziehungen.“⁹ Diese Botschaft stieß in Moskau sofort auf Gehör. Bereits am 28. Januar 1935 erklärte Wjatscheslaw Molotow, der Vorsitzende des Sowjets der Volkskommissare, vor dem VII. Sowjetkongreß: „Wir hatten nie einen anderen Wunsch und haben auch weiterhin keinen anderen Wunsch, als gute Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu können. [. . .] Doch in den sowjetisch-deutschen Beziehungen sind in der letzten Periode ernste Schwierigkeiten entstanden.“¹⁰

Aus Anlaß der Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens berichtete Bessonow am 12. April 1935 an das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, Schacht habe „viel über die Notwendigkeit einer weiteren wirtschaftlichen Annäherung zwischen der UdSSR und Deutschland gesprochen. Er sagte, er werde am Kurs der Vertiefung und Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion festhalten, denn in einer solchen Annäherung sehe er ein blühendes Versprechen für beide Seiten“. Schacht habe ausdrücklich bestätigt, daß Hitler von diesem Kurs unterrichtet sei und ihn billige¹¹.

Ähnliche Signale gelangten in diesen Wochen auch außerhalb der diplomatischen Kanäle nach Moskau. So berichtete der sowjetische Journalist Dimitrij Bucharzew an Nikolaj Bucharin, an den Chefredakteur der *Iswestija* und ins Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, die Stimmen, die sich für eine Verbesserung der Beziehungen einsetzten, hätten in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen, und namentlich würden in diesem Zusammenhang Schacht und Göring genannt¹². Botschafter Suriz berichtete am 29. Mai 1935 nach Hause, Schacht habe sich bei einer Unterredung mit ihm sehr freundlich gezeigt und über die Notwendigkeit gesprochen, die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern¹³.

⁸ Dokumente der Außenpolitik der UdSSR (Dokumenty wneschei politiki SSSR), Bd. 17, Moskau 1971, S. 63.

⁹ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, Bestand 059, File 1, Mappe 187, Akte 1385, S. 2 (weitere Signaturbezeichnungen: Bestand=B, File=F, Mappe=M, Akte=A, Seite=S).

¹⁰ Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 18, Moskau 1973, S. 47.

¹¹ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 082, F 18, M 81, A 7, S. 150f.

¹² Ebenda, B 059, F 1, M 187, A 1385, S. 134.

¹³ Ebenda, S. 178.

Tatsächlich unterbreitete Schacht Ende Juni 1935 gegenüber Kandelaki das Angebot eines Zehn-Jahres-Kredits in Höhe von einer Milliarde Mark. Kandelaki wurde daraufhin von Moskau beauftragt, Schacht auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die bereits durch die Gewährung des vorangegangenen Kredits in Höhe von 200 Millionen Mark angehäuft worden seien, und unter diesem Vorwand weitere Gespräche über einen neuen Kredit abzubiegen. Außerdem hielt es die Sowjetunion für notwendig, Frankreich über diesen neuen deutschen Vorschlag zu informieren¹⁴.

Ein erstes Treffen zwischen Kandelaki und Schacht, bei dem ausweislich der darüber angelegten Aufzeichnungen auch politische Fragen angesprochen wurden, fand am 15. Juli 1935 statt¹⁵. In Schachts Notiz über dieses Gespräch heißt es, Kandelaki habe nach „einiger Verlegenheit“ den Wunsch geäußert, „ob es nicht möglich sei, auch die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu verbessern“. Schacht sagte Kandelaki in diesem Zusammenhang zu, das Auswärtige Amt über die Unterredung zu informieren, wies aber zugleich auf die Notwendigkeit hin, solche politischen Gespräche durch den sowjetischen Botschafter beim Auswärtigen Amt einzuleiten¹⁶.

Im zeitlichen Umfeld dieses Gesprächs erhielt der sowjetische Botschafter in Deutschland bei einem Moskau-Aufenthalt offenbar mündliche Anweisungen über die weitere Marschroute. Jedenfalls machte sich Suriz nach seiner Rückkehr nach Berlin seinen eigenen Worten zufolge daran, die Kontakte mit den Deutschen zu aktivieren. Ausgangspunkt war dabei seine Überzeugung, daß Hitler in der nächsten Zeit an seinem gegen die Sowjetunion gerichteten Kurs festhalten werde und die Möglichkeit einer Linderung deshalb nur durch die Aufrechterhaltung normaler Wirtschaftsbeziehungen – d. h. durch die weitere Lieferung von Rohstoffen an Deutschland – gegeben sei¹⁷. Litwinow bestätigte diese Einschätzung in einem Schreiben an Suriz vom 4. Dezember 1935: „Die Schlußfolgerungen, zu denen Sie nach den Kontakten mit den Deutschen gekommen sind, haben mich nicht überrascht. [...] In diesem Punkt habe ich schon seit langem keine Illusionen.“ Der Volkskommissar teilte auch Suriz' Meinung im Hinblick auf die Notwendigkeit der Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sprach sich jedoch dagegen aus, daß „der Löwenanteil des sowjetischen Imports in den nächsten Jahren zum Nachteil anderer Staaten an Deutschland gehen soll. [...] Wir sollten das heutige Deutschland wirtschaftlich nicht zu sehr festigen. Meiner Meinung nach reicht es aus, wenn wir die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland in dem Maße aufrechterhalten, daß es nicht zu einem vollständigen Abbruch zwischen den beiden Seiten kommt.“¹⁸

¹⁴ Ebenda, B 010, F 10, M 51, A 45, S. 136, sowie Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 18, S. 422.

¹⁵ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C: 1933–1937, Band IV, 1, Göttingen 1975, S. 444 f.

¹⁶ Ebenda, S. 445.

¹⁷ Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 18, S. 570.

¹⁸ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 010, F 15, M 123, A 123, S. 152 ff.

Am 3. Dezember 1935 unterrichtete Litwinow Stalin schriftlich über Suriz' Kontakte mit den deutschen Politikern und die daraus von dem Botschafter gezogenen und von ihm mitgetragenen Schlüsse. Dabei schlug Litwinow vor, den Umfang der Bestellungen in Deutschland auf 100 bis 200 Millionen Mark zu beschränken und, als Antwort auf die antisowjetische Kampagne der Hitler-Regierung, „unserer Presse die Direktive zu geben, eine systematische Konter-Propaganda gegen den deutschen Faschismus zu eröffnen“¹⁹.

Nach diesem Abtasten folgte zwischen dem 1. und dem 12. Dezember 1935 eine Reihe von Treffen Bessonows mit Vertretern des Auswärtigen Amtes (Kurt Rödiger, Fritz v. Twardowski), der Reichswehr (Major Spalcke), mit dem Staatssekretär im Luftfahrtministerium Erhard Milch sowie mit Leuten Schachts (Reichsbankdirektor Rudolf Brinkmann, Herbert Göring). Diese Treffen, schrieb Bessonow in zwei Briefen an das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, „haben das Vorhandensein von Schichten und Gruppen bestätigt, die aus verschiedenen Gründen an einer Normalisierung der Beziehungen mit der UdSSR interessiert sind“. Zu diesen Gruppen zählte er in erster Linie Industrielle und einflussreiche Kreise des Militärs sowie des diplomatischen Dienstes. Die Leitung der NSDAP, hob Bessonow hervor, sei gegenüber der Sowjetunion nach wie vor feindselig gestimmt und werte deren Außenpolitik als völlig anti-deutsch. Die Kräfte, die für eine Normalisierung der Beziehungen seien, würden sich gerne auf Fakten stützen, „die beweisen, daß auch die UdSSR die Beziehungen mit Deutschland normalisieren will, und das könnte ihren Kampf für die Durchsetzung ihrer Linie erleichtern“. Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes hätten in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es sehr wichtig wäre, Probleme wie die Einreise von deutschen Firmenvertretern in die UdSSR zu lösen²⁰. Weiter berichtete Bessonow, daß sich die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland aus der Sicht deutscher Industrieller als ein „trauriges Mißverständnis“ darstelle, an dem in erster Linie Deutschland leide. Große Aufmerksamkeit hätten die Gesprächspartner den Fragen der militärischen Zusammenarbeit beigemessen, wobei unterstrichen worden sei, daß die Erinnerungen an die guten Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee nicht so schnell verschwinden würden und in der Wehrmacht nach wie vor lebendig seien. Eine bedeutende Zahl von Militärs sei noch immer dankbar für das bei der Roten Armee Gelernte. In deutschen Militärkreisen, so Bessonow, sei man bereit, „wenn nicht die ursprünglichen Beziehungen wiederherzustellen, so doch wenigstens die Temperatur der gegenwärtigen zu erhöhen“. Nach Informationen von Schachts persönlichem Referenten Herbert Göring hatten sich Reichswehrminister Werner von Blomberg und Schacht darauf verständigt, gegenüber der Sowjetunion die Bereitschaft zur Lieferung auch komplizierter militärischer Ausrüstungsgegenstände zu signalisieren. Die Situation für künftige Bestellungen sei „unvergleichlich“ viel günstiger als bei der Warenbestellung im Rahmen des Kredits über 200 Millionen Mark²¹.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 082, F 18, M 81, A 7, S. 363 f.

²¹ Ebenda, S. 365.

Wie aus Notizen von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes hervorgeht, wurde im Laufe der Wirtschaftsgespräche von sowjetischer Seite wiederholt die Frage der Verbesserung der politischen Beziehungen angesprochen. So hielt Conrad Rüdiger über ein Gespräch mit Bessonow am 2. Dezember 1935 fest, dieser habe erklärt, „es müsse versucht werden, zu einer Entspannung der Beziehungen zu gelangen. Als ich dies bejahte mit dem Bemerkung, daß, abgesehen von einer gegensätzlichen Weltanschauung, irgendwelche politischen Gegensätze zwischen Deutschland und Sowjetrußland nicht bestünden und daß wir auch einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern begrüßten, meinte Bessonow, gerade auf letzterem Gebiete würde ein sehr wesentlicher Anfang zu einer Entspannung gemacht werden können.“²²

In ähnlicher Weise notierte Twardowski acht Tage später über eine Unterredung mit Bessonow, dieser habe das Gespräch „sofort mit dem Thema: Wie kann man die deutsch-sowjetischen Beziehungen verbessern?“ begonnen. Als Twardowski auszuweichen versuchte, habe Bessonow auf der Besprechung dieses Punktes bestanden. Daraufhin habe Twardowski als „private Meinung“ geäußert, „daß die Sowjetregierung, falls sie tatsächlich den ernststen Willen habe, die gegenwärtige Lage zu bessern und auf eine Normalisierung der Beziehungen hinzuarbeiten, die Initiative ergreifen müsse, um die allgemeine Atmosphäre zu bessern“. Im einzelnen bezeichnete es Twardowski als notwendig, daß die „Presseangriffe“ und die „Verunglimpfungen“ der deutschen politischen Führung eingestellt würden, daß die Sowjetunion „ein sichtbares Verständnis für die Notwendigkeiten der deutschen Außenpolitik“ demonstriere und die deutschen Wünsche im Hinblick auf konsularische „Angelegenheiten (Behandlung der Reichsdeutschen in der Sowjetunion, des deutschstämmigen Elements in der Sowjetunion und der Kirchenfrage)“ befriedige²³.

Bei einem Gespräch mit Suriz, das Twardowski am gleichen Tage führte und bei dem der Botschafter die Frage stellte, was „er persönlich“ zur Verbesserung der Beziehungen tun könne, erklärte Twardowski nach dem erneuten pauschalen Hinweis, sich damit dienstlich nicht mehr zu beschäftigen, „daß ich persönlich nach meinen letzten Eindrücken in Moskau noch nicht davon überzeugt sei, daß auf seiten der Sowjetregierung und der sonstigen maßgebenden Stellen in der Sowjetunion der aufrichtige Wille vorhanden sei, die Beziehungen zu Deutschland zu normalisieren“. Twardowski äußerte die Auffassung, die gegenwärtigen Sondierungen könnten sich als taktisches Manöver erweisen, „das in Dunst zerflattere, wenn der dadurch auf Frankreich ausgeübte Druck seine Schuldigkeit getan habe“. Sofern die UdSSR wirklich eine Normalisierung der Beziehungen wünsche, müsse sie in der einen oder anderen Form die Initiative übernehmen. Twardowski zog aus dem Gespräch die Schlußfolgerung, Suriz habe „strikte Weisung“ im Hinblick auf die Frage einer Normalisierung der Beziehungen gehabt²⁴. Hingegen ließ Litwinow Suriz am 19. Dezember wissen: „Ich stehe Ihren Be-

²² ADAP, Serie C, Band IV, 2, Göttingen 1975, S. 855.

²³ Aufzeichnung v. 10. 12. 1935 in: ebenda, S. 881.

²⁴ Ebenda, S. 881 ff.

richten und denen Ihrer Mitarbeiter über den angeblich in Deutschland zu beobachtenden Wandel in den Beziehungen zur UdSSR sehr skeptisch gegenüber.“²⁵

III.

Bereits die vorstehende Schilderung auf der Basis unveröffentlichter Dokumente zur sowjetischen Außenpolitik zeigt, daß die Bemühungen des sowjetischen Handelsvertreters in Berlin, David Kandelaki, in einem breiten Zusammenhang „konventioneller“ diplomatischer Aktivitäten zu sehen sind. Die Tatsache, daß überhaupt die Vorstellung von einem „Fall Kandelaki“ entstehen konnte und phantastische Versionen seiner Tätigkeit in Umlauf gerieten, ist vor allem ein Ergebnis jener Aura des Geheimnisvollen, mit der die sowjetische Diplomatie die zwischen 1935 und 1937 in Berlin geführten Verhandlungen selbst umgab. Nur unter dieser Voraussetzung konnten Vorstellungen von einem „Geheimagenten Stalins“ oder gar von einem „Komplotz“ Stalins mit Hitler in den Anfangsjahren des Dritten Reiches entstehen.

Betrachtet man die Kontakte etwas näher, die Kandelaki in Berlin knüpfte, so verlieren sie rasch alle Züge des Mysteriösen und Ungewöhnlichen. Kandelaki erhielt seine Aufträge sowohl von Litwinow als auch vom Politbüro des ZK. Die Einsetzung von Sonderbeauftragten war keineswegs eine Spezialität Stalins, sondern schon vor diesem in der Sowjetunion üblich und auch in der westlichen Welt nichts Ungewöhnliches. Auch war es nicht unüblich, daß Kandelaki neben seinen Sonderaufgaben routinemäßige Arbeiten erledigte, wie sie im Zuständigkeitsbereich des Leiters einer Handelsvertretung anfallen. Kandelaki eines Komplotts zu verdächtigen, wäre unseriös, muß doch selbst der schärfste Kritiker der Linie Stalins in den dreißiger Jahren dafür Verständnis aufbringen, daß die Sowjetunion nach dem Abbruch der Rapallo-Politik durch Deutschland alles unternahm, um den weiteren Fluß der für die Sowjetunion lebenswichtigen Lieferungen von Ausrüstung und Technik aufrecht zu erhalten, wie er durch die Handels- und Kreditabkommen mit Deutschland gewährleistet wurde.

Eine ganz andere Frage ist, ob David Kandelaki für diese Aufgabe besonders geeignet war. Alexandra M. Kolontaj, die sowjetische Botschafterin in Schweden, hatte eine hohe Meinung von ihm, sein Mitarbeiter Ewgeni Gnedin billigte Kandelaki nur „mäßige“ diplomatische Fähigkeiten zu. Alle Behauptungen, Kandelaki habe den Sonderauftrag wegen seiner persönlichen Freundschaft mit Stalin erhalten, sind nicht belegt.

Was waren nun die politischen Aspekte jener Gespräche, die Kandelaki auf ziemlich hoher Ebene führte? Seine Gesprächspartner waren Hermann Göring, dessen Vetter Herbert, Hjalmar Schacht sowie hohe Beamte des Auswärtigen Amtes. Selbst wenn man weiß, daß die sowjetischen Vertreter in Berlin seit den Zeiten von Rapallo exzellente Beziehungen zu deutschen Regierungskreisen hatten, handelte es sich hierbei um einen außergewöhnlichen Kreis von Gesprächspartnern. Konnte der Kreis im Hin-

²⁵ Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 18, S. 595.

blick auf die wirtschaftlichen Themenbereiche als ganz ausgezeichnet gelten, so galt das im Blick auf die politischen Zusammenhänge jedoch nur mit gewissen Einschränkungen, was sich auch daran zeigte, daß Schacht die sowjetischen Vertreter grundsätzlich zu Reichsaußenminister Neurath schickte, wenn politische Fragen auftauchten. Neurath allerdings reagierte ablehnend.

Das Interesse der sowjetischen Führung an den Berliner Verhandlungen war außergewöhnlich groß. Aus den Protokollen der Sitzungen des Politbüros geht hervor, daß die Frage der Handelsbeziehungen mit Deutschland und Litwinows Berichte dazu zwischen September 1934 und Sommer 1935 in kurzen Abständen besprochen wurden²⁶. Am 31. März 1935 veröffentlichte die Prawda unter dem Titel „Kriegspläne des heutigen Deutschlands“ einen sensationellen, von Marschall Michail Tuchatschewski gezeichneten Artikel über gegen die UdSSR gerichtete Kriegsvorbereitungen Hitlers. Der Artikel rief in Berlin Beunruhigung und halboffizielle Proteste hervor, die von Litwinow zurückgewiesen wurden. Was man in Berlin nicht wissen konnte, war, daß Tuchatschewskis Artikel vor der Veröffentlichung von Stalin geprüft und mit einigen Änderungen versehen worden war. Unter anderem hatte Stalin den ursprünglichen Titel („Kriegspläne Hitlers“) geändert sowie mehrere Zitate über die antisowjetische Stoßrichtung der deutschen Kriegsvorbereitungen gestrichen. Trotz solcher Abschwächungen war klar, daß der Artikel in Berlin scharfe Reaktionen hervorrufen würde, und wenn Stalin vor diesem Hintergrund seine Veröffentlichung genehmigte, so wollte er damit ein Signal geben, das den laufenden Sondierungsgesprächen Kandelakis entgegengesetzt war und die zweite mögliche Variante sowjetischer Deutschland-Politik demonstrieren sollte: die Möglichkeit der scharfen Konfrontation anstelle einer Normalisierung der Beziehungen.

Am 12. März 1935 informierte Litwinow Stalin über die Eindrücke, die Botschafter Suriz seit seiner Ankunft in Berlin und der weisungsgemäßen Verstärkung seiner Kontakte mit der deutschen politischen Führung gesammelt hatte. Suriz schrieb: „Meine Treffen mit Deutschen bestärken mich in der Überzeugung, daß der von Hitler gegen uns eingeschlagene Kurs unverändert ist und keine bedeutenden Richtungsänderungen zu erwarten sind. Hitler hat drei Wahnsinnsunkte: Feindschaft gegenüber der UdSSR, die jüdische Frage und den Anschluß [Österreichs]. Die Feindschaft gegenüber der UdSSR ist nicht nur auf seine ideologische Einstellung gegenüber dem Kommunismus zurückzuführen, sondern stellt die Grundlage seiner taktischen Linie in der Außenpolitik dar. Hitler und seine Gesinnungsgenossen sind fest davon überzeugt, daß das Dritte Reich nur auf dem Weg über konsequenten Antisowjetismus seine Aufgabe lösen sowie Verbündete und Freunde gewinnen kann. Auch mein Gespräch mit Neurath hatte keinen besonders hoffnungsvollen Charakter, gab er mir doch zu verstehen, daß unsere Beziehungen in der nächsten Zeit rein wirtschaftliche bleiben müssen. Neurath betonte die Aussichtslosigkeit aller Versuche, unsere Beziehungen in der voraussehbaren Zukunft zu verbessern. Ferner sagte Neurath, angesichts der gegenwärtigen

²⁶ Am 15. 9., 9. 11. und 5. 12. 1934; am 22. 3., 7./17./27. 4., 2. 5., 3. 5., 25. 7. und 22. 7. 1935.

gen Auffassungsunterschiede seien auch kulturelle Kontakte kaum zu realisieren.“ Litwinow berichtete in seinem Brief an Stalin weiter, nach Mitteilung von Botschafter Suriz habe der deutsche Botschafter in Moskau, Schulenburg, der sich gegenwärtig in Berlin befinde, ähnliche Eindrücke von der dortigen Situation gewonnen. Eine Information der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, wonach Schacht dem Direktor einer französischen Bank in Genf erklärt habe, Deutschland beabsichtige, sich die Ukraine mit Polen zu teilen, hatte Litwinow seinem Bericht an Stalin zufolge inzwischen prüfen lassen: „Die Ergebnisse dieser Überprüfung lassen keinerlei Zweifel an den Absichten Schachts. Es heißt, daß Schacht, den Genosse Kandelaki noch vor kurzem gegen Hitler zu unterstützen vorschlug, dessen Eroberungsbestrebungen im Osten unterstützt.“²⁷

Diese beiläufigen Bemerkungen Litwinows bezeugen die Intentionen, mit denen Kandelaki zwischen 1935 und 1936 seine Verhandlungen in Berlin führte: ganz und gar nicht zu Gunsten Hitlers, sondern eindeutig gegen diesen. Sicher ist der Einwand richtig, daß es eine Illusion gewesen ist zu glauben, Schacht oder Göring gegen Hitler instrumentalisieren zu können. Aber die historische Gerechtigkeit erfordert es dann auch zu erwähnen, daß ähnliche Hoffnungen und Illusionen nicht nur in Moskau, sondern auch in London gehegt wurden – und nicht zuletzt in Deutschland selbst. Das komplizierte diplomatische Spiel auf dem europäischen „Schachbrett“ war 1935 noch längst nicht zu Ende. Der Imperativ der sowjetischen Politik war weiterhin gültig, wie die Worte Molotows auf der ZK-Sitzung vom 10. Januar 1936 bezeugen, denen zufolge die Herstellung besserer Beziehungen zu Deutschland wünschenswert wäre, aber nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von der deutschen Regierung abhängig sei.²⁸ Dieser Linie folgten die sowjetischen Sondierungen gegenüber Deutschland auch in der Folgezeit.

IV.

Ende 1935 bot Schacht im Rahmen der Wirtschaftsverhandlungen einen Kredit über 500 Millionen Mark an²⁹, und am 11. Januar 1936 schrieb der Stellvertretende Volkskommissar Nikolai Krestinskij an Suriz: „Mir scheint, daß wir uns in der Frage des Kredits über 500 Millionen Mark mit den Deutschen einigen werden. Was aber die Frage der politischen Einstellung der Deutschen zu uns angeht, so sind keine Zeichen der Veränderung zu beobachten, weder in Berlin noch in Moskau noch an anderen Punkten des Erdballs.“³⁰ Schon einen Tag zuvor hatte Molotow auf der Sitzung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR erklärt: „Die sowjetische Regierung wünscht

²⁷ Der Brief veröffentlicht in: *Iswestija* Nr. 2 (1990).

²⁸ *Dokumente der Außenpolitik der UdSSR*, Bd. 19, Moskau 1974, S. 45.

²⁹ Gustav Hilger/Alfred G. Meyer, *The incompatible allies. A memoir-history of German-Soviet relations 1918–1941*, New York 1953, S. 283.

³⁰ *Dokumente der Außenpolitik der UdSSR*, Bd. 19, S. 26.

die Herstellung besserer Beziehungen mit Deutschland. Das erscheint uns aufgrund der Interessen der Völker Deutschlands sowie der Sowjetunion eindeutig von Nutzen. Aber die Durchführung einer solchen Politik hängt nicht nur von uns, sondern auch von der deutschen Regierung ab.“³¹

In einem Schreiben an Suriz bestätigte Krestinskij wenige Wochen später die Linie, wonach eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion auf wirtschaftlichem Gebiet beginnen müsse. Angesichts der Tatsache, daß Deutschland „sich an die alte Politik hält“ und „sein kaltes Verhältnis zu uns und zu anderen Anhängern der kollektiven Sicherheit“ unterstreiche, könne die Verbesserung der Beziehung nur auf wirtschaftlichem Gebiet beginnen, und deswegen sei die Sowjetunion an einem Abschluß der Kreditverhandlungen und an einer Zahlungsvereinbarung für 1936 interessiert³². Immer wieder kamen nun Informationen aus der sowjetischen Botschaft in Berlin, die auf eine Annäherung hindeuteten. Ende Februar schrieb Suriz an Krestinskij, im Diplomatischen Corps sei die Meinung weit verbreitet, daß deutsche militärische Kreise nach wie vor eine besondere Linie im Hinblick auf die Politik gegenüber der UdSSR verträten, „wobei man einigen von ihnen die Bereitschaft zuschreibt, bis zur Wiederherstellung der Beziehungen in der Rapallo-Periode zu gehen“. Suriz schrieb auch von einer „gewissen Zurückhaltung und Veränderung des Tons in der deutschen Presse“³³.

Am 19. April 1936 legte Litwinow gegenüber Suriz die Verhandlungstaktik im Hinblick auf den Kredit fest. Der Volkskommissar stimmte der Schlußfolgerung „über die Unzweckmäßigkeit des wirtschaftlichen Bruches mit Deutschland“ ausdrücklich zu, ergänzte aber, die Anstrengungen im Kampf gegen Deutschlands aggressive Politik dürften nicht aufgegeben werden. Suriz' Vorschlag, Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland in großem Stil aufzunehmen, würde die Beziehung zu Frankreich negativ beeinflussen und könnte Wasser auf Hitlers Mühle leiten. Wenn die UdSSR Deutschland wirtschaftlich stärke, werde sie dafür keine politische Kompensation bekommen, und wirtschaftlich sei man, „wie schon Kandelaki betont hat, an einem großen Kreditvolumen sehr wenig interessiert“. Ein multilaterales Abkommen mit Deutschland, dem sich auch die UdSSR unter bestimmten Bedingungen anschließen könnte, hielt Litwinow für möglich. Ein solches Abkommen könne man aber nur durch Verhandlungen mit England und Frankreich erreichen. Dabei werde jedoch gerade „unsere Enthaltensamkeit“ in den Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland von großer Bedeutung sein. Litwinow meinte, es wäre „eine schlechte Taktik, darauf zu bestehen, daß sich England und Frankreich um die Einbeziehung Osteuropas in den Plan einer gemeinsamen Friedensorganisation kümmern, während wir selbst auf jeglichen Druck auf Hitler verzichten“. Nach Auffassung des Volkskommissars war Suriz auf die erfolglosen Vorstellungen Kandelakis „reingefallen“: „Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß uns die deutschen Kredite nicht entgehen werden und daß wir sie bekommen,

³¹ Ebenda, S. 45.

³² Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 010, F 11, M 68, A 34, S. 41.

³³ Ebenda, B 082, F 19, M 83, A 4, S. 36.

wenn wir dies wünschen. Erst wenn ein allgemeines Übereinkommen mit Hitler zustandegekommen ist oder wenn sich herausstellt, daß es völlig aussichtslos ist, ihn zu irgendwelchen Zugeständnissen zwingen zu wollen, könnte man Ihre Empfehlung annehmen, aber nicht früher.“³⁴

Am 29. April 1936 wurde ein Handelsabkommen zwischen der UdSSR und Deutschland unterzeichnet. Auf dem anschließenden Empfang habe Schacht, wie Bessonow nach Moskau schrieb, „Kandelaki zuallererst danach gefragt, wann dieser vor habe, in Verhandlungen über große Kredite einzutreten, weil es nach Schachts Auffassung nicht ausreicht, sich mit der Unterzeichnung lediglich eines Abkommens für 1936 zu begnügen“. Schacht habe hinzugefügt, das Abkommen schaffe eine neue Situation im Hinblick auf weitere Fortschritte in der Frage eines intensiveren Handels zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Dabei habe Schacht die Formel gebraucht, man müsse Elemente der Politik aus den Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen heraushalten, „denn sie stören die Entwicklung der realen Dinge“³⁵.

Nach einem Treffen mit Herbert Göring am 12. Juni 1936 teilte Bessonow dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten mit, die Position Hermann Görings im Hinblick auf den Handel mit der Sowjetunion stimme im großen und ganzen mit jener von Schacht überein. Göring sei der Auffassung, wenn Deutschland die Erfüllung der sowjetischen Wünsche nach Rüstungsgütern ablehne, werde die UdSSR diese sehr leicht aus anderen Ländern bekommen³⁶. Die Position der Sowjetunion im Hinblick auf einen neuen Kredit über 500 Millionen Mark war keineswegs schroff ablehnend. Zwar unterrichtete Krestinskij Suriz am 11. August 1936 über einen negativen Beschluß³⁷, aber schon acht Tage später schrieb Litwinow, Kandelaki sei Anweisung gegeben worden, „den Deutschen unsere Ablehnung des Abkommens zu erläutern. Gleichzeitig wurde ihm erlaubt, die Deutschen zu fragen, ob sie einverstanden sind, einige für uns besonders interessante Dinge auf dem Ihnen bekannten Gebiet [Rüstungsgüter] zu liefern und Ihnen mitzuteilen, daß im Falle einer positiven Antwort die Frage eines Kreditabkommens gestellt werden kann.“³⁸

Auf deutscher Seite hielt man zu diesem Zeitpunkt eine Veränderung der antideutschen Tonart in der sowjetischen Presse für eine wichtige Voraussetzung zur Normalisierung des Verhältnisses. Botschafter von der Schulenburg protestierte im August 1936 zweimal beim Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten gegen Presseartikel, die sich gegen die deutsche Regierung richteten und persönliche Beleidigungen von Goebbels und Hitler enthielten³⁹.

³⁴ Ebenda, B 010, F 11, M 68, A 34, S. 85 ff.

³⁵ Ebenda, B 082, F 19, M 83, A 5, S. 121 f.

³⁶ Ebenda, S. 34.

³⁷ Ebenda, B 010, F 11, M 68, A 36, S. 130.

³⁸ Ebenda, S. 131.

³⁹ Ebenda, B 059, F 1, M 212, A 153, S. 139 und S. 146.

V.

Die Gründe, die Deutschland zu Verhandlungen über den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR bewogen, sind aus einem Bericht ersichtlich, den der Vortragende Legationsrat Karl Schnurre im Oktober 1936 verfaßte: „Die Rohstofflage und der Fortgang der deutschen Aufrüstung seien nach der Erkenntnis der maßgebenden Stellen so, daß wir auf russische Rohstoffbezüge angewiesen seien. Es sei daher notwendig, die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen über den augenblicklichen toten Punkt hinauszubringen. [...] Die deutsche Industrie müsse darauf hingewiesen werden, daß Lieferungen nach Rußland mehr denn je im nationalpolitischen deutschen Interesse lägen, da wir nur so die notwendigen Rohstoffe im Kompensationswege erhalten könnten.“⁴⁰

Im Oktober 1936 wurde Hermann Göring, schon seit April Reichskommissar für Währungs- und Rohstofffragen, Beauftragter für den Vierjahresplan. Diese Ernennung, meinte Suriz, könne die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen günstig beeinflussen, sei die Initiative zur Verstärkung und Belebung dieser Beziehungen in der letzten Zeit doch gerade von Göring und seiner engeren Umgebung ausgegangen⁴¹. Tatsächlich blieben Fortschritte nicht aus: Am 7. Dezember 1936 schrieb Suriz nach Moskau, Herbert Göring habe angeboten, ein Treffen mit seinem Vetter für einen „unverbindlichen Meinungsaustausch“ zu organisieren⁴². Litwinow antwortete, gegen ein solches Treffen bestünden keine Bedenken, aber man müsse Göring von Anfang an zu verstehen geben, daß es auf seine Einladung zustande gekommen sei⁴³. Das Treffen Suriz-Göring fand am 21. Dezember 1936 statt; es wurde zu einem Monolog des Reichsmarschalls.

Wie zuvor schon Hjalmar Schacht sprach Göring davon, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion müßten „ohne Rücksicht“ auf die politischen Beziehungen ausgebaut und damit entpolitisiert werden. In der von Kandelaki unterbreiteten Liste der sowjetischen Wünsche (Panzerplatten, Kriegsschiffe im Wert von 200 Millionen Mark, U-Boote, akustische Apparate usw.) sah Göring freilich eine „politische Voreingenommenheit“, denn unter dem Verlangten seien auch ganz geheime Objekte. Suriz entgegnete, die Wirtschaftsbeziehungen könnten nur in dem Maße weiterentwickelt werden, in dem die Sowjetunion aus Deutschland bekommen könne, was für sie von Interesse sei. Wie Suriz berichtete, wurde Göring daraufhin konzilianter und sprach sich auch für eine Normalisierung der politischen Beziehungen aus. Schließlich gab er zu verstehen, er sei innerlich davon überzeugt, daß auch die Sowjetunion normale, wenngleich vorwiegend wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland wünsche⁴⁴.

⁴⁰ ADAP, Serie C, Band V, 2, Göttingen 1977, S. 1037 f.

⁴¹ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 082, F 19, M 283, A 4, S. 110.

⁴² Ebenda, B 059, F 1, M 212, A 1538, S. 156.

⁴³ Ebenda, A 1539, S. 216.

⁴⁴ Ebenda, B 05, F 16, M 118, A 46, S. 157 ff.

Ende Dezember traf Kandelaki in Begleitung seines Stellvertreters Friedrichson mit Schacht zusammen, der Neurath mit folgenden Worten über die Begegnung unterrichtete: „Im Verlaufe des Gesprächs hatte ich ausgeführt, daß ich die Möglichkeit einer lebhafteren Handelsentwicklung zwischen Rußland und Deutschland nur dann sähe, wenn die russische Regierung eine deutliche politische Geste mache und am besten durch ihren hiesigen Botschafter Versicherungen abgäbe, von jeder kommunistischen Agitation außerhalb Rußlands abzusehen.“ Kandelaki zeigte sich in dem Gespräch von diesem Vorschlag nicht nur nicht überrascht, sondern brachte, wie Schacht festhielt, „offenbar unwillkürlich, seine Sympathie mit meiner Auffassung“ zum Ausdruck⁴⁵. Einige Informationen über dieses Treffen enthält auch das Schreiben, das Botschafter Suriz Ende Januar an Krestinskij richtete. Suriz bezeichnete die Unterredung zwischen Kandelaki und Schacht darin als ein „Sondierungsgespräch über Möglichkeiten direkter politischer Gespräche“ und fuhr fort: „Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß das Lieblingsthema Schachts die Notwendigkeit unseres Abzugs nicht nur aus Spanien, sondern auch aus Frankreich [Volksfront] und der Tschechoslowakei ist, kurz gesagt die Notwendigkeit, mit unserer ‚Politik der Umkreisung Deutschlands mit einem Ring halbsovetischer Staaten‘ aufzuhören.“⁴⁶

Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Gespräch versuchte die deutsche Seite, eine „Atmosphäre“ für Verhandlungen herzustellen. Am 29. Dezember 1936 ließ der deutsche Botschafter in Moskau erneut eine Protestnote wegen antideutscher Karikaturen in der sowjetischen Presse übergeben. Litwinow erwiderte darauf am letzten Tag des Jahres, die sowjetische Presse sei angewiesen worden, sich aller Beleidigungen führender ausländischer Persönlichkeiten zu enthalten, sowohl in Artikeln wie in Karikaturen. Die sowjetische Presse folge dieser Aufforderung sehr gewissenhaft, nicht allerdings in bezug auf ausländische Staatsmänner, die ihrerseits Mitglieder der sowjetischen Regierung beleidigten. Im übrigen sei auf den sowjetischen Karikaturen zwar General Franco, jedoch kein deutsches Regierungsmitglied zu erkennen, während in deutschen Zeitungen durchaus Karikaturen sowjetischer Führer veröffentlicht würden⁴⁷.

Kurz nach dem Treffen mit Schacht fuhr Kandelaki nach Moskau, um über die Ergebnisse des Gesprächs zu berichten. Am 8. Januar 1937 wurde dort ein von Litwinow zusammengestellter „Entwurf der mündlichen Antwort Kandelakis“ von fünf Mitgliedern des Politbüros per Unterschrift verabschiedet. Stalin, Molotow, Lasar Kaganowitsch, Sergo Ordshonikidse und Klimenti Woroschilow erklärten sich darin mit folgender Entgegnung durch Kandelaki einverstanden: „Die sowjetische Regierung hat sich politischen Verhandlungen mit der deutschen Regierung nie entzogen, sondern ihr im Gegenteil sogar konkrete politische Vorschläge gemacht. Die sowjetische Regierung ist nicht der Auffassung, daß sich ihre Politik gegen die Interessen des deutschen Volkes richten muß. Sie ist daher nicht dagegen, jetzt Verhandlungen mit der deutschen

⁴⁵ ADAP, Serie C, Band VI, 1, Göttingen 1981, S. 40f.

⁴⁶ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 05, F 17, M 130, A 42, S. 7.

⁴⁷ Ebenda, B 82, F 20, M 67, A 9, S. 45.

Regierung im Interesse der Verbesserung der Beziehungen und des Friedens aufzunehmen. Unter keinen Umständen wird die sowjetische Regierung auf direkte Verhandlungen über offizielle diplomatische Vertreter verzichten; sie ist mit den jüngsten Gesprächen einverstanden, die sie auch weiterhin als vertraulich betrachtet und nicht an die Öffentlichkeit bringen wird, sofern die deutsche Regierung dies nicht wünscht.“⁴⁸

In einem Privatbrief an Suriz schrieb Litwinow am 14. Januar 1937, die direkten Verhandlungen zwischen Kandelaki und Schacht könnten weitergeführt werden. Andererseits teilte er mit: „Abänderungen sind vorgenommen worden, obwohl Genosse Stalin nochmals bestätigte, daß Kandelaki mit der Führung der Verhandlungen wegen fehlender diplomatischer Erfahrung auf keinen Fall beauftragt werden kann, und mir zustimmte, daß Sie die Verhandlungen führen müssen.“ Er, Litwinow, habe Kandelaki den Entwurf der Antwort an Schacht „heute“ überreicht und ihn dabei beauftragt, in Erfahrung zu bringen, wer auf der deutschen Seite die Verhandlungen führen werde. Sofern es Neurath oder eine andere Person seines Ranges sei, könne Kandelaki Schacht mitteilen, „daß Sie sich aus eigener Initiative an ihn unter Berufung auf den zwischen Kandelaki und Schacht stattgefundenen Meinungsaustausch wenden werden“⁴⁹. Knapp zwei Wochen später wurde Suriz durch das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten darüber informiert, daß Kandelaki nunmehr auf dem Weg nach Berlin sei, um Schacht rechtzeitig vor der für den 30. Januar zu erwartenden jährlichen Ansprache Hitlers über die sowjetische Antwort zu unterrichten⁵⁰.

Am 27. Januar schrieb Suriz an Krestinskij, die deutsche Diplomatie trete in eine „neue Phase der Aktivität“ ein, in der es aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands und seiner mangelhaften Kriegsvorbereitungen wahrscheinlich sei, daß Berlin „nach Kompromissen mit anderen Ländern, darunter auch mit der UdSSR“ suchen werde. Suriz, der am 16. und am 21. Januar mit Neurath gesprochen hatte, unterstrich jedoch zugleich, daß die ersten vier Wochen des neuen Jahres „keine vollständige Bestätigung unseres Standpunktes erbracht haben“. Neuraths Zurückhaltung erklärte Suriz damit, daß „die Gespräche über eine Verbesserung der Beziehungen durch Schacht und sein Ressort aufgenommen worden sind und sich das Auswärtige Amt in dieser Phase nicht einmischen will“⁵¹.

Am 12. Januar 1937 hatte Suriz ein Gespräch mit Schacht, das sich im wesentlichen auf die deutsche Forderung nach einem Rückzug der Komintern aus Spanien beschränkte. Sofern sich auch die künftigen Gespräche Kandelakis mit Schacht auf dieser Ebene bewegen sollten, so müsse man wohl die ganze deutsche „Aktion“ als eine bloße Verzögerungsstrategie betrachten, die darauf ausgerichtet sei, „keine Antworten auf konkrete Fragen (z. B. bezüglich der Liste) zu geben“. Zwar könne ein endgültiger Schluß erst nach den Gesprächen Kandelakis mit Schacht gezogen werden, aber, so Suriz an Krestinskij: „Schachts Gesten in unsere Richtung sind bisweilen so unklar,

⁴⁸ Ebenda, B 011, F 12, M 1, A 2, S. 5.

⁴⁹ Ebenda, B 05, F 17, M 130, A 41, S. 3.

⁵⁰ Ebenda, B 011, F 1 a, M 1 (Z), A 2, S. 5 bzw. B 059, F 1, M 244, A 1717, S. 10.

⁵¹ Ebenda, B 05, F 17, M 130, A 42, S. 6.

und wir wissen so wenig über ihre Bedeutung, daß wir nicht in der Lage sind, darin das Zeichen tatsächlich vorhandener Absichten Deutschlands zu sehen, seine Politik in bezug auf uns zu verändern.“ Die deutsche Presse verhalte sich gegenüber der Sowjetunion inzwischen „relativ anständig“, was darauf hindeute, daß nach dem Treffen Schulenburgs mit Molotow und nach Litwinows Brief an den deutschen Botschafter „spezielle Hinweise“ an die Zeitungen gegeben worden seien⁵².

Die Unterredung zwischen Kandelaki und Schacht kam wie erwartet am 29. Januar zustande. Kandelaki verlas die in Moskau vorbereitete Erklärung, woraufhin Schacht erwiderte, Demarchen der sowjetischen Regierung sollten gegenüber dem Auswärtigen Amt abgegeben werden. Kandelaki stimmte dem grundsätzlich zu, bat Schacht aber zu eruieren, ob solche diplomatischen Verhandlungen irgendwelche Erfolgsaussichten haben würden.

Schacht berichtete Neurath über das Treffen mit Kandelaki und empfahl dem Außenminister, sich gegenüber Moskau verhandlungsbereit für den Fall zu zeigen, daß die UdSSR sich klar von der Komintern-Propaganda distanzieren. Nach einem Gespräch mit Hitler, in dem Neurath über Schachts Gespräch mit Kandelaki und über die von diesem verlesene Erklärung berichtet hatte, teilte der Reichsaußenminister seinem Kabinettskollegen Schacht am 11. Februar 1937 mit, der „Führer“ sei wie er der Ansicht, daß Besprechungen mit den Russen „zur Zeit zu keinerlei Ergebnis führen können, von den Russen vielmehr höchstens dazu benutzt werden würden, um das angestrebte Ziel eines engeren Militärbündnisses mit Frankreich zu erreichen und wenn möglich auch noch zu einer weiteren Annäherung mit England zu gelangen. Eine Erklärung der russischen Regierung, daß sie sich von der Kominternagitation trennt, würde nach den Erfahrungen, die mit diesen Erklärungen sowohl in England als in Frankreich gemacht worden sind, keinerlei praktischen Nutzen haben und deswegen ungenügend sein. Etwas anderes wäre es, wenn sich die Dinge in Rußland in der Richtung einer absoluten Despotie, gestützt auf das Militär, weiterentwickeln sollten. In diesem Falle dürften wir allerdings den Zeitpunkt nicht verpassen, um uns in Rußland wieder einzuschalten.“⁵³

Einzelheiten über das Treffen Kandelaki-Schacht und seine Bewertung durch die Sowjets enthält ein Schreiben, das Litwinow, der sich auf der Rückreise aus Genf in Warschau mit Suriz getroffen hatte, am 4. Februar 1937 an Stalin richtete. Danach hatte Schacht mit einem „gewissen Erstaunen“ auf das sowjetische Verlangen nach Vertraulichkeit der Verhandlungen reagiert und auch dadurch Ablehnung erkennen lassen, daß er die Übergabe der weiteren Verhandlungen an Neurath vorschlug – und zwar im Rahmen eines von ihm ausgerichteten Essens, zu dem Neurath, Suriz und Kandelaki eingeladen würden. Den Grund dafür erblickte Litwinow darin, daß Schacht wegen der schwierigen Finanzlage Deutschlands vor der Notwendigkeit stehe, sich um Kredite aus Paris und London zu bemühen. Da Großbritannien und Frankreich eine Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen wachsam beobachten würden, habe

⁵² Ebenda, B 05, F 17, N 139, A 42, S. 17.

⁵³ ADAP, Serie C, Band VI, 1, S. 426 f.

Schacht Hitler offenbar dazu bewegen können, grünes Licht für – absichtsvoll in aller Öffentlichkeit geführte – Verhandlungen mit Moskau zu geben. Kandelaki sei in Berlin vorgeschlagen worden, zusammen mit Suriz nach Moskau zu reisen, um eine Antwort auf Schachts Vorschlag einzuholen. Litwinow dazu gegenüber Stalin: „Da wir beschlossen haben, uns auf die Entgegennahme deutscher Vorschläge zu beschränken, war die Anreise von Suriz und Kandelaki nicht nötig. [...] Wir erwarten jetzt von der deutschen Regierung Gedanken dazu, inwieweit und auf welche Weise die sowjetisch-deutschen Beziehungen verbessert werden können, nachdem ihre Verschlechterung von der deutschen Seite verursacht worden ist.“ Weiterhin schlug Litwinow vor, nicht auf der Vertraulichkeit der Gespräche, sondern nur auf zeitlich abgestimmten Kommunikati-
onsbeständen zu bestehen, um die französische und die tschechoslowakische Regierung rechtzeitig vorher informieren zu können⁵⁴. Stalin und Molotow stimmten diesem Vorschlag zu, und am 7. Februar informierte Litwinow Suriz entsprechend⁵⁵.

In Moskau wartete man nun mit Ungeduld auf die Nachricht über weitere Kontakte. Am 12. Februar 1937 meldete Suriz, die Frage, ob irgendwelche Veränderungen in der deutschen Außenpolitik zu erwarten sind, sei gegenwärtig von niemandem zu beantworten. Bei den jüngsten Begegnungen habe Neurath alle Themen vermieden, die in irgendeiner Weise mit Schachts Demarche hätten in Verbindung gebracht werden können. Suriz konstatierte „eine noch größere Entfremdung der Deutschen als früher, die manchmal an Boykott grenzt“, und meinte, eine Aufnahme von Verhandlungen solle vermieden werden, solange noch nicht klar sei, was das Gespräch zwischen Ribbentrop und Halifax bringe⁵⁶.

Etwa eine Woche später zeigte sich Suriz gegenüber Litwinow noch hoffnungsvoll, da Schacht seinerzeit zugesagt habe, im Falle einer Absage rasch zu reagieren⁵⁷. Als das quälende Schweigen weiter anhielt, entschloß sich Kandelaki zu einer überstürzten Kontaktaufnahme mit Herbert Göring, über die Suriz am 23. Februar Litwinow informierte: „Es steht natürlich außer Zweifel, daß Hermann Göring längst durch Schacht über unsere Antwort informiert worden ist und deshalb von seinem Vetter nichts Neues erfahren kann. Der junge Göring hat offensichtlich keine Ahnung über die Absichten und Stimmungen der Führung.“⁵⁸

Es sollte noch einige Zeit dauern, ehe Schacht sein Schweigen brach. Am 21. März schrieb Suriz an Litwinow: „Schacht konnte mir nur zuflüstern (buchstäblich flüstern), daß er jetzt keine Chancen für eine Veränderung unserer Beziehungen sieht. Auch Göring junior verlor kein Wort über unsere Angelegenheit.“⁵⁹

Zwei Wochen nach diesem Treffen, am 3. April 1937, wurde die Entpflichtung Kandelakis von der Leitung der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland und seine

⁵⁴ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 05, F 17, M 127, A 1, S. 22.

⁵⁵ Ebenda, B 059, F 1, M 244, A 1717, S. 15.

⁵⁶ Ebenda, B 05, F 17, M 130, A 42, S. 28–29.

⁵⁷ Ebenda, S. 34.

⁵⁸ Ebenda, B 059, F 17, M 130, A 42, S. 29.

⁵⁹ Ebenda, F 1, M 244, A 171, S. 45.

Beförderung zum Stellvertretenden Volkskommissar für Außenhandel bekannt⁶⁰. Zwei Tage später reiste Suriz zu Konsultationen nach Moskau, und am 7. April wurde er mit Wirkung zum Juni 1937 als Botschafter nach Paris versetzt. Zurück in Berlin, schrieb er am 16. April an Litwinow, im Diplomatischen Corps mache trotz aller Dementis die Frage nach einer eventuellen Veränderung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen die Runde. „Manche vermuten sogar, daß es schon zu entsprechenden Verhandlungen gekommen ist, die von der sowjetischen Seite streng geheimgehalten werden.“⁶¹

In dieser Lage galt es, die sowjetischen Vertragspartner von 1935, Frankreich und die Tschechoslowakei, zu beschwichtigen. Am 17. April schickte Litwinow ein gleichlautendes Telegramm an den sowjetischen Botschafter in Prag, Sergei Alexandrowskij, und an den Geschäftsträger in Paris, Juri Girschfeld: „Versichern Sie dem Außenministerium, daß die Gerüchte über unsere angebliche Annäherung mit Deutschland völlig unhaltbar sind. Wir führten und führen keine Verhandlungen mit den Deutschen über dieses Thema, was auch aus der Tatsache hervorgeht, daß wir unseren Handelsvertreter und unseren Botschafter gleichzeitig aus Deutschland abberufen haben. Offensichtlich wurden die Gerüchte durch Deutsche oder durch Polen in Umlauf gesetzt, um Ziele zu erreichen, die uns nicht ganz klar sind.“⁶²

VI.

Wir können zwar nicht davon ausgehen, daß im Archiv des Außenministeriums der ehemaligen UdSSR alle Dokumente über Kandelakis Kontakte in Berlin zu finden sind⁶³, aber nach den Unterlagen, die dort aufbewahrt werden, wird man allenfalls von einem sehr schwachen und kurzen „Flirt“ sprechen können, der mit Kandelakis Abberufung sein abruptes Ende fand. Gleichwohl zeigen die Akten, wie sehr sich beide Seiten in einem komplizierten Spiel bemühten, die Initiative für das Anschneiden politischer Themen dem jeweils anderen zuzuschieben. Für den von Krivitzky später angenommenen Besuch Kandelakis bei Hitler gibt es ebenso wenig Indizien wie für die Planung eines „weitreichenden deutsch-sowjetischen Abkommens“.

Die hier ausgebreiteten Dokumente belegen die Mehrschichtigkeit und Komplexität der sowjetisch-deutschen Beziehungen Mitte der dreißiger Jahre. Ganz offenkundig gab es bei einer Reihe von Vertretern der deutschen Seite Bestrebungen, die Verbin-

⁶⁰ *Iswestija* v. 3. 4. 1937.

⁶¹ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 05, F 17, M 130, A 42, S. 77.

⁶² Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 20, Moskau 1976, S. 174, 176.

⁶³ Die NKWD-Akte über den Prozeß gegen Kandelaki enthält keine Hinweise auf die Berliner Verhandlungen. Möglicherweise wären die „Sondermappen“ des Politbüros ergiebig, ebenso wie die Unterlagen des Nachrichtendienstes des NKWD; beide Bestände sind aber für die Forschung noch nicht zugänglich.

dungen zur Sowjetunion den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker anzupassen und zu „entideologisieren“. Aber auch auf sowjetischer Seite gab es, besonders im Jahr 1935, unterschiedliche Tendenzen, wenngleich Litwinow in engem Kontakt mit Stalin eine feste Linie verfolgte. Wachsende Konfrontation blieb das vorherrschende Kennzeichen im Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland, und aus Hitlers Sicht änderte daran auch nichts der vorübergehende Pakt von 1939, wie der „Barbarossa“-Feldzug zwei Jahre später zeigen sollte.

DAN DINER

RATIONALISIERUNG UND METHODE

Zu einem neuen Erklärungsversuch der „Endlösung“

Der Darstellung und historischen Bewertung der „Endlösung“ kam von jeher eine über den Gegenstand hinausweisende Bedeutung zu. Dies gilt nicht für sie allein. Ereignisse einschneidenden Charakters sind in der Tat nicht *Historie pure et simple*. Dies mag ihrer zäsurierenden Wirkung sowohl für Individualgedächtnis wie kollektive Erinnerung geschuldet sein¹. Das Bewußtsein neigt nun einmal dazu, derartig gewaltige Vorgänge für weit über das empirische Ereignis hinausweisende zeitdiagnostische Bestimmungen und moralische Bewertungen in Anspruch zu nehmen. Solche thematischen Ausweitungen sind unvermeidbar und problematisch zugleich. Unvermeidbar, weil das Bewußtsein sich der Wucht derartiger Ereignisse nicht zu entziehen vermag; problematisch, weil zunehmend vom historischen Charakter des Ereignisses abgesehen wird und dieses nur noch als materiales Arsenal für über den Gegenstand hinausführende weltanschauliche Letztbegründungen dient.

Für einen neuerlichen Versuch, die „Endlösung“ letztverursachend zu erklären und daraus Letztbegründendes herzuleiten, steht die von Götz Aly und Susanne Heim entwickelte bevölkerungsökonomische Deutung der Massenvernichtung. Auffällig und vordergründig unkonventionell ist ihr Versuch insofern, als er zu den gültigen Schul- und Tendenzbildungen in der Erforschung der „Endlösung“ durchaus quer liegt. So ist ihr Ansatz überaus intentionalistisch gewichtet; die Autoren gehen nicht nur von einer der Durchführung der Vernichtung vorausgesetzten programmatischen Absicht aus, sondern auch von einer bis ins Detail umgesetzten, gleichsam linear gehaltenen Planung. Allerdings stellen sie sich dem zentralen Gehalt intentionalistischer Positionen in der Geschichtsschreibung der „Endlösung“ insofern entgegen, als sie das rassenpolitische bzw. antisemitische Motiv der Judenvernichtung rundweg in Abrede stellen. Ihre These geht vielmehr von einer Verfolgung strikt ökonomischer Interessen durch die Nationalsozialisten aus, die zur „Endlösung“ geführt haben soll. Eine solche „politische Ökonomie der „Endlösung““ greift weit über die ereignisgeschichtlichen Eingrenzungen des Gegenstandes hinaus. Dem Nationalsozialismus vor- und nachgeordnete gesellschaftliche und politische Phänomene werden erkenntnisrelevant einge-

¹ Dazu die Debatte zwischen Martin Broszat und Saul Friedländer, „Um die ‚Historisierung des Nationalsozialismus‘. Ein Briefwechsel“, in: VfZ 36 (1988), S. 49–65; jetzt auch Saul Friedländer (Hrsg.), *Probing the Limits of Representation. Nazism and the „Final Solution“*, Boston 1992.

ebnet. Es scheint, als gehe es nicht mehr um die „Endlösung“, sondern um ihren Gebrauch für eine fundamentale Zivilisationskritik.

Im Folgenden werden vor allem Fragen des methodischen Zugangs von Aly und Heim diskutiert. In thematischer Abfolge wird die Stimmigkeit zentraler Deutungsachsen und die geschichtliche Evidenz der sie begründenden materialen Exempel überprüft. Natürlich kann es sich dabei nur um eine Auswahl handeln; um eine Auswahl freilich, der für das Gesamtkonzept der Autoren erhebliche Signifikanz zukommt².

Rassismus und soziale Semantik

Zentral für die These der Verfasser ist der vorgeblich „rationale“ Charakter von Massenvernichtung und Judenmord. „Rational“ in ihrem Kontext will nichts anderes heißen, als daß sich auch im Blick auf Massenvernichtung und Judenmord das Walten einer interessen geleiteten, gleichsam ökonomischen Rationalität nachweisen lasse³. Von utilitaristischen Motiven geleitet und wie von unsichtbarer Hand gelenkt, sei diese in genozidaler Politik gemündet⁴. Bei der von den Nazis systematisch betriebenen Menschenvernichtung habe es sich also um nichts anderes gehandelt als um eine sozialpolitisch und ökonomisch ausgerichtete Rationalisierung und Modernisierung in einem von Deutschland dominierten europäischen Großraum. Anzulasten sei die Massenvernichtung einer spezifischen Ausprägung ökonomischer Rationalität – der Bevölkerungspolitik – und der sie exekutierenden Expertokratie.

Andere Deutungen, vor allem solche, die das rassenideologische bzw. eugenische Motiv in der „Endlösung“ in den Vordergrund rücken, werden von Aly/Heim schlechthin abgewiesen. Ihre eigenen Überlegungen fassen die beiden demgegenüber dahingehend zusammen, die zu Massentötungen führende Bevölkerungspolitik sei „nicht um ihrer selbst willen betrieben“, sondern „als ein Mittel zur Rationalisierung der Wirtschaft begriffen [worden]: Es ging darum, die ‚toten Kosten‘ zu verringern, die gesamtgesellschaftliche Produktivität zu steigern“ (VdV, 483). Insofern sei auch die

² Für die Schriften von Götz Aly und Susanne Heim werden im Text folgende Siglen benutzt: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine europäische Ordnung, Hamburg 1991 = VdV; Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung? Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5, Berlin 1987 = SuJ; Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 9, Berlin 1991 = BuM.

³ Zur erkenntnistheoretischen Konstitution und praktischen Umsetzung ökonomischer Rationalität siehe Gérard Gafgen, Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung. Untersuchung zur Logik und ökonomischen Bedeutung des rationalen Handelns, Tübingen 1974, S. 18 ff., S. 53 ff.

⁴ Zur Diskussion dieser These siehe Wolfgang Schneider (Hrsg.), „Vernichtungspolitik“. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991, sowie Hermann Graml, Irregeleitet und in die Irre führend. Widerspruch gegen eine „rationale“ Erklärung von Auschwitz, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (1992), S. 286–295.

„Judenvernichtung [. . .] Teil eines großen sozialpolitischen Angriffs [gewesen], der auf die Neuordnung der gesamten Klassenverhältnisse zielte“ (SuJ, 16).

Um diese Kernaussagen zu begründen, stützen sich die Autoren vornehmlich auf einen Korpus von ihnen erschlossener Dokumente. Dabei handelt es sich um Materialien, die wesentlich von jungen Akademikern in diversen Forschungsinstituten und Stellen, vor allem innerhalb der Okkupationsbehörden im Osten und überwiegend im „Generalgouvernement“, als Vorgaben und Positionspapiere verfaßt worden waren. Ihnen entnehmen Aly/Heim die als „rational“ und interessengetrieben erachteten, ökonomisch und sozialpolitisch begründeten Maßgaben, die ihrer Auffassung nach letztverursachend zur Massenvernichtung führten.

Um Nachweise sind die Autoren nicht verlegen. In der Tat können sie auf einen breiten Fundus von Belegen zurückgreifen, in denen die ökonomische Begründung der Massentötungen und der ihnen vorausgehenden Maßnahmen aufscheint. Ihr Evidenzcharakter für die Rekonstruktion des gesamten Vorganges ist jedoch quellenkritisch und methodisch in hohem Maße problematisch. Vor allem dort, wo sich die Autoren unter Hintanstellung jeglicher ideologiekritischer Distanz affirmativ des vorliegenden Materials bedienen. Aly/Heim neigen nämlich durchweg dazu, die ökonomisch und sozialwissenschaftlich daherkommenden und allein schon deshalb als „rational“ erachteten Begründungen der als „Vordenker“ apostrophierten akademischen Zuarbeiter wörtlich und damit insoweit ernst zu nehmen, als sie die in sozialwissenschaftliche Terminologie gefaßten Expertenanalysen für ein Abbild gesellschaftlicher Wirklichkeit halten, die es im Sinne bevölkerungspolitischer und vorgeblich ökonomiegeleiteter Rationalität und im Interesse einer deutsch hegemonierten europäischen Großraumwirtschaft gleichsam modernisierend zu planen gelte. Die Autoren übernehmen also leichtfertig nationalsozialistisch affizierte Zustandsbeschreibungen sozialer Realität – vor allem dort, wo es um die soziale Bewertung von Juden und Polen als den Objekten der NS-Politik im Osten geht. Sie müssen sich deshalb den Vorwurf gefallen lassen, unkritisch die in den Quellen vorgefundenen tendenziösen Sozialdiagnosen wiederzugeben.

Aly und Heim erliegen dem Schein der in den Quellen verwendeten sozialen Semantik. Der ökonomistischen Terminologie gewähren sie einen Bonus besonderer Authentizität – der gleichsam magischen Insinuation folgend: je materieller ein Motiv erscheint, desto glaubwürdiger die Intention. Die vordergründige Absenz eindeutig als rassenideologisch zu qualifizierender Zuschreibungen im dargebotenen Quellenmaterial wird gar als Indikator für die durchgängige Geltung sozialer und ökonomischer Motive und damit der Herrschaft von Rationalität gewertet. Dabei entgeht den Autoren der durch mehr Distanz leicht einsehbare und den erschlossenen Dokumenten entnehmbare Umstand, daß Rassismen auch verbrämt in sozialer Semantik daherzukommen vermögen. Rassistische Metaphorik bedarf keineswegs zwingend biologisierender Bilder.

Symptomatisch für eine derartige soziale Codierung rassistischer Zuschreibungen sind die Schriften des Ostforschers Peter-Heinz Seraphim. Seine 1938 veröffentlichte Studie über „Das Judentum im osteuropäischen Raum“ dient Aly/Heim durchweg als glaubwürdige Quelle für die Darstellung und Deutung der sozialen Lage der dort an-

sässigen jüdischen Bevölkerung. Laut Seraphim bilden die Juden im Osten das „städtische Elendsproletariat“; „arme Handwerker, Kleinsthändler und arbeitslose „Luftmenschen“. Aufgrund dieser Sozialstruktur standen sie, so der die Quelle affirmierende Duktus von Aly und Heim, den „Rationalisierungsplänen als erste im Wege“ (SuJ, 7). Die Sozialdiagnose Seraphims hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung Osteuropas und die bald darauf daraus gezogenen „rationalen“ Schlüsse beruhen freilich auf einem von den Autoren unkommentierten, schlechthin klassischen antisemitischen Invektiv, das den Grund für das pauperisierte Erscheinungsbild „in der Ablehnung der physischen, besonders der Fabrikarbeit durch die Juden“ erblickt (SuJ, 47).

Daß sich im Produktivierungs-Topos eine Kernmetapher modernen Antisemitismus verbirgt, ist nicht als allseits bekannt vorauszusetzen⁵; daß aber die Biologisierung sozialer Zuschreibungen gleichsam idiosynkratisch zur Grundausrüstung rassistischen Denkens zählt, dürfte Allgemeingut sein. Ein solcher Zirkel führt in projektive Kausalisierung: Die Juden sind Paupers, weil sie Juden sind. Solcher biologisierenden Verkehrung entsprechen die Befunde jener „Vordenker“ im nazifizierten Osten. Einer zitierten Aussage wie: die „soziale Schichtung in der Bevölkerung des Generalgouvernements ist also zugleich eine rassische Schichtung“ (VdV, 209), liegt eben jene Verkehrung in der Wahrnehmung zugrunde, zu der die Naturalisierung des Sozialen führt. Nun gibt es zur Verwunderung wenig Anlaß, wenn derartige Schlüsse aus einer rassensideologisch grundierten Weltanschauung fließen; besorgt macht hingegen, daß ihre soziale Camouflage nicht durchschaut wird und Aly/Heim derartigen projektiven Konstruktionen Rationalität und Utilitarismus attribuieren, indem sie den vorgefundenen rassistischen Zirkel in der NS-Argumentation als wirklichkeitsgerechte Abbildung hinnehmen und ganz von sich aus zu bedenklich anmutenden Aussagen wie jener gelangen, „Völkermord war hier die Form, die soziale Frage zu lösen“ (SuJ, 15).

Bei ihrer Motivforschung suchen die Autoren, den Nachweis einer „rationalen“, sprich ökonomischen und sozialen Begründung für die Massenvernichtung zu erbringen. Zwar räumen sie hier und da salvatorisch ein, daß beide Begründungen, die rassische wie die ökonomische, gleichermaßen Geltung beanspruchen, ja offenbar gar ineinandergreifen (VdV, 490). Dennoch gewähren sie der ökonomischen Verursachung der „Endlösung“ allemal Vorrang (VdV, 298). Dies lasse sich schließlich an der Sprache der Nazis ablesen, die es wörtlich zu nehmen gelte. So weise die dokumentierte Verwendung des Begriffs „Umschichtung“ auf einen „soziologischen“ und nicht auf einen „rassischen“ Zusammenhang hin (VdV, 42). Großen Erkenntniswert scheinen die Autoren außerdem dem Umstand beizumessen, daß in bedeutsamen Richtlinien, mit denen der Hungertod von Millionen Menschen beschlossen wurde, nicht „eine einzige rassenideologische Bemerkung“ fiel (VdV, 373).

Um ihre These vom Primat der sozialen Schichtung zu belegen, ist den Autoren keine Zeugenschaft suspekt. Ausgerechnet den Rassenfanatiker Himmler rufen

⁵ Zum universellen antisemitischen Phänomen der „Produktivierung“ von Juden die immer noch instruktive Studie von Tamar Bermann, *Produktivierungsmythen und Antisemitismus. Eine soziologische Studie*, Wien 1973.

Aly/Heim als politischen Ökonom in den historischen Zeugenstand. Aus Himmlers Munde ist dort zu vernehmen, für ihn seien nicht Stand und Abstammung entscheidend, „sondern der Wert der Leistung“ (VdV, 167). Mit der vermeintlichen Trouville zufrieden, entgeht den Autoren die ganz ohne Zweifel auf die „arischen“ Binnenverhältnisse beschränkte Bedeutung ihres Zitats.

Aly und Heim zufolge war die Massenvernichtung primär den Modernisierungsabsichten der Nationalsozialisten zu verdanken, war die „Entjudung“ ausschließlich der Rationalisierung der Wirtschaft geschuldet und somit sekundär. Allein ihrer traditionell diskriminierten Stellung und politischen Schwäche wegen habe sich die jüdische Bevölkerung für ein solch ökonomisch motiviertes, bevölkerungspolitisch grundiertes Vorgehen zur Modernisierung und Rationalisierung der wirtschaftlichen Strukturen Deutschlands geradezu angeboten. Solche primär ökonomisch motivierten Vorhaben seien später auf das deutsch beherrschte Europa ausgedehnt worden. Auch dort habe man sich der Juden gleichsam als Verlegenheitsopfer bedient, auf die die Kosten gewaltiger bevölkerungspolitischer Umwälzungen politisch relativ problemlos hätten abgewälzt werden können (VdV, 488).

Ist eine solche Verknüpfung aufgrund des historischen Kenntnisstandes plausibel? Waren Entrechtung, Austreibung und Vernichtung der Juden in der Tat ökonomischen Nutzerwägungen unterworfen, gar gesellschaftlich notwendig – oder wurde nicht umgekehrt die politisch und ideologisch motivierte Ausgrenzung und spätere Vernichtung mittels bloß nachgereicherter wirtschaftlicher Motive rationalisiert? Von einer in besonderer Armut dahinvegetierenden jüdischen Bevölkerung, wie sie Seraphim für Vorkriegspolen unterstellt und wie es sie vorgeblich aus Gründen der Lösung der sozialen Frage und der Modernisierung „wegzurationalisieren“ galt, kann im Bereich des Reichsgebiets wohl nicht die Rede sein.

Auch Aly/Heim müssen einen solchen Nachweis schuldig bleiben. In der Tat enthält sich ihr Rekonstruktionsversuch der Darlegung plausibler Bezüge zwischen vorgeblich ökonomischem Primärkalkül und nachfolgenden antijüdischen Maßnahmen. Während die Schritte, die zur Judenvernichtung im Osten führten, pauschal mit „negativer Bevölkerungspolitik“ erklärt werden und dabei ernährungswirtschaftlich dahingehend argumentiert wird, die Juden stellten für die Nationalsozialisten schlicht überflüssige Esser dar, die in den Ghettos bestenfalls sogenannte „Scheinarbeitsplätze“ (VdV, 472) einnahmen, läßt sich eine solche Argumentation für die Vorkriegszeit und die bei weitem besser einsehbare Politik der Entrechtung und Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung im Reichsgebiet (einschließlich Österreichs) nicht mehr durchhalten. Zwar behaupten die Autoren, anhand der von ihnen kommentierten „Niederschrift über die Sitzung im Reichsministerium des Innern am 16.12.1938 in Angelegenheit der Judenfrage“ den Nachweis zu erbringen, die dort formulierten neuen Prinzipien antijüdischer Politik seien volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkülen geschuldet (BuM, 14); aber im Protokoll selbst ist davon keine Rede. Nun mag man den Autoren zugute halten, sie seien bei der Deutung dieses Schriftstücks von dem gleichfalls überlieferten Gespräch der NS-Führer unmittelbar nach dem Novemberpogrom beeindruckt gewesen, bei dem Göring mit handfesten ökonomischen Argumenten die besinnungslose Zerstörung von

jüdischem Eigentum beklagt und den dabei für die deutsche Volkswirtschaft entstandenen Schaden moniert hatte. Aber aus jener Klage und der Tatsache, daß der jüdischen Bevölkerung ein „Sühnegeld“ abgepreßt wurde, läßt sich beim besten Willen keine wie auch immer geartete ökonomische Rationalisierungsstrategie ableiten, die all dem vorausgegangen sein soll. Dies gilt zumal im Blick auf den Beauftragten für den Vierjahresplan, der um ökonomische Begründungen nie verlegen war, wenn er damit seine Kompetenzen erweitern konnte. In der für das vermeintliche Interessenkalkül als exemplarisch vorgestellten protokollierten Sitzung im Innenministerium jedenfalls war nur von einer Politik der organisierten Auswanderung und ihrer administrativen Erleichterung als des Führers Wunsch die Rede. Von Kosten und Nutzen kein Wort.

Wie die seit 1933 in unterschiedlicher Intensität anhaltende antijüdische Politik im Reichsgebiet von allgemein gerichteten wirtschaftlichen Rationalisierungsmaßnahmen oder gar von bevölkerungsökonomischen Überlegungen – bei einer jüdischen Bevölkerung von inzwischen weit unter einem Prozent (!) – angestoßen gewesen sein soll, bleibt der Autoren Geheimnis. Dabei könnte man durchaus die Überlegung prüfen, wonach sich Rationalisierungstendenzen die Folgen antijüdischer Politik zu Nutzen machten oder sie gar in Bahnen lenkten, die dem „Strukturwandel“ dienlich sein sollten. Aber der Raub jüdischen Eigentums, die sogenannte „Arisierung“, läßt sich bei aller semantischen Anstrengung nicht mit einem ihr angeblich vorausgegangenem Rationalisierungsgebot erklären.

Gleiches gilt für die von den Autoren reich belegten Maßnahmen zur Rationalisierung des Wiener Schuh-Einzelhandels. Auch hier wird keineswegs schlüssig, warum bei einem Primat des Ökonomischen ausdrücklich nur jüdische Geschäftsleute betroffen sein sollten. Als Erklärung bieten sich zwei Deutungen an: Entweder ist davon auszugehen, daß ausschließlich jüdische Geschäfte als besonders unterkapitalisiert galten und daß sich gerade dort Rationalisierungsmaßnahmen, die das Wort verdienen, wie von selbst anboten. Oder aber umgekehrt – und dann alles andere als ökonomisch begründbar: Die Einzelhandelsobjekte, aber auch andere Unternehmungen (etwa Banken) wurden nur deswegen „rationalisiert“, weil sie sich in jüdischem Besitz befanden. Als antijüdische Maßnahme war ihren Eignern einfach die zivilrechtliche Sicherung entzogen worden. Damit waren die Besitztümer im Prinzip vogelfrei. Wer sie sich aneignete, tut hier wenig zur Sache; aber statt von Rationalisierung wäre semantisch allemal zutreffender von Arisierung zu sprechen und damit von schierem Raub, der sich freilich mit allerlei Begriffen zu tarnen wußte. Allein schon des behördlichen Zugriffs und damit bürokratischer Verfahren wegen wurden Formalisierungen und Argumente bemüht, die vom eigentlichen Vorgang ablenkten – der willkürlichen Enteignung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe ihrer bloßen Herkunft wegen. Wie und durch wen dieser Raub erfolgte und mit welchen weitreichenden Strukturvorstellungen er darüber hinaus noch verknüpft gewesen sein mochte, ist für den Forscher eine legitime Frage. Für den eigentlichen Gegenstand ist sie freilich von nachgeordneter Bedeutung.

Da ihnen eine ökonomische Herleitung „rational“ triftiger Gründe für die antijüdischen Maßnahmen in Deutschland nicht gelingen will, verfallen die Autoren auf das weit hergeholte Argument allgemeinsten Herrschaftssicherung mittels ökonomischer

Umverteilung. Danach trugen die Arisierungen immerhin dazu bei, den „politischen Widerstand einer breiten Mehrheit“ [sic!] der deutschen Bevölkerung gegen das Regime zu neutralisieren (SuJ, 80).

Die Autoren reduzieren die Mannigfaltigkeit von Motiven, Gründen und Umständen, die zur systematischen Vernichtung der europäischen Juden und insgesamt zur nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik geführt haben, auf die Durchführung vorgeblich ökonomischer Rationalisierungsmaßnahmen. Dies gelingt ihnen freilich nur insoweit, als sie sich auf die Suggestivkraft der sozialen Semantik in den Quellen verlassen. Von einer Rekonstruktion im Sinne des Nachweises kausaler ereignisgeschichtlicher Zusammenhänge kann indessen nicht die Rede sein.

Die Generalerklärung – ökonomische Rationalität als Motiv und Antrieb der Judenvernichtung – erscheint also als in hohem Maße fingiert. Kausalitäten finden sich entweder ins Ungefähre verlegt – so im Falle der holländischen Juden, wo es heißt, die Politik der „Entjudung“ sei mit jener der Kapitalverflechtung wie auch immer „kombiniert“ worden (VdV, 276) –, oder sie werden schlichtweg insinuiert. Das gilt etwa für den Hinweis, regelrechte betriebswirtschaftliche Rationalisierungen im Sinne der Einsparung von Arbeitskräften hätten im Osten ursächlich, also zweckgerichtet und kausal in Deportation und Tod geführt (VdV, 452/3). Unsinnig und zugleich ärgerlich mutet der Rationalisierungstopos dort an, wo es gegen allen Augenschein und Common sense offenbar nur noch darauf ankommt, die Generalthese durchzuhalten: So im Falle vorgeblicher Schwarzmarkt-Aktivitäten der jüdischen Ghettobevölkerung in Warschau, wo sich die zuständigen deutschen Stellen dazu entschlossen hätten, diesen „Mißständen“ [. . .] nun mit einer neuerlichen Rationalisierungswelle beizukommen“ (VdV, 473/474) – also die Transporte nach Treblinka zu beschleunigen.

Die Monopolanspruch erheischende ökonomistische Erklärung neigt also zur massiven Verzerrung von Evidenzen und fordert semantischen Tribut. Historisch gesichertes Wissen wird durch die inflationäre Verwendung des Begriffs „Rationalisierung“ gleichsam verfälscht; Text und Wortsinn der Dokumente wird interpretative Gewalt angetan. So verweist das dargebotene Material auf Motive in der Entscheidung zu Deportation und Vernichtung, die ganz ohne Zweifel jenseits ökonomischer Kalküle liegen: Etwa der Bericht eines SS- und Polizeiführers in Galizien, der Mitte 1943 darlegt, warum das zu 90 Prozent aus Juden bestehende „Handwerkertum“ im Bereich seiner Zuständigkeit gerade im Interesse der Kriegswirtschaft nicht sofort entfernt werden könne (VdV, 452). Ähnliches gilt für die berichtete, offenbar jeglicher ökonomischen Rentabilität entbehrende Mühe, die deutsche Stellen im „Generalgouvernement“ aufwandten, die traditionell weit besser qualifizierten jüdischen Arbeitskräfte in der Konfektionsbranche durch erst anzulernende polnische zu ersetzen, um melden zu können: „Tarnow ist judenfrei“ (VdV, 242)⁶.

⁶ Zu einer Abwägung ökonomischer und ideologischer Kalküle in der Massenvernichtung siehe Ulrich Herbert, *Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus*, in: Dan Diner (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt/M. 1987, S. 198–236.

Doch gegen derartige Einwände dünken sich die Autoren gefeit, weil ihr Ansatz nicht nur betriebswirtschaftliche oder makroökonomisch orientierte „Rationalität“ berücksichtigt, sondern auch bevölkerungspolitische Überlegungen. Ihr Zugang will alle Bereiche umfassen, in denen Nützlichkeitsabwägungen wirksam werden. Insofern fänden die Autoren sicher auch für die obigen Beispiele Motive und Verursachungen, denen sie eine als ökonomisch erachtete „rationale“ Natur zuerkennen würden. So vermögen sie etwa mit Plänen aufzuwarten, wonach die Nationalsozialisten bestrebt gewesen sind, jüdische Arbeitskräfte zu ersetzen, um in Polen einen stabilen Mittelstand zu schaffen. Ordnungspolitisch sei es bei diesem Projekt darum gegangen, im deutsch beherrschten europäischen Großraum durch Strukturwandel pazifizierend auf die okkupierte Bevölkerung einzuwirken. Angesichts des ereignisgeschichtlichen Kenntnisstandes über Polen unter deutscher Besatzung muten solche Pläne mehr als nur beschönigend an; der historische Realitätsgehalt derart sanfter Pazifizierungsstrategien aber dürfte äußerstenfalls marginal gewesen sein. Für den Ansatz der Autoren jedoch sind sie von tragender Bedeutung: Ohne die erforderliche Quellenkritik und vom Wissensstand über die Vorgänge in Polen gänzlich absehend, folgen sie dem Tenor der „Vordenker“ und machen sich allen Ernstes deren Argumentation zu eigen, wonach es darum gegangen sein soll, einer sozialen Revolution vorzubeugen – und das mitten im Krieg! Angesichts der Brutalität gegenüber der polnischen Bevölkerung – die Autoren sprechen euphemistisch von der „vielfach undifferenzierten Gewalttätigkeit der Deutschen“ (SuJ, 64) – nimmt sich eine derartige Deutung zynisch aus.

Auch mit der Lektüre ihrer Quellen nehmen es die beiden Autoren nicht genau. So läßt sich den als Schlüsselquellen bezeichneten, vollständig abgedruckten Dokumenten das genaue Gegenteil dessen entnehmen, was Aly/Heim hineinlesen. Wo die Autoren behaupten, die Juden seien aus Gründen, die sie für „utilitaristisch“ halten – hier: aus mangelnder Produktivität – zu Tode gebracht worden, spricht die in voller Länge abgedruckte Niederschrift des „Rechnungshofs des Deutschen Reiches“ hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung des Ghettos Lodz eine ganz andere Sprache. Abgesehen vom „geldlichen Vorteil“ für das Reich, so heißt es im Dokument, „liegt die möglichst vollständige Ausnutzung der jüdischen Arbeitskraft bei dem bestehenden Mangel an Arbeitskräften auch im wehrwirtschaftlichen Interesse“ (BuM, 72). Mehr noch: Das von den Autoren seiner Professionalität wegen anerkannte Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit legt in seiner „Wirtschaftsbilanz des jüdischen Wohnbezirks in Warschau“ mit geradezu verblüffender, die ökonomistische Interpretation widerlegender Klarheit dar, worauf der pauperisierte Zustand der jüdischen Bevölkerung am Ort des Geschehens zurückzuführen sei. An prominenter Stelle macht der Bericht deutlich, es sei ja schließlich beabsichtigt gewesen, die Juden aus „politischen Gründen“ aus „dem Wirtschaftsleben aus[zu]schließen. Die ergriffenen Maßnahmen sind daher in erster Linie von der Politik und nicht von der Wirtschaft bestimmt worden“ (BuM, 90).

Primär bedurfte es also der stigmatisierenden Zurichtung der jüdischen Bevölkerung, ihrer bis zur physischen Depravierung gesteigerten Ausbeutung und ihrem bewußt betriebenen Aushungern, ehe sie den Nazis nicht mehr von Nutzen sein konn-

ten. Als pauperisiert und mithin überflüssig wurden sie nunmehr mit der Begründung fehlender Nützlichkeit der Vernichtung anheimgegeben. Von einer der Depravierung vorausgehenden und insofern in die Vernichtungweisenden „rationalen“ ökonomischen Überlegung kann keine Rede sein. Damit aber erscheint die von Aly/Heim als konventionell erachtete und abgelehnte Erklärung einer Vernichtung jenseits aller Nutzensüberlegungen bei weitem plausibler als die einem gleichsam zwanghaften Drang folgende Konstruktion ökonomischer Notwendigkeiten.

Entgrenzte „Ökonomie“

Gegen die Grundtendenz der Autoren, die ökonomistische Sprache der nationalsozialistischen Bürokratie und Expertokratie als Ausdruck von Wirtschaftsdenken, Utilitarismus⁷ und Rationalität schlechthin zu nehmen, wurde bereits kritisch Stellung bezogen. Aufgrund ihres den Nationalsozialismus entzeitlichenden Zugangs gerät den beiden eine in hohem Maße bedeutsame und für die gegenstandsrelevante Begriffsbildung grundlegende Voraussetzung aus dem Blick: Die Tatsache nämlich, daß es eine „reine“ Ökonomie, ökonomisches Denken *pure et simple* außerhalb ethischer Vorgaben und wertbezogener Kautelen – gleichsam eine Mechanik des Nutzens – nicht gibt⁸. Adam Smith etwa begreift „Ökonomie“ durchaus als integralen Bestandteil von Moralphilosophie; zusammen mit Ethik und Politik gilt sie ihm als Teilelement eines sie umwölbenden Ganzen⁹.

Ein solcher Hinweis, auf den Nationalsozialismus bezogen, fordert zu erheblichen erkenntnisrelevanten Folgerungen auf. So etwa zu der Überlegung, ob in der Sprache der Ökonomie daher kommende Kalküle tatsächlich als ökonomisch (im Sinne einer a priori ethischen Eingrenzung klassischer Ökonomie) ausgewiesen sind – oder ob sie im Kontext und vor allen Dingen im Rahmen sich konkretisierender nationalsozialistischer Weltanschauung nicht längst ideologisch affiziert sind und damit eine erhebliche Sinnverschiebung erfahren haben. In solchem Falle wäre davon auszugehen, daß weltanschauliche Entgrenzungen an die Stelle des Zweck-Nutzen-Kalküls immanenter ethischer Kautelen klassischer Ökonomie und eines sie voraussetzenden politischen Systems getreten sind.

⁷ Über die negative Konnotation des Begriffs „Utilitarismus“ sowohl in der deutschen philosophischen Tradition wie auch im alltäglichen Gebrauch siehe Wolfgang Köhler, Zur Geschichte und Struktur der utilitaristischen Ethik, Diss. Frankfurt/M. 1983, S. 16.

⁸ Zur Ethik-Diskussion in der Ökonomie siehe etwa Amartya Sen, On Ethics and Economics, Oxford 1978. Dort wird zwar von einem historischen Auseinandertreten zwischen sich ethisch versichernder politischer Ökonomie und einem technizistischen „engineering-approach“ unterschieden; dennoch wird die beiden Tendenzen eigene Orientierung der „self-interest maximization“ in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gestellt, in dessen Zentrum sich die eigene Selbsterhaltung wie die des Gesamtsystems als innere Grenze gesetzt finden.

⁹ Dazu Rolf Siederle, Bevölkerungswachstum und Naturhaushalt. Studien zur Naturtheorie der klassischen Ökonomie, Frankfurt/M. 1990, S. 7–11.

In der Tat führt der Nationalsozialismus zu Verschmelzungen theoretisch esoterischer und in der Praxis tödlicher biologistischer und rassistischer Pseudo-Rationalismen mit herkömmlichen technizistischen Zweck-Nutzen-Kalkülen. Für das NS-System ist es durchaus typisch, für zivilisierte Gemeinwesen signifikante Sphärenscheidungen – etwa zwischen „Ökonomie“ und den jenseits ihrer Geltung angesiedelten Bereichen – totalitär einzureißen. Eine derartige Einebnung kommt vor allem in der autarkistisch konzipierten nationalsozialistischen „Großraumwirtschaft“ als einer Zentralverwaltungswirtschaft spezifisch ideologischer Ausprägung zur Geltung. Insofern geht es völlig an der Natur der Sache vorbei, das räumlich weit über die Reichsgrenzen ausgreifende, auf Raub und Plünderung basierende nationalsozialistische Wirtschaftssystem mit Kategorien des Äquivalentenrauschs klassischer Ökonomie und des sie voraussetzenden liberalen Ordnungsdenkens zur Deckung zu bringen¹⁰.

Die im Nationalsozialismus erfolgende negative „Aufhebung der Ökonomie“¹¹ läßt nun mittels ideologischer Entgrenzung im Bereich materieller Interessenverfolgung alles möglich werden. Sie greift vor allem über die ökonomisch gemeinhin zuträgliche Manipulation an Dingen und Verhältnissen weit hinaus und unterwirft sich als Objekt der Verwertung auch die bloße Stofflichkeit des Menschen. Die ethisch tabuisierte volkswirtschaftliche Konstante „Mensch“ wird aufgrund rassenideologischer Vorgaben zu einer „ökonomischen“ Variablen verkehrt. Solche Grenzüberschreitung entspricht in ihrer Bedeutung einer Haltung, die das Verspeisen von Menschenfleisch als kulinarisch durchaus zuträglich empfindet. Doch nicht umsonst gilt Kannibalismus zuerst und vor allen Dingen als ethisches Problem – und erst in zweiter Linie als eines bloßer Alimentation.

Gleiches gilt für den intendierten Tod von pseudoökonomisch als unproduktiv und mithin als „überflüssig“ erachteten Menschen. Derartige Auffassungen haben trotz ihrer sozialen Semantik mit den kategorialen Voraussetzungen ökonomischer Rationalität nichts¹², mit biologisierender Weltanschauung jedoch vieles gemein. Nicht ohne Grund bleibt Aly/Heim die Realisierung ihrer Absicht versagt, die Semantik der jeweiligen bevölkerungsökonomischen Begründungen in den untersuchten Expertenpapieren fein säuberlich in eine „ökonomische“ bzw. „soziologische“ einerseits und eine

¹⁰ Achim Bay, *Der nationalsozialistische Gedanke der Großraumwirtschaft und seine ideologischen Grundlagen*, Diss. Erlangen-Nürnberg 1962, weist auf die Lebensraumideologie als die weltanschauliche Seite des Großraums hin. Hierbei galt es, alle liberalen ökonomischen Prinzipien, einschließlich der Kategorie des Weltmarktes, durch überstaatliche Lenkung zu ersetzen (S. 45). Da die Autarkie politischen Zielen untergeordnet wird, kommt der sonsthin wirksame Kostenfaktor nicht zur Geltung (S. 158 ff.).

¹¹ Georges Bataille, *Das Theoretische Werk: Die Aufhebung der Ökonomie*, München 1975, untersucht den erweiterten, nicht auf wirtschaftliche Nützlichkeit und Akkumulation beruhenden vorökonomischen Ökonomiebegriff primitiver Gesellschaften. Die Profitlosigkeit dieses Denkens, die vor allem in Verausgabung und Verzehr eine Steigerung des Status erblickt, könnte für die Ausdeutung der „Endlösung“ noch manchen unerprobten Ansatz liefern (S. 48 f. und S. 84 f.).

¹² Paul Diesing, „The Nature and Limitations of Economic Rationality“, in: *Ethics* 61 (1950/51), S. 12–26, hier S. 13, macht deutlich: „economic rationality is at the same time a concrete and universal descriptive principle and a normative principle“.

rasenideologische andererseits zu scheiden. Auch sie sind gezwungen, ständig auf Vermischungsphänomene („Legierungen“; SuJ, 30) zu verweisen, um jedoch weiterhin auf das Primat des Ökonomischen im Nationalsozialismus zu beharren. Sie erkennen nicht, wie an die Stelle ethischer Limitierung und sphärenscheidender Begriffsbildung der entgrenzende Effekt von Ideologie und weltanschaulich genährter biologistischer Zuschreibung tritt.

Aly und Heim sind aufgrund von Intentionen, die außerhalb ihres historischen Gegenstandsbereiches angesiedelt sind, bestrebt, das nationalsozialistische Regime als gleichsam ordoliberal zu perzipieren – so, als unterscheide es sich im Prinzip weder von seinem Vorläufer noch von seinem Nachfolger. Insofern sind sie gehalten, Ökonomie und Bevölkerungspolitik a priori historisch unterschiedslos mörderische Wirkungen zuzuschreiben; die Massenvernichtung erscheint als gängige Praxis bürgerlicher Gesellschaften. Damit offenbaren sie ein ihrer Vorgehensweise eingeschriebenes Moment: Eine Entzeitlichung des historisch spezifischen Phänomens des Nationalsozialismus und seine „Normalisierung“ zum ganz gewöhnlichen Kapitalismus.

Die Forschung ist sich im wesentlichen darüber einig, daß das NS-Regime zunehmend dahin tendierte, institutionelle Verantwortlichkeiten sukzessive auszuhöhlen und damit verbundene Kompetenz- und Funktionsscheidungen zu unterlaufen. Immer weniger war Entscheidungen noch anzusehen, ob sie der Sache wegen getroffen wurden oder ob sie als bloßes „Spielmaterial“ der Kompetenzbildung und -erweiterung dienen sollten. Die „Wannsee-Konferenz“ ist für ein solches Vorgehen notorisch¹³. Ebenso notorisch sind die Folgen der dort nach Verwaltungserfordernissen festgestellten Definitionen, wer als Opfer des Regimes zu gelten habe und wer nicht.

Doch trotz aller polykratisch verursachten Willkür wurde die eugenische und rassische Eingrenzung von Opfergruppen nicht beliebig und erst recht nicht auf der Basis allgemeiner Nutzenerwägungen durchstoßen. Niemand wurde ausschließlich oder vor allem aufgrund bloßer ökonomischer Kalküle zu Tode gebracht. Kein deutscher Arbeiter, der Anforderungen in der Produktion nicht nachkam, wurde wegen mangelnder Nützlichkeit oder ernährungswirtschaftlicher Überlegungen ins Gas geschickt. Hierin war und blieb das Regime durchaus prinzipienfest¹⁴.

Der Fragilität ihrer These, ökonomische Erwägungen seien für die „Endlösung“ letztverursachend gewesen (BuM, 8), sind sich Aly/Heim durchaus bewußt. Aufkommende Zweifel und Einwände suchen sie jedoch mit lediglich salvierenden Eingeständnissen abzuwehren. So beanspruchen sie keineswegs, in jedem Einzelfalle „ökonomisch schlüssig zu erklären“, warum „etwa im Juni 1944 noch 2200 Juden von Rhodos aus 2000 Kilometer weit nach Auschwitz geschafft wurden“ (SuJ, 14), und dies um den Preis des Zurücklassens schweren militärischen Geräts. Aber diese Nachgiebigkeit der

¹³ Letztlich ging es dort um die Begründung der „Kompetenz-Kompetenz“ Heydrichs in Sachen „Endlösung der Judenfrage“. Dazu der instruktive Beitrag von Eberhard Jäckel in „Die Zeit“ vom 17.1.1992, S. 33/34.

¹⁴ Auch das der Kriegslage wegen nicht in Kraft getretene „Gesetz zur Behandlung Gemeinschaftsfremder“ von 1944 überschreitet keineswegs den Rahmen „sozialhygienischer“ Vorgaben.

Autoren täuscht. Nicht etwa die Grundannahme ökonomischer Letztverursachung soll preisgegeben werden; vielmehr soll sie sich mittels Darstellung einer vermeintlich extremen Ausnahme bestätigt finden. Dabei wäre das den Autoren rätselhaft anmutende rhodische Exempel anhand einer multikausal angelegten Erklärung der „Endlösung“ durchaus auflösbar – und dies, ohne notgedrungen auf die gleichfalls wenig ergiebige Generalerklärung des Antisemitismus zurückzufallen.

Nicht allein das rhodische Beispiel belegt, daß in der Endphase des Krieges von einer Rationalität der Selbsterhaltung des Regimes kaum noch gesprochen werden kann. Die behauptete Profitabilität und Rentabilität der Massenvernichtung veranlaßt die Autoren jedoch dazu, ein Bild zu widerlegen, das gemeinhin von denen herangezogen wird, die den Nationalsozialisten Rationalität im Sinne von Selbsterhaltung absprechen und dies mit dem Einsatz ohnehin begrenzter Transportkapazitäten für die Verbringung von Juden und anderen Opfern in die Vernichtungslager angesichts des Kriegsverlaufs zu belegen suchen. Dabei ignorieren Aly und Heim die argumentative Bedeutung dieses Bildes. Statt dessen wenden sie erhebliche Mühe auf, im einzelnen vorzurechnen, daß die Reichsbahn, indem sie die Menschen nur ein einziges Mal fortzubewegen hatte (nämlich zur Vernichtung), weit geringere Transportkapazitäten mobilisieren mußte, als dies bei einem ständigen Einsatz zur dauerhaften Versorgung der Opfer erforderlich gewesen wäre (VdV, 296/7), wobei vorausgesetzt wird, die den jüdischen Ghettobewohnern abgepreßte Arbeit sei ohnehin wenig ergiebig und mithin nicht rentabel gewesen. Sie verweisen dazu auf Feststellungen deutscher Stellen, die von „Zuschußbetrieben“ und „Scheinarbeitsplätzen“ (VdV, 472) sprechen.

Solche buchhalterischen Argumente gehen indes am eigentlichen Gegenstand vorbei: Nicht auf das enge ökonomische Kalkül von Kosten und Nutzen zielt das Bild der trotz zusammenbrechender Fronten in Richtung Vernichtungslager rollenden Eisenbahnen, sondern auf das weit umfassendere und auf die eigentliche historische Verstehensfrage zielende Problem von *Handlungsrationalität*. Da den Autoren alles gleich verdächtig anmutet, was mit dem Wort „rational“ in Verbindung gebracht werden kann, entgeht ihnen dieser fundamentale Unterschied.

Mit der Frage nach der Handlungsrationalität fortgesetzter nationalsozialistischer Massenvernichtung angesichts mehr als bloß zweifelhafter Kriegsaussichten ist in der Tat ein ganz anderes Problem angesprochen. Es läßt sich angemessen nur beantworten, wenn die Perspektive geklärt ist, aus der heraus die Frage nach der Rationalität jeweiligen Handelns beurteilt werden soll. Der Rationalitätsgehalt sozialer Kommunikation läßt sich auf eine Weise jedenfalls nicht bestimmen: aus der Binnenperspektive des Handelnden allein¹⁵. Mittels partikularer, gleichsam autistischer Innenansicht – etwa jener der von Aly und Heim eingenommenen Expertenperspektive – kann man durchaus zum Ergebnis gelangen, hier sei rational ökonomischen Maßgaben entsprochen

¹⁵ George Shackle, „Time and Thought“, in: The British Journal for the Philosophy of Science, Vol. IX (1959), S. 290, hat hierfür folgende signifikante Formel geprägt: „Rationality means something only for the outside observer.“

worden. Aus der Perspektive der jenem Handeln unterworfenen Opfer, aber auch aus der Perspektive Dritter, drängt sich der entgegengesetzte Eindruck auf.

Nun gehen die Autoren in der Beurteilung der Rationalität auch in der Transportfrage von ökonomischen Überlegungen der Bevölkerungsexperten aus, die im Prinzip nichts anderes im Auge gehabt hätten, als administrative Maßnahmen zu veranlassen, damit ein „ungeheurer, kurzfristiger Konzentrations- und Investitionsschub“ in Gang gesetzt werden konnte (VdV, 297); ein Vorhaben, das angeblich der schnellen Industrialisierung und Agrarrationalisierung des von den Autoren so genannten „Schwellenlandes“ Generalgouvernement dienen sollte (VdV, 297). Solche Überlegungen mögen aus Gründen argumentativer Konsistenz für die Anfangszeit der Besatzungsherrschaft noch hingenommen werden, als die Nazis optimistisch auf eine noch offene Zukunft hin planen konnten. Die erkenntnisrelevante Frage nach der nationalsozialistischen Handlungsrationalität bezieht sich aber nicht auf die Periode von Erfolg und Überschwang der Jahre 1941/42, für die jene Berechnungen gelten sollen. Ihre Bedeutung gewinnt die Frage nach der Handlungsrationalität doch erst im Verlauf des offensichtlichen Niedergangs, des Schwindens nicht nur lebensraumimperialistischer Entwürfe, sondern bloßer Existenzsicherheit des Reiches selbst. Das Beispiel der rhodischen Juden von 1944 ist für das Problem der Handlungsrationalität in der Tat von symbolischer Eindringlichkeit, und das der ungarischen Juden ist hierfür schlechthin symptomatisch.

Die „Endlösung der Judenfrage“ ist nicht monokausal zu erklären; für ihr Zustandekommen bedurfte es eines Ineinandergreifens unterschiedlichster Tendenzen. Neben dem in seiner Bedeutung eher marginalen Einwirken überzeugter Antisemiten dürfte die legitimatorische Bedeutung der „Judenfrage“ für das Selbstverständnis des Regimes von größtem Gewicht gewesen sein. Einer politischen Währung gleich, hielt sie im Kampf um Pfründe und Kompetenzen auch gegenüber Juden völlig gleichgültige Karrieristen dazu an, sich im Rahmen von kurzatmigen und improvisierten Beschlußlagen des Unternehmens der Massenvernichtung initiativ und aktiv anzunehmen.

Eine derart weit ausgreifende Interpretation mag sich angesichts des moralisierenden Intentionalismus von Aly und Heim als geradezu verwerflich ausnehmen¹⁶. Aber ihr durch den Stand der Forschung nicht zu beirrender Versuch, monokausal Letztursachungen zu konstruieren, legt die Vermutung nahe, es gehe ihnen um mehr als um die Klärung, wie es zur „Endlösung“ kam. Ihre Behauptung, die vorgebliche Rationalität des Massenmordes stehe im Kontext einer Modernisierungsstrategie, die den einzelnen „Mensch[en] hochgradig mobil und verfügbar“ sowie „anpassungsfähig an die raschen Veränderungen einer Industriegesellschaft“ machen sollte (VdV, 166), mag den Anforderungen einer sich im Allgemeinen verlierenden Zivilisationskritik geschuldet sein. Auch könnte man naiv ökonomistisch anmutende Formulierungen nachsichtig übersehen, in denen behauptet wird, die „tödlich endende soziale Schlechterstel-

¹⁶ Hans Mommsen, Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 381–420, ist den Autoren nur des Hinweises wert, Mommsen sei sich wohl der Tatbeteiligung seiner Wissenschaft nicht bewußt (SuJ, 8).

lung [sic] von Minderheiten“ habe dazu gedient, der „Mehrheit der Bevölkerung Vorteile zu verschaffen oder ihr den sozialen status quo zu garantieren“ (SuJ, 12). Andere Formulierungen verstärken hingegen den Eindruck, hier werde versucht, die „Endlösung“ einem durchaus geschlossenen, indessen längst für überlebt erachteten Weltbild anzupassen; so etwa, wenn im Stile der Monopoltheorie behauptet wird, „die Ermordung eines Teils der europäischen Bevölkerung“ sei auf eine interessenpolitische Intervention „deutscher Handelshäuser und Konzerne“ zurückzuführen, die dabei „sehr wohl eine Rolle“ gespielt hätten (SuJ, 8). Nicht zuletzt, so heißt es an anderer Stelle, habe der „Völkermord dem Deutschen Reich ökonomischen Gewinn und Handelsvorteile“ gebracht (VdV, 378). Man lese und staune: Die „Endlösung“ als Versuch der Nachbesserung der „terms of trade“.

Konjunktivische Kausalitäten

Aly und Heim glauben die „Endlösung“ in unmittelbar kausalisierender Weise aus den von ihnen zugänglich gemachten Quellen herleiten zu können, ohne den mühseligen Weg ereignisgeschichtlicher Rekonstruktion zu gehen. Zu diesem Zweck schließen sie die Arbeitspapiere und Vorlagen der „Vordenker“ mit der vollzogenen Tat gleichsam kurz und erheben die „Idee“ zur Tatverursachung. Eine derart unmittelbare Verknüpfung wertet die zur Begründung der These herangezogenen Quellen enorm auf; doch solche Quellennähe täuscht. Sie ignoriert jedenfalls den im totalitären NS-System kaum wirklich rekonstruierbaren Entscheidungsprozeß, dessen Beachtung die Aussagekraft der Experten-Aussagen erheblich relativieren würde.

Dennoch bleibt es die Forschungsleistung der Autoren, neue Quellen für das Umfeld der „Endlösung“ erschlossen zu haben. Das von ihnen präsentierte Material aus Forschungsinstitutionen und mit der Vorbereitung der Bevölkerungspolitik befaßten Stellen bietet wichtige Einblicke in den Sickerprozeß nationalsozialistischer Weltanschauung, vor allem in den mittleren und unteren Bereichen praxisbezogener Wissenschaft und der Verwaltung. Dem dargebotenen Quellenmaterial läßt sich vieles entnehmen – jedoch kaum das, worauf es den Autoren eigentlich ankommt: der Nachweis der Ursprünge und der direkten Verantwortlichkeiten für die „Endlösung“.

Daß dieser Anspruch nicht erfüllt wird, ist vor allem der Komplexität des Gegenstandes geschuldet und soll den Autoren nicht angelastet werden; eine ereignisgeschichtlich beweiskräftige, unmittelbar aus den Quellen schöpfende und zugleich direkte Kausalitäten nachzeichnende Rekonstruktion der Entwicklung hin zur Massenvernichtung dürfte auch weiterhin offen bleiben. Dieses Manko ist weniger der – trotz immenser Materialfülle letztlich unbefriedigenden – Quellenlage anzulasten; eher erscheint es als eine Folge der spezifischen Struktur des NS-Regimes in seiner schwer nachvollziehbaren Verschränkung von institutionellem Chaos und rationalem Verwaltungshandeln.

Dies macht Forschungen im Detail und auf bestimmte Aspekte bezogene Untersuchungen keineswegs obsolet, ganz im Gegenteil. Aber es dürfte alle Ansprüche auf eine

abschließende Gesamterklärung und Letztbegründung in die Schranken weisen. Damit schlagen Logik und Form nationalsozialistischer Herrschaft, in der organisierte Verantwortungslosigkeit, Kompetenzengewirr und institutionelles Chaos sich unheimlich mit einer rationalen Verwaltung verknüpften, als Problem methodisch gesicherter Rekonstruktion auf die Geschichtsschreibung durch.

Solche aporetischen Lagen versuchen Aly/Heim durch demonstrative Quellennähe und das Auskosten der diesen Quellen eigenen suggestiven Wirkung zu umgehen. Die in den diversen Forschungspapieren enthaltenen Entwürfe und Planungen scheinen derart unmittelbar auf die „Endlösung“ zuzustreben, daß sich die Autoren ermächtigt glauben, direkt auf die Herbeiführung der Tat schließen zu dürfen. Wo dies nicht zur Zufriedenheit gelingen will, wird der Mangel an ereignisgeschichtlich relevanten und kausal nachweisbaren Bezügen durch den ausgiebigen Gebrauch des Konjunktivs kompensiert. Auf diese Weise läßt sich die „Endlösung“ scheinbar tatsächlich auf die ökonomistische bzw. ernährungswirtschaftliche Generalthese zurückführen.

Der Gebrauch des Konjunktivs macht sogar die Konstruktion einer geschlossenen Beweiskette möglich – von der „Euthanasieaktion“ bis hin zum letzten Akt des Judenmordes, der 1944 erfolgten Deportation der ungarischen Juden nach Auschwitz. Beiden Verbrechen – das eine steht am Anfang, das andere am Ende der Massenvernichtungsaktionen – ist angeblich eines gemeinsam: die ernährungswirtschaftliche Begründung. Die spezifische Stigmatisierung der Opfer durch die Eugenik bzw. durch antijüdische Motive tritt dahinter gänzlich zurück: Aly/Heim zufolge „sollten Sozialausgaben und Lebensmittel eingespart werden. [...] Brachte die Arisierung und Liquidierung jüdischer Betriebe volkswirtschaftliche und persönliche Vorteile, so brachte der Mord an den unheilbar Kranken eine in der Tendenz bessere Versorgung für die heilbaren.“ (VdV, 270) Dieses angebliche Kalkül vom größten Nutzen im ganz Kleinen wiederholt sich in unterschiedlichen Varianten. So soll die Vernichtung der qualifizierten jüdischen Rüstungsarbeiter dazu gedient haben, die Versorgungslage der polnischen zu verbessern (SuJ, 80).

Des behaupteten generellen Interessenmotivs wegen wird vermutet, die mit Kriegsbeginn eingeleitete „Euthanasieaktion“ „[könnte] von der Vierjahresplanbehörde und der dort angesiedelten Geschäftsgruppe Ernährung ausgegangen sein“ (VdV, 271). Durch die so unterstellte Nähe der Motive von Euthanasieaktion und Judenmord läßt sich dann scheinbar plausibel auf die historiographische Kardinalfrage von Intention und Herbeiführung in Sachen Judenmord schließen – mit dem Ergebnis einer gemeinsamen ernährungswirtschaftlichen Verursachung. So heißt es bei Aly/Heim konjunktivisch insinuiierend, die vom Generalrat der Vierjahresplanbehörde geäußerte Sorge hinsichtlich der Sicherstellung des deutschen Fleischkonsums habe zu weitreichenden und langfristig orientierten Vernichtungsplänen geführt, die letztlich in Richtung „Endlösung“, ja auf weit über sie hinausreichende Mordabsichten wiesen. Dabei sei von etwa 30 Millionen potentieller Opfer die Rede gewesen (VdV, 369). Zu diesen weitreichenden Planungen hätten sich aktuelle Entwicklungen verschärfend hinzugesellt, die schließlich in der Entscheidung zur Massenvernichtung kulminiert sein könnten. Die Autoren reizen den ernährungswirtschaftlichen Erklärungsansatz voll aus,

indem sie, gestützt auf Aussagen von Staatssekretär Herbert Backe (Generalrat der Vierjahresbehörde), sich zu weitreichenden spekulativen Folgerungen hinreißen lassen: „Liest man vor diesem Hintergrund, was er (Backe) im Frühjahr 1941 Hitler über eine für das ganze besetzte Europa bevorstehende Mißernte vortrug, dann könnte 1941 zur mittelfristig argumentierenden Überbevölkerungstheorie auch die massive Angst der Nazis vor unmittelbar bevorstehenden Hungerrevolten hinzutreten sein und die ‚Endlösung‘ mitbegründet haben.“ (SuJ, 44) In einer späteren Fassung heißt es etwas verhaltener, aber nicht weniger allgemein und ungefähr: „Zusammengenommen führten beide Argumente dazu, die Planungen für Massenumsiedlungen und Völkermord voranzutreiben.“ Wenn schon nicht erwiesen, so sei jener Zusammenhang doch jedenfalls „plausibel“ (VdV, 370).

Nun mögen im Nationalsozialismus bevölkerungspolitische Überlegungen malthusianisch-ideologischen Zuschnitts durchaus auf politische Entscheidungen durchgeschlagen haben¹⁷. Ihnen mag ernährungswirtschaftlich ein ähnliches Gewicht eigen gewesen sein wie etwa dem Anliegen Hitlers, vor dem Erfahrungshintergrund des Ersten Weltkrieges der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln allerhöchsten Rang zuzuweisen. Aber von einer derart ungesicherten Vermutung aus die offene – und vermutlich auch weiterhin offen bleibende – Frage nach Motivlage und Ingangsetzung der „Endlösung“ ebenso monokausal wie tentativ zu beantworten und dabei beispielsweise die ereignisgeschichtlich nachprüfbare antibolschewistische Motivation einschließlich der Wirkung des nachweislich über den Befehlsweg in Gang gesetzten „Kommissarbefehls“ gänzlich auszusparen, heißt alle historiographischen Vorarbeiten zu ignorieren¹⁸.

Auf besonders eklatante Weise evident wird die monokausal und konjunktivisch auf das ernährungswirtschaftlich-malthusianische Paradigma sich stützende Erklärung der „Endlösung“ bei der Deutung der Deportation der ungarischen Juden nach Auschwitz. Ohne die ereignisgeschichtlichen Umstände der ungarischen Situation auch nur im geringsten zu bedenken, kleiden die Autoren ihre Auffassung in die Frage, ob vor dem „Hintergrund von Backes Konzeption, die Ernährung Mitteleuropas und Westeuropas abzusichern [. . .], nicht die Deportation und die Ermordung eines großen Teils der ungarischen Juden im Jahre 1944 in Zusammenhang mit genau diesen Überlegungen steht“ (VdV, 390/391). Das 1943 von Hitler gegenüber Horthy geäußerte Deportationsbegehren – zuvor von den Autoren noch in ganz anderer Weise mit Hitlers Worten belegt¹⁹ – wird nunmehr in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem

¹⁷ Dazu Albrecht Ritschl, Die NS-Wirtschaftsideologie – Modernisierungsprogramm oder reaktionäre Utopie?, in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 48–70.

¹⁸ Für einen ähnlich monokausalen, jedoch ganz anders begründenden Ansatz steht Arno J. Mayer, Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“, Reinbek 1989. Mayer setzt das ideologische antibolschewistische Motiv absolut und leitet daraus alle anderen Momente der Massenvernichtung ab.

¹⁹ Hitler argumentierte – und darauf legen die Autoren besonderen Wert – sozialpolitisch: „Ungarn könne genauso wie die Slowakei die Juden in Konzentrationslager unterbringen. Es würde damit seinen eigenen Landeskindern viele Möglichkeiten durch Freimachung der von den Juden gehaltenen

Verlust der Ukraine und den dort bislang zur Versorgung der deutschen Bevölkerung abgeschöpften Nahrungsmitteln gebracht. Der tentativen Deutung der Autoren zufolge entsprach der benötigte Ersatz „ziemlich genau dem Ernährungsminimum für eine Million Menschen, annähernd genauso vielen, wie die jüdische Minderheit in Ungarn nach deutschen Schätzungen zählte“. Aly und Heim halten einen ernährungspolitischen Zusammenhang „also für denkbar“. Zwar räumen sie ein, eine Kausalität „nicht belegen“ zu können, „meinen aber, daß auch der Zusammenhang zwischen diesen Deportationen und der Ernährungspolitik eine plausible Hypothese darstellt“ (VdV, 391).

Daß gerade die Deportation der ungarischen Juden auf das ernährungspolitische Kalkül zurückgeführt werden soll, mutet schon allein deshalb überraschend an, weil hinsichtlich ihres Schicksals die Quellenlage ausgesprochen breit ist und für weitläufige Interpretationen wenig Spielraum besteht. Es handelte sich um eine Deportation in gleichsam letzter Minute – und dies aus einem mit Deutschland bislang verbundenen Land. Die für das Schicksal der Juden durchaus relevante Komponente der zwischen Deutschland und den Alliierten schwankenden Haltung Ungarns in der letzten Kriegsphase macht deutlich, daß der Behandlung der ungarischen Juden die Bedeutung einer politischen Währung zukam, und zwar nach beiden Seiten hin²⁰. Gerade dieser – für die „Endlösung“ insgesamt zugegebenermaßen marginale – Aspekt unterstreicht die räumliche und zeitliche Verschiedenartigkeit der jeweiligen Umstände, die in die „Endlösung“ führten.

Die Darstellungen von Aly und Heim sind durch eine weitere Art des konjunktivischen Zugangs bestimmt: Die Autoren interpretieren durchgehend gewesene Wirklichkeit mit Argumenten historischer Möglichkeit. Grundlegend hierfür ist die These, die bevölkerungspolitischen Pläne der Nationalsozialisten seien ohnehin auf den gesamten europäischen Raum und im Sinne ökonomischer bzw. ernährungswirtschaftlicher „Rationalität“ gleichsam unterschiedslos auf alle nur erdenklichen Bevölkerungsgruppen gerichtet gewesen (BuM, 11). Insofern sei es wenig ergiebig, allein von den historisch real gewordenen Opfern auszugehen. Dies führe zu einer unzulässigen Verengung und Verzerrung der Perspektive in der Motivforschung.

Nun mag eine Vorgehensweise, in der Zukunftsprojektionen für die Ausdeutung wirklich gewordener Vorkommnisse zu Rate gezogen werden, methodisch durchaus ergiebig sein. Und auch auf das nationalsozialistische Deutschland bezogen ist ein solcher Zugang vom Gegenstand her überzeugend: Weil der Nationalsozialismus von

Positionen eröffnen und den toleranten Kindern des Volkes Laufbahnen verschaffen, die ihnen bisher von Juden verschlossen worden seien.“ (VdV, 358) Von jenem Gespräch mit Horthy sind aber auch andere Motive überliefert. So setzte Hitler die Juden mit Schädlingen gleich und machte sie überdies für den Bolschewismus verantwortlich. Im übrigen sind deutsche Deportationsbegehren hinsichtlich der Juden in Ungarn schon früher dokumentiert – so etwa für 1942, also weit vor dem Verlust der Ukraine.

²⁰ Eine umfassende Dokumentation bietet Randolph L. Braham, *The Destruction of Hungarian Jewry*, New York 1963; derselbe, *The Politics of Genocide*, New York 1981, 2 Bde. Ein instruktiver Überblick findet sich bei Laszlo Varga, Ungarn, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 331–352.

außen niedergerungen werden mußte und das Regime 1945 ein gewaltsames Ende fand, läßt sich in der Tat nichts Definitives über jenes mörderische Potential aussagen, das vom Regime noch verwirklicht worden wäre, hätte es länger angedauert oder hätte es womöglich gar obsiegt. Plänen und Planungen ist der Tendenz nach also zweierlei zu entnehmen: Zum einen faktisch nachweisbare Zukunftsprojektionen, zum anderen die methodische Kontextuierung wirklich gewordener Vorgänge vor dem Hintergrund ihrer als möglich erachteten räumlichen und zeitlichen Ausweitung. Ausgehend von der Zukunftsprojektion ist die Bedeutung des gewordenen Geschehens vielleicht wirklich besser zu verstehen, sofern auch das Gewordene als Ergebnis planerisch umgesetzter Intentionen zu gelten hat.

Folgt man einem derart strikten Intentionalismus – der Annahme eines unmittelbaren kausalen Zusammenhangs zwischen Vorstellung und Umsetzung –, dann bietet das von Aly/Heim und anderen erschlossene Material überzeugende Anhaltspunkte dafür, daß das Gewesene hinsichtlich des Beabsichtigten wirklich nur einen Ausschnitt darstellt. Exemplarisch lassen sich etwa jene dem „Generalplan Ost“ entnommenen Vorhaben heranziehen, Teile der polnischen Bevölkerung „einzudeutschen“ (VdV, 409), andere als Heloten zu unterwerfen und auszuplündern, wiederum andere zu vernichten. Ein solches Vorgehen hätte, wie die Autoren feststellen, dazu geführt, daß „aus ökonomischen und herrschaftstechnischen Erwägungen“ jeder fünfte Pole ermordet worden wäre (BuM, 139).

Die Verwirklichung der nationalsozialistischen Zukunftsprojektionen hätte in der Tat die Zahl der zu ermordenden Menschen erheblich gesteigert. Gleichzeitig machen die hier herangezogenen Quellen jedoch deutlich, daß nicht *allen* Polen ein derartiges Ende zugeordnet war. Der „Generalplan Ost“ sah sowohl eine rassistische als auch eine interessenorientierte Selektion vor – eine Unterscheidung, wie sie im Falle der jüdischen Bevölkerung nicht vorgesehen war; darin liegt zweifellos ein nicht unerheblicher Unterschied. Er ist erklärungsbedürftig und wird sich für die nutzorientierte Generalthese von Aly/Heim durchaus folgenreich auswirken – gehen sie doch davon aus, daß es gleichgültig sei, „gegen wen“ sich die mörderischen wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Planungen richteten (BuM, 11). Für ihre These bleibt die Annahme weiterhin fundamental, wie bei den „Massenmorden an den deutschen Geisteskranken und an der polnischen, jugoslawischen und sowjetischen Bevölkerung“ seien „auch bei der Ermordung der europäischen Juden utilitaristische Ziele erkennbar“ gewesen (VdV, 11). Am Judenmord sei also nichts Spezifisches. Beinahe auftrumpfend wird darauf verwiesen, das „Referat IV B4“ des Reichssicherheitshauptamts habe „eben nicht nur als Judenreferat“ fungiert, sondern sei laut Geschäftsverteilungsplan für alle Aussiedlungen zuständig gewesen (VdV, 433). Außerdem vermeinen Aly/Heim belegen zu können, die „Vernichtungslager [hätten] auch nach dem vollendeten Mord an den europäischen Juden [...] weiterarbeiten sollen“. Unklar bleibt, wie sich diese Behauptung zu der Tatsache der frühen Schleifung und Einebnung der ausschließlich den polnischen Juden vorbehaltenen Vernichtungslager nach Vollzug der Tat verhält (BuM, 139).

In ihrem Bemühen, „utilitaristische“ Konsistenz und negative Universalität in der nationalsozialistischen Massenvernichtung nachzuweisen, unterlaufen den Autoren

logische und semantische Fehler von erheblichem Gewicht. Um die ihrem Dafürhalten nach zu erwartenden Steigerungen des Schreckens zu spezifizieren, hätte es in einer nationalsozialistischen Zukunft gegolten, „nicht mehr einzelne Ethnien insgesamt [sic] zu ermorden, sondern die Menschen Osteuropas, die ‚für uns Deutsche ohne jeden Wert sind‘“, womit die Kranken und Arbeitsunfähigen ebenso gemeint gewesen seien wie die „politischen Fanatiker“ (BuM, 139). Was von den Autoren als qualitative Steigerung in den Massenmorden dargeboten wird, hätte zwar eine weitere Ausdehnung des Schreckens bedeutet, wäre aber zugleich die Fortsetzung jener selektiv gehandhabten „Ausmerze“ gewesen, in deren Rahmen auch im Reichsgebiet, noch vor Beginn der „Endlösung“, Menschen wegen eugenischer oder anderer Stigmatisierungen ermordet wurden.

Ohne einer wie auch immer gearteten, ethisch in jedem Fall unzulässigen Hierarchisierung der *individuellen* Opfer das Wort zu reden, ist festzustellen, daß Aly und Heim offenkundig der Unterschied zwischen der totalen Vernichtung „einzeln Ethnien“ (Genozid) und der Ermordung einzelner Menschen – wenn auch in ungeheurer großer Zahl – verborgen geblieben ist. So finden sie nichts dabei, quantitativ auf eine nicht eingetretene Zukunft hin zu hierarchisieren. Angesichts „noch viel größere[r] Mordvorhaben“ beschränke sich „die Ermordung der europäischen Juden“ nur auf einen ersten (VdV, 299), wenn auch „unter Kriegsbedingungen“ vorgezogenen (VdV, 492) und „besonders weitgehend verwirklichte[n]“ (VdV, 299) Teil.

Für Aly und Heim liegt ein ernstes Problem von methodischer und erkenntnisrelevanter Bedeutung darin, daß sich die genozidale, also *totale* Vernichtung der jüdischen Bevölkerung nicht mit ihrer Annahme eines den spezifischen Opfern gegenüber angeblich gleichgültigen ökonomistischen Nutzenkalküls deckt bzw. sie dem von ihnen zum Subjekt des Völkermordes erhobenen „utilitaristischen Denken“ nicht entspricht. Für ihre Verwertungsthese sind die von Herkunft oder kollektiven Stigmatisierungen unabhängigen nationalsozialistischen Mordintentionen, bei denen die Juden, aber auch andere gleichsam zu Verlegenheitsopfern werden, jedoch konstitutiv. So geraten sie logisch und historisch in die folgende Begründungsfalle: „Wenn der Zusammenhang zwischen Auschwitz und den damaligen deutschen Zukunftsprojekten für ein modernisiertes und befriedetes Europa ausgeblendet bleibt, erscheinen die deutschen Verbrechen als Rückfall in die Barbarei, als ein Bruch mit der westlichen Zivilisation, nicht als eine ihr innewohnende Möglichkeit. Eine solche zu kurz greifende Beurteilung läßt die deutsche Vernichtungspolitik jener Jahre als Produkt einer geschichtlichen Ausnahme-situation erscheinen, zusammenhangslos und unerklärlich.“ (VdV, 491/492) Die Falle besteht nun darin, daß, sollte sich die Annahme über die Beliebigkeit bei der Wahl der Opfer nicht als stichhaltig erweisen bzw. die ökonomistische Letztbegründung der Massenvernichtung ins Leere führen, der Umkehrschluß zutreffen und „Auschwitz“ in der Tat unerklärlich bleiben müßte.

Kontinuitäten und Aktualismen

Der als konjunktivisch gekennzeichnete Zugang von Aly und Heim ist vor allen Dingen der Tendenz geschuldet, von auf Zukünftiges gerichteten Planungsdokumenten der NS-Expertokratie auf die gewesene Wirklichkeit zu schließen. Damit wird der zeitlich einzugrenzende historische Gegenstand, die verwirklichte „Endlösung“, aus dem unmittelbaren Fokus entlassen. Für die Tat als erkenntnisrelevant Erachtetes wird in andere Zeiträume verlegt – in vorausgehende wie in nachfolgende. Dies geschieht freilich um den Preis des Hintanstellens ereignisgeschichtlich relevanter und kausaler Begründungszusammenhänge.

Verstärkt wird die Tendenz der Entzeitlichung der „Endlösung“ durch eine extensive Einbeziehung biographischer Informationen, die auf der Erforschung der Karrieregeschichten diverser Sozialwissenschaftler beruhen. Die berechnete Skandalisierung von Kontinuitäten geht ihrer kritischen Substanz jedoch insoweit verlustig, als dabei weitgehend an personelle und fachliche Betätigungen erinnert wird, die an die biologische Lebensdauer gebunden sind. Diese personale Kontinuität täuscht, soweit sie eine politische suggerieren will.

Ein derart auf lebensgeschichtliche Kontinuitäten abzielender Zugang²¹ verdeckt notwendigerweise systematisch die substantielle Differenz, in der sich „Drittes Reich“ und Bundesrepublik unterscheiden. Er verwischt die Zäsur des Jahres 1945 – wird man doch nicht im Ernst behaupten können, in der Bundesrepublik würden Menschen systematisch und massenhaft zu Tode gebracht.

Ähnlich, wenn auch nicht derart extrem, wirkt sich die Wissenschafts- und Sozialgeschichtsschreibung hinsichtlich der NS-Zeit aus. Solchen der Erforschung weiter Geschichtsräume angemessenen methodischen Zugängen ist die Tendenz eigen, das hervorzuheben, was auf eine *longue durée* angelegt ist; sie haben dort ganz ohne Zweifel ihre Verdienste. Auch hinsichtlich der NS-Zeit mag ihnen manche historische Aufklärung zu verdanken sein. Dies gilt insbesondere für Ursprung und Entstehung relevanter Tendenzen im Bereich von Idee und Struktur, nicht jedoch für die unmittelbare Wirkungsgeschichte²². Hinsichtlich eines Kurzzeitphänomens wie der „Endlösung“ kommt es jedoch gerade auf die spezifische Wirkungsgeschichte an – weniger auf dem Nationalsozialismus vorgelagerte Bedingungen.

²¹ Dazu kritisch Dirk Blasius, „Die ‚Maskerade des Bösen‘. Psychiatrische Forschung in der NS-Zeit“, in: Norbert Frei (Hrsg.), *Medizin- und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit*, München 1991, S. 265–285, hier S. 268.

²² Detlev J. K. Peukert, Die Genesis der „Endlösung“ aus dem Geiste der Wissenschaft, in: *Zerstörung des moralischen Selbstbewusstseins: Chance oder Gefährdung? Praktische Philosophie in Deutschland nach dem Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 1988, S. 24–48, geht im Unterschied zu Aly und Heim ganz eindeutig von einem weit gespreizten multikausalen Entstehungszusammenhang der „Endlösung“ aus, neigt jedoch dazu, der Entwicklung in den Humanwissenschaften, über die ereignisgeschichtlichen und politischen Umständen hinaus, eine gewisse Subjektbedeutung zuzusprechen; vgl. S. 26 f. und S. 35.

Gerade die, historisch gemessen, enorm kurze Dauer des Geschehens mag paradoxerweise dazu führen, daß man sich vom konkreten Ereignis abwendet, um dessen Erklärung ausschließlich im geschichtlich Vorgelagerten zu suchen. Anstelle einer dem Gegenstand angemessenen Ereignisgeschichte und einer Klärung der mit ihr verbundenen Fragen nach unmittelbarer Verursachung, Verantwortung und letztlich auch Schuld wird eine den unmittelbaren Gegenstand selbst umgehende Ursprungsforschung betrieben. Die Ursprungsforschung wiederum legt Fragen weltanschaulicher Letztbegründung nahe – vor allem dann, wenn der Gegenstand vor dem Hintergrund von Gegenwartsbewältigung zum strategischen Umgang und beispielsweise zu Fragen einläßt, wie eine mögliche Wiederkehr des Schreckens wohl zu verhindern sei. Auf diese Weise wird die Beschäftigung mit der „Endlösung“ hochgradig politisiert. Darin mögen manche eine moralische Chance erblicken; nicht weniger aber besteht auch die Gefahr, das historische Ereignis zu vernutzen. Solch ärgerlicher Gebrauch der Geschichte findet seinen Niederschlag in übersteigerten Kontinuitätsannahmen und polemischer Aktualisierung des Gewesenen. Aly und Heim haben sich dieser Versuchung nicht versagt; sie ist gleichsam stilles Motiv ihrer Forschungen.

So übertragen die Autoren die im NS-Schrifttum etwa seit 1942 im Kontext lebensraumbezogener Großraumpläne verwandte Bezeichnung „europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (BuM, 13) ohne Scheu auf die heutige EG (BuM, 8). Als gelte es, identische Phänomene zu denunzieren, heißt es unumwunden, soweit die Nationalsozialisten in Südosteuropa an billige Nahrungsmittel und Rohstoffe heranzukommen bestrebt waren, „ähnelt ihre Pläne der heutigen EG-Struktur“ (SuJ, 40). Daß damals für den behaupteten identischen Zweck geplündert und gemordet wurde, scheint nichts zur Sache zu tun. Ähnlich obskur werden NS-Rationalisierungspläne im Bereich der Landwirtschaft vorgestellt, die im Sinne einer beabsichtigten Veränderung der Agrarstruktur „hin zu größeren Produktionseinheiten [führen sollten], die sich dann in der Nachkriegszeit mit der Stillegung hunderttausender Bauernhöfe nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in ganz Westeuropa real vollzog und die im übrigen tatsächlich dazu führte, daß Europa zum agrarischen Überschußgebiet wurde“ (BuM, 22).

Darüber hinaus vermögen Aly und Heim dem Nationalsozialismus noch weitere Aktualität abzugewinnen. So werden das „Generalgouvernement“ und andere Gebiete im deutsch-besetzten Osteuropa wiederholt in gegenwartsbezogener entwicklungspolitischer Semantik als „Schwellenländer“ bezeichnet (VdV, 72/489). Ein anderes Beispiel ist die Verwendung des sozialpolitisch aktuellen Begriffs der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ (VdV, 289), wo es doch um massenmörderische Selektionen geht. Wer darüber hinaus leichtthin von 30 bis 50 Millionen projektierte Opfer spricht, skandalisiert nicht, wie vermutlich beabsichtigt, die Gegenwart, sondern trivialisiert die Vergangenheit (VdV, 489)²³.

²³ Ein anderer Aktualismus ist die von den Autoren ständig verwandte Formulierung „Jüdinnen und Juden“. Peinlich mutet diese feminisierende Demokratisierung der Sprache angesichts des Gegenstandes allein schon insofern an, als auch die Nationalsozialisten – der statistischen Genauigkeit

Solche skandalisierende Semantik ist nicht nur eine Konsequenz aktualisierender Polemik. Bei näherem Hinsehen werden vielmehr Spurenelemente eines Zuganges sichtbar, dem die Gleichsetzung nationalsozialistischer Politik mit Phänomenen der Gegenwart bitter ernst ist: In einer von den Autoren am Rande zitierten Schrift finden sich jene Eingriffe und historischen Analogien entwickelt, die ihnen durchweg als Grundlage dienen. Ganz wohl scheint ihnen bei dieser Übernahme freilich nicht gewesen zu sein, sonst hätten sie sich nämlich nicht bemüht gefühlt, den erhellenden Untertitel der zitierten Schrift – „Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung“ – durch die wenig signifikante Umschreibung zu ersetzen, dieser Beitrag analysiere „eingehend die Großraumkonzepte des deutschen und US-amerikanischen Kapitals in den 30er und 40er Jahren“ (VdV, 335)²⁴. Dabei handelt es sich um eine Schlüsselschrift für den Kontinuitäts-Ansatz der Autoren. Die „Endlösung“ wird hier im Sinne einer höchst problematischen Gegenwartskritik vernutzt, allerdings unter Verwendung traditioneller Zentralbegriffe wie „Kapitalismus“ und „Imperialismus“, an deren Stelle bei Aly/Heim Unverbindlichkeiten wie „Moderne“, „Rationalität“ und „Utilitarismus“ treten.

Von anderem Gewicht als die in ihrer Bedeutung für das Gesamtkonzept von Aly/Heim eher marginalen Unterstellungen gegenwartsbezogener Kontinuität mittels semantischer Überziehung und Verzerrung sind die auf Analogie und Kontinuität angewiesenen Interpretationen der „Endlösung“. Dabei sind diese Analogeme, Parallelen und behaupteten Ursprünge denkbar konventionell und trotz innovativem Gestus dem vorherrschenden Alltagsbewusstsein überaus nahe. So bot beispielsweise die Minderheiten- und Nationalitätenpolitik im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit schon immer einen beliebten Anhaltspunkt für Vergleiche; ähnliches gilt für historisch noch weiter zurückliegende nationale Homogenisierungsbestrebungen.

Nun wurden gerade in der Zwischenkriegszeit, im Gefolge der Auflösung von dynastisch legitimierten Vielvölkerreichen, verschiedene Optionen ventiliert und zum Teil auch realisiert. Sie reichten von der Radikallösung des „Transfers“ von Bevölkerungsgruppen zum Zwecke nationalstaatlicher Homogenisierung bis hin zu staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Maßnahmen des Minderheitenschutzes. Radikallösungen wie der „Austausch“ von Griechen und Türken auf der Basis des Vertrages von Lausanne 1923 – freilich im Gefolge eines zwischen beiden Nationen geführten Krie-

wegen – ihre Opfer geschlechtsspezifisch auflisteten und so buchhalterisch differenzierend von „Juden“ und „Jüdinnen“ sprachen.

²⁴ Detlef Hartmann, „Völkermord gegen soziale Revolution. Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung“, in: *Autonomie, Neue Folge*, Heft 14 (1985), S. 217 ff. Einleitend wird in der Zeitschrift jener Beitrag mit den Worten angesprochen, er zeige „den Zusammenhang zwischen nazistischer Großraumwirtschaft und der Strategie des Nachkriegs-imperialismus“ auf. Hinsichtlich der Abstufung von „industriellen Entwicklungszonen und Regionen des Genocids [sic], hinsichtlich der finanztechnischen Mechanismen und nicht zuletzt hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Hochrüstung und Staatsverschuldung auf seiten der Führungsmacht (welche wesentlich durch eine Überbewertung der Leitwährung gedeckt wird) ist das US/IWF-Projekt die Inszenierung der nazistischen Europapolitik im Weltmaßstab“.

ges – zählten dagegen eher zu den Ausnahmen. Vor diesem Hintergrund wagen die Autoren die These, die „zwangsweise Umsiedlung von Menschen und ganzen Völkern war in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts kein Tabu, sondern weit verbreitete Praxis“ (VdV, 483). Auch wissen sie darauf hinzuweisen, daß polnische Regierungen bestrebt waren, sich großer Teile ihrer jüdischen Bevölkerung durch Auswanderung zu entledigen (VdV, 88); der später von den Nationalsozialisten aufgenommene „Madagaskar-Plan“ hat dort in der Tat seinen Ursprung.

Daraus wird nunmehr geschlossen, die Nationalsozialisten hätten sich solcher und ähnlicher Projekte nur zu bedienen brauchen: „So waren bis 1939 in der polnischen und internationalen Diskussion über Migration, Überbevölkerung und Menschenverschiebung alle wesentlichen sozialpolitischen und ökonomischen Argumente in die Debatte geworfen worden, die später auch die Entscheidungsprozesse der deutschen Besatzungsmacht in Polen bestimmten.“ (VdV, 91) Daß zwischen repressiver, auf Auswanderung spekulierender Minderheitenpolitik und sprachlich-kulturellen Homogenisierungsmaßnahmen, wie sie vom polnischen Staat in der Zwischenkriegszeit praktiziert wurden, und der eugenisch bzw. rassenideologisch begründeten genozidalen Praxis der Nazis Welten liegen, will ihnen entgehen. Und dies obwohl fließende Übergänge eintraten und die nationalsozialistische Politik des „Heim-ins-Reich“ und der Umsiedlungsmaßnahmen im „Wartheland“, die anfangs noch von traditionellen nationalterritorialen Homogenisierungsabsichten mitgetragen worden sein mochten, infolge des „Abschubs“ von Polen und Juden nach Lodz bzw. ins „Generalgouvernement“ nicht unwesentlich zum später eingeleiteten Genozid beitrugen.

Aly und Heim sehen ihr Paradigma gleichsam überhistorisch gültig. Von der sicher wenig zimperlichen Politik der „Eindeutschung“ von Polen, wie sie „75 Jahre zuvor im Ruhrgebiet“ praktiziert wurde und die in den Kontext nationaler Homogenisierung gestellt wird (SuJ, 56), bis hin zu den Vertreibungen und Aussiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg wird alles in die für universell erachtete Erklärung eingebunden, man habe „Entlastung vom ‚Bevölkerungsdruck‘“ gesucht (BuM, 24)²⁵. Durch eine genetische Verknüpfung der „Endlösung“ mit Maßnahmen unterschiedlichster nationaler Homogenisierung in Europa wird der entscheidende Unterschied eingeebnet und der eigentliche historische Gegenstand derart entzeitlicht, daß er schließlich verloren geht.

Götz Aly und Susanne Heim waren vor Jahren angetreten, den unmittelbaren Verantwortlichkeiten für die Herbeiführung der „Endlösung“ nachzuspüren. Sie waren bestrebt, historiographisch nachzuholen, was die Justiz in den letzten Jahrzehnten versäumt hatte. Doch zunehmend verflüchtigte sich dieser Anspruch in eine Erforschung des Reichs von Ideen und Strukturen allgemeiner Art. Von einem „planenden, praxisorientierten Rationalismus“ (VdV, 19) geht ihre Rede, von einem den Massenmorden gemeinsamem „utilitaristischen Nenner“ und von Auschwitz als der „Folge einer gna-

²⁵ Die Autoren setzen im übrigen die nationalsozialistischen Vernichtungsmaßnahmen und den stalinistischen Massenmord gleich und haben keinerlei Bedenken, diese Gleichsetzung mit nationalsozialistischer Literatur zu belegen (VdV, 118).

denlos instrumentalisierten Vernunft“ (VdV, 485) – kurz: von einem „spezifisch[en] deutsch[en] Beitrag zur Entwicklung der europäischen Moderne“ (BuM, 12). Die wirklich spezifische Frage, warum „die Moderne“ – vormals stand hierfür „der Kapitalismus“ – gerade in Deutschland seine negative Apotheose erreichte, ist dem Erkenntnisinteresse entfallen. Oder aber – und dies dürfte den Intentionen der Autoren wohl näherkommen: alle Unbill der Welt ist letztlich gleich, und jede historische Unterscheidung bedeutet eine ethisch unverträgliche Hierarchisierung von Leid.

Solche Verallgemeinerungen und zivilisationskritischen Gemeinplätze sind Ausdruck eines Zuganges, der es von Anfang an darauf anlegt, den historischen Gegenstand sowie seine moralischen und bewußtseinsrelevanten Herausforderungen aufzulösen. Der eingenommene Gestus einer marginalisierten Außenseiterposition steht Aly und Heim nicht gut an²⁶. Ganz im Gegenteil: Eher dürften sie die erfolgreiche Beeinflussung zukünftiger, wenn nicht schon gegenwärtiger Wahrnehmung für sich reklamieren – dekonstruieren sie doch mittels historischer Forschung das geschichtliche Ereignis selbst.

²⁶ In der Rezension des Buches von Zygmund Bauman, *Modernity and the Holocaust*, Oxford 1989, schreibt Susanne Heim: „In der Bundesrepublik begeht noch immer ein Sakrileg, wer behauptet, daß die Vernichtung des europäischen Judentums etwas mit Modernität und Modernisierung zu tun habe. [...] Einen solchen Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Organisation moderner Industriestaaten und der fabrikmäßigen Vernichtung von Millionen Menschen unter deutscher Herrschaft darf es nicht geben.“ (BuM, 165)

LEO HAUPTS

DIE BLOCKPARTEIEN IN DER DDR UND DER 17. JUNI 1953¹

I. Die Blockparteien in der Phase des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“

Die durch jüngste Forschungen und Archivfunde aufgehellte Parteikonferenz der SED vom 9.–12. Juli 1952 markiert in der Geschichte der DDR einen Wendepunkt. Hier wurde der zuvor vom ZK-Plenum der SED beschlossene, nach einer Anfrage in Moskau von Stalin genehmigte „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ in der DDR bestätigt. Die DDR-Führung nutzte den ihr in einer Konferenz am 1. und 7. April in Moskau (noch vor der zweiten Stalinnote an die Westmächte) erteilten Auftrag zur Aufrüstung² und forcierten Aufstellung nationaler Streitkräfte³ zur grundlegenden und tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung⁴ der DDR nach dem Vorbild der Sowjetunion. Konkret hieß das: Verschärfter Klassenkampf wurde mit Kollektivierung der Landwirtschaft, weitgehender Zurückdrängung von Unternehmern und Handwerkern und der Isolierung der Kirchen eingeleitet; ferner wurde die Umorganisation des Staates durch Abschaffung der Länder und durch Veränderung der Gerichtsverfassung mit einer Fülle von Gesetzen und Verordnungen betrieben⁵.

¹ Den Mitarbeitern des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), Berlin, des Archivs für Christlich Demokratische Politik (ACDP), St. Augustin, und des Archivs des Deutschen Liberalismus (ADL), Gummersbach, danke ich für die bereitwillig eröffnete Möglichkeit, in die einschlägigen Parteiakten Einblick zu nehmen.

² Wilhelm Pieck notierte dazu: „Pazifistische Periode ist vorbei“; vgl. Aufzeichnungen Piecks, in: Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR, in: Deutschland-Archiv 24 (1991), S. 686–700, hier: S. 696; Mechthild Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion zur Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnissystem, 1949–1955, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft (künftig: HMRG) 4 (1991), Heft 1, S. 23–49. Ferner: II. Parteikonferenz der SED und die Folgen, in: DDR-Lesebuch. Bd. 2: Stalinisierung, 1949–1955, hrsg. von Ilse Spittmann/Gisela Helwig, Köln 1991, S. 152–180; Wilfriede Otto, Sowjetische Deutschlandnoten. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (künftig: BzG) 33 (1991), S. 374–389.

³ Die besonderen Probleme werden sichtbar im Nachlaß Grotewohl, Akte: Aufbau bewaffneter Streitkräfte – Pläne, Vollzugsberichte, Situationsanalysen, in: IfGA.ZPA. NL 90/449.

⁴ Vgl. Staritz, Die SED, S. 696.

⁵ Noch am 14. 5. 1953 wurde der u. a. als Folge der Konzentration auf die Schwerindustrie notwendige, als 10 % Normenerhöhung bekannt gewordene Beschluß des ZK „Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit“ erlassen.

Von dem verkündeten „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ waren die Blockparteien, besonders die 1945 gegründete CDU und die LDP, die hier wegen ihres recht ähnlichen Schicksals in der DDR vergleichend betrachtet werden, elementar betroffen. Sie hatten sich 1945 der Anregung der KP folgend dem Block der „antifaschistischen-demokratischen Parteien“ angeschlossen, der die „Überreste des Hitlerfaschismus“ beseitigen sollte. In einer Phase, in der – sowjetischen Auffassungen entsprechend – das „Sowjetsystem“ nicht einfach aufgezwungen werden konnte⁶, sollten die Blockparteien an „der Aufrichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ mitwirken. Der zunächst von der KP, dann von der SED (unter massiver Unterstützung durch die Sowjetische Militäradministration) dominierte Block war bis 1950, wie hier im einzelnen nicht dargestellt werden kann, längst zum Instrument der Machtdurchsetzung der SED geworden⁷. Der Block war durch zwei künstlich ins Leben gerufene Parteien – die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDP) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) – und die Einbeziehung der SED-lastigen sogenannten Massenorganisationen erweitert und marginalisiert⁸. Die „Nationale Front“, die sich parteiübergreifend der Propagierung der „nationalen Ziele“ der SED widmen sollte, rekrutierte sich nochmals aus Parteien und Massenorganisationen⁹. Die „bürgerlichen“ Parteien selbst waren durch massive personelle und organisatorische Eingriffe weitgehend zu „Transmissionsorganen“ geworden, d. h. zu Organisationen, deren wesentliche Aufgabe darin bestand, die politischen Zielsetzungen der Staatsführung in soziale Schichten und weltanschauliche Gruppierungen zu tragen, die die SED als Partei der Arbeiterklasse nicht oder nur schwer erreichen konnte¹⁰. Die Blockparteien waren mit Ministern und Staatssekretären an der Regierung beteiligt, trugen also die Mitverant-

⁶ Gründungsauftrag der KP vom 11. 6. 1945, in: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Hamburg 1973, S. 292 ff. Zum Block vgl. Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses, Köln 1986; ders., Block-Ausschüsse, in: SBZ-Handbuch, hrsg. von Martin Broszat/Hermann Weber, München 1990, S. 595–618.

⁷ Dazu Karl Wilhelm Fricke, „Die Akten lagen dem ZK vor“ – Gesetzesverletzungen in eigener Sache, in: DDR-Lesebuch. Bd. 2, S. 64–67; Wolfgang Schollwer, Säuberung der LDP, in: Ebenda, S. 20–24. Für die Entwicklung der Ost-CDU vgl. Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952, Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1990; Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR, Köln 1982.

⁸ Im Juli 1953 gehörten von den 137 867 CDU-Mitgliedern 64,2 % dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), 70,5 % der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), 18,8 % der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), 38,9 % der Freien Deutschen Jugend (FDJ), 16,7 % dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD), an; bei den 119 071 LDP-Mitgliedern waren es 42,1 % FDGB, 10,1 % VdgB, 23,8 % DSF, 4,8 % FDJ, 7,8 % DFD, 5,9 % Kulturbund. Die Zahl der zentralen, regionalen und örtlichen Sitzungen des Blocks nahm seit 1952 rapide ab.

⁹ Auf die Betätigung der Parteien bzw. ihrer Mitglieder in der „Nationalen Front“ kann nicht eingegangen werden.

¹⁰ Suckut, Blockpolitik, S. 23–49.

wortung für deren Politik. In Einheitswahlen sollte die Regierungspolitik eine schein-demokratische Legitimierung finden¹¹.

Der in der neuen Phase nach 1952 einsetzende „planmäßige Aufbau des Sozialismus“, zu dem die SED die ausdrückliche Zustimmung der Blockparteien wünschte, stellte, wie das etwa eine Analyse der Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen im ZK¹² klar erkannte und differenziert beschrieb, die Ost-CDU und die LDP vor die schockartig wirkende Einsicht, daß der Sozialismus nicht mehr Fernziel sei, sondern „unmittelbare Wirklichkeit“ werden solle. Das führte zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen – in der CDU zur Spaltung zwischen dem Parteiapparat (auch in den Landes- bzw. Bezirksverbänden), der dem neuen Kurs der SED „einmütig“ zustimmte, und den Mitgliedern¹³, in der LDP zu tiefen Zerwürfnissen, die bis in den zentralen Parteivorstand reichten¹⁴. Aus der Sicht der SED resultierte der Widerstand gegen die CDU-Parteiführung vor allem aus der sozialen Zusammensetzung (Selbständige, Angestellte, Bauern – etwa 30 %) und dem Einfluß der „reaktionären“ Kirchenleitungen (besonders in Thüringen)¹⁵. Die Position der CDU stellte sich jedoch im Vergleich zur LDP relativ günstig dar, „da sie bisher schon viel vom ‚Sozialismus in christlicher Verantwortung‘ gesprochen hat“. Allerdings – so fährt die Analyse fort – „wird es jetzt (...) notwendig sein, ihren Mitgliedern klar zu machen, was Sozialismus in Wirklichkeit ist“¹⁶. Zur Illustration der Unklarheiten, die bei vielen Mitgliedern der CDU über die führende Rolle der Arbeiterklasse bestand, wird ein CDU-Bericht zitiert, in dem es heißt: „Heute noch befindet sich die Mehrzahl unserer Mitglieder in einer Scheinvorstellung von einer objektiven Gleichberechtigung der Parteien im Zeichen des Blockgedankens.“ Das war allerdings gekoppelt mit der Be-

¹¹ Richter, Die Ost-CDU, S. 241 ff.

¹² „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 130–141, hier: Bl. 131.

¹³ Richter, Die Ost-CDU, S. 289–334; Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949; in: VfZ 39 (1991), S. 125–175, hier: S. 140 f.

¹⁴ „Bericht über die Lage der anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 130, 138 f.; Durchschrift der Abteilung Leitende Organe, Anlage zur „Vorlage an das Politbüro des Zentralkomitee“ vom 28.1. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 63 f., 66 (stärkere Kontrolle von Dr. Loch und Täschner); zu den Differenzen in der LDP vgl. Durchschrift eines Briefs von Dieckmann an Dr. Loch und Täschner vom 26. 1. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/510, Bl. 363 f., und „Hausmitteilung für Gen. Schön“ vom 14. 3. 1952; Betr. Besprechung mit dem Generalsekretär der LDP, Herrn Täschner“, in: Ebenda, Bl. 379 f. Ferner: Abteilung Leitende Organe „Vorlage an das Sekretariat des ZK. Betr. Vorbereitung des 5. Parteitages der LDP“ vom 4. 5. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/65.

¹⁵ Zur Auseinandersetzung der CDU mit den Kirchen vgl. Liste „fortschrittlicher“ Pfarrer, in: ACDP VII 013 A 1808; ferner A 0855/0815/0873; Richter, Die Ost-CDU, S. 328 ff.

¹⁶ Abteilung Leitende Organe „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 131. Zu den programmatischen Aussagen der CDU im „christlichen Realismus“ vgl. Richter, Die Ost-CDU, S. 318. Aus der Sicht des Beteiligten: Günther Wirth, Die Beteiligung der CDU an der Umgestaltung der DDR in den fünfziger Jahren, in: Kirchliche Zeitgeschichte 3 (1990), S. 125–151, hier: S. 131 ff.

fürchtung, die in dem zitierten CDU-Bericht ebenfalls geäußert wurde, „ob nicht der Gang der politischen Entwicklung früher oder später zur Liquidierung der Parteiorganisation und des Christentums überhaupt führen wird“¹⁷.

Die LDP sah sich aufgrund der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und wegen des „jetzigen“ Parteiprogramms, das mit dem Aufbau des Sozialismus unvereinbar schien, vor dem Auseinanderbrechen. Angesichts der ungelösten Frage nach den Existenzmöglichkeiten für Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende¹⁸ stand der Parteivorstand ratlos vor der Aufgabe, „wie das Kleinbürgertum [!] am Aufbau des Sozialismus beteiligt werden kann“¹⁹; Vorstandsmitglieder trugen sich mit dem Gedanken, den Namen der Partei zu ändern, während die Mitglieder eher meinten, „bei einer konsequenten Weiterentwicklung der Politik der DDR“ sei die LDP doch nur ein Hemmschuh, sei für die LDP kein Platz mehr. Viele gaben auf. „Die Interesselosigkeit der Mitglieder zeigt[e] sich unter anderem darin, daß im November 1952 nur 3,4 % [bei der CDU im Vormonat immerhin noch 16 %; Anm. d. Verf.] an Parteiveranstaltungen teilnahmen“, wie man in der SED wußte. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1953 stieg die Gesamtzahl der Abgänge an Mitgliedern – ohne Berücksichtigung der Neueintritte – auf 16 703; das waren 12,5 % der Gesamtmitgliederzahl, die schon zuvor beträchtlich geschwächt worden war. Die Verluste der CDU im gleichen Zeitraum waren geringer, nämlich 11 461, was 7,6 % der Gesamtmitgliederzahl entsprach²⁰. Führende Funktionäre der LDP wie Dieckmann²¹, der Präsident der Volkskammer, Dr. Loch²², der Finanzminister in der Regierung der DDR und Parteivorsitzender, Täschner²³, der Generalsekretär, zerstritten sich über die Frage, wie der LDP-Mitgliedschaft das Bekenntnis zum Aufbau des Sozialismus abzugewinnen sei und welches Gewicht der LDP bei der Besetzung der staatlichen Stellen in den neuen Bezirken zukommen müsse. Der Generalsekretär, vom Politischen Ausschuß des Zentralvorstandes der LDP im Juli 1952 mit Weisungsbefugnis gegenüber allen Parteistellen und -funktionären ausgestattet, konnte nur noch das äußere, formale Funktionieren der Parteiorgane aufrechterhalten. Die Abteilung Leitende Organe hielt am 26. Januar 1953 zur LDP fest: „Die Arbeit in den Blockausschüssen ist ebenfalls formal [wie zuvor von anderen Bereichen festgestellt war; Anm. d. Verf.]. Ihre Vertreter sind meist bei den Sitzungen anwesend und stimmen

¹⁷ „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 140.

¹⁸ Über 20 % der LDP-Mitglieder.

¹⁹ „Bericht über die Lage der anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 130.

²⁰ Die SED verlor im ganzen Jahr 1953 (ohne Berücksichtigung der Zugänge) 80 345 Mitglieder und Kandidaten = 6,5 % der Gesamtmitglieder. Vgl. statistische Übersichten in: IfGA.ZPA. IV 2/5/1372.

²¹ Johannes Dieckmann, * 1893, Parteisekretär, später Generalsekretär der Deutschen Volkspartei (DVP) für den Bezirk Niederrhein, Hannover und Sachsen. Mitbegründer der LDP, seit 1949 stellvertretender Vorsitzender der LDP. 1949 Abgeordneter und Präsident der Volkskammer.

²² Dr. Hans Loch, * 1898, Jurist, Finanzminister der DDR seit 1949. 1951–1952 mit Dr. Hamann Vorsitzender der LDP, seit 1952 Alleinvorsitzender.

²³ Herbert Täschner, * 1916, Verwaltungsangestellter. Leiter des Verlages „Lied der Zeit“. 1950–1954 Generalsekretär der LDP.

den Beschlüssen zu. Sie unternehmen jedoch nichts, um ihre Mitglieder für deren Durchführung zu mobilisieren.“²⁴ Erst am 28. Mai 1953 kam es auf dem 5. Parteitag der LDP in Dresden zu der sehr allgemeinen programmatischen Aussage, „unsere grundsätzliche Überzeugung gebietet (. . .), für den Fortschritt der Menschheit [der sich im Sozialismus manifestiert; Anm. d. Verf.] einzutreten“.

Die desolante Lage der Blockparteien CDU und LDP brauchte die SED-Führung nicht zu beunruhigen, denn die Abteilung Leitende Organe des ZK, der sie nunmehr direkt zugeordnet werden sollten²⁵, hatte die Blockparteien fest im Griff²⁶. Für die zentrale Ebene galt, daß mit den Generalsekretären „sowie mit einigen Mitgliedern“ der Vorstände regelmäßig (alle 14 Tage und im Herbst 1953 häufiger) Besprechungen stattfanden²⁷. Für die SED-Bezirke und -Kreise wurde das nun ebenso ausdrücklich angeordnet²⁸. „Wir erhalten“, so hieß es in einem SED-Bericht lapidar, „von ihnen laufend Materialien, sowie eine Aufstellung ihrer Vorstände, bis in die Kreise, mit einer Charakteristik dieser Vorstandsmitglieder.“²⁹ Über die personelle Entwicklung, die politischen Aktivitäten der bürgerlichen Parteien und die Zielvorstellungen ihrer Leitungen war die SED schon durch das Berichtswesen der Blockparteien gründlich orientiert³⁰. Hinzu kam eine massive und ständige Beeinflussung durch das ZK. Man in-

²⁴ Abteilung Leitende Organe, „LPD“ (zusammenfassende Analyse) 26. 1. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 65. Zum Zerfallsprozeß in der LPD vgl. „Die Haltung der Funktionäre und Mitglieder der LDP zu den Fragen des Kampfes um den Frieden und die nationale Einheit eines demokratischen Deutschland sowie den Aufbau des Sozialismus“ (o. D., Ende 1952) in Abteilung Befreundete Organisationen, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/3, Bl. 11.

²⁵ „Vorlage für das Politbüro“ vom 28. 1. 1953, Punkt 2, im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 54.

²⁶ Die Vorlage vom 28. 1. 1953 regte u. a. die „rasche Liquidierung der Betriebsgruppen anderer Parteien“ an. Der Politische Ausschuß des CDU-Vorstandes beschloß am 12. 5. 1953 die Auflösung der CDU-Betriebsgruppen zum 31. Mai mit der fadenscheinigen Begründung, sie „stellen ein organisatorisches Hemmnis der Parteiarbeit dar“. Vgl. Vorlage des Politischen Ausschusses der CDU vom 12. 5. 1953: „Direktive zur Arbeit der Betriebsgruppen“, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/3. Nach entschiedenem Widerstand der CDU-Betriebsgruppen mußte die SED die Gruppen jedoch zunächst tolerieren.

²⁷ „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 133 f. Dazu „Aktennotizen über Besprechungen der Abteilungsleitung (Abteilung Befreundete Organisationen) mit Vertretern der CDU“, in: IfGA.ZPA IV 2/15/6. Protokolle von Tagungen und Dienstbesprechungen der CDU-Führung, in: Ebenda, 2/15/37.

²⁸ „Direktive an die Sekretariate der Bezirksleitungen. Betr. Maßnahmen zur Weiterführung der Blockarbeit“, o. D. (Januar 1953) im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 55 ff.

²⁹ Ende 1952 wird der Generalsekretär (der SED) darüber unterrichtet, daß die „fortschrittlichen“ Funktionäre registriert seien, jedoch die Unterlagen zur Einschätzung noch ergänzt werden müßten. „Punkt VI. Aus dem Bericht für den Generalsekretär. Registrierung fortschrittlicher Funktionäre“, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/3.

³⁰ Seit September 1952 mußte in der LDP jeder Ortsverband bis zum 25., jeder Kreisverband bis zum 30. jeden Monats, jeder Bezirksverband bis zum 10. des nächsten Monats an die jeweils höhere Instanz eine differenzierte statistische Aufstellung mit eingehender Kommentierung übersenden. Der Generalsekretär faßte die Berichte zu einem monatlichen Gesamtbericht für das ZK der SED zusammen; vgl. Berichtsbogen der LDP und Analysen zu den einzelnen Monaten, in: ADL D XIX b 15770 a. In der CDU war das Berichtswesen ähnlich organisiert; vgl. Planberichte der Christlich-De-

struierte die „fortschrittlichen“ Kräfte innerhalb der Parteien und konnte so „den Differenzierungsprozeß, der z. Zt. in diesen Parteien vor sich geht, positiv lenken“, d. h. die Isolierung und Eliminierung der aus SED-Sicht hinderlichen reaktionären Kräfte vorwärtstreiben³¹.

Im übrigen bestand kein Zweifel über den minderen Rang, der den bürgerlichen Parteien und den von ihnen repräsentierten Bevölkerungsschichten im sozialistischen Staat auf die Dauer zuzumessen war: „Kulaken (d. h. selbständige Bauern) und Mittelständler sind nicht die ökonomischen Stützen, sondern wichtige Glieder – Stützen (sind die) Arbeiterklasse und werkt. Bauern“, notierte Grotewohl am 13. Juni 1953³².

II. Zu den Juni-Ereignissen von 1953

Anfang Juni 1953 trat für die SED-Führung ein jäher Umschwung ein. Er sollte ihr nicht nur das bisher ignorierte Ausmaß der wirtschaftlichen und politischen Belastungen der Bevölkerung vor Augen führen, sondern auch deren elementare Unzufriedenheit und damit zugleich die Brüchigkeit des ganzen Systems. Das SED-Regime wurde – wie hier nur mit einigen, die gängigen Vorstellungen vom Arbeiteraufstand des 17. Juni allerdings stark modifizierenden Strichen angedeutet werden kann – in seinen Grundfesten erschüttert³³. Dieser Prozeß wurde ausgelöst oder erhielt zumindest seine entscheidende Beschleunigung, als die neue sowjetische Führung einer Dreierdelegation des Politbüros des ZK der SED (Ulbricht, Grotewohl, Oelfner) am 2., 3. und 4. Juni 1953 in Moskau anhand eines Memorandums ihren Beschluß mitteilte, „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ einzuleiten³⁴. Die Lage in der DDR wurde von der Sowjetunion, die über

mokratischen Union Deutschlands, in: ACDP VII 013 A 2181. SED-Unterlagen in Akte: „Situation in den befreundeten Parteien“, in IfGA.ZPA. IV 2/15/3 und „Quartals-Monatsstatistiken, Analysen und Einschätzungen der Mitgliederbewegung“ (in den Blockparteien), in: Ebenda, IV 2/15/Bde. 56–64.

³¹ „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 134. Grotewohl hatte schon am 9. 10. 1949 in der Parteivorstandssitzung der SED für die Blockpolitik ausgeführt, man müsse „mit den fortschrittlichen und gutgewillten Kräften gut und fortschrittlich zusammenarbeiten, aber die reaktionären Kreise in den Reihen dieser Kontrahenten absondern und wahrscheinlich in nicht allzuferner Zeit aufs Haupt schlagen“; zitiert nach: Suckut, Entscheidung, S. 170.

³² Handschriftliche Notizen Grotewohls zur Sitzung des Politbüros am 13. 6. 1953, 2. Absatz, Punkt 22 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, alte Zählung Bl. 64.

³³ Dazu Arnim Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5 vom 25. 1. 1991, S. 31–41; ders., Die gescheiterte Revolution, in: TAZ 10., 12. und 16. 7. 1991; Heidi Roth, Der 17. Juni im damaligen Bezirk Leipzig, in: Deutschland-Archiv 24 (1991), S. 573–584; Philippe Garabiol, Berlin, 17 Juin 1953. Une première tentative de réunification de l'Allemagne, in: Revue d'histoire diplomatique 104 (1990), S. 57–75.

³⁴ Nach Vorlagen aus dem Nachlaß Grotewohl veröffentlicht: Rolf Stöckigt, Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), S. 648. Aufgrund einer späteren Überset-

eigene Informationsquellen verfügte, offenbar als äußerst kritisch angesehen. In der Besprechung vom 3. Juni 1953 erläuterte etwa Malenkow nach den Aufzeichnungen Grotewohls³⁵: „Nicht Prestige fürchten; wenn wir jetzt nicht korrigieren kommt eine Katastrophe“ und – nachdem er auf die Schwenkung Lenins zur NEP-Politik 1921 Bezug genommen hatte – „Man muß *schnell* handeln“. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung manifestierte sich – so die Aussage des Memorandums – in der Massenflucht³⁶. Das Dokument sprach von 120 000 Personen, die allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1953 das Land verlassen hatten, davon allein 18 000 Arbeiter, 17 000 Angestellte und Angehörige der Intelligenz, 8000 Angehörige der Kasernierten Volkspartei (KVP). Eine klare „Wendung“, nicht nur eine Reform, wurde gefordert. „Rasch und kräftig korrigieren“, meinte Berija³⁷.

Es sollte deutlich gemacht werden, daß die Politik des „beschleunigten Aufbaus des Sozialismus“ in der DDR falsch gewesen sei. Im einzelnen wurden u. a. für notwendig erachtet: die Einstellung der „künstlichen Ausbreitung der Produktionsgenossenschaften“, die Aufgabe der „Politik der Einschränkung und Verdrängung des mittleren und kleinen Privatkapitals“ und statt dessen die Förderung der kleinen Unternehmer, die Stärkung der Konsumgüterindustrie und die Hebung der Versorgung der Bevölkerung (u. a. zur Abschaffung des Kartensystems), die Senkung administrativer Kosten und die Gewährung von Bürgerrechten. Ferner sollte das „nackte Administrieren“, das auf allen Ebenen zum Inbegriff für das Fehlverhalten der Institutionen der Partei und des Staates geworden war, aufgegeben werden. Weiter hieß es: „Alle Maßnahmen, die die unmittelbaren Interessen der Kirche und der Geistlichkeit einengen, sind aufzuheben.“ Breite Schichten der Bevölkerung sollten durch politische Arbeit gewonnen werden. In diesem Zusammenhang wurde auch „die bedeutende Stärkung der Rolle des Blocks der demokratischen Parteien“ verlangt. Diese von Moskau verlangte Wen-

zung: Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 240 ff. Zu den Beratungen in Moskau handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 33–38; Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED am 5. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/2/286, Bl. 4 ff. Dazu auch Rudolf Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, Das Polit-Büro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg. von Nadja Stulz-Herrstadt, Reinbek 1990, S. 57 f.; Protokoll und Aufzeichnungen Grotewohls, Herrstadts und Eberts zu der Sitzung des Politbüros vom 6. 6. 1953 bei Elke Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“ Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BzG 33 (1991), S. 658–680, hier: S. 659 ff. Handschriftliche Notizen zur Sitzung des Politbüros vom 13. 6. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 69 f.

³⁵ Handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls zu den Gesprächen vom 3. 6. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 34.

³⁶ Kaganowitsch am 3. 6. 1953: „schlimm ist Republikflucht“, in: Ebenda, NL 90/697, Bl. 34. Zur Auseinandersetzung der SED mit der Fluchtbewegung zuvor: „Bericht über die Republikflucht im März 1953“, 22. 4. 1953, Abteilung Staat und Recht, in: IfGA.ZPA. IV 2/13/394; Christoph Buchheim, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953, in: VfZ 38 (1990), S. 415–458.

³⁷ Besprechung vom 3. 6. 1953 nach handschriftlichen Aufzeichnungen Grotewohls, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 34. Die Haltung Berijas bleibt unklar. (Ebenda, Bl. 98 ff.) Zu Berijas Rolle in der sowjetischen Deutschlandpolitik: Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion, S. 39.

derung bedeutete nichts anderes als die völlige Bankrotterklärung der bisherigen Politik der SED³⁸.

Die SED-Führung stand vor dem Dilemma, unverzüglich die einzelnen, von der UdSSR geforderten und von ihr selbst uneingeschränkt als notwendig erachteten Maßnahmen umzusetzen, und zwar unter aktiver Teilnahme des aus Moskau als Hoher Kommissar in die DDR zurückgekehrten Semjonow und anderer Berater der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKK)³⁹. Darüber hinaus legte ihr die sowjetische Führung nahe, nach dem Vorbild Lenins⁴⁰ eine „offene Korrektur“ zu vollziehen. „Nicht Prestige fürchten“, sagte Malenkov. „So viele Fehler darum so korrigieren, daß ganz D(eutschland) es sieht“, forderte Molotow⁴¹. Das sowjetische Vorgehen zielte – wie nur kurz angedeutet werden kann – auf eine massive Beeinflussung der Bundestagswahl von 1953 und auf den Sturz der Regierung Adenauer ab, der u. a. durch Unterstützung der SPD und anderer westdeutscher Oppositionsparteien und durch den Abbau der von den DDR-Flüchtlingen immer neu angefachten antisowjetischen Haltung in der westdeutschen Bevölkerung erreicht werden sollte⁴². Da in der Öffentlichkeit die Anstöße der sowjetischen Führung, die intern ihrerseits eine Mitschuld an der desolaten Entwicklung in der DDR eingestand und bedeutende Zugeständnisse für die Konsolidierung der Wirtschaft der DDR machte⁴³, nicht erkennbar werden durften, blieb nach Lage der Dinge kaum etwas anderes übrig, als einzugestehen, daß die bedrückende Lage in der DDR das Ergebnis von Fehlentscheidungen der SED sei, die korrigiert werden mußten⁴⁴.

Die Korrektur sollte einschneidend, unvermittelt und sofort erfolgen. Der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Herrstadt, selbst Kandidat des Politbüros und an den Beratungen beteiligt, der die Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros vom 9. Juni 1953 wegen der zu erwartenden Schockwirkung um vierzehn Tage hinauszögern wollte, erhielt von Semjonow – wenn wir seinem Bericht glauben können – die schroffe Antwort: „In vierzehn Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.“⁴⁵ In dem Kommuniqué, das das „Neue Deutschland“ am 11. Juni 1953 publizierte, stand zu lesen: „Das Politbüro ging [bei der Zurücknahme einer Vielzahl

³⁸ Was die sowjetische Zielsetzung anging, blieb zweifelhaft: 1. ob die Liquidierung des sozialistischen Systems in der DDR überhaupt oder lediglich der Abgang von dessen „beschleunigtem Aufbau“ gemeint war. Vgl. Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 658 f.; 2. welches die deutschlandpolitischen Ziele der Sowjetunion waren. Vgl. Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion, S. 38.

³⁹ Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, S. 61.

⁴⁰ Michael Heller/Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion, Bd. 2: 1940–1980, Frankfurt a. M. 1985, S. 108.

⁴¹ Zur Deutschlandpolitik vgl. Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion, S. 38 f.

⁴² Keine Flüchtlinge – Resultat der Misere in der DDR – sollten als „Propagandisten“ gegen das sozialistische Lager auftreten können, so Herrstadt. Notizen aus der Sitzung vom 6. 6. 1953, zitiert nach: Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 671.

⁴³ In der Besprechung vom 3. und 4. 6. 1953, vgl. handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 33–38.

⁴⁴ Handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls vom 3. 6. 1953, in: Ebenda, Bl. 35.

⁴⁵ Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, S. 74.

von Entscheidungen seit dem Herbst 1952; Anm. d. Verf.] davon aus, daß seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben (...).⁴⁶ Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben.⁴⁷

Mit dieser Erklärung hatte das System die Grundlagen seiner Autorität schwer geschädigt. Hatten schon die Bestimmungen und Verordnungen der SED schwere Bedrängnisse für die Bevölkerung verursacht und eine ernste Gefahr für die politische Stabilität heraufbeschworen, so war der – wenn jemals vorhandene – minimale Kredit bei den Menschen aufgezehrt. Die im Ton um Verharmlosung⁴⁸ bemühte Erklärung, die prekäre Lage sei das Ergebnis von Irrtümern und Fehlern, die nun korrigiert würden, kostete das Regime den letzten Rest von Glaubwürdigkeit.

Die SED-Führung – besonders Ulbricht – ahnte wohl, welche Gefahren drohten. Ulbricht beauftragte deshalb Anfang Juni 1953 (6.6.) den Sektor Information der Abteilung Leitende Organe unter Karl Schirdewan, wahrheitsgetreue und unge-schönte Informationen über die Lage im Lande von allen Bezirks- und Kreisleitungen der SED anzufordern⁴⁹. Schon in den nächsten Tagen, 11. bis 12. Juni 1953, wurde in der Vielzahl der z.T. in immer knapperen Zeitabständen eingehenden Nachrichten deutlich, daß sich das Land in ungeheurer Gärung und in heller Opposition gegen die Regierung und das SED-Regime befand, daß es an allen Ecken und Enden brannte und es nur noch eines geringen bedurfte, um eine große Explosion herbeizuführen.

Für den weiteren Gang der Dinge war es wichtig, daß vor allem die Parteigenossen und der ganze Apparat einschließlich Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und Polizei, Blockparteien und Massenorganisationen verunsichert und wie gelähmt waren. „Und jetzt soll das alles falsch gewesen sein? Das erschien mir gestern und bis zum heutigen Tag unfassbar. Man weigert sich, das zu glauben“, hatte der Berliner Oberbürgermeister Ebert die geforderte Schwenkung der SED-Politik gekennzeichnet⁵⁰. Auch viele andere Parteigenossen wollten die Nachricht nicht diskutieren, weil man sie für eine Falschmeldung des RIAS hielt. Der Tod Piecks, Ulbrichts oder nachhaltige Diffe-

⁴⁶ Genannt werden Lebensmittelkartenversorgung, Beschlagnahme der Höfe vertriebener Bauern, Methoden der Steuererhebung als Beispiele.

⁴⁷ Zitiert nach: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der Sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1953, Dok. Nr. 18.

⁴⁸ Vgl. Semjonow, „Rückzug ohne Panik“ vom 6. 6. 1953 und Oelfner, „nicht schreien“ vom 6. 6. 1953, in: Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 669 f.

⁴⁹ „Anweisung des Generalsekretärs an den 1. Sekretär zur straffen Organisation der Information“ vom 6. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/2; Abteilung Leitende Organe, „Betrifft: Anweisung des Generalsekretärs an die 1. Sekretäre zur straffen Organisation der Information“, Berlin vom 6. 6. 1953, gez. Schirdewan, in: Ebenda, Bl. 155 f. Dazu der Bestand im IfGA.ZPA. IV 2/5/Bd. 524 beginnend am 10. 6. 1953 und die folgenden Aktenbände; die vervielfältigten Meldungen befinden sich z. T. auch im Nachlaß Grotewohl, in: Ebenda, NL 90/437. Im Kontrast dazu die gängigen Ergebnissadressen, in: Ebenda, IV 2/5/545.

⁵⁰ Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 675.

renzen in der SED-Führung schienen – wie schnell verbreitete Gerüchte wissen wollten – eine Erklärung für die Kursänderung zu geben. Halbwegs einleuchtende Parolen und Argumente standen den Funktionären der Partei nicht zur Verfügung⁵¹, es sei denn, man läßt die hilflose Aussage, die Verlautbarungen des Politbüros, des ZK und der Regierung seien richtig, weil sie von dort kämen, das ZK habe immer recht, als solche gelten. Die Parteimitglieder, die Funktionäre der Blockparteien und die Angehörigen der Massenorganisationen duckten weg. Noch am ehesten waren nicht mit dem System verbundene Menschen – bei aller Skepsis, ob die Nachricht verlässlich, die Absicht echt und dauerhaft war – bereit, die in Aussicht gestellten Verbesserungen positiv aufzunehmen⁵².

Die Spannung im ganzen Land wuchs in den Tagen, die der Ankündigung des Kurswechsels folgten, weil die Durchführungsbestimmungen für viele verkündete Verbesserungen nicht vorlagen und weil nicht klar war, ob bestimmte, als sehr drückend empfundene Maßnahmen rückgängig gemacht würden. Proteste über wirtschaftliche Nöte als Ausdruck politischen Unmuts waren an der Tagesordnung, etwa Arbeitsverweigerungen, das Unterlaufen der landwirtschaftlichen Ablieferungspflicht und spontane Streiks in großen Industriebetrieben, aber auch in kleineren Mittelbetrieben schon bei geringfügigen Anlässen. Ein deutliches, republikweit erkennbares Signal setzte der Streik der Bauarbeiter in Berlin, die, angeführt von ihrer Betriebs-Gewerkschafts-Leitung, seit dem 15. Juni 1953 von Ministerpräsident Grotewohl geklärt haben wollten, ob die Regierung die sie hart treffende Normenerhöhung zurücknehmen werde. Mit einer dem Ansatz nach politischen Begründung der Forderung und einer Fristsetzung sollte die Regierung auf ihre Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit als Arbeiterregierung getestet werden⁵³. Die Forderung der Bauarbeiter nach Aussetzung der Normenerhöhung traf insofern eine Schwachstelle, als diese Forderung nicht im Katalog des sowjetischen Memorandums von Anfang Juni vorkam und die SED-Führung nach

⁵¹ Z. B. Eingabe der Betriebsorganisation der Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur am 12. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/529.

⁵² Schadenfreude, Unverständnis, Mißtrauen, Abwarten kennzeichneten zunächst eine Haltung, die auf dem Lande schnell bei Freudenfeiern offene Feindschaft gegen das System sichtbar werden ließ (z. B. Kreisleitung Brandenburg/Havel an ZK am 12. 6. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 2), sich in den Industriebetrieben in spontanen Einzelstreiks äußerte und seit dem 12. 6. 1953 immer stärker in heftigeren Diskussionen um die Normenerhöhung dokumentierte; vgl. Tagesbericht Nr. IV. vom 12. 6., Karl Schirdewan, Abteilung Leitende Organe, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/524, Bl. 15–21.

⁵³ Eingabe der Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Industriebau, Baustelle: Bettenhaus-Friedrichshain an den Ministerpräsidenten Grotewohl am 15. 6. 1953, in: Ebenda, NL 90/437, Bl. 8. Die Urteilsbegründungen der harten Urteile gegen die Überbringer der Arbeiterforderung in das Büro des Ministerpräsidenten (ergangen am 26. 5. 1954) machen die Zusammenhänge recht deutlich; vgl. Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands, zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß freier Juristen, Teil II. 1952–1954, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1955, S. 128f. Im Unterschied dazu die Arbeitsniederlegungen etwa am 3. 6. und 8. 6. in insgesamt etwa 25 Betrieben. Berichte im Nachlaß Rau, in: IfGA.ZPA. NL 62/91.

den Notizen Grotewohls noch in der Sitzung der Politbüros vom 13. Juni 1953 der Ansicht war: „Normerhöhung, Prod.erhöhung, Sparsamkeit waren keine Fehler, man muß sie behalten und begründen.“⁵⁴

Der Demonstrationzug zu den Regierungsgebäuden, der sich am Morgen des 16. Juni formierte und von Rufen wie „Nieder mit der Arbeiterregierung“ begleitet war – wie Grotewohl noch vor dem Eintreffen der Demonstranten vor der Regierungszentrale berichtet wurde⁵⁵ –, löste am nächsten Tag, dem 17. Juni, offenen, nur an einzelnen Stellen ansatzweise organisierten Aufruhr aus. An vielen Orten kam es zu Demonstrationen, zur Erstürmung von SED- und Regierungsgebäuden und zu Gefangenenerbefreiungen. In diesen Aktionen zeigte sich die politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land. Schwerpunkte waren – neben Berlin – Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen⁵⁶. Dort, wo der offene Aufruhr ausblieb, gab es z. T. andere Formen massiven Protestes, wie Abreißen von Plakaten und Verweigerung von Arbeitsaufnahmen. Das Ziel war von Anfang an politisch: Sturz der Regierung, freie Wahlen und Wiedervereinigung. Sie sollten auch die Erfüllung der materiellen Forderungen, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, gewährleisten⁵⁷.

Die DDR-Führung hat den Charakter des Aufstandes, wie sich aus den Aufzeichnungen Grotewohls ergibt, schon am 16. Juni 1953 durchaus richtig erkannt⁵⁸. Obgleich jedoch Vorkehrungen in beachtlichem Umfang getroffen worden waren, u. a. die

⁵⁴ Handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls zur Sitzung des Politbüros am 13. 6. 1953, zweiter Abschnitt, Nr. 5, im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 79.

⁵⁵ Notiz für Genossen Grotewohl vom 16. 6. 1953, in: Ebenda, NL 90/437, Bl. 10.

⁵⁶ An über 370 Orten von insgesamt 5585 Gemeinden und Städten gab es offene Demonstrationen. Auflistung bei Torsten Diedrich, *Der 17. Juni 1953 in der DDR*, Berlin 1991, S. 289f., Anhang 5. Siehe auch „Meldung von tatsächlichen Übergriffen und deren Folgen in Gross-Berlin und in den Bezirken der Republik“ (Alle Vorkommnisse am 17. 6.), in: IfGA.ZPA. IV 2/5/530, Bl. 19–25; Abteilung Leitende Organe, 18. 6., 7 Uhr. „Zusammenfassende Information und Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen, die die Berichte in der Nacht vom 17. zum 18. 6. 1953 ergeben“, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/530, Bl. 27–41.

⁵⁷ Die Forderung nach Sturz der Regierung, „freien“ Wahlen und Wiedervereinigung sind in nahezu allen Eingaben, sofern sie nicht durch Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre „entschärft“ wurden, an vorderster Stelle aufgeführt, so z. B. Eingabe der Angestellten der Sparkasse Halberstadt 1. Fassung vom 19. 6. und 2. Fassung vom 20. 6. mit 33 Unterschriften im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 117ff. Eingabe des Betriebes EFEM, SAG Kabel vom 17. 6. 1953, unterschrieben von der Betriebsgewerkschaftsleitung mit dem Ergebnis der Abstimmung: 360 Ja-Stimmen gegen 1 Nein und 1 Enthaltung, in: Ebenda, Bl. 41. Eingabe der Betriebsgewerkschaftsleitung Werk I Fortschritt, Neustadt vom 20. 6., in: Ebenda, Bl. 187. Wie die Parteifunktionäre versuchten, die politischen Forderungen aus den Resolutionen zu entfernen, berichtet Weinberger aus Rostock. Vgl. Bericht vom 22. 6. 1953, in: Ebenda, Bl. 155–160. Dazu auch Arnim Mitter und Heidi Roth für Leipzig sowie Nadja Stulz-Herrnstadt, in: *Das Herrnstadt-Dokument*, S. 12.

⁵⁸ Sie rechnete am Abend des 16. 6. mit einem gewaltsamen Umsturzversuch – Tag X.; handschriftliche Notizen in den Aufzeichnungen Grotewohls zum 16. 6., abends: „Ziel Sturz Politbüro“ und „Vertrauen Z.-K. (und) Volkskammer“ (Dieckmann) im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 11.

Entsendung von je zwei Vertrauten des Politbüros in alle Bezirke der DDR⁵⁹, die Bereitstellung von Diskussionsteams der SED für die Demonstrationen in Berlin, Vorbereitungen für einen massiven Einsatz der Volkspolizei, der KVP⁶⁰ und der Staatssicherheit, blieb die Staatsführung am 17. Juni 1953 und auch noch an den folgenden Tagen relativ machtlos. Es dauerte bis zum 21. Juni, ehe die Streiks beendet werden konnten⁶¹, bis weit in den Juli, gar in den August hinein, bis die Unruhe, der die SED zunächst wie gelähmt zugesehen hatte, sich gelegt hatte. Grotewohl erkannte am 25. Juni 1953⁶², als die SED der ersten Revolutionswelle mit äußerster Gewalt⁶³ Herr geworden zu sein schien, das ganze Ausmaß der Ablehnung des Regimes, das sich im Volksaufstand gezeigt hatte, und notierte: „Republikflucht – Völliger Bruch – [mit der] Partei/[der] Arbeiterkl. bis zur Feindseligkeit; nur auf diesem Boden konnte Tag X [gemeint ist der Aufstand; Anm. d. Verf.] entwickelt werden. Im Mittelpunkt stehen nicht ökonomische Fragen, sondern die Frage der Partei-Arbeiterklasse.“

Der Einsatz der sowjetischen Truppen⁶⁴ und die Haltung des Westens, der – einschließlich der Bundesregierung und der westdeutschen Parteien⁶⁵ – gerade das nicht

⁵⁹ In Berlin blieben Grotewohl, Ulbricht, Oberbürgermeister Ebert, der SED-Bezirkssekretär Jendretzky und der für das „Neue Deutschland“ zuständige Herrstadt zurück. Vgl. ebenda, Bl. 12; Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, S. 82.

⁶⁰ Zur Beurteilung der geringen Einsatzfähigkeit der Kasernierten Volkspolizei (KVP) u. a. Bericht der Bereitschaft der KVP in Halle, Stalin-Allee, vom 5. 2. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/449; Diedrich, Der 17. Juni.

⁶¹ Der Bericht der Abteilung Leitende Organe nennt 371 Orte, an denen es in der Zeit vom 17. bis 22. 6. 1953 Unruhen gegeben hat, er nennt zehn, an denen die Unruhen nach dem 22. 6. 1953 noch andauerten. Vgl. Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 275–296.

⁶² Handschriftliche Notiz Grotewohls, in: Ebenda, NL 90/699.

⁶³ 9536 Personen verhaftet, davon 4491 wieder entlassen, 1268 den Gerichten, 319 an die Kommandantur überstellt; der Gesamtbestand an Gefangenen betrug am 27. 6. 1953 63 194; von den 1327 gewaltsam befreiten Gefängnisinsassen wurden bis zum 22. 6. 1953 wieder 1060 gefaßt. 1291 Personen wurden bis zu diesem Datum als Provokateure in Dienststellen des Strafvollzugs eingeliefert. Vgl. Aufstellung zum 27. 6. 1953, in: Ebenda.

⁶⁴ U. a. Verkündigung des Ausnahmezustandes für Berlin und in 167 von 217 Stadt- und Landkreisen der DDR. Die zentrale Leitung lag in den Händen Marschall Gretschkows und des Hohen Kommissars Semjonow und war schon am Abend des 16. 6. vorgesehen, ebenso der Einsatz sowjetischer Truppen, die allerdings zunächst weniger sichtbar bleiben und vorzugsweise Objektschutz übernehmen sollten. Vgl. Handschriftliche Notizen Grotewohls, in: Ebenda, NL 90/437, Bl. 11. Für künftige Fälle wollte Grotewohl auf sowjetische Hilfe verzichten, vgl. ebenda, NL 90/449, Bl. 101. Pieck dachte 1953 offenbar an die Beschränkung der Übergänge nach Westberlin auf zehn Kontrollstellen; vgl. Handschriftliche Notiz zu 1953 im Nachlaß Pieck, in: IfGA.ZPA. NL 36/739.

⁶⁵ Vgl. Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952–1954, vol. VII, Part 2, Washington 1986, Policy of the United States to the German Democratic Republic, Dokumente No. 711–742, S. 1579–1639. Für die Haltung der Bundesregierung und der Parteien sind die Erklärungen des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, vom 17. 6. 1953 und die Regierungserklärung Adenauers vor dem Bundestag vom 17. 6. 1953 kennzeichnend; vgl. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, hrsg. vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, Dok. Nr. 109, 110. Die vom Westen her organisierten Widerstandsgruppen hatten ihre Aktivitäten schon 1953 erheblich eingeschränkt. Kai-Uwe Merz, Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Un-

wollte, was das SED-Regime ihm anlastete, nämlich die Befreiung des in der Gewalt der Sowjetunion befindlichen Teiles Deutschlands auch auf Kosten eines Krieges, rettete das SED-Regime. Der Bevölkerung wurde klar, daß die Erwartung, das nach eigenem Eingeständnis ineffektive SED-Regime beseitigen zu können, ohne daß die Sowjetunion eingreifen würde, irrig war⁶⁶. Daß mit dem Aufstand „die letzte und größte Chance“ für eine Wiedervereinigung verspielt wurde, wird gelegentlich behauptet, bleibt aber unbewiesen⁶⁷.

III. Die Haltung der Blockparteien in den Juni-Ereignissen

Welche Stimmung in der „Leitung der Blockparteien“ zu beobachten sei und „welche Perspektiven sie sich stellen“, war für das ZK der SED nach dem Beginn der Unruhen, wie die Bemühungen der Informationsstelle der Abteilung Leitende Organe seit dem 12. Juni erkennen lassen, eine wichtige Frage⁶⁸. Darüber hinaus wollte man wissen, welche Rolle die Funktionäre und Mitglieder der bürgerlichen Parteien bei Demonstrationen und Zusammenrottungen in den Regionen spielten. Die Auskünfte der SED-Bezirks- und Kreisleitungen blieben insgesamt relativ mager, fehlten doch häufig genauere Kenntnisse über die internen Vorgänge in diesen Parteien. Deshalb reproduzierte man gerne vorgefaßte Meinungen und berichtete über Einzelfälle⁶⁹. Zugleich verstärkte das ZK die direkte Einflußnahme auf die „fortschrittlichen“ Kräfte in den Parteileitungen. Dies galt besonders für die CDU, die – im Unterschied zu der von starken Auflösungserscheinungen gezeichneten LDP – zu einer geschlossenen politischen Stellungnahme fähig zu sein schien. Die Besprechungen der Abteilungsleitung der Abteilung Befreundete Organisationen mit CDU-Generalsekretär Götting⁷⁰ bzw. – in seiner Vertretung – mit Fischer, Seifrin und Dr. Toeplitz vom CDU-Parteivorstand gewannen den Charakter von Berichterstattung von Seiten der CDU und Befehlsaus-

menschlichkeit 1948–1959, München 1987, S. 189–194; Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD, München 1991, S. 92–98. Besondere Operationen der Geheimdienste sind nicht erkennbar. Beatrice Heuser, Subversive Operationen im Dienst der „Roll-back“-Politik 1948–1953, in: VfZ 37 (1989), S. 279–297.

⁶⁶ Zum sowjetischen Truppeneinsatz: „War das notwendig? Das ist doch eine deutsche Angelegenheit.“ Abteilung Leitende Organe, „Zusammenfassende Information und Schlußfolgerung aus Erfahrungen, die die Berichte in der Nacht vom 17. zum 18. 6. ergeben“, Berlin, vom 18. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/530, Bl. 27. Übergriffe gegen sowjetische Truppen wurden von der SED überbetont und, wie das bei allen Zerstörungen der Fall war, als Handlungen von Rowdys und Provokateuren übertrieben dargestellt, um Abscheu, Distanzierung gegenüber den Vorgängen und Solidarität mit den „Ordnungsorganen“ zu erzeugen.

⁶⁷ Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion, S. 39.

⁶⁸ Mehrfach unter dem 12. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/524, Bl. 22; eingehender Fragenkatalog vom 20. 6., in: Ebenda, IV 2/5/530, Bl. 123.

⁶⁹ Berichte, in: Ebenda, IV 2/5/547, 549 sowie in IV 2/15/17 f.

⁷⁰ Gerald Götting, * 1923, Philologe, wurde schon 1949 26-jährig Generalsekretär der CDU und hatte seitdem maßgeblichen Einfluß auf die Führung der Ost-CDU.

gabe durch das ZK; sie häuften sich von Ende August bis Anfang Oktober⁷¹. Die CDU legte – z. T. über die bisherige Praxis der Berichterstattung hinausgehend – Protokolle der Dienstbesprechungen des Präsidiums und des Sekretariats des Hauptvorstandes vor, übermittelte die internen Berichte über Funktionärskonferenzen und Vorlagen für Sitzungen des Politischen Ausschusses des Parteivorstandes⁷².

Aus den Unterlagen der SED und den Akten der CDU und der LDP läßt sich Näheres über die Haltung der Blockparteien – ihrer Mitglieder, ihrer Funktionäre und der Vorstände – herausfinden. Die Beteiligung der Mitglieder der Blockparteien an den Protesten, der Abwehr der Unruhen und ihr bloßes In-Mitleidenschaft-Gezogen-Sein läßt sich nicht generell bestimmen und vor allem kaum quantifizieren. Sicher ist aber: Bei den Massendemonstrationen in den Städten hatten die Blockparteien keinen nennenswerten Anteil⁷³. Das hängt mit ihrer vergleichsweise geringen zahlenmäßigen Stärke zusammen. Die CDU hatte im Juni 1953 mit 139 000 Mitgliedern gerade 11 % der Stärke der SED, die LDP mit 119 000 nur 9,6 %⁷⁴. Die CDU war nur in 42 % der Städte und Gemeinden der DDR vertreten, vorzugsweise auf dem Lande, gehörten doch 70 % ihrer Mitglieder der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) an. Die LDP war ebenfalls nur regional verankert; allerdings lagen ihre Schwerpunkte in Städten, etwa in Halle, Magdeburg, Leipzig, Erfurt, Dresden und Karl-Marx-Stadt; 72 % aller Mitglieder kamen aus diesen Bezirken. Die mitgliederschwächsten Verbände hatten beide Parteien in Ost-Berlin⁷⁵.

Wichtig ist darüber hinaus, daß für breite Schichten weniger die spontane Beteiligung an Streiks kennzeichnend war als abwartendes Zurückhalten⁷⁶. Die Menschen schwankten, wollten sich vor allem nicht exponieren, weder als Aufrührer gegen den SED-Staat noch als dessen Verteidiger. Dieses Zögern und Abwarten wurde von den Parteileitungen als Beweis für die „innere“ Nichtbeteiligung ihrer Anhänger am 17. Juni

⁷¹ Aktennotizen zu 14 Gesprächen aus dieser Zeit, in: ZK Abteilung Befreundete Organisationen, „Aktennotizen über Besprechungen der Abteilungsleitung und Vertreter der CDU“, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

⁷² In: Ebenda, IV 2/15/37 ff. Ferner Berichte und Einschätzungen zu Kreis- und Deputiertenkonferenzen, in: Ebenda, IV 2/15/39. Zusammenfassende Einschätzung: „Die Haltung der Vorstände, Funktionäre und Mitglieder der Parteien und Geistlichen – Aktionen und die jetzige Lage in den Blockparteien“ vom 27. 6. 1953, in Ebenda, IV 2/15/3.

⁷³ Z. B. SED-Kreisleitung Niesky an die Bezirksleitung der SED Dresden vom 20. 6. 1953: „Betr. Analyse über die Entstehung, den Ausbruch und die Entwicklung des Abenteuers in Niesky und Kreisgebiet“, in: Ebenda, IV 2/5/535, Bl. 66; SED-Bez.Vors. Cottbus, Bericht vom 10. 9. 1953, in: Ebenda, IV 2/15/17.

⁷⁴ Die SED hatte am 30. 6. 1953 1 128 427 Mitglieder und 100 937 Kandidaten, insgesamt also 1 231 364. Statistische Aufstellung in: Ebenda, IV 2/5/1372.

⁷⁵ Die CDU 1587 Mitglieder, die LDP 1070 Mitglieder.

⁷⁶ „Mitglieder der CDU haben (...) bisher nicht als Provokateure entlarvt werden können und sind während der Zeit wenig in Erscheinung getreten“, vgl. SED-Bezirke Berlin/Potsdam „Bericht über die Lage in den Blockparteien“ vom 24. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/549, Bl. 40. „Die Mitglieder der LDP nehmen ebenfalls eine abwartende Haltung ein“, in: Ebenda, Bl. 41. Telefonische Durchsage SED-Bezirk Frankfurt/Oder, „Bericht über die Stimmung der Blockparteien“, in: Ebenda, Bl. 151 ff.

interpretiert. Doch die Funktionäre der mittleren Ebene waren anderer Ansicht. Diese Zurückhaltung sei nicht Ausdruck von Regimetreue, meinte am 9. Juli 1953 der LDP-Bezirkssekretär aus Potsdam; die geringe Beteiligung von LDP-Freunden habe mit deren Bequemlichkeit zu tun⁷⁷. Daneben gab es aber auch Beispiele für Beteiligungen an Streiks und Aufruhr, die freilich von den Parteizentralen in ihren Meldungen durch Hinweise auf entschiedenen Widerstand gegenüber Aufrührern entkräftet wurden⁷⁸.

Auch die SED-Bezirkssekretäre nannten nur Einzelfälle⁷⁹. Sie gaben häufig Vorkommnisse auf dem Lande wieder. In der Gemeinde Kollm⁸⁰ etwa war der Führer der CDU-Ortsgruppe der Anführer der Opposition. Über CDU-Mitglieder in einer Zuckerfabrik in Wismar heißt es in einem Bericht der Bezirksleitung Rostock: „Diese Leute nahmen offen Partei für den Streik und für Adenauer. Eine Reihe von Meldungen von aggressiven Stellungnahmen der Mitglieder der CDU gegen unsere Genossen liegt uns vor.“⁸¹ In einer Gemeinde von 220 Einwohnern im Kreis Görlitz-Land wurde der SED-Bürgermeister im Einverständnis mit den Ortsvorsitzenden der CDU, der LDP und eines spontan gebildeten SPD-Ortsverbandes durch den örtlichen CDU-Vorsitzenden ersetzt⁸². In der Gemeinde Meschwitz, Kreis Bautzen, entfernte der CDU-Ortsvorsitzende sämtliche Losungen und Bilder im Gebäude des Gemeinderates⁸³. Aus Halle-Stadt hingegen wurde „vorbildliches“ Verhalten der CDU-Funktionäre, deren Zeitung⁸⁴ etwa den Streikaufruf der Demonstranten nicht druckte, berichtet, während bei der SED alles durcheinander gegangen sein soll⁸⁵. Der CDU-Kreissekretär in Grimma bewährte sich nach SED-Aussagen als „fortschrittlicher Mensch“⁸⁶. Von SED-Funktionären⁸⁷ wie auch von Angehörigen der DBD und der NDP war ähnliches zu melden.

⁷⁷ Vgl. CDU-Bez. Sekr. Mucker, Potsdam, Protokoll der Sitzung der Bezirkssekretäre mit der Parteileitung vom 9. 7. 1953, in: ADL D VI 20062 a.

⁷⁸ So der Politische Ausschuss des CDU-Vorstandes, in: ACDP VII 013 A 1743, S. 3, oder die Analyse des LDP-Generalsekretärs, in: ADL D XIX b 2111 a 3 fg.; Bericht des Bezirks Potsdam der LDP vom 23. 6., in: Ebenda, D XVIII 23 532 e, S. 3.

⁷⁹ Bericht des Sekretariats der SED-Kreisleitung Niesky an die Bezirksleitung der SED Dresden vom 20. 6. 1953 über „Analyse über Entstehung, den Ausbruch und die Entwicklung des faschistischen Abenteuers in Niesky und Kreisgebiet“, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/535, Bl. 60–66. Durchsage SED-Bezirk Frankfurt/Oder vom 20. 6., in: Ebenda, IV 2/5/549, Bl. 41, Bl. 151 ff.

⁸⁰ In Kollm war der Rädelsführer Bäckermeister Diener Mitglied der CDU; vgl. ebenda, Bl. 66.

⁸¹ Bericht der Bezirksleitung der SED Rostock vom 23. 6., 20.05 Uhr, in: Ebenda, IV 2/15/17.

⁸² Bericht des Sekretariats der SED-Kreisleitung Niesky an Bezirksleitung der SED Dresden, in: Ebenda, IV 2/5/535, Bl. 66.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Genannt wird der „Kreuz-Verlag“. Politischer Ausschuss der CDU-Parteileitung, „Einige Feststellungen“ vom 18. 6. 1953, Punkt 3, in: ACDP VII 012 A 3014.

⁸⁵ Informationsberichte über die Ereignisse am 17. Juni, hier: Bericht Halle, in: Ebenda, VII 013 A 1728.

⁸⁶ Durchsage des SED-Bezirks Leipzig, Genosse Wittig, vom 18. 6. 1953, 2.55 Uhr, Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 70.

⁸⁷ U.a. Bericht des Sekretariats der SED-Kreisleitung Niesky an Bezirksleitung der SED Dresden, in: Ebenda, IV 2/5/535. Der aufgrund seines Verhaltens beim Streik gemäßregelte Abgesandte des Politbüros in Rostock, Weinberger, gibt ein Beispiel für die Zurückhaltung von SED-Mitgliedern. Er wundert sich, daß in den Werken, in denen er zur Eindämmung der Streiks tätig wird, die Betriebspar-

Über das Verhalten der Mitglieder der Blockparteien am 17. Juni waren letztlich keine verlässlichen und vor allem auch keine parteispezifischen Aussagen möglich. Es gab einerseits genügend Beispiele für Wohlverhalten im Sinne der SED, andererseits ließen sich viele Vorgänge für „mangelnde Verlässlichkeit“ anführen⁸⁸.

Nun kann man freilich das Verhalten von Einzelpersonen oder der Masse der Mitglieder nicht, wie dies in den Interpretationen der Parteien geschah, zum Maßstab für die Beurteilung der Parteien nehmen. Was dachten die Menschen, und vor allem wie standen die *Funktionäre* zu ihren Parteien und zur DDR? Die Funktionärskonferenzen der Parteien und die Berichte der Funktionäre an die Vorstände geben darüber einige Auskünfte. Sie machen deutlich, daß Aufsässigkeit und zögernde Zurückhaltung, die nur mit Einschränkung als „innere“ Nichtbeteiligung an den Unruhen zu deuten waren, z. T. bis in die Parteivorstände reichten und weit über den 17. Juni hinaus bis in den Spätsommer anhielten. Am 30. Juli 1953 berichtete beispielsweise der Assistent des CDU-Generalsekretärs Götting der Abteilungsleitung Befreundete Organisationen des ZK über die Lage in der CDU, „daß sich die fortschrittlichen Kräfte noch weiterhin in der Defensive befinden“⁸⁹.

Als der CDU-Vorsitzende Nuschke und der Generalsekretär der CDU Götting in der Sitzung des Hauptvorstandes am 26. Juni 1953 die Politik der SED bei mäßiger Kritik zu rechtfertigen suchten und zugleich auch den Mitgliedern dankten, „die sich in den Tagen der Erschütterung und Verwirrung Besonnenheit bewahrt haben, sich in ihrem Vertrauen zu unserer Partei und zur DDR nicht haben beirren lassen“, stießen sie auf Unverständnis. In einem Bericht des MfS hieß es dazu, „daß fast alle einberufenen Funktionäre der CDU mit den Stellungnahmen ihres Vorsitzenden und ihres Generalsekretärs nicht einverstanden waren“⁹⁰. Vom 29. Juni bis zum 18. Juli 1953 sprach Götting mit Kreissekretären und Kreisvorsitzenden in zwölf der insgesamt 14 Bezirke. Ziel der Besprechungen war es, die Diskussionen um Neuwahlen in der DDR und die Forderungen nach Rücktritt des Vorsitzenden bzw. Generalsekretärs

teorganisationen der SED „überhaupt nicht in Erscheinung treten“, obwohl unter den 4000 Mitgliedern der streikenden Warnow-Werft rd. 1000 Parteimitglieder seien; vgl. Bericht Weinberger vom 2.6. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: Ebenda, NL 90/437, Bl. 155–160, hier: Bl. 156.

⁸⁸ Politischer Ausschuß der CDU, „Einige Feststellungen“ vom 18. 6. 1953, Punkt 3 und 4, in: ACDP VII 012 A 3014. Gegen die Diffamierung der LDP wendet sich der Volkskammerpräsident Dieckmann in einem Brief an Dr. Loch vom 9. 7. 1953, in: ADL 18563 a: „Unter den aktiven Teilnehmern der Unruhen vom 17. Juni an vielen Orten unserer Republik [sind] einzelne Mitglieder jeder Blockpartei festzustellen (...). Die Mitglieder der LDP haben die Bewährungsprobe des 17. Juni im allgemeinen nicht schlechter, sondern vielfach besser als manche andere Partei bestanden.“

⁸⁹ Aktennotiz zu einer Besprechung der Abteilungsleitung der ZK Abteilung Befreundete Organisationen mit Herrn Fischer (CDU-Vorstand) sowie die spätere Notiz über ein Gespräch mit Götting, in: HfGA.ZPA. IV 2/15/6. Am 7. 7. 1953 schreibt der Bez. Vors. der CDU in Sachsen, Max Schmidt, an Generalsekretär Götting, „wir müssen uns im klaren darüber sein, daß die Spannungen auch heute bei weitem noch nicht überwunden sind und daß wir noch mit allerhand Überraschungen in diesem Sommer rechnen müssen“; in: ACDP VII 012 A 3014.

⁹⁰ Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953, S. 40. Das Protokoll in den CDU-Akten geht darauf nur andeutungsweise ein; in: ACDP VII 013 A 1728.

der CDU „in den Kreisverbänden zu zerschlagen“⁹¹. Alles das, was hier an massiver Kritik an der SED und auch an der CDU von den eigenen Funktionären vorgetragen wurde und z. T. geradezu mit der Absicht verbunden war, mit dem System und ihrer eigenen Partei abzurechnen⁹², entsprang keineswegs nur vorübergehendem Unmut. Das zeigen die 177 Kreisfunktionärsversammlungen, die die CDU mit insgesamt 4032 Funktionären und 46 Referenten in der Zeit vom 22. August bis zum 5. September 1953 – also zwei Monate nach dem Höhepunkt der Massendemonstrationen des 17. Juni – durchführte. Immer noch waren die Funktionäre aufgewühlt⁹³. Einer der beiden zusammenfassenden Berichte nannte die Teilnahme mäßig, das Interesse mangelhaft, die Stimmung sehr unterschiedlich, der „überwiegende Teil nimmt eine, wenn auch nicht eine direkt negative, so doch zumindest (...) kritische Haltung“ ein. Die Diskussionen werden als sehr kritisch beschrieben. Die aus einer anderen Feder stammende kurze Information über dieselben Veranstaltungen sprach von „zurückhaltenden, stumpfen oder kritischen, kampflustigen Versammlungsgemeinschaften“⁹⁴.

Besonders stürmisch ging es in Aschersleben und Haldensleben zu. In Aschersleben wurde die Kritik an der Regierung so weit getrieben, daß sich der Referent genötigt sah, den Kreisuntersuchungsausschuß mit der Überprüfung von sechs Diskussionsteilnehmern zu beauftragen. „Es wurden Auffassungen vertreten wie zum Beispiel: Die Rechtswahl [in der Bundesrepublik; Anm. d. Verf.] zeige die Aufgeschlossenheit der westdeutschen Wähler – man hätte die Einheit Deutschlands am 18. Juni haben können – Adenauer wolle keinen Krieg“, so berichtete Sefrin vom CDU-Vorstand der zuständigen Abteilung des ZK der SED⁹⁵. Von der CDU-Konferenz des Kreises Haldensleben⁹⁶ meldete der Referent, daß er „selten solche haßerfüllten Reden gegen die SED gehört habe“ und man über die deutsch-sowjetische Freundschaft nur lächle⁹⁷. „Die

⁹¹ „Bericht über die Besprechungen mit Kreissekretären und Kreisvorsitzenden in den Bezirkssekretariaten der CDU“, o. D., S. 1., in: ACDP VII 013 A 1743; vgl. Fahl, „Situationsbericht aus den Kreisverbänden“ vom 17. 7. 1953, und Aktennotiz Fahl für Götting vom 23. 7. 1953 „Bericht aus den Kreisverbänden“, in: Ebenda. „Bericht über die vom 2. 8.–5. 9. 1953 durchgeführten Kreisfunktionärsversammlungen unter Zugrundelegung der Referenten-Berichte“, in: Ebenda.

⁹² Bericht über die Funktionärskonferenz des Bezirksverbandes Suhl der CDU mit dem Generalsekretär am 11. 7. 1953, in: Ebenda, VII 013 A 1713.

⁹³ Zwischendurch gab es weitere Funktionärskonferenzen, bei denen Mitglieder des CDU-Vorstandes sprachen: am 23. 7. 1953 in Brandenburg – Fahl, am 24. und 25. 7. 1953 in Wittenberg und Bitterfeld – Kotulla und Fahl. Zur Ortsgruppe Pretsch und Bad Schmiedeberg wird berichtet: Die Diskussion der 22 Funktionäre zeigt, daß „die anwesenden Funktionäre der Ortsgruppen in der Absicht hierher gekommen waren, der Parteileitung eine vernichtende Kritik zu geben“, in: ACDP VII 013 A 1743.

⁹⁴ „Bericht über Kreisfunktionärsversammlungen, 22. 8.–5. 9. 1953“, in: Ebenda, VII 013 A 1214. Fünf Kreisverbände werden namentlich erwähnt: Bad Doberan, Neubrandenburg, Niesky, Werdau und Haldensleben.

⁹⁵ Mündlicher Bericht Sefrins vom CDU-Vorstand an die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK am 12. 9., Aktennotiz, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

⁹⁶ Bericht Fischer, CDU-Vorstand, an die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK am 26. 9. 1953, Aktennotiz, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

⁹⁷ Die Einstellung zur Sowjetunion nannte der Generalsekretär einen Gradmesser für die Ehrlichkeit der politischen Haltung eines jeden christlichen Demokraten; vgl. Pressemitteilung vom 21. 1. 1953,

gesamte Diskussion verlief in ironischen und zynischen Feststellungen und erhält das rechte Licht dadurch, daß man sich nicht ungern des Liedes ‚Deutschland über alles‘ erinnerte und während des Aufbruchs vorschlug, nur die 3. Strophe [d. h. die seit 1952 offizielle Hymne der Bundesrepublik; Anm. d. Verf.] zu singen.“⁹⁸

In den Berichten der Referenten des CDU-Parteivorstandes war die – in den Einzelberichten noch viel deutlicher zutage tretende – vernichtende Kritik einiger Kreis- und Bezirksfunktionäre an der SED-Herrschaft und der mit ihr verbundenen eigenen Parteiführung erkennbar. Immer noch drang Unmut durch, der sich u. a. in den Forderungen nach freien Wahlen, nach Wiedervereinigung noch im selben Jahr, nach Rücktritt der Regierung, nach Beseitigung der Vorherrschaft der SED, nach Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und nach Herstellung von Rechtssicherheit, für deren Verletzung häufig groteske Beispiele genannt wurden, niedergeschlagen hatte. In einem Atemzuge wurde das Abtreten des eigenen Parteivorstandes und namentlich genannter einzelner Mitglieder gefordert. Der Partei wurde vorgeworfen, sie handle nicht aus christlicher Verantwortung; es sei offenkundig, daß die Parteileitung aus Ja-Sagern bestehe, die Partei ihre Selbständigkeit nicht nur durch die Annahme des Prinzips der Einheitslisten verloren habe und daß sie ohne jeden Einfluß sei. An einigen Stellen suchte man daraus Konsequenzen zu ziehen, so z. B. im Kreis Gräfenhainichen, wo ausgeschlossene CDU-Mitglieder die Gründung einer neuen Ortsgruppe vorbereiteten, die „sich ideologisch auf die Plattform der Adenauer-CDU“ stellte.⁹⁹

Die Bemühungen der CDU-Parteileitung, die Funktionäre in den Kreisen auf ihre Linie einzuschwören, hatten einen unerwarteten Effekt. Die Diskussion der Referate, die im Zusammenhang der Veranstaltung gewünscht war, brachte die immer noch herrschende tiefe Ablehnung zutage, und zwar auch in Gegenden der DDR und in Bereichen der DDR-Gesellschaft, in denen es am 17. Juni und in den Tagen darauf weitgehend ruhig geblieben war.

Auch in der LDP gab es heftige Opposition und massenhafte Vorwürfe an die Parteileitung¹⁰⁰. Der Abstand zwischen Parteiführung und Basis war jedoch beträchtlich größer als in der CDU. Auf der erst am 5. Juli 1953 zustande gekommenen Sitzung des Zentralvorstandes¹⁰¹ hielt der Parteivorsitzende es für vorrangig, die Parteiarbeit ganz

in: SBZ von 1945 bis 1954. Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945–1954, hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 228.

⁹⁸ Bericht über Kreisfunktionärsversammlungen vom 22. 8.–5. 9. 1953, in: ACDP VII 013 A 1214.

⁹⁹ Mündliche Mitteilung Sefrins, CDU-Vorstand, an die ZK Abteilung Befreundete Organisationen, Aktennotiz vom 17. 9. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6. Auch die Ortsgruppe Freyenstein, Kreis Wittstock, ging eigene Wege; vgl. Dr. Toeplitz an Sefrin am 8. 9. 1953, in: ACDP VII 013 A 1743.

¹⁰⁰ In der Sitzung des Zentralvorstandes der LDP am 5. 7. 1953 bestritt der Vertreter aus Leipzig Manfred Gerlach, daß die Ausführungen des Vorsitzenden Dr. Loch, die Partei stehe geschlossen hinter der Regierung, zutreffend seien. Vgl. Bericht auf der LDP-Sitzung in Leipzig am 7. 7. 1953, in: Politischer Ausschuß, Analyse über die Arbeit der Partei 11. 7., in: ADL D XIX b 2111 a, S. 12.

¹⁰¹ Protokoll, in: ADL D V d 25927 a. Die Entscheidungen für die Partei traf zuvor das Parteikollegium, bestehend aus Dr. Loch, Dr. Dieckmann, Konzok, Täschner; die Unterlagen über die Besprechungen in: Ebenda, D VII d 4721.

auf die Aufhebung der Entfremdung zwischen Parteiführung und Mitgliedern zu konzentrieren. Die heftige parteiinterne Auseinandersetzung um den Aufbau des Sozialismus, die z. T. die Ursache für Parteiausschlüsse und Parteiaustritte auch von Funktionären gewesen war¹⁰², beschäftigte weiterhin die Vorstandsmitglieder¹⁰³. Die führende Rolle der SED war angefochten, der von ihr propagierte Weg zum Sozialismus wurde in Zweifel gezogen. Die Aufforderung, die Dr. Loch am 23. Juni 1953 im „Morgen“ an die Funktionäre der Partei richtete, im Sinne der Entschließung des 5. Parteitages weiterzuarbeiten und den Aufbau des Sozialismus zu unterstützen, traf auf Unverständnis¹⁰⁴, dachte doch zumindest ein Teil der Funktionäre auf Bezirksebene daran, daß ihre Partei sich angesichts des offenen Fiaskos der SED bereithalten müsse, um Verantwortung zu übernehmen – und dazu auch in der Lage sei. An das Eingeständnis der SED-Führung, Fehler gemacht zu haben, wurde die Frage geknüpft, ob das nicht direkte Rückwirkungen auf den um die Jahreswende 1952/53 verhafteten Parteivorsitzenden Dr. Hamann haben müsse, ob man ihn nicht zurückberufen oder ob man die Regierung nun nicht entlassen müsse¹⁰⁵. An massiver Kritik an der Regierung, an der Partei und am Parteivorstand fehlte es schon in den Monatsberichten an die Parteileitung nicht; noch deutlicher waren allerdings die Berichte des Mitglieds des LDP-Parteivorstandes Agsten, der im August eine Reihe von Bezirken bereiste. In ihnen wurde deutlich, daß die Parteiarbeit in einigen Kreis- und Ortsverbänden ganz ruhte, in anderen Regionen war die LDP in Auflösung begriffen¹⁰⁶. In der Stadt Potsdam, wo von den ehemals 300 Mitgliedern nur 180 übriggeblieben waren und diese nicht zur Parteiarbeit bereit waren, konnte man z. B. kaum die Mandate in Stadtbezirksversammlungen wahrnehmen¹⁰⁷.

Zusammenfassend kann zu der Haltung der Mitglieder und eines Großteils der mittleren Funktionäre der Blockparteien gesagt werden, daß es bei ihnen kaum Loya-

¹⁰² Hier genannt: Baluch aus Weida, Bez. Gera. Protokoll, in: Ebenda, D V d 25927 a.

¹⁰³ Dieckmann meinte: „Der planmäßige Aufbau des Sozialismus bedeute keinen grundsätzlich neuen Kurs, sondern eine folgerichtige Festsetzung einer Reform. Es geht um die Frage, ob Menschen liberaler Einstellung mitarbeiten dürfen und wollen.“ Siehe auch Gerlach, in: Ebenda, D XIX b 2111 a, S. 12, Politischer Ausschuß, Analyse.

¹⁰⁴ LDP-Bezirksverband Dresden – Arbeitsbericht – Protokolle, in: Ebenda, D V 1 22130 a.

¹⁰⁵ „Bericht über die Lage in den Blockparteien“, SED Bezirke Berlin/Potsdam vom 24. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/549, Bl. 41.

¹⁰⁶ Die Beitragszahlungen der Mitglieder waren mangelhaft, die Arbeitsdisziplin der unter schwierigen Verhältnissen arbeitenden Kreissekretäre gering; vgl. Bericht des LDP-Bezirksverbandes Halle vom 22. 6. 1953, in: ADL D XIX b 283000. Zusammenfassender Bericht des LDP-Bezirksverbandes Magdeburg, in: Ebenda, b 2111 a, S. 15; Bericht LDP-Brandenburg vom 23. 6. 1953, in: Ebenda, XIX 23534 c. In einer Analyse für eine Sitzung des Politischen Ausschusses werden schwere Mängel in einer ganzen Reihe von Bezirksvorständen festgehalten, u. a. Nichtbefolgen der Anweisungen der Parteiführung; vgl. ADL D XIX b 2111 a. In dem Arbeitsbericht zum Kreis Bitterfeld vom 5. 11. 1953 heißt es, die Hebung der Parteidisziplin sei notwendig, aber sehr schwierig, „da nicht bis zu Parteaufträgen gegangen werden kann, weil dann mit Austritt aus der Partei gedroht wird“. V. Arbeitsbericht, Oktober 1953 (5. 11. 1953), in: ADL D XIX c 25366 a.

¹⁰⁷ Agsten, LDP-Parteivorstand, „Persönlicher Bericht über die Lage in den Parteiverbänden“, Berlin vom 11. 8. 1953, in: ADL D XIX b 31695.

lität gegenüber dem SED-Regime gab, aber bei den meisten auch keine aktive Widerstandshaltung, die sich über aufmüpfige Reden hinaus in Handlungen manifestiert hätte.

Zuverlässigkeit im Sinne der SED war, soweit das zu erkennen ist, lediglich in einem kleinen Kreis der *Vorsitzenden und der Vorstände* dieser Parteien anzutreffen, nämlich unter den sogenannten „fortschrittlichen“ Kräften, die die SED z. T. in die Blockparteien eingeschleust und gefördert hatte oder die sich der SED persönlich verpflichtet fühlten. Sie bezeugten ohne Zögern ihre Loyalität zur SED. Otto Nuschke¹⁰⁸, der – auf der Fahrt zu einer telefonisch anberaumten Besprechung mit Ulbricht und Grotewohl in Niederschöneweide am 17. Juni¹⁰⁹ in den Westsektor Berlins abgedrängt worden war – bekannte sich in der kurzen Haft in einem Rundfunkinterview entschieden zur Regierung der DDR und deren Politik¹¹⁰. Johannes Dieckmann, der LDP-Volkammerpräsident, äußerte auf der Besprechung in Niederschöneweide, wo die „Verschleppung“ Nuschkes schon bekannt war: „Wir werden uns rächen, und systematisch Brände anlegen.“¹¹¹ Gerald Götting, der Generalsekretär der CDU, war, wie das schon in den Berichten über die Bemühungen der CDU-Führung zur Bekämpfung der innerparteilichen Opposition angeklungen ist, in ganz besonderem Maße im Sinne der SED tätig. Schon am Morgen des 17. Juni, als man sich im ZK noch bemühte, die in schneller Folge eintreffenden Hiobsbotschaften zu sichten, war er bestrebt, das durch Demonstranten gefährdete Erscheinen der CDU-Zeitung „Neue Zeit“ zu sichern¹¹². Die „Diskussionen“ mit den „reaktionären“ Kräften in den Kreisfunktionärskonferenzen der CDU, bei denen sich die „fortschrittlichen“ Kräfte unter Göttings Leitung nur „ungenügend“ durchsetzen konnten¹¹³, waren dadurch gekennzeichnet, daß die Staatssicherheit in Absprache mit dem Generalsekretär die Lage im Sinne der SED be-

¹⁰⁸ Otto Nuschke, * 1883, Journalist, in der NS-Zeit Landwirt, ehemals DDP-Mitglied, 1945 Mitgründer der CDU, September 1948–1957 Vorsitzender der CDU, stellvertretender Ministerpräsident.

¹⁰⁹ Besprechung in Niederschöneweide am 17. 6., 15.00 Uhr, mit den Blockpartei-Vorsitzenden, dem Volkammerpräsidenten und Gewerkschaftsführern. Handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls im Nachlaß Grotewohl, ferner Schreiben Göttings an Grotewohl vom 18. 6., in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 14 und 18.

¹¹⁰ Rundfunkinterview in: Der Volksaufstand vom 17. Juni, Nr. 25. Glückwünsche des thüringischen Bischofs Mitzenheim vom 26. 6. 1953, in: ACDP VII 010 – 0757; Schreiben Stefan Heyms an Otto Nuschke vom 23. 7. 1953, in: Ebenda, VII 010 A 1835. Berichte über den Vorgang, Bemühungen zur Freilassung und die Rückkehr, in: Ebenda, VII 10 1057, VII 13 – 1214. Informationen über die Beteiligung von V-Leuten des Ost-Büros der SPD an den Vorgängen bleiben widersprüchlich und dubios; vgl. Buschfort, Ostbüro, S. 95 f. Der Wagen des LDP-Vorsitzenden war bei dieser Gelegenheit mit Steinen beworfen worden; Bericht auf der Sitzung des Zentralvorstandes der LDP vom 5. 7. 1953, Protokoll, in: ADL D V d 259227.

¹¹¹ Handschriftliche Notizen Grotewohls vom 17. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 14.

¹¹² Notiz über einen Anruf Göttings beim ZK vom 17. 6. 1953, 11.00 Uhr, in: Ebenda, IV 2/5/530, Bl. 18. Für ein Blaubuch, das dann nicht erschien, war ein Artikel vorgesehen „Westberliner Banditen bombardieren die Neue Zeit“; Unterlagen in: ACDP VII 011 A 782.

¹¹³ Aktennotiz der Abteilung Befreundete Organisationen des ZK vom 29. 10. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

reinihte¹¹⁴. Die Entlarvung der in Verbindung zu Westberlin stehenden Kreisvorsitzenden in der Kreisstadt und im Landkreis Waren im Bezirk Neubrandenburg z. B. sollte nach einem Vorschlag von Götting – den er der zuständigen Abteilung im ZK mitteilte – so erfolgen, daß er auf einer Kreisversammlung das Thema anspreche. „Anschließend soll dann die Staatssicherheit zugreifen.“¹¹⁵

Es braucht nicht eigens erwähnt zu werden, daß sich die Parteileitungen von CDU und LDP in ihren öffentlichen Erklärungen vom 17. (LDP) bzw. 18. Juni (CDU) der offiziellen Version der SED in der Regierungserklärung über Entstehung und Charakter der Unruhen anschlossen¹¹⁶. Diese war in der Sitzung in Niederschöneweide am 17. Juni mit der Maßgabe, „Grundlage der Parteierklärungen“ zu sein, festgelegt worden. Sie wurde künftig auch den internen Beratungen zugrundegelegt¹¹⁷. Die Unruhen resultierten – wie die Parteipresse unentwegt wiederholte¹¹⁸ – aus Provokationen „faschistischer und anderer reaktionärer Elemente“ West-Berlins, die die Ordnung im östlichen Sektor der Stadt stören, die Reformmaßnahmen der Regierung durchkreuzen und die Herstellung der Einheit Deutschlands erschweren wollten. Die u. a. durch Ungeschicklichkeiten der Presse verunsicherten Arbeitermassen seien durch ausländische Agenten und ihre deutschen Helfershelfer zur Unbesonnenheit verführt worden. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu unterstützen, an der Ergreifung der Provokateure mitzuwirken und selbst die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung eines normalen Arbeitsverlaufes zu ergreifen¹¹⁹.

Aber die Erklärungen und auch die konkreten Anweisungen, die der Politische Ausschuß der CDU am 18. Juni 1953 an die Bezirksvorstände¹²⁰ und der weisungsbefugte

¹¹⁴ Sefrin, CDU-Vorstand, Mitteilung an die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK vom 29. 10. 1953, Aktennotiz, in: Ebenda.

¹¹⁵ Göttings Gespräch mit Lipfert und Burkhardt [vom ZK der SED Abtl. Befreundete Organisationen] am 13. 11. 1953, Aktenvermerk, in: Ebenda.

¹¹⁶ Zum Zustandekommen der Sprachregelung vgl. handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 14. Erklärung des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes vom 18. 6. 1953, in: ACDP VII 013 A 1728.

¹¹⁷ Zur CDU vgl. Anlage 2 zum Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses vom 18. 6. 1953, in: ACDP VII 013 A 1214; „Wie konnte es zum 17. Juni kommen?“, in: Ebenda, 012 A 3014; vgl. Sitzung des LDP-Zentralvorstandes am 5. 7. 1953, Ausführungen des Parteivorsitzenden Dr. Loch, Protokoll, in: ADL D V d 25927 a.

¹¹⁸ Die Zeitungen der Blockparteien überschlugen sich förmlich, weil in diesen Parteien „die reaktionären Elemente diesen 17. Juni als ihren Sieg“ ansahen. Generalsekretär Rose der Bauernpartei auf der Sitzung des Parteivorstandes der DBD am 29. 6. 1953, in: ACDP 0524.

¹¹⁹ Entwurf der Bekanntmachung (mit handschriftlichen Korrekturen Grotewohls) vom 17. 6., in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 16.

¹²⁰ Die Direktive des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes an die Bezirkssekretäre vom 18. 6. 1953 rief u. a. die Mitglieder auf, „an ihrer ehrlichen Haltung gegenüber der Regierung keinen Zweifel aufkommen“ zu lassen. Stellungnahmen zu den Vorgängen sollten ausgearbeitet werden: „Haupt-schwerpunkt: Nachweis des faschistischen Charakters der Provokationen; Zielrichtung: Beruhigung des Bürgertums, der Bauernschaft und der Geistlichkeit.“ Sogleich sollten Stichproben bei den Kreis- und Ortsvorständen vorgenommen werden. „Entwurf einer Direktive an die Bezirksvorstände der Partei“ vom 18. 6. 1953, in: ACDP VII 013 A 1728.

Generalsekretär der LDP am 18. und 20. Juni 1953 in Rundschreiben an die Kreis- und Ortsgruppen herausgehen ließen, blieben ohne überzeugende Wirkung¹²¹. „Unserem Überblick nach“, so faßte die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK zusammen, „gelang es den fortschrittlichen Kräften nur ungenügend, ihren Einfluß auf die schwankenden [Funktionäre] und zur Isolierung der negativen Kräfte zu verstärken.“¹²² In der Aufzeichnung wurde hinzugefügt: „Die CDU ist die Partei, in der am stärksten der Feind arbeitet.“¹²³

Angesichts dieser Verdächtigung ist es verständlich, daß die Selbstbezeichnungen der CDU-Führung, die die wiedererlangte Zuverlässigkeit nach der stalinistischen Praxis von „Kritik und Selbstkritik“ demonstrieren sollten, besonders nachdrücklich ausfielen. Der Politische Ausschuß des CDU-Parteivorstandes habe sich am 16. Juni „unter Ignorierung der inzwischen eingetretenen Situation“¹²⁴ mit Fragen des Gesundheitswesens befaßt und keine Verbindung mit der SKK oder dem ZK aufgenommen¹²⁵. Auch am 17. Juni sei das Sekretariat der Parteileitung „nicht völlig Herr der Lage“ gewesen¹²⁶, die gewaltsame Entführung des Parteivorsitzenden Nuschke nach Westberlin habe die ganze Aufmerksamkeit in Anspruch genommen.

Unter den gegebenen Umständen erhielten die nach dem 17. Juni einsetzenden Säuberungen unter den Funktionsträgern der beiden Parteien, wie sie von der SED nachdrücklich angemahnt wurden¹²⁷, besondere Bedeutung. Mit Härte ging die LDP-Führung gegen die Parteiangestellten vor. Ohne jede Diskussion möglicher Motive sollte gelten: „Wenn ein Angestellter der Partei den Rücktritt der Regierung gefordert hat, so ist er fehl am Platze“ und müsse suspendiert werden, stellte Generalsekretär Täschner auf der Sitzung der Bezirkssekretäre mit den leitenden Mitarbeitern der Parteileitung am 9. Juli 1953 in Berlin fest¹²⁸. Der LDP-Generalsekretär kam bei der Gesamteinschätzung der Parteifunktionäre noch am 4. November 1953 zu dem Ergebnis: zwei Bezirksvorsitzende, zwei stellvertretende Bezirksvorsitzende und fünf Kreisvorsitzende seien abzurufen, bei elf weiteren Funktionären in dieser Stellung sei eine beson-

¹²¹ Schriftliche Verhaltensanweisungen an LDP-Kreis- und -Ortsgruppen wurden nur von sechs der 13 Bezirksverbände schriftlich weitergereicht und nur in drei Fällen kommentiert; vgl. ADL D XVIII 23 534; „Analyse über die politische Arbeit der Bezirksvorstände seit dem 11. Juni 1953“, in: Ebenda, D XIX b 2111 a, S. 8.

¹²² Besprechung mit Götting, o. D., Aktenvermerk, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

¹²³ Aktenvermerk, o. D. (Anfang 1954), in: Ebenda.

¹²⁴ Über die Vorgänge am 16. 6. 1953 in Berlin war man u. a. durch drei vom Generalsekretär zur Beobachtung der Demonstration der Bauarbeiter vor dem Haus der Ministerien entsandte Mitarbeiter des Parteivorstandes unterrichtet; vgl. Bericht Fischer vom 16. 6., in: ACDP VII 013 A 1743.

¹²⁵ Politischer Ausschuß des CDU-Vorstandes „Über einige Fehler“, o. D., in: Ebenda, S. 2.

¹²⁶ Selbstbezeichnung in „Anlage 2 zum Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses vom 18. 6. 1953“, in: Ebenda, VII 012 A 3014.

¹²⁷ Abteilungsleitung Befreundete Organisationen im ZK, Besprechung mit Götting, Aktennotiz, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

¹²⁸ „Protokoll über die Sitzung der Bezirkssekretäre mit den leitenden Mitarbeitern der Parteileitung am 9. Juli 1953, 11 Uhr in Berlin“, in: ADL D VI 20062 a, Abschn. 12, S. 1.

dere Beobachtung und eine eventuelle Ablösung in Erwägung zu ziehen¹²⁹. Für die CDU vermerkte die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK am 26. Mai 1954: „Bis auf Dresden und Meissen überwiegen ... [bei] den neuen Kreisvorsitzenden die positiven Kräfte. Es gelang, alle Großbauern aus den Kreisvorständen zu entfernen, das trifft auch auf Meissen zu.“¹³⁰ Die Verfolgung von sogenannten „Agenten“ und „Provokateuren“, wie sie schon vor dem 17. Juni in der DDR üblich gewesen war, traf die Blockparteien mit voller Härte¹³¹. Mit großer Mühe konnten die „fortschrittlichen“ Funktionäre der Parteileitungen sich schließlich in den bürgerlichen Parteien durchsetzen. Erst nach monatelanger Arbeit gelang es, die mittleren und unteren Parteifunktionäre gefügig zu machen¹³².

IV. Die Blockparteien und der „Neue Kurs“

Die „fortschrittlichen“ Kräfte in den Führungen der Blockparteien übernahmen die ihnen von der SED zugedachten Aufgaben ohne ersichtliche Bedenken. Das galt – nach dem Scheitern des Aufstandes und der inneren „Festigung“ der Parteien – auch für die Politik des „Neuen Kurses“, die nach dem ZK-Plenum vom 21. Juni 1953 beschleunigt in die Tat umgesetzt werden sollte.

In dem sowjetischen Memorandum vom 3. Juni 1953¹³³, das – wie gezeigt – die Dinge in der DDR in Bewegung gebracht hatte, waren die Blockparteien im Zusammenhang mit der Notwendigkeit „breiter Entfaltung der politischen Arbeit in allen Volksschichten“ genannt worden. Darin schien sich eine gewisse Erweiterung der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten anzudeuten. Auf der Sitzung des Politbüros vom 6. Juni 1953 bekräftigte dies Oelßner, der für Propaganda zuständige Sekretär des ZK, als er sagte: „Lockerung der Diktatur ist nötig. Blockpolitik ehrlich (Aufgabe der Bevormundung). Klassenkampf nicht schüren, nicht schreien“, und der sowjetische Hohe Kommissar

¹²⁹ Generalsekretär der LDP, Analyse über die Arbeit der Partei vom 4.11. 1953, Vertrauliche Verschlussache. Gesamteinschätzung, in: ADL D XIX b 3607, S. 34.

¹³⁰ Aktenvermerk der Abteilung Befreundete Organisationen vom 26. 5. 1954, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

¹³¹ Der Vorsitzende der DBD, der Altkommunist Goldenbaum, erklärte am 29. 6. 1953: „Wir müssen (...) suchen, woher kommen die Agenten. Sie müssen nicht in unserer Partei sitzen, sie können auch in der SED sein.“; vgl. Protokoll zur Sitzung des Parteivorstandes der DBD, in: ACDP 0524 und 1203. Die Mitgliederabgänge in den Blockparteien verlangsamten sich nach dem 17. Juni aufgrund verschiedener Umstände. Einerseits nahm die Fluchtbewegung infolge des Belagerungszustandes, der intensiven Kontrollen, der Einschüchterung durch Verhaftungen und Gewalturteile ab. Andererseits war die Durchforstung der Mitgliederlisten nach Karteileichen in den Vormonaten erfolgreich gewesen. Deutlich stieg nun aber die Zahl der Austritte, bei denen offen politische Gründe genannt wurden. Vgl. ADL D XIX b 157 70 a, für die CDU: ACDP VII 012–2181. Die „Erläuterung zur Generalanalyse der Parteileitung für die Zeit vom Januar 1952 – Dezember 1953“ hob die angeblich erfolgreiche Tätigkeit der CDU bei der Entwicklung der Fluchtbewegung hervor, in: Ebenda.

¹³² Unterlagen zur Auseinandersetzung der Parteiführung mit der Basis, in: ACDP VII 011 A 1281/1268/1300/0782/1363.

¹³³ Siehe Anm. 30. Peter Przybylski, Tatort Politbüro, S. 245 f.

Semjonow ergänzte: „Block ernst arbeiten. Bürger müssen kritisieren und uns bremsen. Block stärker öffnen.“¹³⁴ Das Ziel, für die SED breite, auch bürgerliche Bevölkerungsschichten zu gewinnen, war klar, keineswegs jedoch, welches Maß an „Freiheit“ und „Beteiligung“ den anderen Parteien dafür eingeräumt werden sollte. Daß es sich bei den diesbezüglichen Entscheidungen keineswegs um die Preisgabe der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse handeln würde, daß das angestrebte Ziel der Verwirklichung des Sozialismus durchaus nicht aufgegeben war, wurde den Parteileitungen der Blockparteien bei der Unterrichtung durch die SED schnell bewußt.¹³⁵ In der Analyse „Zur neuen politischen Situation“, die sich in den Papieren des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes befindet¹³⁶, wird aus marxistischer Sicht die Kontinuität der Politik der SED sowohl bei der Durchsetzung des Sozialismus¹³⁷ wie in der nationalen Frage dargelegt. Bei Beibehaltung des Zieles der Durchsetzung der „neuen (sozialistischen) Gesellschaftsordnung im Weltmaßstab“ sollte es für die CDU speziell – anders als bei der auf die SPD angesetzten SED – darauf ankommen, der „Deutschen Sammlung“ und dem „Bund der Deutschen“¹³⁸ die „nachhaltigste und tatkräftigste Unterstützung zuteil“ werden zu lassen, „um breitesten Kreise zum aktiven Kampf gegen das Adenauer-Regime zu gewinnen und dem Bund der Deutschen ein starkes Abschneiden bei den Bundestagswahlen zu ermöglichen“¹³⁹. In öffentlichen Erklärungen begrüßten die Parteiführungen den Kurswechsel, bekräftigten ihre bisherigen Positionen zum Sozialismus und unterstützten die nationale Mobilisierung¹⁴⁰; andererseits bekannten sie sich zu ihrer Mitverantwortung an den vorangegangenen Fehlentwicklungen – so die CDU auch an der bisherigen Kirchenpolitik der Regierung¹⁴¹.

Die Frage war darüber hinaus, wie sich die Arbeit der Blockparteien nach der Katastrophe des 17. Juni weiterentwickeln sollte. Hier ergriffen die Blockparteien, allen

¹³⁴ Notizen Grotewohl, in: Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 669; Entwurf des Beschlusses des ZK der SED vom 6. 6. 1953, Punkt 6 a, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 44–47.

¹³⁵ Protokoll über die Diskussion auf der Sitzung des Zentralvorstandes der LDP am 5. 7. 1953, in: ADL D V d 25927 a S. 1 ff.

¹³⁶ In: ACDP VII 012 A 3014.

¹³⁷ „Dass die neuen taktischen Maßnahmen nicht im geringsten von den Grundsätzen der marxistischen Politik abweichen, soll ein Hinweis von Lenin erhärten.“ Es folgt ein Leninzitat aus dem Aufsatz „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, W. Lenin, *Ausgewählte Werke*, Moskau 1947, Bd. II, S. 715 f.

¹³⁸ Die „Deutsche Sammlung für Einheit, Frieden und Freiheit“ war im Juni 1952 von dem ehemaligen Reichskanzler Joseph Wirth und dem Oberbürgermeister von Mönchen-Gladbach Wilhelm Elfes (beides ehemalige Zentrumsmitglieder) als Oppositionsbewegung gegen die Westpolitik Adenauers gegründet worden; 1953 konstituierte sich daraus der „Bund der Deutschen“ als politische Partei. Wirth, Elfes und auch der spätere Generalsekretär Josef Weber waren bereit, offen mit der DDR zusammenzuarbeiten. Vgl. Albert Eßer, Wilhelm Elfes, 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker, Mainz 1990, S. 235 ff.

¹³⁹ Vgl. „Zur neuen politischen Situation“, S. 2, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁴⁰ Anlage 2 zum Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses vom 18. 6. 1953, in: Ebenda, VII 013 A 1214.

¹⁴¹ Vgl. die Analyse des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes „Wie konnte es zum 17. Juni 1953 kommen?“, o. D., in: Ebenda VII 012 A 3014.

voran die CDU, die Initiative. Es ging den Parteileitungen dabei 1. um die grundsätzliche Klärung ihrer Position im Blocksystem und damit im SED-Regime, und 2. um die praktische Ausfüllung der ihnen, wie es schien, neu eröffneten Möglichkeiten.

Um es vorwegzunehmen: Die Blockparteien interpretierten ihre Rolle ganz im Sinne der SED. An der Nützlichkeit ihrer Parteien für das Regime ließen sie weiterhin keine Zweifel aufkommen, wenn auch vor allem unter den Mitgliedern der LDP die Befürchtung vorhanden war, „daß die Regierung oder die SED alles versuche, um unsere Partei (die LDP) zu zerschlagen“¹⁴². LDP- und auch CDU-Führung warfen sich – mit Blick auf den 17. Juni – vor, die Fehler zwar erkannt, aber nicht genügend zur Sprache gebracht zu haben; dafür entschuldigten sie sich pflichtgemäß¹⁴³. In einer Analyse der CDU „Wie konnte es zum 17. Juni kommen?“ heißt es: „Wir waren diszipliniert und wir glaubten, das Zentralkomitee der SED werde den richtigen Weg vorschreiben und beschreiten.“ Jedoch „leider hat das Zentralkomitee der SED fast niemals eine wirklich führende und anleitende Rolle gespielt. Es mußte den Anschein haben, als ob die SED auf die Alleinherrschaft hinauswolle, ohne die so wichtigen Transmissionsriemen der demokratischen Parteien und Massenorganisationen in wirklich echter Weise zu nutzen.“¹⁴⁴ Für die Zukunft mußten „neue Formen der Zusammenarbeit zwischen ZK und den demokratischen Parteien gefunden werden, wobei das ZK wirklich führen muß, zugleich aber konsultieren und auf bestimmte Vorschläge und Warnungen, die von den demokratischen Parteien gemacht werden, achten“¹⁴⁵.

Die Aufgabe der Blockparteien wurde weiterhin darin gesehen, „die Schichten des Kleinbürgertums für den (...) Regierungskurs zu gewinnen“¹⁴⁶. Die Leitungen der Blockparteien selbst empfahlen der SED „die Ausnutzung der bürgerlichen Parteien als Instrumente der gesellschaftlichen Entwicklung“, wie es im genannten Papier der CDU hieß¹⁴⁷. Nicht die Vertretung der politischen Interessen ihrer Mitglieder, sondern deren Erfassung und Mobilisierung für das SED-Regime sollte den Blockparteien Existenzberechtigung geben. In der Analyse der CDU zum 17. Juni hieß es dazu: „Un-

¹⁴² „Analyse über die Arbeit der Partei“, August 1953, Abschn. V/h, Bericht über die Stimmung in der Mitgliedschaft und Bevölkerung, S. 3, in: ADL D XIX 9154 a.

¹⁴³ „Wie konnte es zum 17. Juni kommen?“, S. 8, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁴⁴ Ebenda, S. 7 f.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 8.

¹⁴⁶ Fischer vom CDU-Vorstand in der „Analyse über die Lage und die Aufgabe der Partei“ vom 26. 6. 1953, Punkt 8. Als Material der CDU im Bestand der Abteilung Befreundete Organisationen, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/3. Gen.Sekr. Rose, DBD, Aufgabe „den Mittelstand zu aktivieren“, auf der Sitzung des Parteivorstandes der DBD vom 29. 6. 1953, in: ACDP 0524. Anweisung der Abteilung Leitende Organe an die 1. Sekretäre der Bezirke der SED vom 15. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/524, Bl. 82.

¹⁴⁷ „Wie konnte es zum 17. Juni kommen?“, in: ACDP VII 012 A 3014 und VI 013 A 1713. „Aus außerpolitischen Gründen“ solle die LDP, „bevor sie (im Zuge der weiteren Entwicklung) ganz eingehe“, nach Meinungen im politischen Lager vorerst noch Bestand haben, meinte der LDP-Volkskammerpräsident Dieckmann bei einem Gespräch im ZK schon am 14. 8. 1952; vgl. Hausmitteilung für Gen. Schön, Betr.: Besprechung mit dem Generalsekretär der LDP, Herrn Täschner, im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/510, Bl. 379.

sere Partei kann zweifellos nicht wie die SED Massen mobilisieren, das kann nicht unsere Aufgabe sein; aber wir haben die gute Möglichkeit, die Stimmung in breiteren Kreisen der Bevölkerung zu studieren und zu verstehen.“ Und darüber hinaus: „... wir haben die Möglichkeit zu differenzieren, wo es um prinzipiell negative (d. h. SED-feindliche) und wo es um berechnete Diskussionen von Schwächen u. s. w. geht“. Welche Konsequenzen das haben konnte, wurde beispielhaft deutlich in der Auseinandersetzung um die Ortsgruppe Freyenstein, Kreis Wittstock. Der Ortsverband regte an, daß sich der Parteivorsitzende Nuschke für drei verhaftete Parteimitglieder einsetzen sollte, so wie das angeblich in anderen Fällen bereits erfolgt war. Dr. Toeplitz, „fortschrittliches“ Mitglied im Parteivorstand, schaltete sich ein: Die Parteimitglieder gingen von falschen Voraussetzungen aus. „Sie verstehen weder das Prinzip der Blockpartei noch die führende Rolle der Arbeiterklasse in unserer demokratischen Ordnung!“¹⁴⁸ Für die CDU-Führung ging es nicht um die Wahrnehmung der Interessen der Parteifreunde gegen die SED, sondern um die Durchsetzung der von der SED angeordneten Maßnahmen gegen die Mitglieder. Ganz ungewollt klingt hier eine Einstellung an, die Hannah Arendt¹⁴⁹ für das Verhalten von Menschen in totalitären Regimen so beschrieben hat: Bei Säuberungswellen gebe es nur ein Mittel, seine Zuverlässigkeit zu beweisen, d. h. seine Freunde zu verraten, ein Verhalten, das von den Blockparteien zumindest ansatzweise im Fall Dertinger oder Dr. Hamann und in vielen anderen Fällen praktiziert worden war, wo Beschuldigungen gegen Parteimitglieder sofort mit deren Parteiausschluß geahndet worden waren.

Freilich war es eine Täuschung, daß die SED den „bürgerlichen“ Parteien mehr als nur ein bescheidenes, eigenes Aufgabenfeld zuerkennen würde¹⁵⁰. In einem Memorandum der Abteilung Leitende Organe vom 23. Januar 1953 hieß es, die CDU habe die Aufgabe, durch ihre Arbeit „die Beeinflussung durch reaktionäre Kirchenkreise zurückzudrängen“. Aber, so lautete die Ergänzung: Die Forderung nach einer Monopolstellung der CDU zur Bearbeitung „christlicher Kreise der Bevölkerung muß abgelehnt werden“. Darüber hinaus sei die Tätigkeit in Betrieben auszuschließen und „organisatorische Zusammenfassungen von Mitgliedern (...) nach fachlichen Gesichtspunkten im überörtlichen Rahmen nicht mehr zu gestatten“¹⁵¹. Was die Informationen anging, war die SED eher an eigenen, direkten Ermittlungen interessiert, wie sie den ersten Sekretären der Bezirksleitungen der SED am 21. Juni 1953 aufgetragen wurden: „Man soll Familien persönlich aufsuchen, in den Bekanntenkreisen sich erkundi-

¹⁴⁸ Dr. H. Toeplitz an Seffrin (beide CDU-Parteileitung) am 8. 9. 1953, in: ACDP VII 013 A 1743.

¹⁴⁹ Hannah Arendt, *Elemente totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1958, S. 219.

¹⁵⁰ Schlußfolgerung aus dem Bericht der Abteilung Leitende Organe über die CDU vom 23. 1. 1952, S. 5, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/504, Bl. 62. Die von der CDU angestrebte Ausweitung des Arbeiter- und Angestelltenanteils sollte z. B. verhindert werden, in: Ebenda, Bl. 60. Ferner „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“, in: Ebenda, IV 2/5/503.

¹⁵¹ Abteilung Leitende Organe, Vorlage an das Politbüro vom 28. 1. 1953, Betr. Durchführung der Blockarbeit, (4. rasche Liquidierung der Betriebsgruppen), in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 54. „Direktive zur Arbeit der Betriebsgruppen“, Politischer Ausschuß des CDU-Vorstandes vom 12. 5. 1953, in: Ebenda, IV 2/15/3.

gen, d. h. überall dort, wo man eine Atmosphäre des Sich-Aussprechens schaffen kann, wo es zu einem echten Gespräch kommen kann (. . .). Heute abend noch muß man in Lokale gehen und sozusagen die Gespräche hören.“¹⁵² Eine Neuorganisation der Staatssicherheit, die unter Zaisser zumindest im Vorfeld des 17. Juni nicht effektiv genug gearbeitet zu haben scheint, nach sowjetischem Vorbild stand an.¹⁵³

Daß eine „ehrliche“ Blockarbeit die Vertretung unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte im Block möglich machen könne, war eine Illusion, der sich Otto Nuschke und zunächst auch der unter Generalsekretär Götting besonders aktive Politische Ausschuß der Parteileitung der CDU hingegeben zu haben scheinen. Dabei stand allerdings der Demonstrationseffekt für die eigene Partei sehr stark im Mittelpunkt.¹⁵⁴ Die Anfang Juli 1953 – zum Mißfallen des LDP-Vorsitzenden Dr. Loch, der von Effekthascherei sprach¹⁵⁵ – an Ministerpräsident Grotewohl gerichteten 14 Eingaben der CDU, die im zentralen Blockausschuß behandelt werden sollten, bezogen sich auf ein breites Spektrum von Mißständen.¹⁵⁶ Sie reichten von Steuer- und Abgabenregelungen für die private Wirtschaft¹⁵⁷ über die Abänderung der Erfassungstermine für die Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse¹⁵⁸, die Wiedererrichtung der Handelskammern, das Hochschulwesen, die Kauttionen bei Fernsprechern, den Antrag zur Freigabe der Insel Rügen, die zuvor wegen des Baus einer U-Bootbasis gesperrt worden war, bis zur Kirchensteuer.¹⁵⁹ Außerdem wurde vom Politischen Ausschuß am 30. Juni 1953 ein Entwurf von Richtlinien über die Arbeit des Demokratischen Blocks beraten und dem ZK sowie den Parteivorständen der anderen Parteien und der Massenorganisationen zugeleitet.¹⁶⁰

Die ehrgeizigen Initiativen der CDU weckten das Mißtrauen der SED, die meinte, daß die CDU „nach dem 17. 6. eine Politik eingeschlagen [habe], die nicht dazu bei-

¹⁵² Anweisung Karl Schirdewan, Abteilung Leitende Organe an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED vom 21. 6. 1953, in: Ebenda, IV 2/5/530, Bl. 127 f.

¹⁵³ Brief Zaisers an Grotewohl vom 13. 7. 1953, im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699. Ebenso Vorlage der Abteilung Leitende Organe vom 31. 8. 1953 an das ZK „Betr.: Beschluß des Politbüros über die Arbeit der Parteiorganisation im St.S. f. Staatssicherheit des M. d. I.“, in: Ebenda, IV 2/5/2, Bl. 169–176.

¹⁵⁴ Broschüre „Vorschläge der CDU“ eingeleitet von Götting vom 16. 7. 1953, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁵⁵ Sitzung des Zentralen Blocks vom 25. 6. 1953, stenographische Mitschrift, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 84–124.

¹⁵⁶ Im Politischen Ausschuß des CDU-Vorstandes wurden die Stimmungsmeldungen und Erfahrungsberichte der Funktionärstagen daraufhin ausgewertet. „Wünsche und Anregungen der Bevölkerung aus den Kreisplanberichten – Monat Juni 53“, in: ACDP VII 012 A 3014, ebenso Fahl für Götting, Auswertung der in den letzten Wochen durchgeführten Kreissekretärstagen vom 13. 7. 1953, in: Ebenda, VII 013 A 1743.

¹⁵⁷ Vorschlag im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/509, Bl. 254–257 – abgelehnt am 10. 7. 1953 – Blockkommission über Steuerfragen der Privatindustrie, der Landwirtschaft und des Handwerks, Aktenvermerk Pfau, CDU-Vorstand, vom 10. 7. 1953, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁵⁸ Nachlaß Grotewohl mit Anschreiben vom 8. 7. 1953, in: IfGA.ZPA. NL 90/509, Bl. 259 f.

¹⁵⁹ Sitzung des Politischen Ausschusses vom 27. 7. 1953, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁶⁰ Otto Nuschke an den Demokratischen Block, „Entwurf von Richtlinien für die Arbeit des Demokratischen Blocks, vom Politischen Ausschuß der CDU beraten am 30. Juni 53“, in: Ebenda.

trägt, den neuen Kurs zu verwirklichen, sondern ihn zu sabotieren und die CDU in eine Oppositionspartei zu verwandeln“¹⁶¹. Sogleich wurden die bewährten Methoden zur Unterdrückung solcher Selbstständigkeitsbestrebungen eingesetzt. Die CDU wurde gezwungen, die Verteilung der in 10 000 Stück gedruckten Broschüre „Vorschläge der CDU“ zu stoppen und die schon verbreiteten Exemplare wieder einzusammeln. Ferner sollten einige Artikel erscheinen, in denen die Reformvorschläge der CDU wieder zurückgenommen wurden¹⁶². Die hartnäckige Vorstellung des Parteivorsitzenden Otto Nuschke, daß die CDU sich auf dem richtigen Wege befinde, wurde von der SED in einer Weise erledigt, wie sie Grotewohl schon am 9. Oktober 1949 für die Blockarbeit beschrieben hatte: Die widerstrebenden Persönlichkeiten sollten in parteiinternen Gremiensitzungen durch die „fortschrittlichen“ Kräfte desavouiert werden, d. h. die Auseinandersetzungen sollten in die bürgerlichen Parteien selbst hineingetrieben werden. In der Sitzung des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes vertrat erwartungsgemäß der fortschrittliche „Kollege Toeplitz“ gegenüber dem Parteivorsitzenden „eine richtige Linie“¹⁶³. Die Widersprüchlichkeit der Konstruktion des Blocks vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen gesellschaftlicher Gruppen kam in den „Grundsätzen des antifaschistisch-demokratischen Blocks“ vom September 1953 erneut zum Ausdruck: „Der demokratische Block ist eine auf freier Entscheidung beruhende Gemeinschaft. Seine Beschlüsse werden deshalb nicht durch Mehrheitsabstimmung, sondern durch Einmütigkeit herbeigeführt.“¹⁶⁴

V. Zusammenfassung

1. Im Zuge des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“ seit 1952 und der Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse wurden die in das politische System der DDR als bürgerliche Transmissionsparteien eingebundene CDU und LDP noch stärker im Sinne der SED instrumentalisiert. Anknüpfend an die innere Aufspaltung in „fortschrittliche“ und „reaktionäre“ Kräfte wurde ihre programmatische und organisatorische Entwicklung gezielt gesteuert. So gewannen die von der LDP als ideologischer Grundbestand propagierte Bejahung des humanen Fortschritts im So-

¹⁶¹ Aktennotiz über die Besprechung der Genossen Burkhardt und Lipfert von der Abteilung Befreundete Organisationen im ZK mit Sefrin vom CDU-Vorstand am 27. 8. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

¹⁶² Aktenvermerk der Abteilung Befreundete Organisationen vom 12. 9. 1953, in: Ebenda.

¹⁶³ Gespräch der Abteilungsleitung der Abteilung Befreundete Organisationen des ZK mit Sefrin vom CDU-Vorstand am 12. 9. 1953, Aktenvermerk, in: Ebenda. Grotewohls Vorschlag vor dem Parteivorstand der SED, zitiert nach Suckut, Entscheidung, S. 173.

¹⁶⁴ Erwähnt sei auch eine gesamtdeutsche Initiative der CDU. Eine „ideelle und politische Unterstützung aller oppositionellen Gruppen in der Bundesrepublik“ (GVP, Zimmerkreis usw.) sollte im Einvernehmen mit dem ZK ins Auge gefaßt werden und außerdem sollten Funktionäre zur Umorientierung der Westdeutschen unter Ausnutzung der Interzonenreisen nach Westdeutschland eingeschleust werden. Vorschlag Günter Wirths am 17. 9. 1953 (nach der Bundestagswahl), in: ACDP VII 010 A 1019.

zialismus oder der von der CDU gewählte Ansatz vom Leben des Christen in einer entchristlichten Welt, der bei einem Konsens mit einem durch die historische Entwicklung gegebenen und zur Erhaltung des Friedens zu stützenden System sich einen weltanschaulichen Dissens erhalten könne, immer mehr den Charakter einer zwanghaften Selbsttäuschung¹⁶⁵.

2. Die von allen Schichten unterstützte Erhebung gegen das SED-Regime im Juni/Juli 1953 löste auch bis in die obere Funktionsebene der Blockparteien Unmutsbekundungen aus. Die interne Kritik der Parteimitglieder blieb aber angesichts des entschiedenen und durchsetzungskräftigen Kurses der SED-hörigen Parteiführungen weitgehend folgenlos. Der Zusammenbruch des Aufstandes gegen das SED-Regime führte nicht zu dessen Änderung, sondern nach einer kurzen Übergangszeit nur zu einer Verfestigung des Systems. Die Realität der DDR war nicht wegzudiskutieren, und die Hoffnung, daß sie nur „ein Interregnum“ bliebe, schwand immer mehr¹⁶⁶.

3. Die den Blockparteien im Rahmen des „Neuen Kurses“ ansatzweise eingeräumten größeren Bewegungsmöglichkeiten gewannen nie ein solches Ausmaß, daß man von einer Freiheit der Interessenvertretung sprechen könnte. Freilich entsprach es auch dem Selbstverständnis der Parteiführungen, Initiativen nur dann zu ergreifen, wenn sie – ganz im Sinne der SED – der effektiveren Durchsetzung der Politik des Systems in den bürgerlichen Gruppen dienten; alles, was darüber hinaus ging oder Anlaß zum Zweifel gab, wurde von der SED unterbunden.

4. Die Blockparteien behielten – so meinten sie selbst – „gesellschaftspolitische Bedeutung“, nachdem ihre ursprüngliche Rolle als Elemente im ansatzweise pluralistisch verfaßten Blocksystem und die damit eng verbundene deutschlandpolitische „Aufgabe“ hinfällig geworden waren. Die trotz größter Bemühungen der SED nicht voll in das Regime integrierbaren Bevölkerungsteile wurden durch die Blockparteien an eine gesellschaftliche Organisation gebunden und damit für den Staat lokalisiert. Dieses – auch an anderer Stelle praktizierte – System mußte um so wirksamer sein, je mehr sich die Menschen, die es betraf, in diesen Organisationen geborgen fühlten, in ihnen Unterstützung zu finden schienen und die Organisationen selbst als nicht bzw. wenigstens nicht ganz von der SED abhängige Einrichtung betrachteten.

Wie sich die Entwicklung in der DDR in den Jahren nach 1953 im einzelnen vollzog, läßt sich nicht – oder besser noch nicht – exakt beschreiben. Die SED, die immerzu bemüht blieb, gesellschaftliche Veränderungen in ihrem Sinne zu steuern, sah sich – angesichts einer Schicht von 500 000 Eigentümern – noch im November 1970 vor die Notwendigkeit gestellt, eine „Bündnispolitik mit diesen sozialen Schichten“ zu praktizieren, so ein Memorandum für Ulbricht vom 23. November 1970¹⁶⁷. Daß die CDU

¹⁶⁵ So CDU-Generalsekretär Götting unter Berufung auf den Theologen Bonhoeffer und Pater Delp auf dem 9. Parteitag der CDU 1960; zitiert nach Wirth, *Umgestaltung der DDR*, S. 144.

¹⁶⁶ Otto Nuschke, zitiert nach Wirth, ebenda, S. 146.

¹⁶⁷ Eine Schicht von 500 000 Eigentümern in mittleren und kleinen Betrieben, die einschließlich der Familienangehörigen und der beschäftigten Arbeiter noch etwa 17 % aller Berufstätigen ausmachte, galt als nicht für die Partei der Arbeiterklasse erfassbar. Information für Ulbricht vom 23. 11. 1970, „Betr.:

erfolgreich im Sinne des Systems arbeitete, zeigte sich nicht zuletzt an der steigenden Zahl der Pfarrer, die nach 1953 Mitglieder wurden¹⁶⁸. Fünfzehn Jahre nach dem Aufstand des 17. Juni registrierte die SED in einem Bericht für Ulbricht vom 7. November 1968, daß die CDU bei der „Entwicklung des sozialistischen Staatsbewußtseins“ ihrer Mitglieder vorangekommen sei. „Es kann eingeschätzt werden, daß der größte Teil der Mitglieder fest auf dem Boden unserer Republik steht und sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die DDR ihr sozialistisches Vaterland ist.“ Allerdings war das marxistisch-leninistische Staatssystem noch längst nicht voll akzeptiert. 20 bis 30 % der CDU-Mitglieder akzeptierten die „führende Rolle“ der Partei der Arbeiterklasse, die zugleich eine „zunehmende Mitverantwortung der CDU“ erforderlich machen sollte¹⁶⁹, noch immer nicht.

Im Herbst 1989 sollte sich allerdings herausstellen, daß weder die systematische Mobilisierung der Menschen durch Parteien und Massenorganisationen noch die totale Überwachung ausreichten, um den Bestand des Staates zu sichern, nachdem die machtpolitischen Rahmenbedingungen zerfallen, die wirtschaftlichen Grundlagen zerstört und die ideologische Basis morsch geworden waren.

Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung sozialer Schichten in der DDR und der Durchführung der von der Partei beschlossenen Linie zur Verwirklichung der Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit diesen sozialen Schichten“ im Nachlaß Ulbricht, in: IfGA.ZPA. NL 182/1134, Bl. 333.

¹⁶⁸ Wirth, Umgestaltung der DDR, S. 144.

¹⁶⁹ Bericht der Abteilung Befreundete Organisationen für Ulbricht vom 7. 11. 1968 (Akz. 62/Li/V) im Nachlaß Ulbricht, in: IfGA.ZPA. NL 182/1134.

Dokumentation

CEES WIEBES, BERT ZEEMAN

EINE LEHRSTUNDE IN MACHTPOLITIK

Die Vereinigten Staaten und ihre Partner
am Vorabend der NATO-Gründung

Am 4. April 1949 konnte nach monatelangem diplomatischen Tauziehen in Washington der Nordatlantikpakt unterzeichnet werden¹. Noch in der Woche davor fanden in der amerikanischen Hauptstadt zahlreiche Gespräche zwischen Außenminister Dean Acheson und seinen nach und nach eintreffenden Kollegen statt. Der Inhalt dieser Unterredungen ist größtenteils bekannt, zum einen durch Veröffentlichungen in der Serie *Foreign Relations of the United States*², zum anderen können die unveröffentlichten Mitschriften oder Zusammenfassungen in den einschlägigen Archiven etwa in London, Ottawa oder Den Haag eingesehen werden. Wohl das bedeutendste, gewiß aber das interessanteste Gespräch blieb jedoch bis heute in der Literatur unbeachtet, weil der amerikanische Bericht über diese Unterredung bis vor kurzem nicht zur Einsicht freigegeben war. Zudem hatten die Gesprächsteilnehmer verabredet, Mitteilung darüber nur ihren Staats- bzw. Regierungschefs und Verteidigungsministern zu machen³.

Dieses Zusammentreffen, das hier dokumentiert wird, fand am Vorabend der Unterzeichnung des NATO-Vertrages, am Sonntagabend, den 3. April 1949, im Weißen Haus statt. Eingeladen von Präsident Harry S. Truman, der von Acheson und Verteidigungsminister Louis Johnson begleitet wurde, kamen Joseph Bech (Luxemburg), Bjarni Benediktsson (Is-

¹ Am 17. März 1948 schlossen Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg den Brüsseler Pakt (Westunion). Fünf Tage später begannen faktisch die Verhandlungen über den Nordatlantikpakt zwischen England, Kanada und den Vereinigten Staaten. Siehe hierzu: Cees Wiebes und Bert Zeeman, *The Pentagon negotiations March 1948: the launching of the North Atlantic treaty*, in: *International Affairs* 59 (1983), S. 351–363. Seit Juli 1948 nahmen auch Frankreich und die drei Benelux-Länder an den Verhandlungen teil. Siehe zum Zustandekommen des Vertrages: Escott Reid, *Time of Fear and Hope. The Making of the North Atlantic Treaty 1947–1949*, Toronto 1977, und Timothy P. Ireland, *Creating the Entangling Alliance. The Origins of the North Atlantic Treaty Organization*, London 1981.

² Vgl. *Foreign Relations of the United States, 1949, Volume 4: Western Europe*, Washington 1975, S. 258–281.

³ Memorandum of Conversation, 3 April 1949, RG 59, Lot 53 D 444, Records of the Secretary of State, Box 12, National Archives, Washington. Inzwischen auch auf Mikrofiche erschienen, in: *Foreign Relations of the United States, Memoranda of Conversation of the Secretary of State 1947–1952*, Microfiche Publication, Washington 1988, Doc. no. 897. Es ist auffallend, daß in den Archiven der Außenministerien von Belgien, Kanada, Großbritannien und den Niederlanden keine schriftliche Spur von diesem Gespräch zu finden ist.

land), Ernest Bevin (England), José Caeiro de Mata (Portugal), Halvard Lange (Norwegen), Lester B. Pearson (Kanada), Robert Schuman (Frankreich), Carlo Sforza (Italien), Paul-Henri Spaak (Belgien), Dirk U. Stikker (Niederlande) und Gustav Rasmussen (Dänemark) zu einem Treffen zusammen, das nur als amerikanische Nachhilfestunde in Macht- und Koalitionspolitik charakterisiert werden kann. Sollte einer der anwesenden Politiker aus Europa noch einen Rest Hoffnung gehabt haben, eine wirklich selbständige Militär- oder Wirtschaftspolitik treiben zu können, dann mußte spätestens nach Beendigung dieser Besprechung jedem deutlich gewesen sein, daß die Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes den eigenen Spielraum erheblich einschränken würde. Ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, brachten Truman, Acheson und Johnson zum Ausdruck, was sie in der Zukunft von ihren neuen Verbündeten erwarteten; die Atmosphäre während des Gesprächs im Weißen Haus wird ohne weiteres als gespannt und kühl bezeichnet werden dürfen.

Truman bestimmte den Ton der Besprechung durch eine düstere Schilderung der Bedrohung, die die Sowjetunion für die westlichen Mächte darstelle. Der am folgenden Tage zu unterzeichnende Nordatlantikpakt sei nur als ein kleiner Schritt hin zur Errichtung einer Machtbasis zu verstehen, von der aus der UdSSR eines Tages wirksam entgegengetreten werden könne, sagte der Präsident seinen Gästen. Man erwarte gegenwärtig zwar keinen militärischen Angriff Moskaus, aber es sei höchste Zeit, in der noch verbleibenden Atempause die Weichen energisch zu stellen. Dem Westen bleibe nur die Möglichkeit, eine gemeinsame Front gegen die UdSSR und den Weltkommunismus aufzubauen. Nur eine solche Front könne die Zukunft des Westens sichern, „not only securely but with the capability of taking the 'cold war' offensive ourselves. For we should appreciate that Soviet nationalism is dynamic; it must expand, and the only way to defeat it eventually is not merely to contain it but to carry the ideological war to the Soviet sphere itself“. Es ist also nicht mehr von einer abwartenden, defensiven Eindämmungspolitik, wie sie George F. Kennan entwickelt hatte, die Rede, sondern man erkennt bereits die Keime von John Foster Dulles' „roll back“-Rhetorik der fünfziger Jahre.

Nach Trumans Auffassung hatten die westlichen Länder ihre Politik in sechs Bereichen aufeinander abzustimmen und dabei ihre nationalen Interessen hintanzustellen, und zwar bei der Reintegration Westdeutschlands und Japans, bei der Entkolonialisierung, bei der Verstärkung der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, bei einer stärkeren europäischen und transatlantischen ökonomischen Zusammenarbeit sowie bei einer Forcierung der europäischen politischen Zusammenarbeit. Zu allen diesen Punkten fanden Acheson und Johnson überaus deutliche Worte, denen gegenüber die Einwürfe der geladenen Minister aus den Partnerländern geradezu hilflos wirkten und von denen sich auch der Präsident nicht sehr beeindruckt zeigte. So ist das „Memorandum of Conversation“ zu der Unterredung am 3. April 1949 ein überaus aussagekräftiges, tatsächlich für sich selbst sprechendes Dokument - es hält eine Lehrstunde in Machtpolitik fest, wie sie deutlicher und nachdrücklicher den Verbündeten der Vereinigten Staaten in Europa weder vorher noch nachher wohl selten gegeben worden ist.

Dokument

MEMORANDUM OF CONVERSATION

The White House
3 April 1949

PARTICIPANTS: The President
The Secretary of State
The Secretary of Defense
The Atlantic Pact Foreign Ministers

The President: Gentlemen, I have asked you here tonight to a private meeting with no advisors present, to outline to you in the utmost confidence this nation's ideas on the critical problems which we face today. I have discussed what I have to say only with the National Security Council, which has approved, and I must ask that you communicate my thoughts only to your respective Prime Ministers and Defense Ministers.

The fact that we are assembled in Washington for the signature of an Atlantic Pact symbolizes the nature of our common concern – the overwhelming military potential of the USSR. Yet I would like to emphasize that the Soviet menace is not a military one only; it is the menace of Communism as an idea, as an egalitarian, dynamic social force which, feeding upon world economic and social disequilibria, in itself poses a basic problem to the West, one which, though accentuated by its Soviet power backing, is perhaps even more dangerous in the long term.

The Atlantic Pact is a long step forward in the development of a common counter-offensive, as was ERP [European Recovery Program] and as will be the US technical aid program. But none of us are under any illusions that the Atlantic Pact itself is more than a symbol of our common determination, a contract, as it were, under which our new partnership must now proceed to develop the concrete means of first containing, then defeating World Communism. When I say defeating, I do not mean military action, for you are as well aware as I that the American people would not countenance aggressive war. I mean rather the building up of a power balance sufficient to destroy the debilitating fear of Soviet aggression and then, from this secure power base, taking active measures, on the one hand to remove in the non-Soviet world the social and economic pressures on which Communism thrives, and on the other hand to create active counterpressure to undermine the base of Soviet power itself.

The Atlantic Pact underlines the common understanding among our countries that only by combined action can we hope, without overwhelming cost which in the end would force us to adopt totalitarian measures, to achieve our mutual goal. Therefore, I would like this evening to go beyond the Atlantic Pact and expound in numerous vitally interrelated fields the joint policies essential for this purpose. I recognize that much of what I say will be disconcerting to many of you, that it presupposes a level of common action and understanding which it will be extremely difficult to attain in practice, and, finally, that it will require of some states sacrifices of traditional security and economic objectives which they may be most unwilling to make. But I submit that in this crisis of our age, great problems call for great decisions, and that the overwhelming importance of stopping the USSR dictates the submergence of what are essentially secondary objectives to the overriding necessity of evolving a realistic workable policy to insure, first, our survival, and second, the eventual triumph of the West.

There appear to us to be only two ways of meeting the problem. One would be to beat

the Soviets with their own weapons – a vast rearmament program and a ruthless suppression of Communism at home. Such a course, however, appears wholly impracticable to democratic states. First, it is unlikely that either the US Government, or those of many of your countries, could successfully sell such a program to their peoples. Although elected governments can, within limits, lead public opinion, they must in the last analysis, conform to the prevailing sentiment of the electorate. I can assure you that the present US Government, upon which of course the main burden would fall, cannot at the present time envisage any such approach. In any case, such a program would not be economically feasible for Western Europe, which must devote the bulk of its resources to recovery. In the US it would require the imposition of economic controls which, given the present climate of public and Congressional opinion, is impossible. Second, such a program might well do violence to the very institutions which we are seeking to preserve. Suppression of Communist parties could not help but require tampering with civil liberties and promote authoritarian controls. Huge rearmament expenditures, with attendant economic controls, would do the same to some extent. Not least, it would divert resources from the very social and economic welfare programs which we rely upon to remove those pressures which create Communism within our borders, programs which are at least as effective a weapon against internal Communism as arms are against the USSR. Moreover, US rearmament would reduce the scale of our foreign aid programs, including the projected technical aid, to a point where they would endanger recovery and economic development abroad. Finally, we must consider the effect of vast Western rearmament upon the USSR, particularly the danger that it might provoke the Kremlin to a realization of the desirability of a preventive war. We must not close our eyes to the fact that, despite the huge US war potential, the Western nations are practically disarmed and have no power sufficient to prevent the five hundred Soviet divisions from overrunning Western Europe and most of Asia. To be sure, we have the atomic bomb; but we must recognize the present limitations of our strategic methods for delivering it, and the vast problem of subduing a sprawling empire stretching from Kamchatka to the Skagge Rak with this weapon, to say nothing of the problem of using it against our occupied Western European allies. In any case, a Soviet attack, today, while we could eventually defeat it, would involve an operation of incalculable magnitude in which, even if eventual victory is sure, the consequences to the US, and particularly to Western Europe itself, might well be disastrous.

There is yet another policy, however, more suited to our present capabilities, which if pursued consistently and vigorously, with full cooperation of each partner, offers great hope of success. The best appreciation of all our intelligence services is that the USSR does not at present seek to turn the cold war into a shooting one. Although it probably foresees that its opportunities for substantial gains during the period of flux following World War II are about over, the Kremlin apparently is confident of the eventual demise of Western „capitalism“ and feels it can afford to wait for the anticipated US economic crisis when its overall power potential will more closely approximate that of the West. We must be under no delusions, however, as to the eventual Soviet objective. Despite any tactical shift to a policy of superficial cooperation in line with Lenin's „ebb and flow“ doctrine, the Western Communist parties will continue their attempts to undermine the basis of Western society. Moreover, we must look forward to the time when the USSR, having multiplied its own economic potential, particularly its scientific capability for producing new weapons, and having successfully assimilated its Satellites both in Europe and Asia, feels more able to challenge by force a relatively weaker West.

Yet our best estimate is that we have several years in which we can count on a breathing

spell. Our Government believes that the Atlantic Pact members and all other like-minded nations must fully utilize this period to evolve a common policy which will enable us to face the future, not only securely but with the capability of taking the „cold war“ offensive ourselves. For we should appreciate that Soviet nationalism is dynamic; it must expand, and the only way to defeat it eventually is not merely to contain it but to carry the ideological war to the Soviet sphere itself. Therefore, I should like to outline for you in six key categories the policy which the US feels is essential. As I said earlier, it requires certain major sacrifices of traditional national objectives which it will be hard to sell to your respective publics. Many of them involve calculated risks, of which a careful analysis must be made prior to any policy decisions. We envisage full preliminary exchange of views on these subjects. But the important thing is to keep our eyes on the overall objective, to examine each policy in terms not merely of its own narrower effects but as a part of the grand design. Mr. Secretary, will you outline the first point?

The Secretary of State: We feel that there is no international question on which there is likely to be more sharp difference of opinion between the A[tlantic] P[act] nations than on policy toward Germany and Japan. The US point of view is simply this. We see Japan and Germany as major power centers, neutralized now but inevitably reviving, lying between the USSR and the West. There is no question but that the USSR looks upon the eventual absorption of Germany, in particular, into the Soviet orbit as a major objective. There are already signs that the USSR is reversing its hard economic policy on stripping the East Zone and is encouraging the revival of German nationalism with the idea that a revived Germany, allied with the Soviet, would be almost unbeatable. Of course, the Kremlin is well aware that a new Germany could turn on the East as well as the West, but hopes to avoid this through strict Communist party control. From the Western point of view, we too realize the grave dangers of encouraging German revival. We believe, however, that the advantages of orienting Germany toward the West and countering Soviet moves justify a calculated risk. Any Allied policy which does not allow reasonable scope for German revival may force that nation into the arms of the USSR. Therefore, we urge that the Western powers adopt a joint policy of encouraging German economic revival, accelerating the development of democratic institutions, and actively combatting Soviet subversion. Such a policy does not envisage the abandonment of adequate security controls through the prohibition of specific key industries and restrictions on, or even prohibition of, any armed forces. It does, in the opinion of our German experts, require encouragement of a reasonably centralized West German government with judicious checks and balances between federal and state powers, removal of restrictions on German economic recovery and a gradual integration of Germany into the Western European bloc.

Mr. Schuman: While such a policy would be most desirable if we could rely on German democratization and westward orientation, France, with a history of three invasions in seventy years, has grave doubts of its success. Perpetual neutralization of Germany, a policy to which the Russians, too, having had some experience of German invasion, might agree, appears to us the ideal solution.

Secretary of State: We feel that such a policy is unrealistic in that history shows that a dynamic nation of 70 000 000 people, acutely conscious of its past, cannot be perpetually held down, particularly when two opposing power blocs are bidding for its support. Our aim is at least to tie West Germany closely to the West before German nationalism revives and the Germans, as before, can play off one bloc against the other. Moreover, we feel that there exists a sound method of preventing Germany from becoming a menace to Western security

while still orienting her toward the West. It lies in the integration of the Reich as a full-fledged partner in an increasingly unified Western Europe. By tying the German economy into a strengthened OEEC [Organization for European Economic Cooperation], by combining any future German armed forces into a unified Western defense, and by making her a partner in a developing Council and Parliament of Europe, we could provide full scope for German energies and give the Germans a goal to work for as partners with other Western countries. Fortunately, we can take advantage of the fact that German antipathy toward the USSR, intensified by ruthless Soviet occupation policies, is far greater than that toward the West. We must recognize that not only is German economic revival essential to a viable Western European economy but it is essential to prevent the spread of Communism or the revival of some other form of totalitarianism in Germany itself. German political revival, if directed toward the larger European goal, can capture the German imagination in the same way. The Western Zone parties are ripe for such an approach, but if rebuffed, will inevitably turn toward both renewed chauvinism and the outstretched Soviet hand. We must act now, while the psychological atmosphere, enhanced by our success in Berlin, is right.

Mr. Spaak: I believe Belgium would strongly favor German integration into a federal Western Europe.

Mr. Schuman: France has already favored such a policy but believes it must be done in a context of continued strict security controls and by keeping Germany decentralized and weak.

Mr. Bevin: I have consistently favored a realistic German policy. You have omitted what we believe essential, however, which is that only a socialization of the Trizone economy will provide the necessary broad base of popular democratic support, particularly from the trade unions.

Secretary of Defense: In the long run we recognize the desirability of analyzing this possibility, but we have felt that first we should get the German economy on its feet and then let the Germans themselves worry about socialism. Moreover, the American people would hardly go for an OMGUS [Office of Military Government for Germany] socialization program. You can't socialize and increase production at the same time. You need the experienced managers back first. The US can't continue subsidizing Japan and Germany much longer.

Mr. Bevin: Socialization in Britain doesn't appear to have greatly impeded our recovery. This leads me to another sore point. To be perfectly frank, His Majesty's Government are no little concerned with the revival of German trade competition. At a time when Britain's export drive is the crux of her efforts to achieve self-sufficiency, we fear that revived German industry, especially in such categories as shipbuilding and machinery, is a dangerous thing. No doubt there are others present who feel the same.

Secretary of State: That is one of the calculated risks of which the President spoke. If Germany is to revive, she must be allowed to compete for a share of world markets. An increasing degree of European economic cooperation, as we intend to point out later, may offer a partial solution here.

Mr. Bevin: We are inclined to feel the same way about Japan.

Secretary of State: It is the same type of problem. Japan, although a less critical area than Germany and completely in our hands, poses an equally serious long term problem. Japan, too, a nation of over 70 000 000 must be allowed an opportunity for political and economic development (and I think here that political will largely follow economic), if we are to assure her orientation toward the West. Japan's economic problem is almost insoluble without a

whole realignment of its trade patterns. Sovietization of Korea, Manchuria and now China has cut off not only her primary raw material sources but also some of her richest markets. The USSR may promote restoration of Japanese trade with these areas but this would be highly dangerous in that it gives the Soviets a potent lever for pulling Japan into closer relations with them. Our problem is to promote a redistribution of Japanese trade to the Philippines, Southeast Asia, India, and also the Americas, Africa, and Europe, even though it may strongly compete with us. Japan is in the throes of a social revolution and if we are unable to solve its economic problems, we risk not only a revival of anti-US feeling but also an inevitable drawing closer to its natural markets in North Asia. Mr. Secretary, have you some comment on Japan's strategic position?

Secretary of Defense: It is essential to recognize the strategic importance of Japan vis-à-vis the USSR. Any future war will be fought on a global scale and the Soviet Far Eastern area is the one important Soviet economic nucleus highly vulnerable to immediate attack. From a secure base in Japan, much closer than Okinawa, we can not only reach key industrial centers but can flank the long finger of Soviet Siberia pointing toward Alaska.

Mr. Bevin: A propos of reviving Jap exports, I must consider not only the Lancashire textile people but the dominions, you know.

Mr. Stikker: We would be most unhappy about renewed Japanese trade penetration in Indonesia.

Secretary of State: That leads us into another major policy difficulty, the colonial problem. This Government is caught between two fires, on the one hand, the desire to bolster the Western European colonial powers, and on the other the necessity of establishing sound relations with the rising new states of Asia to prevent them from leaning toward the USSR. Here, too, is a critical area where we feel the colonial powers must subordinate their immediate interests to the larger problem of coping with Communism. Except for the UK, the colonial powers are, in our opinion, shortsightedly sacrificing their long term interests in a forlorn attempt to re-establish pre-war patterns of colonial domination. We must appreciate the historical trend of nationalism in many underdeveloped areas and understand that if we are to preserve our long term economic ties with these areas, we must substitute a policy of encouragement of and cooperation with indigenous colonial regimes for the impossible one of colonial suppression. Certainly, the Dutch police action and the protracted French struggle with Ho Chi-Minh have only cost lives and dollars for little return. We cannot expect to repress local nationalism more than temporarily at best, and in doing so we only encourage native radicalism and provide a golden opportunity for the USSR. We must recognize the inevitable in this case, no matter how it hurts our pride.

Mr. Stikker: I must object to the Secretary's characterization of Dutch policy as reactionary. The Republican regime was clearly Communist and was a small minority seeking to impose its will on the bulk of the Indonesian population. The Netherlands needs Indonesian resources for its economic recovery and we will not just abdicate and get out. Besides, Dutch interests in the Indies are quite fearful of the US supplanting them in exploiting the area's economic wealth.

Secretary of State: On your first point, our understanding is that the Sjahrir Government was relatively middle of the road, and in fact suppressed a Communist rebellion in Java. Granted that the products of Southeast Asia are essential to most Western countries, we can look forward to continued and expanded trade with them only if the situation is stabilized. These new states are as yet undeveloped and need all sorts of aid in their economic growth. Only the US and Western Europe can provide such aid and this will exert an inexorable pull

toward the West. In the short and long run, an exchange of Western capital and industrial goods for Asian raw materials will lay the foundation of a far more profitable economic relationship than continued armed repression. The President's Point Four program is a tremendous weapon for us here. And I would remind you that the Congress will not indirectly subsidize colonial ventures through the ERP.

Secretary of Defense: Our military people are very disturbed at the scale of French and Dutch military effort in Indonesia and IndoChina, which drains off forces essential to Western European defense. We cannot look too favorably on rearming Western Europe if this merely permits diversion of troops to hopeless colonial warfare. After all, the vital defense problem is at home.

The President: I realize that this is a most touchy subject, although I must add that I am inclined to agree with the US military views. The Chinese Communist advance is bringing them to the borders of Southeast Asia and it appears to me vital that we settle our problems there before a further disruptive factor is introduced. However, since we have raised the problem of defense of Western Europe, let us proceed to that point.

Secretary of Defense: We must all face the fact that neither the signing of the Atlantic Pact nor any initial US military aid program is going to enable us to hold the Rhine line. It will be some years, assuming continued US aid and probably increasing rearmament by Western Europe itself, before we can feel confident of our ability to do this. Even in this case, however, our military advisers are very pessimistic unless a great number of hard decisions are taken and carried out. Barring a great increase in Soviet aggressiveness, we cannot assume that the American Congress will back an aid appropriation of more than one billion dollar plus a year. It is equally clear that substantial Western European rearmament is not feasible without hampering economic recovery at this time.

Mr. Bevin: Let's not fool ourselves. ERP is a better security measure than a few more divisions in Germany, which would be only drops in the bucket anyway.

Secretary of State: It's a problem of securing a desirable balance between the two, of not wholly neglecting short term possibilities, while still building for several years hence.

Secretary of Defense: Unless we take drastic measures to fully utilize what is and will be available, we shall be unable to provide any effective defense. This principle must be first, to unify our forces and our military production to the fullest possible extent, and, second, to be ruthless in concentrating almost everything we have in the critical area. To disperse our strength all over the globe will be almost fatal.

Mr. Schuman: I assume that Northwest Europe is the critical area?

Secretary of Defense: Absolutely. But in order to have even a fighting chance before, say, 1956, and even by then, we believe that the following things must be done, and quickly. At the outset we must create a genuine combined command, with full control over strategic and logistical planning, and full operational control in time of war. We feel, for security and other reasons, that it should be limited to the US, UK, and France, with liaison missions from the other members. Under it would be the present Western Union organization, perhaps expanded to include Italy, which would be responsible for detailed planning and coordination in Western Europe. Second, we must radically alter the ratio of land, sea, and air forces to fight what will be primarily a land and air war. We are grossly overbalanced in naval strength while our land armies are almost non-existent. Regardless of the blow to service and national sensibilities, it seems logical to entrust the naval mission to the US and British navies and to require the continental countries, especially France, Italy, and the Netherlands, to concentrate on building up effective armies. Similarly, the strategic bombing must

be allocated to the US and to some extent the UK, while the others and the UK develop tactical air forces. Third, we must achieve a genuine integration in training, equipment, and operating techniques, with type units the same in all armies and with similar tactical doctrine, chains of command, and (to as great an extent as possible) weapons and equipment. Fourth, we must divide up armaments production to eliminate duplication of facilities, promote standardization of weapons and reduce costs. Finally, it is logical that the UK and especially the US, with the greatest armaments potential and also the farthest removed from the Soviet reach, should become the arsenals of the Atlantic combine. We realize that such far-reaching measures will not be easy to take and that France, for example, may be most reluctant to reduce its navy or rely on other nations for some items of equipment but the alternative to such drastic policies is that Western Europe continues to have only a paper defense.

Mr. Spaak: Our greatest fear is that US commitments are so worldwide that with the US rearming Italy, Greece, Turkey, Iran, Korea, Scandinavia and perhaps others, the aid available to Western Europe will be too little and perhaps too late.

The President: I intend to order the Joint Chiefs of Staff to keep aid to strategically peripheral areas to the minimum. Such aid is more for internal security and psychological purposes and to warn the USSR to keep off than for anything else. We will have to get clearly across the basic principle that any future war is going to be global, as the boys in the Kremlin well know, and that if we are strong in the decisive theatres it will keep them from striking anywhere else.

Secretary of State: There is an equally important corollary to all-out defense cooperation and it is a field in which we feel Europe must put forth a greater effort. This is in the field of greater European economic and political unification. Particularly with the ERP, we feel that after a fine start, the impetus toward cooperation has fallen off as recovery proceeds. We are enthusiastic over the great strides made in the OEEC, Western Union, and the Council of Europe so far, and are perhaps more aware than we are given credit for, of the enormous obstacles of tradition, distinct national economies, etc. I must warn you, however, that the Congress will want to see more tangible results than mere production figures if we are to secure the desired funds. It has been made abundantly evident to all of us that only by uniting more closely will we ever create a power balance without prohibitive cost. Dovetailing of the European economies and closer political cooperation will have two effects. By establishing a solid base for recovery it will both reduce the internal Communist threat and provide the essential power base for adequate future armament. Europeans must recognize that the pre-war economic situation is gone forever, that what Europe needs is not a return to 1938 economic patterns but a whole new approach, if she is to achieve viability. Eastern Europe is gone semi-permanently from the Western orbit and, although we hope for a substantial revival of trade, it will be on a new basis and not as before. Europe's investments abroad and much of her invisible income has disappeared and new methods of balancing her trade with the rest of the world must be found. The necessary steps have been outlined, albeit somewhat hesitantly, by the OEEC; Europe must grasp the opportunity.

Mr. Lange: Although we are a small nation, I believe I speak for most of Western Europe when I say that so much of our ability to achieve viability and an expanding economy depends on the US.

Secretary of State: We are extremely conscious of that problem, although Congress and the American people are a bit behind us in recognizing the key role of the US in the world economy and the obligations it imposes on us. But in the ERP we have shown our willing-

ness to divert scarce goods to European recovery and even to build up what will become a major competitor to us. The State Department, since Secretary Hull's regime, has consistently sought to lower US import barriers and to promote a regime of freer multilateral trade. We are trying now, through GATT [General Agreement on Tariffs and Trade] and ITO [International Trade Organization], to commit the US to such a policy. We are also conscious of the impact of fluctuations in the American economy upon the entire world and are making every effort, Congress willing, to provide methods of minimizing any such swings.

Count Sforza: I'm sure we all realize the difficulty of educating Americans to see this problem, but they must understand that unless other countries can export to the US, they cannot earn the dollars with which to pay for their imports, loans, and credits from the US.

Secretary of State: Count Sforza, you, perhaps more than anyone else here tonight, have been an outstanding protagonist of closer intra-European cooperation in both the economic and political fields. You will appreciate then, the sense of urgency with which this Government views the desirability of closer European political unification, both to supplement and to enhance the cooperation in recovery and defense. We feel that Western Europe must be given a new sense of unity, a dynamic new goal to revive cynical and war-weary spirits, an antidote, in a sense, to the appeal of international Communism. We also feel that such is the magnitude of Europe's problems, plus the external menace, that only such a common approach offers any real solution. We recognize the necessity of gradualness, of proceeding no faster than public opinion will allow, but we are informed that the people themselves are somewhat ahead of their leaders in this case. We agree that no such step as a United States of Europe is feasible or even desirable at this stage, but rather a series of concrete steps to solidify and extend the remarkable progress already made. In this connection, Mr. Bevin, we are somewhat concerned over the evident UK hesitation about proceeding too far along these lines.

Mr. Bevin: Britain is too often accused of being the Bashful Boy in this sphere. Frankly, we do not consider ourselves a continental nation; we have a worldwide commonwealth to look after and our attitude toward the continent is somewhat like that of the US. We are willing to shoulder more than our share of the burden, but we do not wish to rush headlong into entangling commitments until they have had a long period of careful gestation and we are sure they will not tie us down to a series of politically unstable governments which are also economically weak. As you know, Britain has contributed more than any other European country in recovery aid.

Mr. Schuman: Perhaps Mr. Bevin would prefer to wait until the Communists had „stabilized“ Western Europe?

Secretary of State: We can understand the British caution about too hasty moves which may later limit her freedom of action. The US, too, has shied even more clear of European entanglements, but we hope that ERP and the Atlantic Pact mark the beginning of a new phase. We cannot emphasize too strongly that the continent is Britain's shield against attack, even more so than it is ours . . .

Mr. Bevin: We are well aware of that fact.

Secretary of State: . . . and that some sacrifice of her traditional aloofness may be justified if it helps shore up our common bulwark.

The President: There are numerous other critical problems such as economic warfare policy and export controls, the necessity of shoring up our position in the Near East and Far East, perhaps by further regional pacts, the whole basic problem of developing domestic

economic and social policies which will internally strengthen our Western society and fight Communism from within, the need for a dynamic political and psychological warfare program to counter Soviet propaganda and seize the initiative in the cold war, and last, how to strengthen the UN as a focal point for rallying and tying together the entire non-Soviet world. But the decisive theatre is Western Europe, the only power complex sufficiently strong, combined with the US, to decisively redress the world power balance and the only one which, if seized by the USSR, might render her almost impregnable. We have outlined to you what in our view is vitally necessary if we are to transform the Atlantic security bloc from a power plan to a solid reality, fully recognizing the calculated risks, the common sacrifices, and the enormous difficulties involved. This Government is aware that progress will necessarily be slow and beset with complications but it is firmly convinced of the necessity of keeping clearly in mind the overall objective of integrating all facets of our policies to this end.

Mr. Spaak: Mr. President, I am sure I speak for all present when I say that we are grateful for your forceful, in fact often blunt, statement of US thinking and that we shall consider carefully what you and your ministers have told us today.

Literatur*

I.

GIAN ENRICO RUSCONI

Renzo De Felice, Mussolini l'alleato.

I. L'Italia in guerra 1940–1943,

Bd. 1 Dalla guerra 'breve' alla guerra lunga,

Bd. 2 Crisi e agonia del regime,

Turin 1990

II.

HERMANN VON DER DUNK

Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918,

Bd. I. Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1991

Hermann Glaser, Kulturgeschichte der Bundesrepublik

Deutschland, München/Wien 1985–1989, 3 Bde.

III.

ALAN S. MILWARD

Henry Ashby Turner, Jr., The Two Germanies Since 1945,

New Haven/London 1987

Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation.

Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988

Werner Weidenfeld (Hrsg.), Politische Kultur und deutsche
Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der
Bundesrepublik Deutschland, Köln 1989

* Unter dem Stichwort „Literatur“ geben die Vierteljahrshefte einmal im Jahr ausländischen Kollegen das Wort, um zu Ergebnissen der Forschung zur deutschen Zeitgeschichte, die ihnen besonders bemerkenswert erscheinen, ihre Meinung zu sagen. Welche neueren Werke in der hier gewählten Form der Buchbesprechung gewürdigt werden, ist allein Sache der eingeladenen Autoren.

Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher,
Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen,
ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987

Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.),
Von Stalingrad zur Währungsreform.
Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988

Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands
in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990

Hans-Günter Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im
Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche
Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980

I.

1. Renzo De Felice, der angesehenste und prominenteste unter den italienischen Wissenschaftlern, die sich die Erforschung des Faschismus zur Aufgabe gemacht haben, hat den vierten Teil seiner mittlerweile auf sieben Bände gediehenen Monumentalbiographie über Benito Mussolini veröffentlicht. Das aus zwei Teilbänden bestehende, insgesamt mehr als 1550 Seiten umfassende Werk behandelt nicht nur die Persönlichkeit des „Duce“, sondern enthält auch eingehende Analysen des faschistischen Regimes, der führenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gruppierungen und darüber hinaus der italienischen Gesellschaft zwischen 1940 und 1943. In vieler Hinsicht kann man deshalb die vorliegenden zwei Teilbände als eine Studie über die Kulminationsphase des faschistischen Regimes bezeichnen, die mit der Perspektive auf den „Schöpfer“ des Faschismus geschrieben worden ist.

Der Titel „Mussolini, der Verbündete“ knüpft an die vorangegangenen Bände an, die von Mussolini als „Revolutionär“ (1883–1920), „Faschist“ (1921–1929) und als „Duce“ (1929–1940) handeln. Aber während De Felice das Verhalten und die entscheidenden Weichenstellungen Mussolinis im Zusammenhang mit dem Bündnis mit Hitler-Deutschland beschreibt, beschränkt er sich nicht darauf, längst Bekanntes zu wiederholen. Er bietet vielmehr eine präzise Interpretation. Nach De Felices Auffassung war die Politik Mussolinis in allen Phasen des „Achsen“-Bündnisses charakterisiert durch die Suche nach einem einigermaßen befriedigenden Verhältnis zum deutschen Partner. „Ein Verhältnis, das Mussolini gleichzeitig in einer wechselnden, widersprüchlichen, emotionalen und rationalen Weise erlebte, nicht selten deutlich geprägt von wiederkehrenden Höhen und Tiefen und von öffentlichen und privaten Äußerungen, die seine Person nicht immer mit Präzision erfassbar und deutbar machen, die man aber präsent haben muß, wenn man sowohl die Grundlagen seines politischen Handelns (wobei der militärische Aspekt fast immer nebensächlich blieb) als auch seine menschliche Tragödie verstehen will“ (S. 106).

Zu Beginn, in den Jahren 1940 bis 1941, stand die Allianz mit den Deutschen im Zeichen der Konkurrenz. Die Allianz war geprägt vom Versuch Mussolinis, die sich abzeichnende Hegemonie Deutschlands in Europa durch einen „Parallelkrieg“ Italiens aufzuwiegen. Dieser Versuch wurde aber durch die militärischen Schlappen der Italiener in Libyen und Griechenland zum Scheitern verurteilt. Nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR und mit den wachsenden Schwierigkeiten der Deutschen in Rußland zeichnete sich eine zweite Phase ab (die in der ersten Hälfte des Jahres 1943 immer deutlicher hervortritt), in der Mussolini den deutschen Verbündeten von der Notwendigkeit zu überzeugen versuchte, die militärische Gesamtstrategie in wesentlichen Punkten zu verändern (Einfrieren der Ostfront durch einen Ausgleich mit dem stalinistischen Rußland und entschiedene Konzentration der Kräfte im Mittelmeerraum, den Mussolini stets als von zentraler Bedeutung angesehen hatte). Nachdem auch daraus nichts geworden war, schien es dem „Duce“ schließlich (nach der Landung der Alliierten in Sizilien) nur noch um eine ehrenhafte Lösung aus dem Bündnis mit Hitler zu gehen, das zu einer untragbaren und ausweglosen militärischen Abhängigkeit Italiens

geführt hatte. Die Beziehungen zum deutschen Verbündeten waren nicht zuletzt deshalb besonders schwierig geworden, weil Mussolini gegenüber Hitler widersprüchliche Gefühle hegte. Der „Duce“ fühlte sich immer – auch und besonders in den kritischsten Momenten der „Achse“ – als der „politische Kopf“, Hitler erschien ihm zunehmend mehr als ein verantwortungsloser „fanatischer Ideologe“. Aber die militärischen Desaster, die Italien hinnehmen mußte, brachten Mussolini schließlich in eine psychologisch und politisch so unhaltbare Situation, daß seine Ratschläge lächerlich wurden. Das Ergebnis war eine ungezügelter und wachsende Mißstimmung gegen die Deutschen, die – in den Worten eines zeitgenössischen Beobachters – im Frühjahr 1943 an echten Haß grenzte.

Mussolini glaubte, daß ihn „die Deutschen (...) 1939 hintergangen hatten, als sie ihm mit dem Bündnis den Frieden in Aussicht gestellt und ihn dann plötzlich mit dem Krieg konfrontiert hatten; die Deutschen hatten ihn 1940 mit der Vision eines schnellen Friedens zum Kriegseintritt veranlaßt und die Engländer dann doch nicht zur Kapitulation veranlassen können; die Deutschen hatten 1941 den Angriff auf Rußland mit dem Versprechen gestartet, es innerhalb von zehn Wochen zu besiegen, und mußten sich jetzt unter dem Druck der siegreichen Roten Armee überstürzt zurückziehen; die Deutschen hatten 1942 eine anglo-amerikanische Landung in Afrika ausgeschlossen und nun, da mit Tunesien der letzte Stützpunkt in Afrika gefallen war, setzten sie das ungeschützte und wehrlose Italien den Angriffen seiner Feinde aus“, wie De Felice auf S. 1272 schreibt.

Der zitierte Ausschnitt zeigt exemplarisch, wie De Felice die Meinungen Mussolinis in die eigene Analyse aufnimmt. Natürlich entbindet das aber (wie wir noch sehen werden) den Historiker nicht davon, den Grad der Irrealität dieser Auffassungen und die fatalen Konsequenzen, die sich daraus für die Politik Mussolinis ergaben, zu bewerten. Aber man darf nicht vergessen, daß das „deutsche Syndrom“ oder die Fixierung auf die Deutschen – subjektiv bald als „Angst“, bald als „deutscher Verrat“ erlebt – nicht nur von fast der gesamten Führungsschicht, sondern auch von den einfachen Leuten geteilt wurde. Das „deutsche Syndrom“ ist ein wichtiges Element, um die gesamte Dynamik zu verstehen, die zum politischen Ende Mussolinis am 25. Juli 1943 und darüber hinaus in die Phase der Republik von Saló führte.

2. Was bieten die beiden Teilbände über „Mussolini, der Verbündete“ an Innovativem, was korrigieren sie am gängigen historischen Bild, das man sich von diesen Jahren gemacht hat? Welches sind die wichtigsten Kontroversen mit der „linken“ Geschichtsschreibung, gegen die De Felice ausdrücklich polemisiert? Es ist die ständige Sorge des römischen Historikers, eine komplexe Vorstellung von Mussolini zu liefern, widersprüchlich, aber nicht ideologisch vorgefertigt. Ein wesentliches Element dieses Bildes ist der Krieg, und zwar nicht als gleichsam „natürlicher Ausfluß“ der aggressiven und opportunistischen Natur des Faschismus verstanden, sondern als Konsequenz des Krätemessens mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Das war, so De Felice, der rationale Kern der Politik Mussolinis, der hinter hundert anderen Impulsen, Launen, feindseligen Gefühlen sowie irrationalen und unrealistischen Illusionen sichtbar wurde – ein Kern, der in der Idee, in der Erwartung einer großen europäischen Neu-

ordnung einen „kurzen“ und „parallelen“ Krieg an der Seite Deutschlands führen zu können, und in anderen Aktionen steckte.

Das Ziel der Politik Mussolinis war es, innerhalb der „Achse“ einen weniger bedrohlichen und vertrauenswürdigeren Gegenpol zum Staat Hitlers zu bilden, der insbesondere für die kleinen Nationen (vor allem auf dem Balkan) attraktiv werden sollte, die durch die Aussicht einer unkontrollierten deutschen Hegemonie auf dem Kontinent beunruhigt waren. Dies ist in De Felices Augen das Leitmotiv, das in allen Phasen der Politik des faschistischen Diktators spürbar war (vgl. dazu die Seiten 92, 105, 283, 535).

Natürlich sind Absichten immer eine Sache, eine andere sind die Irrtümer in der Bewertung der eigenen militärischen und politischen Ressourcen. Hinter den Irrtümern und Widersprüchlichkeiten des „Duce“ wird aber in der Darstellung De Felices ein in vieler Hinsicht überraschendes Bild – überraschend im Hinblick auf die gängige Geschichtsschreibung – der tiefen Krise geboten, in die der Faschismus schon vor dem Krieg geraten war. Mit den militärischen Katastrophen wurde die Krise offenbar und irreversibel, ohne daß die italienische Gesellschaft freilich überzeugende Alternativen zum Faschismus hervorgebracht hätte. In diesem Zusammenhang gewinnt De Felices polemische Interpretation der historischen Bedeutung der zahlreichen Arbeiterstreiks vom März/April 1943 besonderes Interesse, die häufig als Vorläufer der antifaschistischen Resistenza angesehen werden. Es ist später noch auf diesen Punkt zurückzukommen, hier genügt es, daran zu erinnern, daß damit die generelle Frage des Charakters der Zustimmung zum Faschismus ebenso berührt wird wie die Frage nach den Formen, in denen sich diese Zustimmung in den verschiedenen sozialen Schichten ausdrückte, und nach den Gründen der raschen Auflösung des Konsenses.

Auf all das führt die Periodisierung hin, die De Felice bezüglich der Konsens- und Legitimationskrise des Regimes vornimmt. Nach Meinung des römischen Historikers machten sich erste Anzeichen eines ernsten inneren Dissenses und eines breiten Popularitätsverlustes des Regimes bereits 1938 bemerkbar, als der Faschismus „totalitäre“ Maßnahmen ergriff und sich gleichzeitig Nazi-Deutschland annäherte. Der Versuch des „Duce“, dem faschistischen Regime neue Impulse zu verleihen, indem er die alten behäbigen Funktionäre durch „Mussolinianer“ ersetzte, bezog sich unter anderem auch auf die Partei, die eine neue Rolle erhalten sollte „als möglichst indirekt wirkendes (...) ‚bürokratisches‘ Instrument zur Homogenisierung der Gesellschaft, zur politischen Erziehung der Massen“ (S. 974). An diesem Unternehmen, das auch wegen der hartnäckigen Opposition der alten faschistischen Führungsgruppe besonders schwierig war, zeigten sich zwei Aspekte, die in unterschiedliche Richtung weisen. Auf einer Seite stand der Wille des „Duce“, eine entschiedene „totalitäre Wende“ herbeizuführen, während auf der anderen Seite die Absicht erkennbar war, Originalität und Eigenart des italienischen Faschismus gegenüber dem Nationalsozialismus zu bewahren.

Dieses Vorhaben wurde durch die konfrontative Zuspitzung der internationalen Krise in den Jahren 1939/40 und dann durch den Kriegseintritt Italiens unterbrochen. Genau betrachtet aber paßte die italienische Intervention durchaus zu den Absichten des „Duce“; sie diente seinem Plan, den Faschismus zu dynamisieren und zu kräftigen.

Denn ein schneller, mit geringen Kosten verbundener militärischer Sieg, dessen Endpunkt eine Friedenskonferenz gewesen wäre, auf der Italien die Rolle eines Maklers hätte spielen können, hätte die innenpolitischen Hemmnisse, die der von Mussolini angestrebten totalitären Erneuerung des Faschismus entgegenstanden, beseitigt. Die militärische Intervention wäre so für den „Duce“ eine entscheidende Trumpfkarte, nicht nur auf der internationalen Ebene, sondern auch im eigenen Land gewesen. Und obwohl die Dinge schon von Beginn an nicht in die gewünschte Richtung liefen, hatte es zumindest bis zum Oktober 1940, bis er den Entschluß faßte, Griechenland anzugreifen, den Anschein, der „Duce“ würde recht bekommen.

3. Hat man diese Motivlagen vor Augen, so stellt sich die Frage nach der Unzulänglichkeit der militärischen Vorbereitung für den Kriegsfall, oder, genauer, die Frage, weshalb Mussolini Griechenland überfiel, obwohl er die materiellen und technischen Defizite der italienischen Truppen genau kannte. In diesem Punkt ist De Felice sehr eindeutig. „Mussolini hatte keine umfassenden Informationen über die Gesamtlage, aber sicherlich einen so guten Einblick, daß ihm – theoretisch – eine realistische Bewertung möglich war. Wenn er daraus nicht die logischen Konsequenzen oder wenn er diese nur mit großer Verspätung zog, so lag das an einer Reihe von persönlichen Unzulänglichkeiten und Irrtümern“ (S. 536). Diese Fehleinschätzungen hingen mit der Erwartung zusammen, einen „parallelen“, „kurzen“ und wirtschaftlich nicht weiter kostspieligen Krieg führen zu können. Der „Duce“ ahnte nicht, welche und welches Maß an Ressourcen und Rüstzeug für eine wirkungsvolle militärische Intervention unerlässlich waren, auch wenn er sich auf die Seite Deutschlands stellte.

Seit April 1940 hatte der „Duce“ den Generälen des italienischen Heeres angekündigt, daß Italien einen „parallelen“ Krieg führen würde, das heißt einen Krieg „weder für Deutschland, noch mit Deutschland, sondern neben Deutschland“. Dieser Plan wird von De Felice angesichts der militärischen Gegebenheiten als „absurd“ bezeichnet. Schlimmer sei aber noch gewesen, daß das militärische Establishment sich dessen nicht bewußt geworden war. Fatal waren auf jeden Fall die Konsequenzen – angefangen bei der Weigerung des „Duce“ im Sommer 1940, deutsche Unterstützung bei der Offensive in Libyen zu akzeptieren. Damals hätte ein entschiedener und konzertierter deutsch-italienischer Schlag Großbritannien an einer empfindlichen Stelle und in einer außerordentlich prekären Phase getroffen; er hätte die militärische und politische Situation im Mittelmeerraum oder im Mittleren Osten radikal verändert. Aber auch hier hatte Mussolinis Entschluß, allein zu handeln, nicht nur mit der Überbewertung der eigenen Kräfte zu tun, sondern auch mit dem „Mißtrauen, das sich bei ihm seit Mitte 1939 bezüglich der Verlässlichkeit der Deutschen entwickelte“ (S. 110). Er befürchtete, daß die Deutschen, wenn sie einmal in Afrika wären, wieder an ihre alten expansionistischen Kolonialpläne anknüpfen könnten.

Noch verheerender war die übereilte Entscheidung, am 28. Oktober 1940 Griechenland anzugreifen und Hitler damit vor vollendete Tatsachen zu stellen. Diese Entscheidung wurde übrigens auch durch die Nachgiebigkeit der militärischen Spitzen und durch andere Irrtümer in der Beurteilung der politischen Lage (vor allem von Seiten Galeazzo Cianos) begünstigt. Aus der italienischen Offensive in Griechen-

land wurde binnen kurzem, unter heftigem griechischen Druck, ein demütigender Rückzug nach Albanien. Die mangelhafte Vorbereitung und Ausrüstung der italienischen Truppen trat damit schlagartig in ihrer ganzen Schärfe zutage – eine Tatsache, bei der sich die italienische Geschichtsschreibung und Publizistik lange aufgehalten hat, um dann ein negatives Urteil über Mussolini zu fällen. De Felice schreibt dazu: „Von jedem beliebigen Gesichtspunkt aus sieht man hier, daß die Monate November, Dezember 1940 und Januar 1941 für die italienischen Truppen die dramatischsten des ganzen Krieges waren. Im Verlauf des Krieges gab es in der Tat weitere ähnliche und auch schlimmere Augenblicke; aber keiner hatte so eklatante Formen angenommen und so traumatische Rückwirkungen auf das Erscheinungsbild Italiens, des Regimes und für Mussolini selbst gehabt“ (S. 308). Das deutsche Eingreifen zugunsten Italiens, das während des Treffens auf dem Berghof am 19. und 20. Januar 1941 verabredet wurde, bedeutete natürlich das Ende von Mussolinis „Parallelkrieg“. Aber nach diesem Treffen mit Hitler begann hinter der Fassade formal korrekter Beziehungen zwischen den beiden Verbündeten eine lange Serie von Zweideutigkeiten und Täuschungen, die sich über Jahre hinzog. Mussolini verzichtete nie darauf, die Kriegsteilnahme Italiens „teilweise abweichend und manchmal sogar in offenem Gegensatz zur politischen Strategie des Verbündeten“ zu begreifen (S. 310). Natürlich war das ein weit überzogener Anspruch, der den deutsch-italienischen Beziehungen nicht bekam; er irritierte die Deutschen und verstärkte ihre Neigung, Italien auf eine untergeordnete Stufe herabzudrücken. Aus den zermürbenden Treffen der Verantwortlichen der beiden Regierungen, sei es mit den beiden Führern, sei es ohne sie, läßt sich leicht ablesen, daß die deutsche Strategie gegenüber Italien darauf hinauslief, Italien militärisch nur so weit zu stützen, daß es die Engländer in Afrika beschäftigen und später den Vormarsch der auf der Halbinsel gelandeten Alliierten bremsen konnte. „Deutschland führte immer und ausschließlich den eigenen Krieg, ohne sich um seinen italienischen Verbündeten zu scheren“, so De Felice (S. 567). Trotz der (im übrigen häufig zweideutigen) schriftlichen Vereinbarungen wurden die Wirtschaftsabkommen und die Hilfeversprechungen systematisch ignoriert. Andererseits waren die Deutschen stets sehr daran interessiert, italienische Arbeitskräfte zu „importieren“, obwohl die Lebensbedingungen, die die italienischen Fremdarbeiter dort erwarteten, keinesfalls dem Geist des „Achsen“-Bündnisses entsprachen; sie wurden wie jede X-beliebige Gruppe von Fremdarbeitern behandelt, die man ausbeuten wollte. In diesem Zusammenhang sollte man schließlich auch nicht vergessen, daß die Deutschen, trotz gegenteiliger Versicherungen, darauf abzielten, Italien vom Balkan zu verdrängen, und keine Gelegenheit verstreichen ließen, die dortige wirtschaftliche und politische Position Italiens zu schwächen. Mit einem Wort: Das Bild, das De Felice vom deutschen Verhalten gegenüber Italien, speziell nach 1941, zeichnet, zeugt von tiefer Geringschätzung, ja von Verachtung des italienischen „Achsen“-Partners (wie sich auch in den Goebbels-Tagebüchern zeigt), der freilich in seiner abhängigen Stellung kräftig ausgebeutet wurde. Wie sich in diesem Klima zwischen den Führungsgruppen der beiden Länder Gefühle einer echten „Allianz“ bilden sollten, ist eine naheliegende Frage.

4. Der zweite Teilband, der den Titel „Krise und Agonie des Regimes“ trägt, ist der inneren Entwicklung des faschistischen Regimes und dem „Land im Krieg“ gewidmet, wie De Felice das dichte, fast 300 Seiten umfassende Anfangskapitel nennt. Es beginnt mit einer wichtigen Feststellung: „Es waren die politisch-diplomatischen und die militärischen Ereignisse, die die Innenpolitik prägten, und nicht umgekehrt“ (S. 673). Nachdem der Krieg einmal erklärt war, scheint es anfangs zu einer weitreichenden Mobilisierung nationalistisch-patriotischer Gefühle zu Gunsten des Regimes gekommen zu sein. „Auch die Arbeiter bildeten keine Opposition, auch in ihren Einstellungen spiegelte sich in gewissem Maße die Atmosphäre, die das ganze Land erfaßt hatte; obwohl die große Mehrheit den Krieg nicht wollte, gab sie sich doch der Illusion hin, daraus persönlichen Nutzen ziehen zu können“ (S. 685). Erst die katastrophalen Konsequenzen des Krieges, die massenhaften Bombardements der Städte beschleunigten den – seit längerem in Gang befindlichen, freilich nur passiv erlebten – Prozeß der Delegitimierung des Regimes, der 1943 offenbar wurde. „Andere Erklärungen dafür, angefangen mit jener, die auf dem ‚ausschlaggebenden‘ Beitrag des Antifaschismus basieren“, gehen nach De Felice an den Tatsachen vorbei (S. 680).

Anders ausgedrückt, für De Felice ergibt sich der Prozeß der Auflösung des Faschismus im wesentlichen aus endogenen Faktoren; er resultierte anfänglich aus interner Kritik am System. Die Delegitimierung des Regimes hatte ihre Wurzeln in der Kritik von Teilen der faschistischen Bewegung, die auf die Korruption vieler Parteibonzen sowie die – gemessen an den Maßstäben der Ideale der „Revolutions“-Jahre – Degeneration und „Verbürgerlichung“ des Regimes abzielte. Diese Kritik stammte vor allem von Intellektuellen und der jüngeren Generation. Erst nach dem 25. Juli 1943 und insbesondere nach dem 8. September, nach der Lähmungskrise der politischen Führung, nach der Flucht des Königs aus Rom, nach der Auflösung des Heeres und nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht begann „die Politisierung der Massen“, erst jetzt wurde „der Antifaschismus eine wirkliche Kraft“ (S. 681).

Bis dahin hatte die große Mehrheit der Italiener Mühe gehabt, zwischen Faschismus und Patriotismus zu unterscheiden; ihre Zustimmung zum Regime schwankte und bestimmte sich nach dem Verlauf des Krieges. Anfangs hoffte die Mehrheit auf einen Sieg, und zwar nicht so sehr, weil sie von kriegerischem Geist beseelt gewesen wäre, sondern weil sie hoffte, damit einer zunehmend schlimmer werdenden wirtschaftlichen Krise entrinnen zu können. Schließlich zog sie sich auf eine Position apathischer Feindseligkeit dem Regime gegenüber zurück – in der Erwartung, daß etwas Entscheidendes passiere. Besonders hart fällt in diesem Zusammenhang das Urteil aus, das De Felice über die politische und moralische Unreife der italienischen Führungsschicht fällt. Katholisch oder laizistisch-liberal, als sie den Faschismus unterstützte oder in der Phase ihres langsamen Rückzugs vom Faschismus – das gesamte italienische Bürgertum bot ein deplorables Bild. Auch angesichts der offenen Krise im Jahre 1943 konnte es sich nicht entschließen, eindeutig Stellung zu beziehen. Es wartete ab, blieb passiv, und nur die wichtigsten Wirtschaftsgruppen, die Großindustrie und die Hochfinanz wurden etwas aktiv, als das Regime offenkundig am Ende war (vgl. S. 828 f.). Es handelte sich hier um eine paradoxe Negativbestätigung der wachsenden Ressentiments Mussolinis gegen-

über dem italienischen Bürgertum, das in ihm alte „antikapitalistische“ Gefühle wiedererweckte.

5. Vor diesem Hintergrund sind die großen Arbeiterstreiks in Norditalien im März/April 1943 zu sehen. Nach den Worten De Felices waren sie die „bedeutendste Demonstration von Unzufriedenheit und Massenwiderstand, die der Faschismus zu bestehen hatte“, bedeutend zumal deshalb, weil in zwanzig Jahren Faschismus nicht im entferntesten etwas Vergleichbares geschehen und ihr Ausgang erfolgreich war (S. 937). Davon ausgehend, weigert sich De Felice, in den Massenstreiks eine Art von Vorwegnahme der Resistenza zu sehen, wie es die kommunistisch inspirierte Geschichtsschreibung tut. Nach seiner Ansicht handelte es sich bei den Frühjahrsstreiks von 1943 um einen spontanen Massenprotest, der sich hauptsächlich aus der wirtschaftlichen Lage ergab. Die kämpferischen Kommunisten, die damals schon agierten, versuchten dem Protest eine politische Richtung zu geben, wie es von ihrem Standpunkt aus völlig verständlich war. Aus diesen Ereignissen haben sie in der Folgezeit viel von ihrer Legitimation als erster und wichtigster Kraft des Antifaschismus bezogen. Aber es ist historisch falsch, so De Felice, von einem durch die Kommunisten ausgelösten „politischen Massenstreik“ zu sprechen, auch wenn es die vom Ausmaß der Demonstrationen höchst überraschten faschistischen Gewerkschafter selbst waren, die den politischen Charakter des Streiks bestätigten.

Mussolini war von dem unerwarteten Arbeiterprotest zunächst tief betroffen und reagierte mit Härte. Dann überzeugte er sich aber davon, daß die politische Rolle der Antifaschisten bescheiden war und daß die Motive des Streiks in der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage vieler Menschen und in Fehlern der faschistischen Gewerkschaften zu suchen waren (vgl. S. 923). De Felice weist, wie gesagt, die These zurück, daß der Zusammenbruch des Faschismus am 25. Juli „durch eine ununterbrochene Folge von Ereignissen mit den Arbeiterstreiks vom März verbunden“ sei, die – in den Worten eines bekannten Historikers der Linken – „die ersten Streiks im faschistischen Europa und die wahren Vorboten der zukünftigen italienischen Resistenza“ waren. „Dieses und ähnliche Urteile“, schreibt De Felice, „sind entweder in einem so weiten Sinne zu verstehen, daß sie den Charakter des Selbstverständlichen und der rhetorischen Geste annehmen, oder sie sind zu verwerfen“ (S. 937). Doch stellt De Felice auf der dann folgenden Seite selbst eine Verbindung zwischen den erwähnten Ereignissen her. So hält er beispielsweise die Reaktion der wirtschaftlichen Kreise, der „fiancheggiatori“ des Faschismus und der gemäßigten Faschisten auf die Streiks für bedeutungsvoll. Diese riefen tatsächlich „Besorgnisse“ hervor, „die den Prozeß der Auflösung und des inneren Auseinanderdriftens des Regimes (...) beschleunigten, sie gaben aber auch dem Ereignis des 25. Juli stark ambivalente Züge, die man mit diesen schematischen Begriffen zusammenfassen kann: das Ende des Regimes von Mussolini und der Ausstieg Italiens aus dem Krieg sollten nicht das Verdienst der ‚Umstürzler‘ sein“ (S. 938). Kurz und gut, wenn die Streiks vom März/April 1943 auch nicht im Heldenepos der italienischen Kommunisten anzusiedeln sind, so bildeten sie doch einen wichtigen indirekten Faktor der Delegitimierung des Regimes; als solcher sind sie ein Teil des Auflösungsprozesses des Faschismus.

6. Das äußerst detaillierte Kapitel „25. Juli: Der Zusammenbruch des Regimes und das politische Ende Mussolinis“ (S. 1089–1410) ist ganz der Dynamik des Zusammenbruchs des Regimes gewidmet. Vor dem Hintergrund allgemeiner Verwirrung und angesichts der Unfähigkeit der gesamten faschistischen Führungsgruppe stach nur eine einzige Persönlichkeit durch geistige Selbständigkeit und politische Tatkraft hervor: Dino Grandi. Seine Resolution, die in der Nacht vom 24. zum 25. Juli 1943 von der Mehrheit des Faschistischen Großrates angenommen wurde, forderte den König auf, die militärische und politische Leitung in die Hand zu nehmen. Das war faktisch das politische Ende des „Duce“. Entscheidend aber war doch ausschließlich der Entschluß von König Vittorio Emanuele III., Mussolini als Regierungschef zu entlassen. Der König hielt sich lange bedeckt und trat nur allmählich aus dem Schatten heraus, am Ende aber erlangte er entscheidende politisch-institutionelle Bedeutung. Dennoch blieb er eine „unsichere, zynische, rätselhafte“ Persönlichkeit (S. 1163), auch wenn er auf seine Weise Mussolini zugetan war. Diese „Zweideutigkeit“ in ihren letzten persönlichen Zusammenkünften spielte im Hinblick auf das politische Ende des „Duce“ eine wichtige Rolle. Mussolini hatte in den Gesprächen mit dem König die Überzeugung (oder die Illusion) gewonnen, daß er weiterhin auf das Vertrauen des Monarchen zählen könnte und er somit Zeit habe, sich binnen weniger Wochen in Würde aus dem Bündnis mit den Deutschen zu lösen. Der König aber zog es vor, zur Erreichung dieses Zieles, auf Marshall Badoglio zu setzen, der seit einiger Zeit zum Kristallisationspunkt der Opposition gegen den „Duce“ geworden war.

Es ist bekannt, wie unrealistisch die Idee war, Italien könne einseitig aus dem Krieg ausscheiden. Diese Möglichkeit wurde von der militärischen und politischen Führung des Dritten Reiches kategorisch ausgeschlossen; sie traf seit geraumer Zeit Maßnahmen für eine militärische Intervention in Italien. Hier tritt aber derselbe Mangel an Realitätssinn zutage, der Mussolini in den vorangegangenen Monaten zu dem Versuch veranlaßt hatte, Hitler „zur Vernunft zu bringen“, indem er ihn von der Notwendigkeit eines Kompromißfriedens überzeugen wollte, um die Schlußkatastrophe der „Achse“ zu verhindern. De Felice stellt diesbezüglich fest: „Heute zu sagen, daß diese Position unrealistisch war, ist leicht (...). Bei dieser Feststellung stehen zu bleiben bedeutet jedoch, sich der Möglichkeit zu begeben, den Menschen und den Politiker Mussolini zu verstehen, seine ganze persönliche Tragödie – und von einer Tragödie muß man sprechen –, seine Versuche, die fehlgeschlagen, aber deshalb nicht einfach als absurd zu betrachten sind, so als wären sie Zeugnisse von Nicht-Politik, von Realitätsverlust und Verlust an politischer Initiative, sein ausschließliches Setzen auf die eigene Sensibilität und die eigenen politischen Fähigkeiten, auf den eigenen politischen ‚Genius‘ und auf die Fähigkeit, die ‚zersetzende Häresie‘ triumphieren zu lassen“ (S. 1117).

In diesem Abschnitt steckt der ganze Mussolini à la De Felice. Mussolini erscheint nicht als grotesker Größenwahnsinniger, der außerhalb der Realität lebte, aber nicht ohne eine gewisse komödiantische Menschlichkeit war, sondern als ein Politiker mit Überblick und psychologischem Vermögen, das auf seine Weise durchaus anspruchsvoll genannt werden kann. In einigen Abschnitten des Bandes beschreibt der römische Historiker diese politische Psychologie, bezugnehmend auf einige Äußerungen von

Mussolini selbst, mit den Begriffen „ketzerisch und zersetzend“. Dabei geht De Felice über die Interpretation von Mussolini als „Häretiker des Marxismus“ hinaus. Er bezieht sie auch nicht nur auf die ideologische Dimension, seines Erachtens gehört das Element des „Zersetzers und Aufweichers“ zum Charakter Mussolinis. „Den Orthodoxen, die sich als eifersüchtige Hüter der Statik der Bewegung zeigen, stehen die Häretiker gegenüber, die im Gewande der Zerstörer, der Verleugner und derjenigen auftreten, die etwas vorwegnehmen. Gleichsam von außerhalb leisten die Häretiker der Orthodoxie in einem gewissen Sinne sogar einen wertvollen Dienst. Zwischen diesen beiden, im Laufe der historischen Ereignisse nützlichen Kräften, stehen die Zersetzer, das heißt, jene, die dem Körper der Orthodoxie das Gift der Häresie verabreichen, fast heimlich, aber täglich in kleinen homöopathischen Dosen“ – wie Mussolini selbst in einem Artikel vom 4. April 1920 schrieb (S. 986). Diese Haltung war nach De Felice typisch für Mussolinis Verhalten in den kritischen Momenten seines Lebens: 1914 (Bruch mit dem Sozialismus und Interventionismus), 1919 (Gründung der faschistischen Bewegung), 1924/25 (Krise nach dem Mord an Matteotti). Sie kennzeichnete auch die Beziehung des „Duce“ zum Nationalsozialismus; auch diesem gegenüber verhielt er sich vorsätzlich als „Zersetzer“, der auf die eigene totalitäre Vision setzte und damit die tödliche Statik des NS-Totalitarismus beeinflussen („zersetzen“) und dessen Vorherrschaft in Europa verhindern wollte.

Das sind vielleicht die „forciertesten“ Passagen in De Felices Versuch, die psychologische Disposition Mussolinis zu erfassen, und es ist verständlich, daß sie auf starke Kritik gestoßen sind. Tatsächlich hat man dem römischen Historiker vorgeworfen, daß sein Einfühlungsversuch in die Psychologie des „Duce“ auf Kosten einer soliden historisch-politischen Analyse gehe. Aber auch wenn einige Seiten von „Mussolini, der Verbündete“ diesen Einwand nahelegen mögen, so erscheint das gesamte Werk in seiner analytischen Anlage doch überzeugend – wenn man einmal die wertbezogenen Grundannahmen akzeptiert hat, die die Forschungen De Felices prägen.

7. In diesem Zusammenhang möchte ich einige abschließende Überlegungen anstellen. Daß Mussolini mit dem deutschen Verbündeten konkurrierte, ist ein die beiden Teilbände durchziehendes Leitmotiv, das komplementär zu der von De Felice vor längerem entwickelten These ist, daß zwischen Faschismus und Nationalsozialismus beträchtliche Unterschiede bestanden. In den neuen Bänden zeigt sich der Unterschied am Verhalten der politischen Führungsgruppen in beiden Regimen – geschlossen und entschieden das Verhalten der Deutschen, während die Italiener in sich zerstritten und kaum auf einen Nenner zu bringen waren. Wegen des gewählten analytischen Ansatzes wird aber nicht klar, in welchem Maße sich in diesem Verhalten unterschiedliche Regimestrukturen spiegelten oder ob es aus den außergewöhnlichen politisch-militärischen Gegebenheiten resultierte. Wir wissen, daß es auch im NS-Regime starke Spannungen gab, sogar in der politisch-militärischen Führungsgruppe, doch gelang es Hitler, sie mit Einschüchterung und Terror unter Kontrolle zu halten. Wenn im faschistischen Regime nichts dergleichen geschah, so lag das nicht nur an der Verschiedenheit der führenden Männer oder am Führungsstil Mussolinis, sondern auch an der besonderen Konstruktion des Systems. Alles das klingt jedoch in den vorliegenden Bänden De Felices

eher an, als daß es direkt ausgesprochen würde. Auf der gleichen Linie liegt auch die Akzentsetzung auf die subjektiven oder „menschlichen“ Unterschiede (das unterschiedliche Verhalten der italienischen und deutschen Truppen untereinander und gegenüber der Zivilbevölkerung; die unterschiedliche Behandlung der Judenfrage usw.).

In diesem Zusammenhang macht De Felice kein Hehl aus seinem negativen Urteil über den Opportunismus der Deutschen (der sich oft in pure Unredlichkeit verwandelte), noch schärfer fällt jedoch sein Urteil über die italienische Führung, ob faschistisch oder nicht, und über das gesamte italienische Volk aus.

De Felices Einschätzung der Streiks vom März/April 1943, die ihre politische Bedeutung erheblich geringer veranschlagt, als das viele andere tun, fügt sich in eine allgemeinere Überlegung ein: Der Faschismus stürzte über sich selbst, aus inneren Widersprüchen und ohne aktive Beteiligung der bürgerlich-liberalen Gruppierungen, die damit dieselbe moralisch-politische Inkonsistenz bewiesen, die sie beim Aufstieg und der Machtdurchsetzung des Faschismus gezeigt hatten. Diese These betont zwar auf der einen Seite die Komplizenschaft zwischen der italienischen Führungsschicht und dem Faschismus, sie stellt aber auf der anderen Seite in Abrede, daß der Antifaschismus bei der Auslösung der Krise des Faschismus einen wesentlichen Beitrag leistete. Der Antifaschismus hatte in De Felices Augen vor allem deshalb große Bedeutung, weil er ein moralisches Zeichen setzte, von einem entscheidenden Beitrag zum Sturz des Regimes am 25. Juli 1943 könne aber keine Rede sein.

Diese These De Felices zielt nicht einfach nur darauf ab, das zuweilen zu feierlicher Monumentalität erstarrte Bild des historischen Antifaschismus zu korrigieren. Sie enthält ein Werturteil, das über die Phase des Faschismus hinausgeht, weil De Felice ja auch von der „heute noch fortdauernden substantiellen ethisch-politischen Grundschwäche unseres nationalen Gefüges“ spricht (S. 959). Das ist eine These, die man mit mehr oder weniger großen Vorbehalten teilen kann. Und es ist kein Widerspruch, daß sie auf so entschiedene Weise von einem Historiker wie De Felice vorgetragen wird, der seinen Gegnern häufig vorwirft, die wissenschaftliche Professionalität auf dem Altar von Werturteilen zu opfern. Weit davon entfernt, hier die „vexata quaestio“ der historischen Methode noch einmal zu diskutieren, möchte ich nur daran erinnern, daß das, was die Arbeit De Felices so wichtig macht (abgesehen von der Masse an Dokumenten, mit denen er seine Behauptungen stützt), die anregend-polemische Absicht und das aufklärerische Engagement sind, die sie leiten.

Die italienische Demokratie befindet sich heute in einer schwierigen Phase des Überdenkens ihrer eigenen institutionellen Verfaßtheit. Eine große Debatte über die Reformbedürftigkeit der Verfassung ist im Gange, die unmittelbar aus der Erfahrung der Resistenza hervorgegangen ist. In diesem Zusammenhang sind viele (besonders auf der Linken) zu Unrecht der Meinung, daß die Änderung einiger Verfassungsbestimmungen die „antifaschistischen“ demokratischen Werte gefährden könnte. Wenn man also die Wurzeln und die Ursachen des Faschismus und des Antifaschismus neu diskutiert, so bedeutet das, daß man sich auch zum Kern der gegenwärtigen politisch-kulturellen Debatte äußert. Nicht zufällig erfolgt gerade auch eine Neubewertung der Jahre der Resistenza – verstanden als Jahre des „Bürgerkrieges“. Diese Definition ist von

großen Teilen der linksgerichteten Intellektuellen und Historiker lange Zeit zurückgewiesen worden. Die hier besprochene Arbeit von De Felice berührt diese Thematik nicht direkt (das wird der nächste Band tun, der bereits mit dem Titel „Der Bürgerkrieg 1943–45“ angekündigt ist), aber sie legt dafür einige unmißverständliche Prämissen fest. Sie ist somit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung der Probleme, die das historische Selbstbewußtsein der italienischen Demokratie in Angriff nehmen muß.

Gian Enrico Rusconi
Università degli Studi di Torino
Dipartimento di Studi Politici

II.

Es ist schwer, deutsche Geschichte zu schreiben, wie man sich auch zu ihr stellt, ohne die Hitlerkatastrophe dabei zumindest ganz schräg im Augenwinkel zu haben. Was vorher war, scheint nur noch zugänglich durch jenes fatale Tor hindurch, das uns von der früheren Zeit trennt, und was nachher kam, ist nicht verständlich ohne sie, weil es sich an ihr orientieren mußte. Das nie dagewesene Interesse der ausländischen Forschung, namentlich der anglo-amerikanischen, an der deutschen Geschichte rührt eindeutig daher. Wobei allerdings die deutschbürtigen Emigranten eine ausschlaggebende Rolle spielen. Die Versuche damaliger deutscher Historiker, gleich nach 1945 das Dritte Reich als bösen Traum, Betriebsunfall oder akzidentiellles Zwischenspiel aus der normalen Geschichte auszuklammern oder zu umgehen, konnten schon wegen des unübersehbaren apologetischen Antriebs nicht, und schon gar nicht das Ausland, überzeugen. Ja sie waren gerade dazu angetan, die Kluft zu verbreitern. Sie schienen eher eine Bestätigung der These, daß der Nationalsozialismus tief in der deutschen Geschichte verwurzelt sei, eben weil die deutsche Historiographie diese Wurzeln nicht zu erkennen vermochte. Die Betriebsunfallstheorie ist psychologisch ebenso verständlich wie sie unbefriedigend blieb, schon wegen der subjektiv-existentiellen Bagage. Wobei freilich die entgegengesetzte Theorie, derzufolge das Unheil schon sozusagen bei Friedrich dem Großen oder Hegel oder spätestens bei Bismarck oder Wilhelm II. eingesetzt habe, genau so stark die Spuren der Kriegskonfrontation und ihrer geistigen Verengung verriet. Beides gehört längst zu den Symptomen der ersten Nachkriegszeit.

Der vielzitierte, auch beklagte „Historikerstreit“ 1986/87 hat das zentrale Problem jedoch noch einmal ans Licht gebracht. Denn Noltes Versuch der Einordnung des Nationalsozialismus – nun aber eben nicht in die deutsche, sondern in die europäische Geschichte als reine Reaktion auf den Bolschewismus – bezweckte ja letzten Endes nichts anderes als eine Normalisierung der Vergangenheit, die den Historiker von jenem verborgenen Denkwang befreien sollte. Die demokratische Nachkriegsgesellschaft und politische Kultur sind aber geprägt von dem Bewußtsein, daß das, was zwischen 1933 und 1945 geschehen ist, in seinen verbrecherischen Konsequenzen einmalig war, weil es einmalig zu bleiben hat. Diese Einmaligkeit in Frage stellen, heißt der Kor-

rosion der heutigen Gesellschaft und ihrer Werte Vorschub leisten. Daher die Vehemenz des besagten Historikerstreites, der an die existentiellen Grundlagen rührte.

Wird dabei aber nicht die Freiheit der Forschung, das Uranliegen des Historikers, sein Objektivitätsideal unter politisch-moralische Zensur gestellt? Wissenschaft kennt kein Tabu für Fragen. Es war genau dieses Argument, hinter dem sich Nolte und seine Anhänger verschanzten: Wenn die These von der Singularität von Auschwitz so nicht haltbar sei, heiße die Verdrängung dieser Erkenntnis Unterdrückung der wissenschaftlichen Freiheit.

Dagegen ist kurz Folgendes zu sagen: Ein Begriff wie „Singularität“ ist natürlich relativ, denn jedes historische Phänomen ist sowohl einmalig wie es Vergleichbares enthält. Wäre Letzteres nicht der Fall dann könnten wir es überhaupt nicht benennen. Ebenso ist es immer auch Reaktion; nicht denkbar ohne selektive Vorbilder und positive oder negative Inspiration. Ferner: Jede Katastrophe, welchen politischen oder moralischen Ausmaßes sie auch sei, wird über kurz oder lang eingeordnet. Sie wird Teil der von der Gesellschaft integrierten Geschichte und somit „historisiert“. Sich dagegen stemmen, heißt die unaufhaltsame Verschiebung unserer Perspektive verkennen. Behält man diese Binsenwahrheiten im Auge, dann ist die Frage nach den Konsequenzen historischer Deutung und Erklärung aber nicht so illegitim, wie ein sich auf den Anspruch wissenschaftlicher Objektivität und den unaufhaltsamen Historisierungsprozeß berufender Revisionismus à la Nolte behauptet: Die Frage nach der Singularität des Nationalsozialismus ist im Grunde falsch gestellt. Deswegen ist auch die Verneinung dieser Singularität und seine Interpretation als reine Reaktion falsch. Wobei diese Deutung einer apologetischen Verharmlosung immerhin Vorschub leisten kann.

Ich erwähne dieses bis zur Weißglut durchdiskutierte Thema hier jedoch, weil sich bei der Beschäftigung mit deutscher Geschichte ein altes Kernproblem des Historikers besonders gravierend aufdrängt: Es ist das Spannungsverhältnis zwischen Erklärungen der Entwicklung und Gerechtigkeit. Er mißt die Vergangenheit – oft unbewußt – an ihren Folgen, weil es ihm um Erkenntnis der Zusammenhänge geht. Und er sollte sie doch gerechterweise messen an wiederum ihrer Vergangenheit. Weil er immer irgendwie rücklaufend gegen die Zeit zur Vergangenheit kommt, will er zeigen, wie das eine aus dem andern hervorgegangen ist. Und das Wie schließt das Warum unausweichlich mit ein. Aber dabei stößt er auf eine absolute Schranke unseres Erkenntnisvermögens: Jede Erklärung bleibt hier offen, jede Darstellung und Deutung ein zeitlich bedingtes Arrangement mit der historischen Wahrheit, die sich jeder Generation nur teilweise offenbart. Die Einsicht, daß die Folgen sich niemals mit Bestimmtheit aus den Handlungen (oder „Ursachen“) errechnen lassen, weil wir dabei in ein Gebiet infinitesimaler Wirkungszusammenhänge geraten, schafft wiederum Raum für die Gerechtigkeit, jene andere elementare Forderung.

Die Diskrepanz zwischen dem, was die Zeitgenossen wissen konnten, wollten, erwarteten und glaubten, und den Folgen vernachlässigen, heißt die Geschichtsforschung auf ein System arroganter Besserwisserei zu reduzieren, die extra blind macht für die Gegenwart. Das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Forderungen – dem Zwang, die uns bekannten Folgen mit zu denken, und dem Gebot, mit den dama-

ligen Menschen von ihrer Vergangenheit aus zu denken – macht recht eigentlich das Salz großer und sinnreicher Darstellung aus.

Aus der schon längst unübersehbaren Menge der Literatur zur neueren deutschen Geschichte, wo dieses zentrale Problem – die unausweichlich mehr positivistisch gefärbte Suche nach Erklärungen und die mehr historistisch getönte Suche nach Verständnis – eine Rolle spielt, greife ich zwei bedeutende, kürzlich erschienene Bücher heraus. Beides große umfassende Darstellungen der deutschen Gesellschaft, die den Rahmen eng-professionalistisch ausgerichteter Geschichtsschreibung bewußt sprengen. Eins über das Kaiserreich und eins über die Bundesrepublik; also vor und nach dem so dramatischen Interbellum, das man – Weimar und das Dritte Reich dialektisch-diabolisch als tiefere Einheit begreifend – die moderne „Achsenzeit“ der jüngsten deutschen Geschichte nennen kann.

Zuerst Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*¹. Nur der erste Band liegt allerdings vor, immerhin fast 900 Seiten. Da die politische Geschichte noch fehlt und der Verfasser eine endgültige Bilanz im nächsten Band in Aussicht stellt, ist ein gewisser Vorbehalt am Platz. Dennoch verrät er, namentlich im letzten Abschnitt „Schattenlinien“ und im Nachwort, schon genug von seiner Synthese, daß ich es daraufhin wage.

Es handelt sich fraglos um ein monumentales Werk von geradezu stupender Vielseitigkeit des Wissens und großer Selbständigkeit des Urteils: Gesellschafts- und Kulturgeschichte im vollen Sinn des Wortes sind hier beispielhaft kombiniert zu einer Darstellung in gemeinverständlichem klarem Stil, der durchweg ohne den gequälten Fachjargon auskommt, der so häufig die Lektüre wissenschaftlicher Arbeiten zur Bußübung macht. Daß sich bei einem Werk dieser Breite – vom Alltäglichen wie Essen, Wohnen und Kleidung, Sexualverhalten und Geschmack, bis hin zur Organisation der Universitäten, der Religion, der Relativitätstheorie, Expressionismus und Pressewesen – der Autor in einen Fall stärker auf die Spezialisten stützt als im andern, wo er von Haus aus besser beschlagen ist, versteht sich von selbst. Eher ist bemerkenswert, wie wenig Nipperdey ins durchsichtige Exzerpieren der Experten gerät. Sein Verzicht auf Anmerkungen (mit wenigen Ausnahmen im Text selber) hat ihn wohl dahin gebracht, im Kapitel über die Bevölkerung – mit dem er zu Recht anfängt – reichlich viel statistisches Material abzuladen, das hier (aber eigentlich auch nur hier) das Lesevergnügen beeinträchtigt und das besser in einer Beilage hätte untergebracht werden können. In allen folgenden Kapiteln, deren Aufzählung hier zu langwierig würde, obschon sie an sich die Vielfältigkeit der Behandlung demonstriert, gelingen ihm Beschreibungen von souveräner Stoffbeherrschung, glänzenden Formulierungen und Tiefgang. Bislang wenig beachtete Zusammenhänge und Analogien zwischen den verschiedenen Gebieten, die immer ein getrenntes Schubladendasein führten, treten so ans Licht.

Namentlich aber geht es ihm um die Gerechtigkeit. Sein Werk steht so mitten in der großen Diskussion über die These des deutschen Sonderwegs, auch und gerade weil

¹ Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. I. Arbeitswelt und Bürgergeist, München 21991.

Nipperdey in seiner Gesamtdarstellung des Kaiserreichs diese Diskussion überwinden will, indem er sie beiseite läßt. Dennoch ist die Reaktion unmißverständlich: Reaktion gegen die gesellschaftskritische links-progressivistische Richtung, die in den sechziger Jahren zum Durchbruch kam. Die war ihrerseits Doppelreaktion gewesen sowohl gegen den Historismus mit seiner staatlich-politischen Ausrichtung wie gegen die ältere Generation, die sich so schwer tat mit der Verkraftung des Dritten Reiches, weil sie die Frage nach strukturellen und kulturellen Vorbedingungen tabuisierte. Es war eine Reaktion aus westlich-demokratischer Sicht und in Anlehnung an die ausländische Struktur- und Sozialgeschichte. Die These vom Sonderweg, die erstmals mit positiven Vorzeichen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges zur Legitimation einer nationalen Kulturmission aufgekomen war, wurde nun mit negativ-kritischer Bewertung übernommen. Dabei ging es aber nicht in erster Instanz um Gerechtigkeit im Sinn von historischem Einfühlungsvermögen, sondern um das Verhältnis zwischen vorgegebenen Denk- und Handlungszwängen auf Grund sozialer Strukturen und die daraus sich ergebenden Verkettungen; immer mit Blick auf die Entwicklung und die Folgen. Daß es innerhalb dieser Richtung wieder sehr unterschiedliche Positionen und Forschungsansätze gibt, versteht sich von selbst. Doch hinter allen Detailstudien stand und steht immer die fundamentale Frage nach den Bedingungen, beziehungsweise Hemmnissen für das Aufkommen der pluralistischen Demokratie. Der Westen ist dabei selbstverständlicher Bezugspunkt, ist Modell. Wenn vom deutschen Sonderweg die Rede ist, hat jedermann diesen Westen im Auge und nicht Mittel- oder Osteuropa, Asien oder Afrika. Auf weltgeschichtlicher Ebene muß deshalb auch von einem westlichen Sonderweg gesprochen werden, auch wenn dieses Modell mehr und mehr universale Gültigkeit zu bekommen scheint.

Es ist diese kritisch-revisionistische deutsche Geschichtsschreibung und die darin enthaltene Tendenz, Früheres im Hinblick auf Späteres zu sehen und zu beurteilen, gegen die Nipperdeys Werk sich richtet. Und somit ist dieses Spätere als der geheime Störenfried einer angemessenen und gerechten Darstellung der Kaiserzeit doch zwischen den Zeilen anwesend; in den Formulierungen, dem Urteil, den Erklärungen. Doch es fehlen auch im Text nicht direkte kritische Anspielungen auf die Gegenposition. Durchweg betont Nipperdey die Einseitigkeiten, das Zukurzgreifen einer Geschichte, die im Blick auf den verhängnisvollen Abrutsch ins Dritte Reich vom heutigen Standort aus und mit dem Wissen der Nachwelt urteilt. Wer nach Etikettierungen sucht, kann hier von Neohistorismus sprechen. Dennoch ist von einem Rekurs auf frühere Positionen keine Rede. Ohne die Erweiterung des Horizontes der Struktur- und Sozialgeschichte zur umfassenden Gesellschaftskunde ist dieses Buch nicht denkbar. Schon der Aufbau, beginnend mit den Rahmenbedingungen, Demographie, Umwelt, Industrialisierung, fußt auf einem anti-individualistischen unhistoristischen Erklärungsmuster.

Das Spannungsverhältnis zwischen Struktur und Entwicklung finde ich hier sehr glücklich gelöst, indem Nipperdey zeigt, wie die Rahmenbedingungen eben nicht statisch fest liegen, sondern in Bewegung sind und somit das Denken und die Attitüden der Menschen ändern. Aber dieses Denken, die Normen sind – und das ist der spezifi-

sche Punkt – immer zu verstehen aus der Vorgeschichte heraus. Sie sind Resultat, auch wenn sie für die Nachgeborenen wieder zur Ursache oder zum Ansatz werden. Dank seinem vorigen Werk *Bürgerwelt und starker Staat* war Nipperdey für diese Interpretation extra gut beschlagen und gefeit gegen die Gefahr einer finalistischen Perspektive.

So kann er – ein sehr glücklicher Aspekt – die viel geheuchelte und belächelte viktorianische Prüderie verständlich machen. Die Tabuisierung der Sexualität darf man nicht einfach vom heutigen Permissivitätskult aus beurteilen. Aus modischer antiautoritärer Schwärmerei sind hier häufig flache Theorien verkündet worden, wobei die Auswüchse oft als repräsentativ galten. Hier hat auch der Foucaultsche Begriff der „Disziplinierung“ Unheil gestiftet und zu billigen anachronistischen Erklärungen geführt. Die oft sehr komplexen und schwer ergündlichen Wechselwirkungen wurden dabei zu absichtsvollen Beherrschungsinstrumenten und Strategien der Eliten umgemünzt. Womit die oft schwerwiegenden fatalen Folgen der doppelten Moral und der Tabuisierung, die seelischen Deformationen, die Generationen zu schaffen machten, nicht in Abrede gestellt werden sollen. Freilich drängt sich hier auch die Frage auf, ob die heutige Libertät nicht zum Verlust menschlicher Erlebnis- und Gefühlsintensität geführt hat.

Nipperdeys Bemühen um historische Gerechtigkeit und seine konsequente Abwehr von späterer Kenntnis belasteter Maßstäbe sind deshalb noch nicht in jedem Einzelfall überzeugend. In einem übrigens sehr gelungenen Kapitel über die Geisteswissenschaften (man spürt sofort, daß er sich hier auf eigenem Boden befindet) Treitschke „leicht antisemitisch“ zu nennen (S. 638), geht in der Rehabilitierung reichlich weit. Auch wenn man den gewaltigen Unterschied zum biologistischen Rassismus und Vulgardarwinismus einer späteren Bewegung im Auge behält. Schließlich hat Treitschke mit seiner wortgewaltigen Diffamierung und Charakterisierung das negative Stereotyp des Juden professoral-professionell autorisiert und den Antisemitismus in akademischen Kreisen salonfähig gemacht. Die zornige Reaktion Mommsens (der keineswegs ein Philosemit war) zeigt, daß auch in damaliger Sicht Treitschkes Angriff auf das Judentum etwas mehr als „leicht antisemitisch“ aufgefaßt wurde. Natürlich berühren wir hier eine der heikelsten Fragen intellektueller oder mehr allgemein geistiger Wirkungsgeschichte: Wie weit reicht die Verantwortung des Autors, wie weit muß sie, wie weit kann sie reichen, für die Folgen des eigenen Wortes? Gegen Entstellung, Vergröberung, Verfälschung, Fehlinterpretationen gibt es keine Autorenversicherung, keine Waffe. Das gilt in verstärktem Maß für posthume Wirkung, weil die zukünftigen Verhältnisse und Normen unbekannt sind. Das gilt namentlich für die vielen Jagden auf geistige Vorläufer. Gobineau kann man nicht für Hitler haftbar machen, ebenso wenig wie Marx für Stalin. Antisemiten und Germanomanen der zwanziger Jahre, als das politische Klima Gewalttätigkeiten gegen sogenannte Feinde der Nation begünstigte und der Nationalismus sie legitimierte, schon erheblich eher; auch wenn sie dann nicht wollten, was später geschah. Natürlich handelt es sich bei Treitschke hier nur um ein kleines Detail, das immerhin sichtbar macht (und nur deshalb erwähne ich es), wie schmal die Gratwanderung des Historikers zwischen verstehender Gerechtigkeit und Beschönigung werden kann. Wesentlicher sind zwei andere Punkte:

„Eines der großen, der entscheidenden Strukturprobleme für eine werdende deutsche Demokratie . . . war die besonders ausgeprägte Heterogenität der deutschen Gesellschaft, die Disparität von kulturellen und sozial-historischen Milieus“, heißt es in einer Bilanz über den konfessionellen Gegensatz, diese „Grundtatsache“ deutscher Geschichte (S.529). Das erschwerte die Bildung nationaler Parteien, einen Grundkonsens, auf dem sich eine parlamentarische Regierungsform entfalten konnte, so Nipperdey. Frankreich und die angelsächsischen Länder dienen ihm hier als Vergleich. So fundamental die religiöse Spaltung Deutschlands war und so plausibel es sein mag, in ihr ein erschwerendes Moment beim Entstehen eines parlamentarischen Systems zu sehen, so kann sie doch weniger erklären, als sie in diesem Zusammenhang erklären soll. Die Disparität und namentlich die Prägung der politischen Kultur von Glaubensfragen waren nicht so spezifisch deutsch. Erstens darf man die Bedeutung des Sektierertums und der vielen religiösen Dissentergemeinden in Amerika wie in England nicht unterschätzen. Gerade sie trugen auch dort zu einer Prägung der politischen Kultur von Glaubensfragen bei. Ich konnte beim Lesen dieser Seiten obendrein eine überraschende Parallelität zur niederländischen Geschichte feststellen: Auch hier ein dominierender Protestantismus (freilich nicht lutherischer, sondern calvinistischer Observanz) mit vielen Sekten und Abspaltungen bei einem rückständig-prämodernen Katholizismus, der in unserer Epoche noch etwas außerhalb der politischen und kulturellen Eliten stand. Namentlich aber, mindestens so stark wie in Deutschland, das konfessionelle Bekenntum; der Glaubenskampf im öffentlichen Bereich, die sofortige Vorzeigung des religiösen Ausweises, der eigenen Zugehörigkeit. Auch dieselbe Querstellung der konfessionellen zur sozialen Frage. Das ging in den Niederlanden sogar noch weiter, indem der Begriff „rechts“ bis zum Zweiten Weltkrieg für die konfessionellen Parteien, Protestanten wie Katholiken, und „links“ für die „paganistischen“ Parteien, Liberale und Sozialisten galt. Aber diese Kontroversen, die die politische Szene vollkommen beherrschten und einen Konsens erschwerten, ja eigentlich verhinderten, haben das Aufkommen einer pluralistischen Demokratie eher gefördert, als einzige für alle akzeptable, ja unerlässliche Sicherheitsgarantie. Im niederländischen Fall vertrat sich ein Rigorismus in Prinzipienfragen sehr wohl mit einer durch und durch pragmatischen Einstellung und Bereitschaft zu praktischen Kompromissen. Die Welt des Glaubens und der Grundsätze wurde gerade dadurch sehr sauberlich getrennt von jener der Interessen und politischen Entscheidungen; obschon man sich bei diesen immer gerne auf jene berief.

Hier muß die ungeheure Bedeutung des – in den Niederlanden fehlenden – Absolutismus, sowie der damit zusammenhängenden Staatskonzeption bedacht werden, die Nipperdey an anderer Stelle ausführlich beschreibt. Und wieder im Zusammenhang mit diesem Staatskult die geographische Lage, die Zersplitterung und Offenheit, die das Bedürfnis nach einer zentralen Ordnungsmacht verstärken mußten. Zu der religiösen Spaltung kam im deutschen Fall die regionale Vielfalt und Verschiedenheit, die einen Konsens erschwerten.

Das andere: Die Zurückweisung der Refeudalisierungsthese für das Bismarckreich! Selbstverständlich geht es in dieser, von Nipperdey beanstandeten, Theorie nicht um

eine buchstäbliche Refeudalisierung des Bürgertums. Die gesellschaftliche Abgrenzung zum Adel blieb bestehen, und der rasante, hier so eindringlich in seiner ganzen Wucht und Komplexität beschriebene Modernisierungsprozeß drängte ja den Adel immer mehr an den Rand. Aber charakteristisch war nach den siebziger Jahren die Übernahme feudal-militaristischer Leitbilder und Werte beim höheren Bürgertum, das Verblässen altliberalen Bürgerbewußtseins, die Akzeptanz der unverhältnismäßigen Machtstellung des Junkertums im politischen und militärischen Bereich, eben auf Grund einer Anlehnung an seine Werte. Das färbte auch den Nationalismus, seine Mythen, sein Geschichtsbild. Indem Nipperdey dies an und für sich keineswegs unterschlägt oder minimalisiert, schwächt er damit aber seine Argumente gegen die Refeudalisierungstheorie erheblich ab. Vielmehr scheint er nur eine karikaturale Form im Auge zu haben. Das führt auf einen wichtigen Punkt: Nipperdey behandelt grundsätzlich und wie selbstverständlich Deutschland in dieser Periode als Einheit. Er richtet sich auf das Gemeinsame und Überregionale in allen Bereichen, die er behandelt. Dabei wirkt die traditionelle vereinfachende Gleichsetzung des Reiches mit Preußen jedoch noch in seine Optik hinein, wie die konkreten Beispiele und statistischen Unterlagen zeigen, die größtenteils doch Preußen entnommen sind. Das politische Übergewicht Preußens im Bismarckreich, die Prussifizierung, sollte jedoch nicht die Unterschiede gerade im sozio-kulturellen Bereich zwischen Ost und West sowie Nord und Süd, zwischen Pommern und den Rheinlanden, Schleswig-Holstein und Bayern etwa vergessen machen. Unterschiede, die auch im Normsystem, in den gesellschaftlichen Leitbildern noch erkennbar bleiben, wie Rainer Baum z.B. in einer originellen Studie über literarische Helden- und Schurkentypen und die ihnen zu Grunde liegenden Wertvorstellungen aufgezeigt hat². Diese Unterschiede, die Farbigkeit der regionalen und der Länder-Palette fügen dem Gesamtbild des Kaiserreiches nicht nur eine sehr wichtige Dimension hinzu, sondern sie könnten vielleicht auch die Refeudalisierungstheorie überzeugender abschwächen oder relativieren. Die alte Vielfalt und Gegensätzlichkeit als permanente, mindestens unschwellige Herausforderung an die neue politische Einheit gehört ebenfalls zu den Grundbeständen deutscher Geschichte, und sie wird hier weitgehend ausgeblendet.

Als meisterhafte Synthese und Integration neuer sozio-kultureller revisionistischer Erkenntnisse in eine Darstellung, die sich gerade gegen den kritischen Revisionismus wendet, bedeutet dieses Werk jedoch einen Meilenstein in der Literatur, nicht nur zu der Epoche des Kaiserreiches.

Ein völlig anderes und doch, was die Thematik und Allüre anbelangt, vergleichbares Werk ist die dreibändige Kulturgeschichte der Bundesrepublik von Hermann Glaser³. Sehr anders, erstens weil – während Nipperdey auf eine ausgiebige historiographische Verarbeitung und Diskussion, die sich weit über ein halbes Jahrhundert

² Rainer C. Baum, *The Holocaust and the German Elite. Genocide and National Suicide in Germany 1871–1945*, London 1981.

³ Hermann Glaser, *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München/Wien 1985–1989, 3 Bde.

hinzieht, zurückblicken kann – Glaser gerade am Anfang solcher Verarbeitung steht. Er eröffnet sozusagen mit seiner Geschichte die Reihe, indem er Neuland betritt. Ein durch viele ältere Studien gefiltertes Bild ist hier nicht möglich, und so haben wir es mit einem noch stark impressionistischen Überblick zu tun. Es ist Ereignisgeschichte, nicht Strukturgeschichte, und die Chronologie liefert die Zäsuren und Einschnitte. Schon weil eine Struktur gemeinhin erst auf Abstand erkennbar wird. Damit steht Glasers Werk naturgemäß den Vorstellungen der Zeitgenossen nahe, ja es ist noch zeitgenössische Geschichte. Das Problem der Gerechtigkeit stellt sich hier so nicht, vielmehr, es stellt sich wesentlich anders: Nicht der Epoche als Ganzem gegenüber im historistischen Sinn, sondern Personen und Parteien gegenüber vom persönlichen politisch-ideologischen Standort des Zeitgenossen. Zweitens (und damit sind wir gleich bei diesem Standort) vertritt Glaser jene engagiert-gesellschaftskritische, ja moralistische Position, die Nipperdey ablehnt. Kurioserweise verbindet dieser eine neohistoristische Optik jedoch mit einer aus der antihistoristischen Tradition stammenden Gesellschafts- und Strukturgeschichte, während Glaser seine eher neopositivistische, jedenfalls sozialkritische Ideologie mit der traditionalistischen chronologischen Ereignisgeschichte und Methode verknüpft. Weil er sich aber mit einer anderen Periode befaßt, was teilweise zumindest diese paradoxe Kombination erklärt, wäre es barer Unsinn, hier etwa von einem Kontra-Nipperdey zu reden. Dazu liegen die Epochen und die ganzen methodologischen und technischen Fragen zu weit auseinander.

In einem Punkt handelt es sich immerhin um einen charakteristischen Unterschied: Klammert Nipperdey sehr bewußt das Dritte Reich als falschen futuristischen Bezugspunkt aus, ist es für Glaser genau so eindeutig das überschattende Phänomen für die Ära der Bundesrepublik. Das eine ist genau so plausibel wie das andere. Ebenso wenig wie die Menschen aus der Kaiserzeit wissen konnten, wohin die nationalistischen, alldeutschen und vulgärdarwinistischen Ideen führen würden, ebenso sehr mußten die Generationen nach 1945 leben mit der katastrophalen Vergangenheit. Glaser selber (Jahrgang 1928, ein Jahr jünger als Nipperdey) ist von diesem Wissen geprägt und somit Repräsentant jener so prinzipiellen Abwendung von der deutsch-nationalen Tradition nach dem Zusammenbruch. So farbig-impressionistisch sein Gang durch die Landschaft der Bundesrepublik auch ist, so wenig thematisch sein Aufbau, so sehr auf das schillernd-vibrierend Atmosphärische der Zeit und auf die Stimmungen und Strömungen der Öffentlichkeit bezogen, seine Darstellung steht unter einem ausgesprochen moralisch-ideologischen Gestirn. Das gibt ihr einen Zusammenhalt und erspart uns den zettelkastenartigen Informationsbrei, zu dem so eine Fahrt ins Neuland leicht führen kann. Zumal auch Glaser die ganze Breite der gesellschaftlichen Landschaft beleuchtet und dabei aus einer imponierenden Kenntnis schöpft.

Der rote Faden ist seine Frage nach dem Verhältnis der deutschen Nachkriegsgesellschaft und ihrer Kultur (selbstredend nur in der Bundesrepublik) zur Aufklärungstradition, d. h. zum Glauben an Humanität, Fortschritt, Vernunft, Emanzipation. Die Sonderwegthese ist für Glaser geheimer Ausgangspunkt: Die verhängnisvolle Entgleisung in den Nationalsozialismus ist zurückzuführen auf den Bruch mit dieser Tradition. Das Dritte Reich ist somit die negative *raison d'être* der Bundesrepublik. Das An-

knüpfen an jene Tradition und an die westliche Demokratie ist Glasers Maßstab bei der Beurteilung der Entwicklung und der Kultur. Damit hat er zweifelsohne wenn nicht den einzigen, so doch den fundamentalsten Orientierungspunkt der Nachkriegsgesellschaft erfaßt, die immer die politische und moralische Katastrophe im Rücken wußte und vom Ausland unablässig daran erinnert wurde (in manchen Ländern noch wird!), ob das nun zu apologetischen Eiertänzen, Verdrängung oder bohrender Selbstkritik und Selbstbefragung bei der ersten Nachkriegsgeneration geführt hat.

Glaser hat seine drei Bände nach zeitlichen Zäsuren oder Wendepunkten gegliedert. Dabei ist sein Kriterium die Politik. Es sind die großen politischen Weichenstellungen und Momente, von denen die kulturellen Bereiche tief beeinflußt werden. Hier zeigt sich eine interessante Verschiebung, indem das zur Rehabilitierung der Ereignisgeschichte führt. Die politische Geschichte ist nicht Glasers Gegenstand, doch als Agens ist sie sichtbar hinter allen kulturellen Manifestationen und sozialen Veränderungen da. Als die großen Zäsuren begreift er die Jahre 1948/49 mit der Einführung der Währungsreform und der Abfassung des Grundgesetzes und die Jahre 1967/68 mit dem Ende der großen Koalition und dem Aufkommen der Protestbewegung. Das Jahr 1989 war ursprünglich wohl bei seiner Arbeit als rein zufälliges Abschlußjahr gedacht, weil es mit der Fertigstellung zusammenfiel. Nachträglich hat es sich, wie durch höhere Regie, als die allergrößte historische Zäsur entpuppt. Der Fall der Mauer und der Zusammenbruch der DDR wurden auch zum Ende der Bundesrepublik in ihrer Nachkriegsform und Funktion. Eine überraschende kompositorische Hilfe der Geschichte für den Historiker.

Ein zentrales Thema gerade für die erste Nachkriegszeit ist für Glaser die „gescheiterte Katharsis“. Die Ansätze zur völligen geistigen Erneuerung nach der vielzitierten Stunde Null blieben halbwegs stecken. Die Chancen wurden nicht oder nicht genügend genutzt. Man muß sich nachträglich dabei allerdings die Frage stellen, ob und inwiefern dies psychologisch überhaupt möglich war. Es fehlen uns noch die Vergleichsmöglichkeiten. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime und die Folgen bei der Bevölkerung können hier in den nächsten Jahren allerdings sehr hilfreich sein. Ob schon die ungeheuren Unterschiede zwischen den unblutigen Umstürzen dort – die eher revolutionäre Folgen einer Reformation von oben durch Glasnost und Perestrojka sind – und dem Ende der Naziherrschaft durch eine totale militärische Niederlage den Vergleich auch wieder beeinträchtigen.

Aber bis heute kennt die Geschichte kein Beispiel, das dem deutschen nach 1945 vergleichbar wäre: Einer massiven moralischen Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit und der Forderung nach geistig-mentaler Erneuerung einer ganzen Nation! Dazu bedurfte es der Politisierung der Gesellschaft in unserem Jahrhundert und der Ideologisierung und Moralisierung der Politik, wie es das in der Vergangenheit nicht gab. Und die Art, wie die deutsche Historiographie bis jetzt versucht hat, diese Forderung zu erfüllen oder doch jedenfalls sich dieser bislang unbekannten Aufgabe fundamentaler Selbstkritik zu stellen, ist ebenfalls ein Novum. Eine Tatsache, die in der ausländischen Historiographie noch nicht immer genügend bedacht wird.

Glaser gelingt ein überaus faszinierendes Panorama jener Jahre der völligen Desori-

entierung, der Trümmerlandschaft im buchstäblichen wie übertragenen Sinn. Mit Recht betont er durchweg die Generationsfrage.

Hier liegt ein von der Geschichtswissenschaft noch wenig verdiskontiertes Gebiet. Das gilt nicht nur für die allerjüngste Zeit. In der Hinsicht sollte das kompakte und gehaltvolle Werk von Detlev Peukert über die Weimarer Republik erwähnt werden, in welchem der Autor ebenfalls diesen Aspekt, die generationsmäßig bedingten Erfahrungen und Erlebnisse, die das Weltbild prägen, so betont⁴. Natürlich darf der Generationsfaktor nicht überstrapaziert werden. Er erklärt niemals alles. Er kann jedoch in vielen Fällen in unserem Jahrhundert manches erklären oder doch verständlicher machen. Glaser ist für die psychologischen Aspekte äußerst empfänglich, wie auch schon aus seinen früheren Arbeiten hervorgeht. Er lehnt sich in diesem Buch stark an Mitscherlich an und hat eigentlich Kulturgeschichte als Generationengeschichte geschrieben. Das macht zum nicht geringen Teil den Wert und die Erklärungskraft seiner Darstellung aus. So kontrastiert er die Hitlergeneration – das heißt die 1945 sozial Erwachsenen und beruflich und gesellschaftlich Gefestigten, die das Dritte Reich von Anfang an bewußt miterlebt hatten – mit der „Flakhelfergeneration“: den jüngeren Zwanzigern und Adoleszenten. Bei den Älteren zeigte sich jene, für das Ausland damals so unbegreifliche Geschwindigkeit der politischen Anpassung und Verleugnung nationalsozialistischer Vergangenheit. Mit Hitlers Tod schien der Nationalsozialismus schlagartig wie vom Erdboden verschwunden zu sein; samt allen Begeisterungstürmen, die er Jahre hindurch entfesselt hatte, wovon die Wochenschauen und verfilmten Parteitage ein nicht auszuwischendes Zeugnis ablegten. Das erklärte das Mißtrauen des Auslands der jungen deutschen Demokratie gegenüber, noch jahrelang. Auch hier fehlen jedoch noch die Vergleichsmaßstäbe. In metaphysisch angehauchter tiefsinniger Schicksalsmythologie wurde die Frage nach Schuld und Mitverantwortung verwischt. Die Jüngeren hingegen zeigten einerseits eine große Offenheit und Bereitschaft zur wahren inneren Umorientierung, andererseits kam es bei vielen von ihnen zu jener vielzitierten Skepsis der Politik und allen ideologischen Parolen gegenüber, nach dem Bankrott jener Weltanschauung, mit der man sie indoktriniert und erzogen hatte. Sie fühlten sich, so Glaser, verraten von den Vätern.

Die Jahre 1948/49 sind für ihn, wie schon erwähnt, eine Zäsur, und zwar eine entscheidende und nicht sehr erfreuliche: Hier wurden die Weichen gestellt für die Aufnahme des neuen Staates in die Westallianz und folglich für den wirtschaftlichen Aufschwung, der eine ganz neue Gesellschaft, eben die des materialistischen Wirtschaftswunderdeutschen entstehen ließ. Eine innere Konfrontation mit der Vergangenheit, die „Katharsis“, schien durch die äußeren Erfolge unnötig geworden. Man befand sich in der NATO-Allianz im schönsten antikommunistischen Einverständnis mit dem Westen. Der Antikommunismus rehabilitierte sogar manchen Mitläufer oder Anhänger des Dritten Reiches und bestätigte altvertraute deutsch-nationale Vorstellungen. Glaser spricht im Zusammenhang mit der jüngeren Generation, die allmählich in

⁴ Detlev J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987.

die führenden Positionen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft einzog, von der „zweiten Schuld“. Sie verdrängte nicht so sehr eigene Mitverantwortung als die der Väter. Die traditionellen paternalistischen Strukturen in Familie und Gesellschaft blieben bestehen, aber sie wurden inhaltslos, ausgehöhlt. Die Männer warfen sich völlig auf ihre Karriere und den äußeren Erfolg, weil sie verunsichert waren und sich den neuen demokratischen Werten anzupassen suchten. Sie wollten nicht autoritär sein, und damit wuchs eine neue „vaterlose“ Generation heran, wie Glaser mit Mitscherlich sagt.

In der Austrocknung und Entleerung menschlicher Beziehungen während dieser (fünfziger) Jahre sieht er eine der Hauptursachen für den nächsten Generationsschub, der auf eine ausgesprochen explosive Rebellion der Jungen gegen den Erfolgsdeutschen der Adenauerjahre hinauslief. Ein Protest gegen die Väter, also die Kriegs- und Flakhelfergeneration, die nicht gegen ihre Väter, die Schuldigen, protestiert hatte, sondern in hektischem Leistungsdrang die verdrängte Vergangenheit kompensieren wollte. Selbstverständlich lag der Rebellion ein vielschichtiger Ursachenkomplex zu Grunde, und Glasers Darstellung ist nuancierter, als ich sie hier kurz wiedergeben kann. Dennoch bringt er den Generationskonflikt eindeutig in Zusammenhang mit den langen Schatten der Vergangenheit, dem Fehlen „kollektiver Trauerarbeit“ als Reaktion auf dieses Fehlen und auf die nivellierte klassenlose Mittelstandsgesellschaft.

Daß der Generationsaspekt in diesem Fall tatsächlich von durchschlagender Importanz war, ist genau so richtig, wie daß er am Rande etwas abgeschwächt werden sollte, wie Glaser selber, als der älteren Generation zugehörig, mit seiner Konzeption beweist. Von Belang ist nämlich, daß von Anfang an eine sehr entschiedene kritische Opposition gegen die Wohlstandsgesellschaft und den Staat Adenauers existierte und daß nicht zufällig gerade aus dem ausgesprochen liberalen und kritischen Milieu die Träger der jungen radikalen Revolte kamen. Sie waren nicht nur Gegner, sondern auch Erben jener Periode und ihres intellektuellen kritischen und offenen Klimas.

Glaser's offenkundige Sympathie mit der Protestgeneration als Nachholkatharsis, als Versuch, der leeren mechanischen Demokratie eine Seele zu geben, führt ihn dazu, den Terrorismus, diese giftige Frucht des radikalen Protestes, nicht in diesem Zusammenhang zu behandeln. Er will eine „falsche Kausalität“ durchbrechen: Der Terrorismus gehöre in das Kapitel „moderner Stadtguerilla“, heißt es. Das ist wenig überzeugend. Auch wenn sich die große Mehrzahl der damaligen Linken entschieden von den Auswüchsen distanziert hat. Es ist das altbekannte Problem: Ebenso wenig wie die Ideologen der radikalen Gesellschaftskritik haftbar gemacht werden können für die Morde an Bubak oder Schleyer, ebenso wenig darf man leugnen, daß hier ein Zusammenhang besteht und daß sie verklemmten Fanatikern intellektuelles Rüstzeug lieferten. Es ist das Spiegelproblem der Vorläuferfrage beim Nationalsozialismus.

Das Verpuffen des Radikalismus führte dann wieder zur Reaktion in den späten siebziger Jahren, die Glaser als „Wendezeit“ qualifiziert: Erneute Skepsis, Nüchternheit einerseits, neue Flucht ins Innere, New Age und Mystikbewegungen andererseits. Das Bemühen wiederum einer nächsten Generation, der immer farbloseren entseelten technologischen Welt zu entfliehen.

Die sogenannte „Postmoderne“ bringt Glaser noch einmal auf sein eigentliches An-

liegen zurück: Den Verfall der Aufklärungstradition! Nach den mißlungenen und festgefahrenen Versuchen der sechziger Jahre droht sie erneut durch die Vertreter der Postmoderne in Verruf zu geraten. Er schließt sich namentlich hier eng an Habermas an, den er häufig zitiert. Der zweite Anlauf zur Katharsis ist demnach gleichfalls versandet, hat sich festgefahren in der dicken Fettschicht der bürokratischen Technologengesellschaft!

Damit berührt Glaser nun freilich ein Thema, das schon längst nicht mehr spezifisch deutsch genannt werden kann. Überhaupt ist das Bemerkenswerte bei der Lektüre von Glasers Buch, daß von den späten fünfziger und sechziger Jahren an (also von der Zeit an, in der die Kriegsgeneration, die „Flakhelfer“ ihren Stempel auf die Kultur drückten) die deutsche Gesellschaft immer mehr mit den anderen westlichen Ländern zu korrespondieren beginnt. Vieles, was hier über die Generationskonflikte, den Umbruch der sechziger Jahre, die folgende Wende, die heutige Tendenz zu esoterischen und fundamentalistisch-religiösen Bewegungen, gesagt wird, es trifft auf den gesamten Westen zu.

Damit wird die Bedeutung der deutschen Vergangenheit – in Glasers Generationsgeschichte das zentrale Thema – jedoch relativiert. Vielmehr stellt sich die Frage, ob, was in der Bundesrepublik immer im Zusammenhang mit der eigenen nationalen Geschichte gesehen wurde und wird (die dann als Erklärung für die geistigen Verunsicherungen und die Identitätskrise herhält), nicht mehr in die übernationale Westeuropäische Gesamtkultur eingebettet werden müßte. Damit sollen die nationalen Unterschiede nicht minimalisiert werden. Sie verliehen und verleihen den Umbrüchen und Generationskonflikten immer eine eigene Farbe und direkte äußere Stoßrichtung. Aber die Parallelität der Verschiebungen in den verschiedenen Ländern deutet darauf hin, daß die Ursprünge tiefer liegen. Wobei auch für die anderen gilt, daß sie sich zu einseitig auf die eigene nationale Entwicklung konzentriert haben bei ihren Erklärungsversuchen. Überall spielte seit den sechziger Jahren die kritische Revision der eigenen Vergangenheit eine Rolle; auch wo es nicht um ein Regime ging, das überdimensionale Verbrechen auf das nationale Konto geschrieben hatte. Letzteres mag freilich erklären, weshalb in der Bundesrepublik die Reaktion besonders brisant wurde. Doch überall war es in den Nachkriegsjahren zu restaurativen Tendenzen gekommen, weil überall die Generation, die schon im Interbellum sozial gefestigt gewesen war, noch die führenden Positionen einnahm. Und ihr Weltverständnis war somit in den zwanziger und dreißiger Jahren geprägt worden. Der kalte Krieg und die Furcht vor dem Kommunismus förderten diese restaurative Einstellung. Letztlich ist auch die von Glaser in seinem Werk dringlich zum Ausdruck gebrachte Sorge um den Verlust der Aufklärungstradition eine Sache, die nicht nur die deutsche Gesellschaft betrifft, wenn auch im Westen diese Tradition die Kultur so viel tiefer und entscheidender durchtränkt hatte.

Das Debakel des Kommunismus berührt, wie man sich auch dreht und wendet, die ganze linke Tradition, also genau einen großen Zweig der Aufklärungserbschaft. Die völlige Pervertierung durch den marxistischen Totalitarismus und die Kurzsichtigkeit diesem Totalitarismus gegenüber von vielen, die sich immer auf die Aufklärung berie-

fen und sich ihr aufrichtig und eng verbunden fühlten, muß nachdenklich stimmen. Der Glaube an die Autonomie der menschlichen Vernunft und an den Fortschritt hat auch zu der einseitigen technisch-rationalistischen Hypertrophie unserer Gesellschaft geführt, die die Humanität permanent bedroht und verdrängt. „Auch geführt“, denn es wäre selbstverständlich Unsinn, hier eine monokausale Kette zu konstruieren. Aber daß die Säkularisationsarbeit der Aufklärung den Weg frei gemacht hat für Industrialisierung und wissenschaftlich-technischen Durchbruch, scheint mir unbestreitbar.

Als eine der großen Aufgaben dieser Gesellschaft – und nicht nur der deutschen – schält sich immer mehr heraus, die humanitäre und moralische Komponente der Aufklärung zu bewahren und zu beschützen gegen sowohl die Hybris technologisch-bürokratischer Herrschaft wie gegen einen Rückfall in fanatischen Fundamentalismus und Mystagogentum.

*Hermann von der Dunk
Prof. em. für Zeitgeschichte
an der Universität Utrecht*

III.

Die Historiographie nach 1870 behandelte die Geschichte der ehemaligen deutschen Staaten vor allem unter dem Aspekt der diplomatischen und militärischen Vereinnahmung Deutschlands durch Preußen sowie der Gründung des Deutschen Reiches. Sybel rechtfertigte das mit der Behauptung, die Bevölkerung der deutschen Staaten sei zum größten Teil politisch passiv gewesen¹. An diesem Urteil haben die Historiker später nicht mehr viel geändert, hatten doch die vom Deutschen Nationalverein 1864 zur Unterstützung der Intervention in Schleswig-Holstein organisierten 269 patriotischen Versammlungen tatsächlich nur eine Viertelmillion Menschen aus einer Bevölkerung von 40 Millionen mobilisiert. Treitschke, der in seinem Werk die Rolle Preußens bei der Einigung Deutschlands glorifizierte, saß seit 1871 selbst im Reichstag, dessen marginale Rolle im politischen System des Kaiserreichs er 1879 folgendermaßen charakterisierte: „Täuschen wir uns nicht selbst, meine Herren, die Freude, die unsere Bevölkerung aus der Teilnahme am parlamentarischen System bezieht, hat beträchtlich abgenommen im Vergleich zu jenen Tagen, als die bloße Existenz eines Parlaments für den Beginn einer Ära der Freiheit gehalten wurde. Aber wie sollte es auch anders sein? Ich glaube, wir sind im Deutschen Reich mit 4000 Abgeordneten gesegnet. Es wäre gegen die Natur der Dinge, wenn eine solche exzessive Zahl nicht am Ende langweilig und öde für die Bevölkerung würde.“²

¹ Heinrich von Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. IV, München/Leipzig 1890–94, S. 84: „Eine grosse Masse des Volkes war politisch inactiv; auf obrigkeitlichen Befehl würde sie ohne Widerstreben Recruten liefern und Steuern zahlen; aber ihre eigene Herzensorge gehörte doch ausschließlich ihrer Familie, ihrem Acker, ihren Herden.“

² Adolf Hausrath, Treitschke: His Life and Works, London 1914, S. 83.

Das Interessante an den Äußerungen von Historikern wie Sybel oder Treitschke ist nicht so sehr ihr Eingeständnis, daß der deutsche Nationalismus des 19. Jahrhunderts in Wirklichkeit weitgehend auf der Mittelschicht zugehörige Wirtschaftskreise und die intellektuelle Elite beschränkt war, sondern ihr halb verdecktes Bedauern darüber, daß dem so war. Ihre historischen Werke waren Ausdruck von gestiegenem bürgerlichem Selbstbewußtsein. Sie belegen in eindrucksvoller Weise, daß liberale Vorstellungen von bürgerlichem und politischem Bewußtsein den intellektuellen Horizont des 19. Jahrhunderts so stark bestimmten, daß sogar solch konservative Persönlichkeiten wie Sybel und Treitschke in der Geschichtsschreibung eine öffentliche Informationspflicht sahen. Selbst der Umfang ihrer Werke war ein Reflex ihres Pflichtgefühls. Die beiden Historiker hielten es für notwendig, denjenigen Teil der Bevölkerung, der eine aktive Rolle bei der Formierung des neuen und größeren Staates gespielt hatte, darin zu bestärken, daß er sich richtig verhalten habe, und den viel größeren, „inaktiven“ Teil dazu zu veranlassen, der neuen Schöpfung seine Loyalität zuzuwenden.

Ihr Verständnis der erlebten Ereignisse lieferte Sybel und Treitschke gute Gründe, sich dieser Aufgabe zu verschreiben. Die Masse der Bevölkerung hatte dem Partikularismus des 19. Jahrhunderts den Vorzug gegenüber einer Regierung nach preußischem Modell gegeben. Allem Anschein nach hätten die Deutschen bei freier Wahl für die Souveränität der bestehenden Staaten votiert. Doch eine feste Loyalität bestand weder zur nationalistischen Sache noch zum Partikularismus. Die nicht-preußischen Bevölkerungsteile waren in keiner Weise feindselig gegenüber den vordringenden preußischen Soldaten und scheinen sich, als die Preußen bei Sadowa den Sieg davontrugen, allenfalls ein wenig murrend mit dem Gedanken abgefunden zu haben, daß die alte Ordnung nicht mehr sein würde. Wie die „Times“ am 3. Juli 1866 treffend schilderte, war „in Hannover, in Hessen, in Sachsen (. . .) die Vergangenheit ebenso gründlich und schnell ausgelöscht wie 1860 in der Toskana, Modena oder in Parma“³.

Eine derart schwach entwickelte Loyalität, die nicht einmal ausreichte, um gegen den ersten Schock der Vereinnahmung zu protestieren, war Treitschke zufolge keine adäquate Grundlage für einen Staat, der auf Dauer angelegt sein sollte. Durch sein ganzes Werk zieht sich die Annahme, daß die mangelhafte Bindung an die deutschen Staaten durch deren Unfähigkeit, jene größere sprachliche, kulturelle und ethnische Entität, nämlich die deutsche Nation, zu repräsentieren, mitbedingt gewesen sei. Doch bildete das Deutsche Kaiserreich nur eines von zahlreichen Beispielen dafür, daß Gefühle der kulturellen Identität, sprachliche Einheit und ein sorgfältig konstruierter ethnischer Mythos kein größeres Maß an Staatsloyalität zu erzeugen vermögen als die Treue gegenüber Fürsten. Die Historiographie des heutigen Deutschland muß sich nun erneut mit dem Problem der Loyalität zum Staat befassen. Bei deutsch-deutschen Gesprächen während der letzten 15 Jahre zeigte sich, wie sehr die Bürger der Bundesrepublik an ihrem Staat hingen, obgleich er in seinen Anfängen nur als politisches Provisorium gedacht gewesen war. Und unlängst zeigte sich auch, daß die DDR ebenso-

³ Zitiert nach Theodore S. Hamerow, *The Social Foundations of German Unification 1858–1871. Ideas and Institutions*, Princeton 1969, S. 369.

wenig wie die früher existierenden deutschen Klein- und Mittelstaaten fähig gewesen war, ein ausreichendes Maß an Loyalität zu erzeugen und zu behalten.

Für uns alle ist es ein intellektueller Glücksfall, daß dieses zentrale Problem der europäischen Geschichte, die Frage der Loyalität zu Staaten sowie auch ihre Verknüpfung mit dem Konzept der Nationalität, durch die deutsche Geschichte wieder einmal in den Vordergrund unserer Aufmerksamkeit rückte. Andernfalls hätte der enorme Zuwachs an Ambitionen und Macht, den die europäischen Staaten nach 1945 verzeichneten, vielleicht weiterhin nur geringes Forschungsinteresse gefunden. Da die Bürger der DDR ihre Loyalität mit sogar noch größerer Bereitschaft als seinerzeit die Bürger Hannovers oder Sachsens verlagerten, werden die Historiker die Geschichte der Bundesrepublik künftig als das sehen müssen, was sie wirklich war: nicht ein Provisorium auf dem Weg in das Paradies eines vereinten Europa; nicht einmal ein Provisorium auf dem Weg zu einem wiedervereinigten Deutschland; sondern ein Nationalstaat, dem ständig mehr Loyalität zuwuchs und auf den schließlich die Loyalität eines Teils der Bevölkerung der DDR übertragen wurde, und das sogar während der Zeit, als das System der Geheimpolizisten, Bürokraten und Spitzel, das eben dies verhindern sollte, in voller Blüte stand.

Zwar war im Grundgesetz der Bundesrepublik seit 1949 auch seine mögliche Ausweitung auf das Gebiet der DDR verankert. Aber dieser irredentistische Anspruch auf einen anderen Staat, der öffentlich mit dem Argument der gemeinsamen Ethnizität und Geschichte begründet wurde, bedeutete damals nicht mehr als etwa der Anspruch der Republik Irland auf Nord-Irland. Wäre jedoch die britische Macht so wie die sowjetische Macht zusammengebrochen, so wäre die Entwicklung in Irland viel weniger friedlich verlaufen als in Deutschland, da die Bevölkerung von Ulster sehr viel weniger bereit wäre, ihre Loyalität auf den irischen Staat zu übertragen, als dies in der DDR-Bevölkerung gegenüber der Bundesrepublik der Fall war. Nicht ethnische Bindungen oder gemeinsame Geschichte sind ausschlaggebend dafür, daß in dem einen Fall die Bereitschaft besteht, sich anders zu orientieren, und in dem anderen Fall eine Mehrheit stark zögert. Viel eher liegt es daran, daß die Bundesrepublik die Wünsche und Ziele ihrer Bürger so erfolgreich zu erfüllen vermochte. Bei der Ursachenforschung stößt man aber bald darauf, daß man es nicht mit einem deutschen, sondern mit einem europäischen Problem zu tun hat, nämlich damit, wie der Nationalstaat so erfolgreich als fundamentale Einheit der politischen Organisation Europas überleben konnte.

Historiker, die sich mit der Geschichte „Deutschlands“ seit 1945 befaßten, konnten diesem Problem nicht entkommen. Sie waren dazu gezwungen, zwei parallele Darstellungen vorzulegen. Turner beispielsweise räumt sogar im Titel seines Buches ein, daß man nichts anderes tun könne⁴. Dagegen trägt der zweite Band von Kleßmanns „Deutscher Geschichte“ einen stärker beschwörenden Titel, und der Autor plädierte hier schon frühzeitig für die Untrennbarkeit der deutschen Geschichte: „Da beide Staaten das ‚eigentliche‘, das historische und demokratisch legitime ‚neue Deutschland‘ zu ver-

⁴ Henry Ashby Turner, Jr., *The Two Germanies Since 1945*, New Haven/London 1987.

körpern beanspruchten, definierten sich insofern beide zugleich als die bessere Hälfte eines künftigen Ganzen.“⁵ Turner wiederum erklärt auf der ersten Seite seines Vorworts, daß „eine Untersuchung der Geschichte der zwei deutschen Staaten erweist, daß beide durch einen geteilten Zusammenhang, der nur als Deutschland bezeichnet werden kann, unentrinnbar miteinander verbunden sind“⁶.

Aber worin besteht nun der „geteilte Zusammenhang“? Turners Werk zufolge war dieser anscheinend vor allem diplomatischer und strategischer Natur, auch wenn Turner gelegentlich das „reiche kulturelle Erbe“ anspricht; die Großmächte hätten nach 1945 so agiert, als wäre die deutsche Nation von größerer Dauer als die deutschen Staaten, „Deutschland“ habe so im strategischen Zusammenspiel der Großmächte in seinen beiden Teilstaaten überlebt. In Turners parallelen Darstellungen liegt das Hauptgewicht auf der großen Politik, der Außen- und Verteidigungspolitik der beiden Staaten, sowie, verständlicherweise, auf der Politik der Großmächte ihnen gegenüber. Kleßmann wählt eine andere Perspektive. Das erste Kapitel des zweiten Bandes seiner „deutschen“ Geschichte zielt direkt auf den Kern des Problems; dort werden vierzig Seiten darauf verwandt, die Stabilität der Bundesrepublik nach 1955 zu erklären, und zwar erstens durch ihren wirtschaftlichen Erfolg und zweitens durch den Alltag, das Lebensgefühl und die politische Kultur der Bevölkerung. Erst nachdem er auf diese Weise der Sozialgeschichte den Vorrang eingeräumt hat, wendet er sich internationalen Themen zu. Aber ebenso wie das Werk Turners ist auch sein Buch gleichsam durch wasserdichte Schotten unterteilt, die die Geschichte der DDR, außer in solchen Fällen, in denen beide Staaten lediglich zum Objekt der Diplomatie ausländischer Mächte wurden, hermetisch von derjenigen der Bundesrepublik abtrennen.

Fraglos waren die Handelskontakte zwischen den beiden Staaten im Vergleich zu denen, die die Bundesrepublik und die DDR mit anderen Staaten unterhielten, beschränkt, und erst recht galt dies für offizielle kulturelle Kontakte. Aber wenn das „kulturelle Erbe“ tatsächlich so wichtig ist, wie beide Autoren implizieren, wäre dann nicht die Geschichte der deutschen Nation ebenso wichtig wie die Geschichte der deutschen Staaten, und wäre es dann in diesem Zusammenhang nicht angemessener gewesen, eine Darstellung zu schreiben und nicht zwei? Daraus folgt der Schluß, daß sich, als beide Autoren mit der Niederschrift begannen, die Geschichte des Staates als das Entscheidende erwies. Tatsächlich wird die deutsche Nation bei der Darstellung der DDR-Geschichte lediglich insoweit thematisiert, als die Autoren sich auf in der DDR punktuell wieder aufgegriffene deutsche Traditionen beziehen. Soldaten im Stechschritt und Appelle an angebliche preußische Traditionen der Disziplin und des Dienens seien hauptsächlich deshalb erforderlich gewesen, weil die Propaganda so großen Wert auf internationalistische Treue zum brüderlichen Sozialismus habe legen müssen. Die DDR habe vor allem deshalb so kühn sein müssen, eine Tageszeitung „Neues Deutschland“ zu nennen, weil nur sie gezwungen gewesen sei, sie mit Schlag-

⁵ Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Göttingen 1988, S. 12.

⁶ Turner, *The Two Germanies*, S. VII.

zeilen wie „Freundschafts-Delegation der mongolischen Stahlarbeiter besucht Rostock“ zu füllen. Die Erwähnung der Nation und ihres kulturellen und historischen Erbes hat hier bemerkenswerterweise mehr mit einer oberflächlichen Referenz gegenüber dem, was man von Historikern allgemein erwartet, als mit einer Erklärung für den Erfolg des einen Staates und für das Scheitern des anderen zu tun. Dafür finden beide Autoren Erklärungen in der internationalen Entwicklung nach 1945.

Eine andere Form des historischen Zugriffs wählten einige Beiträge der von der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichten Aufsatz-Sammlung „Heimat und Nation“⁷. Ihnen zufolge existierte ein gemeinsames deutsches Gefühl der kulturellen und nationalen Besonderheit, das der politischen Willensbildung und dem Staatsaufbau zugrunde liegt. In diesem Band klingt die Tonlage des Nationalismus des 19. Jahrhunderts nach. Herbert Hupka schreibt über die „Substanz“ des ganzen Deutschlands, deren Bewahrung ihm 1984 die Aufgabe der Bundesrepublik zu sein schien⁸. Michael Stürmer sorgt sich, daß ein bürgerlicher Verfassungspatriotismus allein unzureichend sei und daß man ein Nationalgefühl benötige, ähnlich dem, das die deutschen Staaten in der Vergangenheit zusammengeschweißt habe. Die Schwierigkeit im Umgang mit der Vergangenheit bestehe jedoch darin, daß das nationale Sentiment zu oft gegen „westliche“ Werte gerichtet gewesen sei, wie etwa in den rhetorischen Wendungen gegen Industriegesellschaft und Kapitalismus am Ende des 19. Jahrhunderts. Diese Gefahr, so Stürmer, sei erneut vorhanden. Adenauer, so berichtet er, habe dem Britischen Hohen Kommissar gegenüber erklärt, daß das britische Insistieren im Jahr 1815 auf einer Etablierung Preußens am Rhein „erst Deutschland und dann Europa zerstört hat“⁹. Stürmer zufolge war es der Triumph Adenauers und der Bundesrepublik, daß das deutsche Nationalgefühl in Übereinstimmung mit „westlichen“ Vorstellungen von Staat und Gesellschaft gebracht worden ist. Heute bestünde aber die Gefahr, daß neue politische Bewegungen dieses unerläßliche Nationalgefühl vom Westen abtrennen würden. „Im Namen von rousseauistischer Nostalgie und marxistischer Utopie ergeht heute eine radikale Kriegserklärung an die Gegenwart.“¹⁰

Wenn man sich fragt, warum die Loyalität zur Bundesrepublik so schnell auf ein so beträchtliches Maß anwuchs, wird man erkennen, daß die Bundesrepublik nach 1945 keinen Sonderweg beschritt, sondern tatsächlich demselben Konzept des Staatsaufbaus folgte wie andere westeuropäische Länder, und daß Adenauer und die CDU/CSU dabei eine wichtige Rolle spielten. Die Bundesrepublik läßt sich nicht nur leicht mit irgendeinem allgemeinen Modell, das man sich vom westeuropäischen Staat nach 1945 machen könnte, beschreiben; in den fünfziger Jahren wurde sie in mancher Beziehung

⁷ Klaus Weigelt (Hrsg.), *Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen*, Mainz 1984 (künftig: *Heimat und Nation*).

⁸ Herbert Hupka, *Die Einheit der Nation. Der Auftrag des Grundgesetzes und die politisch-rechtliche Situation in der Gegenwart*, in: *Heimat und Nation*, S. 270.

⁹ Michael Stürmer, *Die deutsche Frage als europäisches Problem. Ein Sonderweg deutscher Geschichte?* in: *Heimat und Nation*, S. 286.

¹⁰ Ebenda, S. 290.

sogar selbst zum klassischen Beispiel dieses Modells. Die Frage ist jedoch, wie wichtig das Nationalgefühl für diesen Prozeß war. Berding führt an, daß sich im 19. Jahrhundert das Modell des Staatsaufbaus auf eine außerdeutsche Tradition bezog, nämlich die amerikanischen und französischen politischen Neuerungen des späten 18. Jahrhunderts, die freilich nur von einer kleinen Minderheit deutscher radikaler Reformer im Vormärz aufgenommen worden seien¹¹. Da es sich hier um die Ursprünge der westeuropäischen Demokratie nach 1945 handelt, wäre zu fragen, wie das deutsche Nationalgefühl Anschluß daran fand. Und wenn, wie Berding weiter ausführt, die Preisgabe von nationaler Souveränität im Rahmen einer Außenpolitik, die für europäische Integration eintrat, in der Bundesrepublik weiter als irgendwo anders ging, stellt sich die Frage sogar mit noch größerem Nachdruck. Selbst wenn man geltend macht, daß die europäische Integration nach 1945 ein Instrument zur Stärkung des Nationalstaats war, bedeutet dies nicht notwendigerweise, daß es sich hierbei um ein Mittel zur Stärkung des Nationalgefühls handelte.

Doch worum geht es bei diesen „westlichen“, „französischen“, „amerikanischen“, „deutschen“ und „europäischen“ Werten? Handelt es sich um mehr als in die Form historischer Analyse gekleidete politische Vorurteile? John Breuilly, der ebenfalls einen Teil der neueren Geschichtsschreibung über Deutschland besprach, wischte kürzlich den ganzen begrifflichen Wust einfach beiseite, um zu einer gänzlich pragmatischen Antwort auf die Frage nach der Loyalität zu verschiedenen deutschen Staaten im 19. Jahrhundert und gegenwärtig zu gelangen. „Man schaffe eine leidlich stabile und moderne Staatsstruktur“, schrieb er, „und gebe ihr vierzig bis fünfzig Jahre Dauer (das alte Preußen 1815–1867, das zweite Kaiserreich 1871–1918, die Bundesrepublik 1949 bis jetzt), und ein ziemlich festes Gefüge politischer Identitäten wird entstehen“¹². Alle Varianten von Nationalismus und vermutlich alle Nationalstaaten, so räumt er bereitwillig ein, basierten auf einem gewissen Maß an kollektiver Identität, aber worauf es ankomme, sei die Dauer der staatlichen Struktur. Dauer aber erfordere Modernität. Wollten wir diese Annahme überprüfen, so müßten wir also den Grad an Modernität, und somit die Fähigkeit der Bundesrepublik, fortzubestehen und gesellschaftliche Loyalitäten an sich zu binden, vergleichen, und zwar mit anderen westeuropäischen Staaten nach 1945, da einige der osteuropäischen Nachkriegsstaaten einen plötzlichen Zusammenbruch der Loyalität erlitten haben. Auf welche Faktoren müßten wir dabei achten? Wie gut hat die neueste, der deutschen Frage gewidmete Historiographie diese erklärt? Gibt es dabei irgend etwas, das typisch „deutsch“ oder „nichtdeutsch“ ist?

Ein von der neueren Forschung herausgehobener Faktor ist die Zunahme der Zustimmung der westdeutschen Bürger zu ihrem politischen System. Bei einer Meinungsumfrage aus dem Jahr 1950 meinten 24 Prozent der befragten Bürger, daß ein

¹¹ Belmut Berding, Staatliche Identität, nationale Integration und politischer Regionalismus, in: Hans Patze (Hrsg.), Staatsgedanke und Landesbewußtsein in den neupreußischen Gebieten (1866), Marburg/Ulm 1985, S. 111–133.

¹² John Breuilly, Nation and Nationalism in Modern German History, in: *The Historical Journal* 33 (1990), H. 3, S. 670.

Einparteiensystem gegenüber einer pluralistischen Demokratie vorzuziehen sei¹³. Zwei Jahre später erklärten nur 27 Prozent der Befragten, daß sie sich für Politik interessierten¹⁴. 1977 war es schon die Hälfte der Befragten. Ein Jahr später gaben auf die Frage, worauf sie in ihrem Land am meisten stolz seien, 31 Prozent der Befragten die politischen Institutionen zur Antwort. 1959 hatten nur sieben Prozent so geantwortet¹⁵. Martin Greiffenhagen sieht darin einen Einstellungswandel vom „Obrigkeitsstaat zur Demokratie“¹⁶. An den Kriterien der staatsbürgerlichen Kultur gemessen, war die Fähigkeit der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik, die Wünsche ihrer Bürger zu erfüllen, ein beinahe vollständiger Erfolg. Dafür mußte wohl ein Preis entrichtet werden: Der Anteil derer, die nicht mehr an eine Wiedervereinigung Deutschlands glaubten, wuchs stetig von 28 Prozent im Jahre 1950 auf 65 Prozent im Jahre 1976 an¹⁷. Trifft es somit wirklich zu, daß, wie Weidenfeld in der Einführung zu einem äußerst nützlichen Sammelband zur politischen Kultur schreibt, Mitte der siebziger Jahre, nach der 1973 erfolgten De-facto-Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik, das zentrale Problem der „Identitätsfrage“ in der Bundesrepublik „das unaufgelöste Spannungsverhältnis zwischen bundesrepublikanischem Staatsbewußtsein und gesamtdeutschem Nationalbewußtsein“ gewesen ist¹⁸?

Bemerkenswerterweise setzen sich sogar neueste Untersuchungen zur politischen und bürgerlichen Kultur weiterhin mit der Vorstellung auseinander, daß die Deutschen in gewisser Weise eine durch die Geschichte verletzte Nation seien. Von daher, so wird dort argumentiert, müßten die Historiker das bemerkenswerte Maß an öffentlichem Vertrauen und Stolz, mit dem die Bürger der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung über ihre politischen Institutionen sprachen, mit größerer Skepsis betrachten. Da der Staat nicht mit der Nation gleichgesetzt werden könne, bekundeten die Westdeutschen ein geringeres Maß an Nationalstolz auf die Bundesrepublik als einer politischen Organisationsform, als das andere Bürger der Europäischen Gemeinschaft gegenüber ihren Staaten täten¹⁹. Auch die Tendenz, die Besatzungsmächte sogar für Dinge zu beschuldigen, für die sie nicht verantwortlich waren, bleibt weiterhin stark. Ein interessantes Beispiel dafür ist Brauns jüngst veröffentlichter allgemeiner Überblick über die

¹³ Stephan Eisel, *Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zur Akzeptanz der Grundlagen demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn 1986, S. 228.

¹⁴ David P. Conradt, *Changing German Political Culture*, in: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited, An Analytic Study*, Boston/Toronto 1980, S. 239.

¹⁵ Ebenda, S. 230.

¹⁶ Martin Greiffenhagen, *Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie: Die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Peter Reichel (Hrsg.), *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*, Frankfurt a. M. 1984, S. 52–76.

¹⁷ Conradt, *Political Culture*, S. 227.

¹⁸ Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1989, S. 34.

¹⁹ Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern*, Stuttgart 1987.

deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert²⁰. Zwar bietet Braun eine so zuverlässige Darstellung des Dritten Reiches und der Bundesrepublik, daß allenfalls voreingenommene oder kleinliche Leser etwas auszusetzen haben werden, doch in seiner Darstellung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen erneuert er einige unbegründete Anschuldigungen gegen die Praktiken der Besatzungsmächte.

Überhaupt ist der betrüblichste Aspekt der deutschen Geschichtsschreibung während der letzten zehn Jahre ihre fortdauernde, fast obsessive Fixierung auf die Besatzungszeit. Der Ertrag des nicht versiegenden Stroms an Publikationen über die Jahre 1945–1949 besteht hauptsächlich darin, den geringen Einfluß der Besatzungsmächte auf die deutsche Gesellschaft und Politik aufzuzeigen. Antworten auf die zentrale Frage nach der Loyalitätsbildung lassen sich dort nicht finden. Das Problem der Loyalität wurde von westdeutschen Politikern und politischen Parteien selbst gelöst; diese machten die Bundesrepublik zu einem so bemerkenswerten Beispiel an Stabilität, wobei es tatsächlich wenige Anhaltspunkte dafür gibt, daß die deutschen Wähler im Laufe der Jahre unter irgendeinem besonderen Gefühl, die Bürger einer „verletzten“ Nation zu sein, gelitten hätten. Kurz gesagt, Breuillys Pragmatismus ist allem Anschein nach völlig berechtigt. Doch wie erreichen die Politiker diese Erfolge? Auf diesem Feld bleibt noch viel historische Forschung zu leisten, wenngleich einige neuere Veröffentlichungen unser Verständnis durchaus erweitert haben.

Ein erstes Ergebnis ist, daß für die Herausbildung eines – gegenüber der Zwischenkriegszeit – breiteren, tieferen und stabileren politischen Konsenses bestimmte Veränderungen in Struktur und Funktion der politischen Parteien von entscheidender Bedeutung waren. Denn diese Veränderungen befähigten die Parteien dazu, Forderungen der Bürger wirksamer als zuvor aufzugreifen und im parlamentarischen Entscheidungsprozeß zur Geltung zu bringen. Diese Forderungen waren im wesentlichen materieller Natur, und es war die Aufgabe des parlamentarischen Entscheidungszentrums, genügend viele finanziell tragbare materielle Konzessionen an ausreichend große sozio-ökonomische Gruppen zu machen, um einen stabilen Konsens zu erzielen und zu erhalten. Bei diesem Vorgang der politischen Vermittlertätigkeit im Schnittpunkt der politischen Interessen war die Rolle der politischen Parteien entscheidend.

Der diesbezügliche Unterschied zwischen der CDU/CSU und dem Zentrum ist bereits seit einiger Zeit deutlich. Seine bis 1945 zurückreichenden lokalen Ursachen werden von Werner Blessing in der vom Institut für Zeitgeschichte veröffentlichten groß angelegten Sozialgeschichte der ersten Nachkriegsjahre herausgearbeitet²¹. Selbst in der tiefkatholischen Region Bamberg stand der religiöse Frühling nach 1945 von Anfang an im Zeichen der Suche nach einem Katholizismus, der die Gläubigen nicht mehr

²⁰ Hans-Joachim Braun, *The German Economy in the Twentieth Century. The German Reich and the Federal Republic*, London/New York 1990.

²¹ Werner K. Blessing, „Deutschland in Not, wir im Glauben...“. Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988 (künftig: *Von Stalingrad zur Währungsreform*), S. 3–111.

so absolut binden und leiten sollte wie vor dem Krieg, und zugleich im Zeichen der Öffnung gegenüber wiedererwachenden anderen Formen des Christentums. In einer solchen Atmosphäre war klar, daß alle Versuche, eine Partei ins Leben zu rufen, deren Verbindungen zum katholischen Klerus ähnlich eng gewesen wären wie vor 1933 diejenigen des Zentrums oder der Bayerischen Volkspartei, scheitern würden. Dort, wo das Zentrum als Rivale der CDU auftrat, in Nordrhein-Westfalen und in Oldenburg, war sein Programm die Rechristianisierung von Staat und Gesellschaft – in der Tat ein Ziel, das die Masse der Bevölkerung nicht sonderlich beschäftigte.

Die allmähliche Säkularisierung der konfessionell bestimmten Politik, die Umleitung der religiösen Forderungen in das der Transmission der materiellen Forderungen dienende parlamentarische System, war von großer Bedeutung. Im Rheinland und in Teilen des Ruhrgebiets diente das Netzwerk der katholischen Kirche mit seinen Vereinen, Verbänden und der Sonntagspredigt noch bis Ende der fünfziger Jahre als eine Art Ersatz für ein parteipolitisches Netzwerk²². Keine Sozialgeschichte Nachkriegs-Großbritanniens begänne im übrigen jemals, so wie es der Band des Instituts für Zeitgeschichte tut, mit zwei umfangreichen Beiträgen über die Rolle der Kirchen. Solche Themen würden eher gegen Ende flüchtig abgehandelt werden; das ist ein Indiz dafür, um wieviel wichtiger als in vielen anderen westlichen Gesellschaften die Kirchen für die Struktur der deutschen Gesellschaft in den fünfziger Jahren noch waren. Tatsache ist jedoch auch, daß sich die politischen Parteien selbst in den frömmsten katholischen Gegenden Zielen verschrieben, die zunehmend materieller und immer weniger moralischer Natur waren, und daß diese materiellen Ziele in der parlamentarischen Demokratie befriedigt werden konnten und auch wurden.

Gleichfalls zum Allgemeingut gehört mittlerweile die Auffassung, die Schwäche der SPD habe daraus resultiert, daß sie, anders als die CDU, die Wiedegründung einer Partei aus der Zeit vor 1933 war. Mehr als 90 Prozent ihrer Mitglieder, die sie 1946 in den drei westlichen Zonen besaß, hatten ihr bereits in der Weimarer Zeit angehört; ihr Bezugspunkt war Weimar. Der allgemein akzeptierten Auffassung zufolge hat erst unter dem schockierenden Eindruck der Niederlage in der Bundestagswahl von 1953, die die meisten Partei-Aktivisten überraschte, der Wandel zu einer Volkspartei begonnen. Holtmann beschreibt die komplexen Zusammenhänge, die diesem Wandel zugrunde lagen, anhand einer detaillierten Studie über die SPD in Hamm-Unna²³. Statt eine besondere Anstrengung zur Gewinnung der politisch „halbbewußten“ jungen, im Dritten Reich herangewachsenen Generation zu unternehmen, klagten die alten Parteimitglieder sie an und wiesen sie zurück. Die alte sozialistische Garde hatte keinen Platz für die Desillusionierten und Fehlgeleiteten – fest verankert wie sie war in einem weltanschaulichen Rahmen, der ihr während des politischen Alptraums der dreißiger Jahre hindurch Halt gegeben hatte. Neue Parteimitglieder kamen jedoch vor allem aus

²² Helga Grebing, Die Parteien, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1983, S. 135.

²³ Everhard Holtmann, Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Von Stalingrad zur Währungsreform, S. 169–210.

dem Kreis der Flüchtlinge sowie der Opfer des Nationalsozialismus, und diese neuen Genossen bemühten sich, die verlorene Generation zu gewinnen; so appellierten die vom Schicksal Umhergestoßenen an ihresgleichen. Diese Kombination bewirkte schließlich 1959 in Bad Godesberg die Änderung des Parteiprogramms.

Es läßt sich kaum behaupten, daß die Bundesrepublik im Hinblick auf diese Veränderungen andere westeuropäische Staaten kopiert hätte; sie folgte lediglich denselben Entwicklungstrends, die auch anderswo zu beobachten waren. Die Veränderung setzte so frühzeitig wie in anderen Ländern ein, aber die Erfahrung von Weimar bildete einen Bezugspunkt, den andere Staaten nicht besaßen. Von den Vorläufern der demokratischen Staaten nach 1945 war es, einmal abgesehen von den Reformen in Norwegen und Schweden Mitte der dreißiger Jahre, die Weimarer Republik gewesen, die die ernsthaftesten Versuche unternommen hatte, den demokratischen politischen Konsens in der Gesellschaft zu verbreitern. Weimars Scheitern ist auch deshalb für die Historiker ein wichtiger Untersuchungsgegenstand, weil man dabei auch Erklärungen für den Erfolg der Nachkriegs-Demokratie finden kann. Als ergiebig erweist sich nun neuerdings diejenige Perspektive, die „Weimar als eine moderne Gesellschaft [betrachtet], die – wenngleich ungleich heftiger – von vielen noch heute vertrauten Problemen bedrängt wurde“²⁴. Die Probleme der Einkommensverteilung, des Wirtschaftswachstums, des Systems der sozialen Sicherung und des Agrarprotektionismus, mit denen Weimar kämpfte und die es nicht auf demokratische Weise zu lösen vermochte, wurden nach 1949 vergleichsweise mit Leichtigkeit gelöst. Die daraus resultierenden materiellen Verbesserungen für die Wähler begründeten die Loyalität gegenüber dem neuen Staat und seine Stabilität.

Die hohen Zuwachsraten des Nationaleinkommens, verbunden mit hohen Zuwachsraten des Pro-Kopf-Einkommens, seien, wie Klump argumentiert, zunächst und vor allem wirtschaftspolitischen Entscheidungen zuzurechnen²⁵. Diese Sichtweise wird nach wie vor von verschiedenen Gelehrten geteilt, die sich mit langfristigen Wachstumstrends befassen²⁶. Klump versucht in seiner Darstellung der langfristigen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik zwischen der in Westdeutschland und der anderswo praktizierten Politik zu unterscheiden und vertritt dabei den Standpunkt, daß die Bundesrepublik die klügeren Entscheidungen getroffen habe. Durch den zügigen Abbau der wirtschaftlichen Reglementierungen und eine kluge Sozialpolitik hätten sich die andernorts nötig werdenden kostspieligen ökonomischen Interventionen und Störungen durch die Regierungspolitik vermeiden lassen. Aber diese Argumentation erinnert doch sehr an die vertraute politische Rhetorik über die „Soziale Marktwirtschaft“, die bei genauer Betrachtung keineswegs ein einzigartiges deutsches Phänomen ist. Eine überzeugendere und detailliertere Sicht des westdeutschen Staates als

²⁴ Ian Kershaw (Hrsg.), *Weimar: Why Did German Democracy Fail? Debates in Modern History*, London 1990, S. 27.

²⁵ Rainer Klump, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht*, Wiesbaden 1985.

²⁶ Siehe z. B. Angus Maddison, *Dynamic Forces in Capitalist Development. A Long-Run Comparative View*, Oxford/New York 1991.

einer Organisation, die sich von mikroökonomischer Feinsteuerung fernhielt und dabei ein schnelleres Wachstum des Wohlstands erreichte als ihre europäischen Rivalen, bietet Buchheims Studie über die Liberalisierung der westdeutschen Außenhandelspolitik²⁷. Die Koinzidenz und die gegenseitige Verstärkung der schnellen Liberalisierung des Warenhandels und der Wechselkurse durch die Bundesrepublik mit dem erklärten amerikanischen Nachkriegsziel, eine liberale und multilaterale Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, führten, so stellt Buchheim fest, zu einem Wohlstandszuwachs in Westdeutschland und Westeuropa.

Das Argument, daß die verhältnismäßig schnelle Liberalisierung des Außenhandels das frühe und steile Wachstum der deutschen Wirtschaft mitbedingte, trifft sicherlich zu. Jedoch existierten dafür Gründe, die viel weniger allgemein waren als das abstrakte Argument, freier Handel nütze der Menschheit. Sie hatten insbesondere mit der Struktur der westeuropäischen Nachfrage nach deutschen Waren zu tun. Infolge eines beispiellos lange aufrechterhaltenen hohen Niveaus der westeuropäischen Investitionsquoten verschoben sich die deutsche Industrieproduktion und die deutschen Exporte sogar noch weiter in Richtung auf die Kapitalgüter, auf die das Deutsche Reich sich bereits seit 1880 spezialisiert hatte. Außerdem verschafften ihr der Zahlungsmechanismus der Europäischen Zahlungsunion auf den OEEC-Märkten große Vorteile gegenüber amerikanischen Exporteuren²⁸. Die politische Entscheidung, Exporte durch Handels- und Währungsliberalisierung zu stimulieren, war kein so mutiger Verzicht auf wirtschaftliche Reglementierung, wie er gewöhnlich dargestellt wird, denn das Setzen auf steilen Exportzuwachs war die einzige Möglichkeit, sich aus der Rolle eines abhängigen Kostgängers Amerikas zu befreien. Die Wirtschaftspolitik paßte sich den Fakten an, die tatsächlichen Antriebskräfte für die Zunahme der deutschen Exporte und Handelsüberschüsse ergaben sich aus der Struktur und dem Wachstum der Nachfrage, wie sie nicht allein in der Bundesrepublik, sondern in Westeuropa insgesamt bestanden.

Gab es also tatsächlich wesentliche Unterschiede zwischen der Politik des westdeutschen Staates zur Stimulierung von Wirtschaftswachstum und der Politik anderer westeuropäischer Regierungen? „Soziale Marktwirtschaft“ hat sich bisher einer Definition als Modell weitgehend entzogen. Zwar existierte in der Bundesrepublik keine kapitalistische Gesamtplanung. Unterschied sich aber, so wäre zu fragen, die Bundesrepublik im Bereich der Industriepolitik und hinsichtlich der intensiven Verbindungen zwischen Industriepolitik und Außenhandelspolitik tatsächlich so sehr von Frankreich oder Italien? Was brächte eine detailliertere Untersuchung einer Wirtschaftspolitik der Aufhebung von Quotierungen in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre zutage? Träte hinter der angelsächsischen Freihandelsrhetorik der neue deutsche Staat in seiner tatsächlichen, nach 1945 genommenen neomerkantilistischen Ausrichtung hervor?

²⁷ Christoph Buchheim, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958*, München 1990.

²⁸ Alan S. Milward, *The Marshall Plan and German Foreign Trade*, in: Charles S. Maier/Günter Bischof (Hrsg.), *The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program*, New York/Oxford 1991, S. 452–487.

Genau dies wäre der Fall, meint Simon Reich. Reich untersucht anhand der Firmenarchive das Management von Volkswagen und der deutschen Ford-Niederlassung sowie deren Beziehungen zur Bundesregierung. Daran anschließend macht er einen direkten Vergleich mit einer ähnlichen Untersuchung über den britischen Automobilhersteller Austin in den fünfziger Jahren. Der Erfolg von VW war ihm zufolge kein Triumph des Liberalismus und der Befreiung der Wirtschaft von staatlicher Regulierung, sondern das genaue Gegenteil. Volkswagen sei wie Fiat oder Renault eine nationale Größe, die vom Staat bewußt als ein neomerkantilistisches Instrument des Wirtschaftswachstums und des internationalen Handelswettbewerbs begünstigt worden sei. Weit davon entfernt, frühere Haltungen abzulehnen, habe die Bundesrepublik geschickt die Früchte der NS-Industriepolitik geerntet. Denn für das VW-Management waren Marktprinzipien verletzende „Verhaltensabsprachen trotz des im eigenen Land stattfindenden Übergangs zu einer marktorientierten Wirtschaft Teil der Unternehmenskultur. Verhaltensformen, die das Firmenmanagement in Deutschland für völlig angemessen hielt, verletzen im liberalen Amerika geheiligte Prinzipien“²⁹. Die Beachtung dieser Prinzipien durch die britische Regierung, so Reich, habe die britische Automobilindustrie im internationalen Wettbewerb mit Volkswagen gehemmt, denn in entscheidenden Momenten habe sie nicht die notwendige staatliche Unterstützung erhalten. Ford-Deutschland als „ausländische Firma“ habe nicht dieselben Privilegien wie VW erhalten und sei gezwungen gewesen, innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik aus einer benachteiligten Position heraus zu konkurrieren.

An diesem Punkt entdecken wir nun die unbestreitbare Tatsache, daß es keine umfassende, detaillierte Untersuchung der wirtschaftlichen Rolle des westdeutschen Staates nach 1949 gibt. Allem Anschein nach spielte der Staat bei der Ankurbelung der Nachfrage, der Förderung des Konsums und vielleicht auch, wie Reich sagen würde, bei der mikroökonomischen Industriepolitik dieselbe Rolle wie alle anderen westeuropäischen Regierungen. Zwar gab es tatsächlich keinen Versuch einer keynesianischen, makroökonomischen, antizyklischen Haushalts- und Steuerpolitik, wie sie etwa in Großbritannien existierte, jedenfalls nicht bis in die späten sechziger Jahre. Aber das galt für die meisten Staaten Westeuropas, und sobald 1967 keynesianische Eingriffe als erforderlich angesehen wurden, legte man das prompt gesetzlich fest. Der Staat stützte landwirtschaftliche Einkommen in ebenso hohem Maße wie andere westeuropäische Regierungen. Er förderte einen Wohlfahrtsstaat, der seit den sechziger Jahren umfassender und großzügiger war als in den meisten anderen Ländern. Diese Maßnahmen bildeten, zusammen mit der Integration der Interessen der organisierten Arbeitnehmer in den politischen Entscheidungsprozeß und teilweise sogar in das Firmenmanagement selbst, nach 1945 die Hauptzugeständnisse der Politiker an die Wähler. Aus der Verbindung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der wichtigsten sozioökonomischen Gruppen, die von diesen Konzessionen profitierten – Landwirtschaft, Industriearbeiter und die mittelständischen Profiteure des Wohlfahrtsstaates –, ging ein dauerhafter politischer Konsens

²⁹ Simon Reich, *The Fruits of Fascism. Postwar Prosperity in Historical Perspective*, Ithaca/London 1990, S. 198.

hervor. Sofern das Wirtschaftswachstum nicht nachließ und weiterhin für das Ansteigen der Pro-Kopf-Einkommen sowie für die Mittel zur Finanzierung einer solch teuren Politik garantieren konnte, sorgte es einige Zeit lang auch für die Stabilität des Konsenses.

Daß dies nichts mit einer Orientierung an fremden Modellen zu tun hatte, sondern eine Entwicklung war, die sich zur selben Zeit auch anderswo vollzog, kann man am besten an der Landwirtschaftspolitik ablesen. Zwar fehlt noch immer eine gute Darstellung der Landwirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, bekannt ist aber, daß der Deutsche Bauernverband bereits vor 1949 eine machtvolle und auch in Wahlen geschlossen agierende Pressure Group war. Die Intensität des Agrarprotektionismus und der Einkommensstützung seit den Anfängen der Bundesrepublik verdankt sich in jedem Fall der Erfahrung aus der NS-Zeit. Niemand wagte es, an die Stelle des ehemaligen Reichsnährstands einen unregulierten Markt für landwirtschaftliche Produkte zu setzen, zumal dann nicht, als Andreas Hermes, ein aus der Weimarer Republik bekannter, von den Nazis ins Gefängnis gesteckter und nach Kolumbien emigrierter Bauernfunktionär, wieder die landwirtschaftliche Interessenpolitik zu reorganisieren begann. Die Entscheidung, landwirtschaftliche Betriebe an der Rentabilitätsgrenze zu stützen, wurde 1950 getroffen, also etwa zur selben Zeit, als die ersten Schritte zum Abbau der staatlichen wirtschaftlichen Kontrollen im Bereich des Getreide- und Brotmarktes getan wurden. Die Forderung nach Mitbestimmung war ebenfalls bereits lange vor der Staatsgründung laut geworden, wenn auch ihre gesetzliche Verankerung den Alliierten zu verdanken war. Keinen Anteil aber hatten die Alliierten an der Grundentscheidung des DGB, einen auf Wachstum und Wohlstand orientierten politischen Konsens zu unterstützen, und zwar auch gegen den Widerstand der SPD. Das war ein spezifisch deutsches Phänomen. Zur Nachkriegsgeschichte der deutschen Arbeitnehmer nach der Mitbestimmungsentscheidung steht jedoch gleichfalls noch eine gründliche Studie aus.

Wenigstens eine große politische Errungenschaft wurde aber durch eine bedeutende Forschungsleistung aufgehehlt, nämlich die Geschichte des Wohlfahrtsstaates und seiner Ursprünge. In seiner 1980 erschienenen Monographie zeigte Hockerts, daß die gravierenden Folgen der Währungsreform für das System der sozialen Sicherung zu einer stillschweigenden Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen von CDU/CSU und SPD im Wirtschaftsrat geführt hatten, so daß das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz vom Dezember 1948 weit über die Härtefall-Gesetzgebung, auf die sich die FDP und die DP beschränken wollten, hinausging und weit auch über das, was das Bipartite Control Office für klug hielt. Als es dann im Bundestag zu einer CDU/CSU/FDP-Koalition kam, wurde das System der sozialen Sicherung neu konstruiert, und zwar nicht nach dem Modell einer „Einheitsversicherung“, auf das sich die Besatzungsmächte 1946 im Alliierten Kontrollrat geeinigt hatten, sondern nach dem traditionellen, in verschiedene Versicherungszweige getrennten Muster, das seine Ursprünge in den Anfängen der deutschen Sozialversicherung am Ende des 19. Jahrhunderts besaß³⁰. Hockerts konnte jedoch ebenfalls zeigen, in welchem Maß der

³⁰ Hans-Günter Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980.

Wunsch der Wähler nach neuen Prinzipien in der Sozialversicherung diese Konzeptionen beeinflusst und auch Adenauers eigene Vorstellungen im Zeitraum 1955 bis 1957 verändert hat. Adenauer habe gegen ministerielle Opposition den Ausschlag gegeben, daß es zur „Dynamisierung“ der Leistungen im Bereich des Sozialrechts kam; dadurch sei das Prinzip, daß die Rente lediglich ein Zuschuß zum Lebensunterhalt sei, schließlich durch den Grundsatz der „Lohnersatzfunktion“ ersetzt worden. Obgleich es im Detail zahlreiche Unterschiede zwischen CDU und SPD gegeben habe, hätten beide Parteien, so Hockerts, in dieser Frage im allgemeinen einvernehmlich gegen die Opposition von FDP und DP gehandelt, die dieses Prinzip ablehnten.

Das, was in diesen beiden Reformjahren des Wohlfahrtsstaates, 1955 bis 1957, geleistet wurde, kann als einer der Schritte auf dem Wege zur Modernität des Staates gelten, die Breuilly zufolge für die Herausbildung einer stabilen und dauerhaften Loyalität erforderlich ist. Hentschel nennt in seinem allgemeinen Überblick über die Sozialpolitik von 1880 bis 1980 den Preis der Errungenschaften, den die damaligen Entscheidungen forderten³¹. Es bleibt aber die Aufgabe, exaktere chronologische und soziale Korrelationen zwischen wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften, ihren Empfängern und dem Wählerverhalten zu ermitteln.

Ambrosius stellte in seinem Überblick über die unternehmerische Tätigkeit des Staates die Frage zur Diskussion, inwieweit der Staat tatsächlich mit Blick auf die Förderung des konsensstiftenden und -erhaltenden Wirtschaftswachstums eigene Mittel einsetzte, zugleich machte er uns mit dem Gegenstand besser vertraut³². Staatsbeteiligung und Staatseigentum im Herstellungs- und Dienstleistungssektor wuchsen bis in die frühen achtziger Jahre kontinuierlich an. Öffentliche Einrichtungen ausgenommen, waren 1982 über 400 000 Angestellte bei öffentlichen oder halb-öffentlichen Unternehmen beschäftigt, und von den 500 umsatzstärksten Fertigungsbetrieben befand sich 1984 ein Fünftel in öffentlicher Hand. Die Teilprivatisierung von Firmen wie VW oder Preussag ließ bewußt den größten und am leichtesten manipulierbaren Aktienbestand unter öffentlicher Kontrolle. Öffentlich kontrolliert war auch der Teil des Bankensystems, der Langzeitkredite gewährte. In den sechziger Jahren gelang es dem deutschen ebenso wie dem französischen oder britischen Staat, im Namen der Rationalisierung und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Firmenzusammenschlüsse herbeizuführen.

Es besteht kein Grund, bedeutsame Unterschiede zwischen der Rolle des Staates in Deutschland und anderswo in Westeuropa zu erwarten. Fast alle westeuropäischen Regierungen befriedigten die materiellen Sehnsüchte ihrer Bürger mit ähnlichen wirtschaftlichen und politischen Konzessionen und regierten mit Hilfe eines ähnlichen Konsenses. So war die ausdrückliche Bestätigung des privilegierten Beschäftigungsverhältnisses der deutschen Beamten durch das Bundesbeamtengesetz vom 14. Juli 1953

³¹ Volker Hentschel, *Geschichte der deutschen Sozialpolitik (1880–1980)*. Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht, Frankfurt a. M. 1983, S. 159 ff.

³² Gerold Ambrosius, *Der Staat als Unternehmer. Öffentliche Wirtschaft und Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert*, Göttingen 1984.

nur ein Aspekt im Rahmen der allgemeinen Wiederbehauptung staatlicher Machtbefugnisse sowie des Primats des Nationalstaats zwischen der Elbe und den Araninseln, zwischen dem Nordkap und Sizilien³³. Daß die Bundesrepublik seit 1949 einen Verfassungsanspruch auf die DDR erhob, war gleichfalls nur ein Bestandteil ihrer Anpassung an diesen allgemeinen Trend. Welche Staatsform auch immer die Alliierten auf der Londoner Konferenz schaffen wollten, von dem Moment an, in dem der neue Staat über ein administratives System und eine echte parlamentarische Demokratie verfügte, reproduzierte er das historische Modell des Nationalstaats. Der neue Staat tat das, indem er sich, ähnlich wie auch andere Länder, den gesellschaftlichen Ansprüchen und Bedürfnissen der Nachkriegswelt entsprechend verwandelte. Indem er moderner wurde, stärkte er zentrale staatliche Kompetenzen, die in den zwanziger Jahren viel schwächer gewesen waren und in den dreißiger Jahren nur durch Zwang hatten behauptet werden können.

Auch wenn man damit recht erfolgreich war, und zwar unter anscheinend entmutigenderen Umständen als anderswo, so sollte doch nicht vergessen werden, daß es auch einige wirtschaftliche und soziale Faktoren gab, die dem Modernisierungsprozeß in Deutschland förderlicher waren, als dies bei der Modernisierung und Umbildung des preußischen Staates nach Jena der Fall gewesen war. Die vorteilhaften Bedingungen für den Anstieg der westdeutschen Exporte sind bereits erwähnt worden. Es existierten vermutlich weitere ökonomische Gründe, die zu einer relativen Beschleunigung des Wachstums der Produktion und der Einkommen führten³⁴. Vielleicht gab es noch andere spezifisch ökonomische Faktoren, die denen ähnelten, die die Expansion des Maschinenbaus sowie der Chemie- und Stahlindustrie begünstigten. Möglicherweise ergaben sich auch aus der Entwurzelung und Zersplitterung der Bevölkerung sowie der Ansiedlung so vieler Flüchtlinge soziale Vorteile für die Bundesrepublik.

Erkers Untersuchung über bayerische Dörfer zeigt, daß diese nach 1944 wahrscheinlich mehr Fremde beherbergten als jemals zuvor seit den Napoleonischen Kriegen³⁵. Deutlich wird dabei auch, wie es in vielen bislang monokonfessionellen Dörfern zu einer Vermischung der religiösen Bekenntnisse kam. Der Zustrom der Flüchtlinge trug ferner dazu bei, zwischen 1945 und 1948 den protektionistischen Rahmen der Handwerks- und Gewerbeordnungen zu zerbrechen. Der von betroffenen Kreisen entfachte Proteststurm gegen die amerikanischen Versuche von 1948, ein Gesetz zur

³³ 60 % der Mitglieder des Parlamentarischen Rats waren gegenwärtig oder früher Beamte. Sogar im zweiten Bundestag betrug der Anteil nahezu 20 %. Vgl. Wilhelm Bleck, Verwaltung und öffentlicher Dienst, in: Wolfgang Benz, Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Politik, Frankfurt a.M. 1983, S. 66.

³⁴ Werner Abelshauser/Dietmar Petzina, Krise und Rekonstruktion. Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert, in: Wilhelm H. Schröder/Reinhard Spree (Hrsg.), Historische Konjunkturforschung, Stuttgart 1981; Knut Borchardt, Die Bundesrepublik in den säkularen Trends der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Werner Conze/M. R. Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1983, S. 20–45.

³⁵ Paul Erker, Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel, in: Von Stalingrad zur Währungsreform, S. 367–425.

Sicherung der Gewerbefreiheit zu erlassen, war bis 1953, als die Gewerbefreiheit im großen und ganzen durch die vom Bundestag beschlossene Bundeshandwerksordnung gewährleistet wurde, zu einem milden Säuseln abgeklungen³⁶. Familiäre Sitten und Werte, die vor dem Krieg noch stark mit regionalen Traditionen verbunden gewesen waren, veränderten sich durch die Kriegs- und Nachkriegerschütterungen, so daß die Familie von Region und Brauchtum getrennt und in zunehmendem Maße zu einer wirtschaftlichen Einheit wurde³⁷.

Alle diese drastischen Veränderungen der persönlichen und familiären Umstände könnten die rasche Industrialisierung der ländlichen Gebiete Bayerns und Baden-Württembergs nach 1945 erheblich erleichtert haben. In einem Artikel von Hans Braun wurden sie teilweise quantifiziert und ihre Auswirkungen auf die allgemeine politische Haltung der Bevölkerung scharfsinnig analysiert³⁸. Braun zeichnete dort das Bild einer zwischen den gegensätzlichen Wünschen nach Sicherheit und materiellem Fortschritt schwankenden Bevölkerung. Den westeuropäischen Staaten gelang es nach 1945 aber, diese nur schwer auf einen Nenner zu bringenden Wünsche zu versöhnen. Das war in der Bundesrepublik wahrscheinlich dringlicher als anderswo, weil vergleichsweise mehr Menschen aus ihren heimatlichen und sozialen Bindungen gerissen worden waren. Vielleicht war es daher ein glücklicher Umstand, daß es sowohl in der Geschichte der Weimarer Republik als auch in der des Dritten Reiches kühnere Experimente als anderswo gegeben hatte, die aus der Vergangenheit gewonnene Orientierungshinweise für die Zukunft lieferten.

Daher scheint nichts gewonnen zu sein, wenn man in historischen Analysen vom Deutschland nach 1945 als von einer Gesellschaft spricht, die durch ein „verwundetes“ Nationalbewußtsein charakterisiert sei. Langatmige Diskussionen über den Unterschied zwischen National- und Staatsbewußtsein führen, wie gezeigt wurde, kaum weiter, wenn es um das Problem der Loyalität zum Staat geht. Dieser Schluß sollte unsere Aufmerksamkeit auf das offenkundige Scheitern der DDR zurücklenken, denn er legt nahe, daß die Gründe für den Zusammenbruch im Osten nicht darin zu suchen sind, daß es der DDR nicht gelang, das deutsche Nationalbewußtsein zu repräsentieren, sondern darin, daß sie daran scheiterte, dieselbe Mischung aus sozialer Sicherheit und Wohlstand zu schaffen wie der Westen.

Die in der Geschichtswissenschaft gegenwärtig vorherrschende „parallele“ Art der Behandlung der DDR zeigt dies vor allem dann, wenn das größere Angebot von Konsumgütern beschrieben wird, das den Bürgern der Bundesrepublik zugänglich war. Der Kraftfahrzeugbesitz pro Haushalt lag 1969 bei weniger als einem Drittel des Ni-

³⁶ Christoph Boyer, „Deutsche Handwerksordnung“ oder „zügellose Gewerbefreiheit“. Das Handwerk zwischen Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder, in: Von Stalingrad zur Währungsreform, S. 427–467.

³⁷ Barbara Willenbacher, Zerrüttung und Bewährung der Nachkriegs-Familie, in: Von Stalingrad zur Währungsreform, S. 595–618.

³⁸ Hans Braun, Das Streben nach „Sicherheit“ in den 50 er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), S. 279–306.

veaus der Bundesrepublik. Die entsprechende Quote für Kühlschränke lag nur wenig über 50 Prozent. Normalerweise werden dafür, so auch von Kleßmann und Turner, die in den fünfziger Jahren unternommenen Investitionsanstrengungen bei Kapitalgütern und in der Stahlindustrie verantwortlich gemacht. Um die genauen Gründe des im Vergleich zur Bundesrepublik großen Defizits der DDR bei den Konsumgütern nennen zu können, bedarf es jedoch einer gründlicheren Analyse, die nun möglich zu werden beginnt. Die Wachstumsraten des Nationaleinkommens scheinen, selbst wenn man die verschiedenen Auffassungen und Methoden der Kalkulation berücksichtigt, zwischen 1950 und 1970 mit denen der Bundesrepublik Schritt gehalten zu haben. Warum bestanden dann hinsichtlich des Niveaus und der Zuwachsraten des disponiblen persönlichen Einkommens so große Unterschiede? Auch ein wesentlich genauerer Blick auf das sozialstaatliche System der DDR ist nun erforderlich. Das gilt auch für einen ins einzelne gehenden Vergleich der Art und Weise, wie der Staat Konsum mit Subvention förderte, wie das im landwirtschaftlichen Bereich der Bundesrepublik geschah, oder wie er vielleicht diese Förderung unterließ. Zum Verständnis des Problems der Loyalität zum Staat wäre es somit vielleicht ebenso ergiebig, ihren Zusammenbruch zu studieren, wie ihr Wachstum zu untersuchen.

Es gibt also durchaus eine gemeinsame Basis für eine deutsche Geschichte seit 1945, die nicht aus völlig getrennten Darstellungen bestehen muß. Die beiden Staaten hatten nicht nur ein gemeinsames Problem; dieses Problem bestimmte auch ihre Geschichte, so wie es schließlich auch die Geschichte der deutschen Staaten im 19. Jahrhundert bestimmt hatte. Wo ließe sich besser nach Antworten auf eine Frage suchen, die doch eine universale Frage sein muß?

Alan S. Milward
The London School of
Economics and Political Science
Department of Economic History

Abstracts

Klemens von Klemperer, Natural Law and German Resistance to National Socialism.

Ernst Troeltsch has, with some justification, pointed to the "Sonderweg" of the modern German mind which had severed itself from the universal tradition of natural law and thus, from Western European thought. Natural law does not, however, depend on conscious thought: it is self-evident in its own right. Under the impact of the tyranny of the Third Reich it became a "law of the last resort" for the German resisters. In any case, both Catholics and socialists had access to the tradition of natural law, the first through scholastic teaching, the second through the Enlightenment. Above and beyond these, members of the Opposition saw the need to revert to the ideology of natural law and therefore, brought the German "Sonderweg" back into line with the general European experience.

Lew Besymenski, Secret Mission on Stalin's Behalf? David Kandelaki and Soviet-German Relations in the Mid-1930s.

Western historiographical literature dealing with the subject of Soviet-German relations after 1933 has, for decades, repeatedly included the name of David Kandelaki, head of the Soviet Trade Mission in Berlin from 1934 to 1937. Soviet historiographers, however, did not mention his name, since the West tended to interpret his position in Germany as a first step towards a turnaround in Soviet-German relations – which indeed took place in 1939. The author examines the "Kandelaki case" for the first time on the basis of Soviet files and puts it into proper perspective in the overall picture of German-Soviet relations. It thus becomes clear, that Kandelaki's special mission was to provide both sides with the opportunity to study one another, and that its failure led to a mutual entrenchment of positions.

Dan Diner, Rationalisation and Method: On a New Attempt to explain the "Final Solution".

This article deals critically with the recent tendency in historiography, as represented by Götz Aly and Susanne Heim, towards a rationalisation of the "Final Solution". Their attempt to qualify the extermination as a direct and rational outcome of utilitarian economic thought is evaluated in detail. Epistemological presuppositions, approach to sources and historiographical plausibility are examined. The critique focuses on the fundamental inability of this approach to understand the true meaning of racism in Nazi ideology. Economistic semantics and micro-economic calculations are taken at face value. The "Third Reich" is dealt with as a normal capitalist entity. By stressing biographical and structural continuities, reaching from the Nazi past to present day German and European reality, Aly and Heim's intention becomes clear: to question the universally accepted periodization in modern history in general and in German history in particular.

Leo Haupt, Non-Communist Parties of the GDR and the 17 June 1953.

The riots in the GDR in June 1953 spread all over the country and involved all classes of society. On June 17, 1953 mass-demonstrations took place in the big cities and industrial centers. The uprising began when the SED party-leadership had openly confessed on the 10th of June that its policy had been a failure and had decided on a change of course. Various forms of disturbances and strikes continued until August. The intervention of the Soviet

troops prevented the fall of the SED-leaders and government, free elections and the unification of Germany. In the non-Communist parties acting in union with the SED, the members rose against their leaders. But the leaders of CDU and LDP, originally formed in 1945 as middle-class organisations, confirmed their will to continue the building of Socialism.

Cees Wiebes, Bert Zeeman, A Lesson in Power Politics: The United States and her Partners on the Eve of the Foundation of NATO.

On the very eve of the signature of the North Atlantic Treaty on 4 April 1949 in Washington, the foreign secretaries of the eleven member states were invited to a private meeting at the White House. During this meeting President Harry S. Truman, Secretary of State Dean Acheson and Secretary of Defense Louis Johnson lectured their new-found allies with regard to the policies the United States government expected them to pursue as of now. Disregarding traditional national objectives and susceptibilities, the Americans lectured their guests in such areas as the reintegration of Germany and Japan, the decolonization of the European colonial empires and the need for closer European cooperation in the political, economic and military field. As such, the meeting is an unprecedented example of the true nature of allied relations in the early years of the Cold War.